REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 388 · 7.3.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Deutsche und Tschechen: Eine tausendjährige Fehlentwicklung? - Kt.
2. Terror - Gegenterror - Terror - Klaus Mellenthin
3. Die Freeport-Mine in West-Papua: Umweltzerstörung und Ethnozid - Vo.
4. Rechtswidrig, aber nicht strafbar - Ute Abraham
5. Lübeck - noch ein suspektes "Schuldeingeständnis". Flüchtlinge fordern internationale Untersuchungskommission - j., Hamburg
6. The 43 Group. Eine unerhörte Geschichte - Rezension - Klaus Mellenthin
7. Kalter Krieg in der Karibik. Clintons Luftpiraten provozieren Embargoverschärfung - kuk
8. Kurz vor dem (Spenden-) Ziel jetzt noch ein Endspurt! - ak-Redaktion
9. Wem nützt die Kampagne gegen Simon Wiesenthal? - ES, Hamburg
10. Nazi-" Gedenkmarsch" in Aschaffenburg - Martin Bayer
11. USA: Die Kinder fressen ihre Revolution. Buchanans "weißer" Nationalismus sorgt für Aufruhr bei den Republikanern - Michael Hahn
12. Vermessung eines Skandals. Der BND und das Plutonium - Hans Peter Bordien
13. Effizienter, moderner, billiger. Chiracs Militärreform und die Sorge um die nationale Verteidigung - Bernhard Schmid u. Js./ak-Red.
14. Nun wählen sie wieder. Italiens Neofaschisten ließen die große Koalition platzen - Js.
15. Mailand, Bologna, Ustica. Die unendliche Geschichte des faschistischen und staatlichen Terrors - Js.
16. Ein längst überfälliger Schauprozeß. Kriegsverbrecher Erich Priebke in Italien vor Gericht - Js.
17. Fuck the IRA - Dokumentation des jW-Artikels von Jürgen Elsässer - Dietrich Schulze-Marmeling
18. Mexiko: EZLN und Regierung unterzeichnen erstes Abkommen - Jörn Boewe, Berlin
19. Erstes Vorbereitungstreffen für Zapatisten-Konferenz in Europa - Stefan Armborst
20. Kuba setzt schrittweisen Reformprozeß fort. Negative Auswüchse sollen zurückgedrängt werden - kuk
21. Angeklagt: Hamburgs Flüchtlingspolitik. Tribunal gegen die Freie und Hansestadt. Dokumentation des Urteils der Jury
22. Die normative Kraft des Gesetzgebers. Ein alternativer Transplantationsgesetzentwurf - Erika Feyerabend u. Petra Gehring, BioSkop
23. Stoßtrupps gegen die Demokratie. Zur Funktion und Arbeitsweise polizeilicher Sondereinheiten - Basisgruppe Geschichte Göttingen
24. Abschiebung nach Recht und Gesetz. Kurzer Prozeß mit sudanesischen Flüchtlingen - mb., Berlin
25. Polizei vor die Tür gesetzt. Juristisches Nachspiel - Saarbrücken - Gertrud Selzer
26. VS sieht keinen Handlungsbedarf. "Die Deutsche Freiheitsbewegung" vor der Selbstauflösung - j., Wolfsburg
27. Wie kann zukunftsfähiger Antikapitalismus entwickelt werden? - hhH
28. Frühjahrsputz im Wendland. Dokumentation des Aufrufs zum Tag X - hoch zwei
29. Pyrrhussiege des Pazifismus. Betr.: "Dayton - ein Friedensprozeß in Bosnien?" (ak 387) - Kt.
30. Die dritte Generation nach Auschwitz. Auf der Suche nach neuen Formen der Begegnung - Norbert Reck im Gespräch mit Björn Krondorfer
31. Das Kreuz und die Linke. Eine Übersicht über christlich-sozialistische Gruppen - Martin Bayer
32. "Crossover" - Zeitschriftenkonferenz der parteigebundenen Linken sucht nach Alternativen - mb., Berlin
33. "crossover" konkret. Neue Weltordnung - europäische Linke - Werner Ruhoff, Köln
34. Franz Josef Strauß immer noch aktuell? - Rezension - mx., Nürnberg
35. Quelldatei 31.htm
36. Quelldatei 38.htm
37. Terror - Gegenterror - Terror
38. Quelldatei 40.htm

39. Quelldatei 9k.htm
40. Quelldatei terr-ff.htm
41. Quelldatei win.htm

1. Deutsche und Tschechen: Eine tausendjährige Fehlentwicklung?

Autor: Kt. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Revanchismus; Geschichte; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:18

Angst schien sich am 31. Januar im Deutschen Bundestag breit zu machen: "Die deutsch-tschechischen Beziehungen sind wirklich gefährdet", mahnte Peter Glotz (SPD) - und forderte, sie als "Chefsache" des Bundeskanzlers zu behandeln, als wären sie dort in guten Händen. Im deutsch-tschechischen Verhältnis müsse eine Krise konstatiert werden, bekräftigte Andrea Lederer (PDS). Von einer "schweren Krise" sprach auch der Abgeordnete Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen). Die Beziehungen seien doch eigentlich ganz gut, konterten die Redner der Regierungsparteien.

Die Grünen hatten eine Aktuelle Stunde zum Thema "Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis" beantragt. Anlaß: Seit mehr als einem halben Jahr führen Bonn und Prag Geheimverhandlungen über eine gemeinsame Erklärung, die in erster Linie den Zeitraum 1938 bis 1946 zum Gegenstand haben soll. Die Gespräche sind an den kontroversen Punkten festgefahren und werden voraussichtlich vor den Wahlen in der Tschechischen Republik im Juni nicht weiter vorankommen. Kern des Streits ist, daß die tschechische Regierung mit dieser Erklärung einen definitiven "Schlußstrich unter die Vergangenheit" ziehen will, während die deutsche Seite noch Forderungen offenhalten will. Absurder könnte die Rollenverteilung angesichts der Vergangenheit, um die es hier konkret geht, überhaupt nicht sein.

Alles in deutscher Hand?

Die Debatte im Bundestag litt darunter, daß niemand von den Oppositionsredner/innen darüber sprach, daß es für die "antideutschen" Stimmungen in der Tschechischen Republik außer dem Streit um die gemeinsame Erklärung auch weitere Ursachen gibt. Die wichtigste davon dürfte sein, daß seit 1990 eine massive wirtschaftliche und kulturelle Kolonialisierung durch den größer gewordenen deutschen Nachbarstaat stattfindet - und daß dadurch traditionelle Ängste vor einer "Germanisierung" wiederbelebt werden. Rund 35 Prozent der ausländischen Investitionen in Tschechien werden von deutschen Unternehmen und Banken vorgenommen. Die Übernahme des traditionellen Stolzes der tschechoslowakischen Wirtschaft, der Skoda-Werke, durch VW steht beispielhaft für eine Entwicklung, die von vielen Tschechen als Ausverkauf und zweite Annexion wahrgenommen wird.

Ohne Beachtung dieser Realität wäre schwer zu begreifen, warum man gerade heute von einer Krise der Beziehungen spricht, während das Verhältnis angeblich zur Zeit der sozialliberalen Koalition (1969-82) sehr viel besser gewesen sein soll. Denn rein formal betrachtet war der deutsch-tschechoslowakische Vertrag von 1973 für die CSSR überhaupt nicht günstiger als die heutige Lage. Die Politik des "Offenhaltens" und der bei genauem Hinsehen eben doch nicht hundertprozentig eindeutigen Anerkennung der bestehenden Grenzen und Besitzverhältnisse wurde damals schon genau so betrieben wie heute.

In der Bundestagsdebatte am 31. Januar taten die meisten Redner/innen so, als wäre das deutsch-tschechische Verhältnis abgesehen von den sieben, acht problematischen Jahren 1938-45 besonders eng und gut gewesen. Geschichtlich betrachtet sei die Beziehung zwischen beiden Völkern "überwiegend geprägt durch historische, kulturelle, auch politische Gemeinsamkeiten", glaubt beispielsweise der Abgeordnete Poppe von den Grünen. Ulrich Irmer (FDP) beschwor die "gemeinsamen kulturellen Wurzeln" und feierte das Vorkriegs-Prag als Zentrum einer tschechisch-deutsch-jüdischen "Symbiose, die zu europäischer Größe fähig war", gipfelnd in der Person Kafkas. "Die böhmische und mährische Mitte Europas" sei "ein Modell des multikulturellen Zusammenlebens" gewesen, schwärmte Gert Weisskirchen (SPD).

Nur Peter Glotz sprach andeutend von einer "150jährigen Auseinandersetzung in Böhmen, veranlaßt durch den Nationalismus beider Seiten". Rechnet man das nach, kommt man auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als der Nationalitätenkonflikt bereits bewußte politische Formen angenommen hatte. Seine Wurzeln reichen aber sehr viel weiter zurück. Daher wurde die Vertreibung der deutschen Minderheit 1945 von tschechoslowakischen Politikern nicht nur als Gebot des nationalen Selbstschutzes und gerechte Vergeltung konzipiert, sondern auch als Korrektur einer "tausendjährigen Fehlentwicklung"

Die Tradition des Jan Hus

Böhmen wurde bereits im 10. Jahrhundert dem "Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" angegliedert, was damals für die wirklichen Machtverhältnisse aber noch nicht viel bedeutete. Realpolitisch war es ein souveränes Staatswesen mit einer tschechischen Herrscherdynastie, tschechischer Oberschicht usw. Der Einfluß der böhmischen Könige erstreckte sich zeitweise sogar auf Polen.

Ende des 12. Jahrhunderts begannen die Herrscher Böhmens, die Einwanderung deutscher Handwerker, Bauern und Kaufleute zu fördern. Diese Politik, zu unterschiedlichen Zeiten auch in anderen Ländern Europas betrieben, sollte dazu dienen, Kapital und Know How ins Land zu holen, um auf diese Weise die Staatseinnahmen und die eigene Macht des Herrscherhauses und des Hochadels zu steigern. Im Gegensatz zum deutschen Vorgehen in Polen und im baltischen Gebiet verlief das deutsche Eindringen nach Böhmen mit friedlichen Mitteln und führte nicht zur Verdrängung oder Zwangsassimilierung der einheimischen slawischen Bevölkerung.

Wohl aber schob sich das deutsche Siedlungsgebiet allmählich weit nach Böhmen hinein. In den Städten einschließlich Prags entstand ein dominierendes deutsches Bürgertum. Viele der Städte hatten sogar bis ins 19. Jahrhundert hinein eine deutsche Bevölkerungsmajorität. In deutschen Händen sammelte sich Reichtum und Macht, und Deutsche beherrschten auch die Entwicklung des frühen Kapitalismus in Böhmen.

Unter diesen Bedingungen wurde zu Anfang des 15. Jahrhunderts die religiös-reformatorische Bewegung um Jan Hus zugleich zu einem nationalen Aufbegehren gegen die deutsche Vorherrschaft. 1415 wurde Hus von den Reichsinstanzen zum Tod verurteilt und in Konstanz auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Das löste eine jahrelange bewaffnete Rebellion aus, die von großen Teilen des tschechischen Volkes unterstützt wurde. Die Forderungen der sogenannten Hussiten waren religiöser und ethischer Art (freie Predigt der Heiligen Schrift, einfache Lebensführung, Kampf gegen die "Unmoral"), ihrem Wesen nach aber sozialrevolutionär - wie in Deutschland die Bewegung Thomas Münzers 100 Jahre später.

Da die ethnische Differenzierung der Bevölkerung Böhmens teilweise zugleich eine klassenmäßige Spaltung war, nahm die hussitische Bewegung notwendigerweise Züge eines Nationalitätenkampfes an. Andererseits gab es auch viele tschechische Angehörige der Oberklassen, die von den Sozialrevolutionären ebenfalls bekämpft wurden. Und natürlich gab es auch unter den Deutschen Arme und Ausgebeutete, so daß es zu Berührungspunkten mit den hussitischen Zielen kam. Hus selbst predigte, daß ihm ein guter Deutscher lieber sei als ein sündiger Tscheche.

Erst im Rückblick aus der Sicht des 19. Jahrhunderts nahm der vielschichtige historische Vorgang eine stramm nationalistisch zurechtstilisierte Gestalt an. Für die tschechische Propaganda wurde Hus zum Symbol des Befreiungskampfes gegen die Deutschen. Deutscherseits galten die Hussitenkriege als Ausdruck eines ewig aufsässigen und destruktiven tschechischen Nationalcharakters. In der NS-Propaganda kulminierte das in der Gleichsetzung von Hussitentum und Bolschewismus, mit denen gleichermaßen keine Koexistenz möglich sei, sondern die bedingungslos vernichtet werden müßten.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang anzumerken, daß die traditionelle deutsche Sicht- und Verhaltensweise gegenüber den unmittelbar benachbarten westslawischen Völkern, den Polen und den Tschechen, von besonderer Gehässigkeit und Verächtlichkeit geprägt ist. Das ist etwas anderes als das deutsche Russenbild, das bei aller Feindseligkeit immer mit Respekt und wenigstens einem Minimum an Offenheit gegenüber der fremden Kultur gemischt ist, und unterscheidet sich auch von den gängigen Klischees über die südslawischen Völker.

Es geht vermutlich an den Realitäten weit vorbei, wenn Antje Vollmer von den Grünen im Bundestag emphatisch ausruft: "Die deutsche Bevölkerung will die Versöhnung mit den Tschechen, und zwar jetzt und heute." - Richtiger lag vermutlich Günter Verheugen (SPD) mit der Feststellung: "Für unsere tschechischen Nachbarn ist das eine lebenswichtige Frage, vielleicht die wichtigste überhaupt. In der Bundesrepublik wird es wohl so sein, daß die meisten Menschen überhaupt nicht verstehen, wieso es da noch Probleme gibt." - Darin drückt sich kein Versöhnungswille aus, sondern einfach nur grenzenlose Ignoranz, wie sie sich das große Volk gegenüber dem sehr viel kleineren eben leisten kann. Fleischgewordenes Sinnbild dieser Ignoranz ist der Kanzler, der während der Bundestagsdebatte selbstverständlich wichtigere Termine wahrzunehmen hatte,

ebenso wie er vor ein paar Monaten auch gerade keine Zeit hatte, den tschechischen Regierungschef Klaus bei dessen Besuch in der BRD zu treffen.

"Der Tscheche ist von allen Slawen der gefährlichste"

Der Dreißigjährige Krieg, der Mitteleuropa gründlich verwüstete und um viele Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückwarf, wurde 1618 in Böhmen ausgelöst. Er begann mit einem Akt der Auflehnung der "böhmischen Stände", das heißt der Vertreter des Bürgertums, gegen die kaiserliche Macht der Habsburger. Das war eine Manifestation des regionalen und religiösen Separatismus, aber kein Nationalitätenkonflikt. Das Bürgertum, das hier nach Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit strebte, war ja zum guten Teil selbst deutschsprachig.

Das Ergebnis der Niederlage dieser Rebellion war aber für Böhmen eine stärkere Zentralisierung des Habsburger Reiches und eine von Wien aus betriebene "Germanisierungs"-Politik, vor allem in den Städten. Die tschechische Sprache wurde fast nur noch von der einfachen Landbevölkerung gesprochen. Tschechisch durfte zwar noch an den Grundschulen unterrichtet werden, während für die höheren Schulklassen und Universitäten Deutsch vorgeschrieben war.

Am Ende des 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine Gegenbewegung, die zur Herausbildung eines tschechischen Nationalismus - zunächst in den wirtschaftlich gut gestellten, gebildeten Schichten - führte. Sie interpretierte die Geschichte Böhmens als ständigen Kampf zwischen dem slawischen und dem deutschen Element. Ihr politisches Ziel war zunächst nicht die staatliche Unabhängigkeit, sondern Gleichberechtigung und weitgehende Autonomie innerhalb des Habsburger Reiches.

Die objektiven Voraussetzungen dafür waren nicht einmal schlecht, da sich die Slawen zur stärksten Gruppe innerhalb der Monarchie entwickelten.

So entstand die eigentümliche Haltung vieler Deutschsprachiger in Böhmen und Österreich: Einerseits gehörten sie der Nationalität an, die in der Hierarchie des Vielvölker-Staates immer noch an der Spitze stand. Andererseits arbeitete die Zeit gegen sie, und bei einer Entwicklung demokratischer Verhältnisse, die historisch unvermeidlich schien, drohte ihnen der Abstieg zu einer ethnisch Minderheit "im eigenen Land". Ohne tatsächlich national unterdrückt zu sein - eher war immer noch das Gegenteil der Fall - entwickelten sie zum Teil schon das weinerlich-aggressive Selbstmitleid einer drangsalierten, in ihrer Existenz bedrohten Gruppe. Man lese beispielhaft die giftigen Ausfälle Hitlers gegen die Tschechen in "Mein Kampf".

Viele Jahre später äußerte er sich bei einem seiner Tischmonologe im Führerhauptquartier so: "Der Tscheche ist von allen Slawen der gefährlichste, weil er fleißig ist. Er hat Disziplin, hat Ordnung (...). Hinter einer gewissen Loyalität weiß er seine Pläne zu verbergen. Sie werden jetzt arbeiten, weil sie wissen, daß wir unbarmherzig und brutal sind. Ich verachte sie nicht, es ist ein Schicksalskampf. Ein fremder Rassensplitter ist in unser Volkstum eingedrungen, einer muß weichen, er oder wir." (25. Januar 1942)

Das Zitat deutet darauf hin, daß die besonders scharfe Feindseligkeit teilweise darin begründet war, daß den Tschechen im Grunde ganz ähnliche Charakteristika wie den Deutschen selbst zugeschrieben wurden. Das heißt, es war in gewisser Hinsicht gerade ihre Nähe und Affinität zu den Deutschen, die den Haß stimulierte. Auch der nicht wegzuleugnende erhebliche Anteil der Westslawen an der Entwicklung des deutschen Staatsvolkes spielte dabei vermutlich eine Rolle, indem er zu einer hysterischen und aggressiven Abgrenzung provozierte.

"Heim ins Reich"

Der erste tschechoslowakische Staat (CSR) entstand im Oktober 1918 bei der Auflösung des Habsburger Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Er umfaßte laut erster Volkszählung 1921 knapp 51% Tschechen, 23% Deutsche, annähernd 15% Slowaken, außerdem 5,6% Ungarn, 3,5% Ukrainer, u.a.m. In der westlichen Landeshälfte war rund ein Drittel der Bevölkerung deutschsprachig.

Die CSR in dieser konkreten Gestalt war ein Produkt der Verbindung tschechischer Ambitionen mit den strategischen Interessen der Siegermächte, in erster Linie Frankreichs. Vor allem sollte der neue Staat groß und bedeutend genug sein, um als Gegengewicht gegen Deutschland und als Zentrum einer Blockbildung der kleinen Staaten Mitteleuropas funktionieren zu können.

Es war eindeutig das tschechische Element, das diesen Staat prägte, auch wenn es nur gerade die Hälfte seiner Bevölkerung ausmachte. Der Versuch, aus Tschechen und Slowaken eine gemeinsame staatstragende Nationalität zu bilden, mißglückte in der Kürze der Zeit, die der CSR aufgrund der deutschen Aggression blieb. Daß er Anfang der 90er Jahre zum zweiten Mal scheiterte, weist allerdings auf grundsätzliche Probleme dieser Konstruktion hin.

Die über drei Millionen Deutschsprachigen in den Randzonen Böhmens standen dem neuen Staat von vornherein ablehnend gegenüber. Bedeutete er doch, daß sie aus einer privilegierten Nationalität, die sie im Habsburger Reich gewesen waren, zu einer fremdbestimmten Minderheit gemacht wurden, und dies angesichts des traditionell belasteten Verhältnisses zwischen den beiden Volksgruppen. Die Abgeordneten der deutschen Minderheit proklamierten als Antwort auf die Gründung des neuen Staates sofort den Anschluß ihrer Gebiete an Österreich, das seinerseits die Vereinigung mit dem Deutschen Reich anstrebte, die aber einige Monate später durch die Siegerstaaten in den Friedensverträgen verboten wurde.

Die tschechische Führung nahm gegenüber dem Widerstand der deutschen Minderheit den realpolitisch einzig möglichen, aber nicht weiterführenden Standpunkt ein, daß es darüber überhaupt keine Verhandlungen geben könne. Mit Hilfe der Siegerstaaten war das ohne weiteres durchsetzbar.

Die Schwäche dieser erzwungenen Regelung bestand darin, daß die CSR demokratisch organisiert war, während sie eigentlich eines fortgesetzten Zwanges gegenüber der deutschen Minderheit bedurft hätte. So wurden zwar Anfang der 30er Jahre die explizit nazistischen Organisationen verboten, aber die pronazistische Sammlungsbewegung Henleins zog bei den Wahlen 1935 rund zwei Drittel der deutschen Stimmen an sich und wurde damit zugleich stärkste Partei der CSR.

Zu dieser Entwicklung trug nicht zuletzt die Tatsache bei, daß im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit unter der deutschsprachigen Bevölkerung der CSR mehr als doppelt so hoch wurde wie unter den Tschechen. Dafür gab es mehrere Gründe, aber unter den Deutschen erfreute sich das einfache Deutungsmuster, man sei Opfer einer die Tschechen systematisch bevorzugenden Arbeitspolitik der Regierung, besonderer Popularität. Im Mai/Juni 1938 stimmten bei den Kommunalwahlen sogar 90 Prozent der Deutschen für Henleins Sudetendeutsche Partei, die zu diesem Zeitpunkt schon von der Forderung nach Autonomie zu einer kaum noch versteckten Anschluß-Propaganda übergegangen war.

Mit dem Münchner Abkommen (30. September 1938) wurde mit Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs und Italiens die Abtretung der mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebiete der CSR erzwungen. Die tschechoslowakische Regierung, die an den Verhandlungen nicht beteiligt worden war, wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Zugleich mußte sie einen Teil der slowakischen Gebiete an Ungarn abtreten. Hitler war damit seinem strategischen Zwischenziel, der "Zerschlagung der Tschechei", einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Am 14. März 1939 erklärte sich unter starkem deutschen Einfluß der slowakische Landesteil für unabhängig. Die NS-Regierung hatte den ohnehin halbfaschistischen slowakischen Führern angedroht, daß sie anderenfalls die sofortige Besetzung Slowakiens durch Ungarn tolerieren würde. Am 15. März 1939 marschierte die Wehrmacht in den übrig gebliebenen westlichen Landesteil ein, der unter dem Namen "Protektorat Böhmen und Mähren" den Status einer deutschen Kolonie bekam.

Perspektivisch war das Gebiet Tschechiens zur "Eindeutschung" vorgesehen. Das heißt, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums sollte die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben oder ermordet werden (der Tarnbegriff lautete: "Aussiedlung nach Osten"), während eine Minderheit, vielleicht ein Drittel, zwangsassimiliert werden sollte. Während des Krieges ruhten diese Vorhaben aber zwangsläufig, da das "Protektorat" als eines der entwickeltsten Industriegebiete Mitteleuropas unentbehrlich war und nicht ohne die Arbeitskraft der Tschechen in Gang gehalten werden konnte.

Nach dem Krieg wurde fast die gesamte deutsche Bevölkerung aus der Tschechoslowakei vertrieben - schneller, vollständiger und teilweise auch in gewalttätigerer Form als aus Polen. Der entscheidende und auch im Rückblick berechtigte Grund für diese Maßnahme war, daß man nicht noch einmal in eine vergleichbare Situation wie 1938 kommen wollte. Man kann sich schon vorstellen, daß die Situation heute höchst problematisch wäre, wenn in einer breiten Randzone Tschechiens über vier Millionen Deutsche leben würden,

die vielleicht - wie 1989/90 in der DDR - mit dem Slogan "Wir sind ein Volk" nach der schnellen Mark krakeelen würden.

Das ändert nichts daran, daß die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen selbstverständlich keine völkerrechtskonforme Maßnahme war. Daran vermag auch die Berufung auf das Potsdamer Abkommen zwischen den Alliierten nichts zu ändern. Dieses stellte eine gemeinsame Absichtserklärung der damals maßgeblichen Großmächte dar, aber sie konnten damit nicht das Völkerrecht neu definieren. In einem politisch-moralischen Sinn ist dennoch der im Vertrag zwischen der DDR und der CSSR von 1950 gewählten Formulierung zuzustimmen, die Umsiedlung der Deutschen sei "gerecht" gewesen.

Täter fordert

Entschädigung vom Opfer

Präsident Havel nahm am 15. Februar 1990 - anläßlich des Besuchs seines deutschen Kollegen Weizsäcker in Prag - zur Vertreibung der deutschen Minderheit folgendermaßen Stellung: "Sechs Jahre nazistischen Wütens haben (...) ausgereicht, daß wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, daß wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, daß wir - in gerechter, aber auch übertriebener Empörung - uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte.

Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan."

Das ging offenbar über eine Distanzierung von einzelnen Gewalttaten während der Vertreibungsaktionen hinaus und beinhaltete eine grundsätzliche Kritik an der Zwangsaussiedlung überhaupt. Wörtlich genommen sagte Havel damit, daß die Vertreibung von nazistischen Anschauungen und Praktiken ("Bazillus des Bösen") inspiriert gewesen sei. Mit dieser Sicht stünde der Präsident in seinem Land ziemlich isoliert da, denn eine große Mehrheit der Bevölkerung hält die zwangsweise Entfernung aller Deutschen nach dem Krieg weiterhin für berechtigt.

In einer fünf Jahre später gesprochenen Rede (in der Prager Karls-Universität am 17. Februar 1995) versuchte Havel, die Dinge wieder etwas zurechtzurücken: Man könne über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung ja unterschiedlicher Meinung sein, "aber wir können diesen Schritt niemals aus seinem historischen Kontext herausreißen. (...) Es kann keinen Streit darüber geben, wer den Geist des nationalen Hasses als erster aus der Flasche gelassen hat." - Zwar hätten sich die Tschechen "von dem tückischen Virus des ethnischen Konzepts von Schuld und Bestrafung infizieren lassen", aber nicht sie seien es gewesen, "die dieses Virus, zumindest nicht in seiner modernen, zerstörerischen Form, in dieses Land eingeschleppt haben".

Die Tschechische Republik lehne jeden Versuch ab, "aus längst vergangenen Ereignissen oder Ungerechtigkeiten eine ganze Reihe heutiger politischer oder rechtlicher Forderungen oder Ansprüche herzuleiten, die die Grundlage in Frage stellen, auf der die Nachkriegsordnung Europas aufbaut." Niemals werde sie über eine Revision der Ergebnisse beider Weltkriege, "über eine Verletzung der Kontinuität ihrer Rechtsordnung oder über irgendwelche Korrekturen an der Geschichte auf Kosten unserer Zeitgenossen verhandeln".

Das tschechische Angebot, sich gegenseitig keinerlei Rechnungen aus der Vergangenheit mehr vorzulegen, ist zweifellos und unverdientermaßen das beste, das dem Rechtsnachfolger und Erben des verbrecherischen NS-Staates überhaupt gemacht werden konnte. Aber 50 Jahre nach Kriegsende ist die deutsche Seite unverschämt und schamlos genug, einen solchen Vorschlag auszuschlagen und dem ersten Opfer deutscher Eroberungs- und Ausplünderungspolitik "offene Forderungen" zu präsentieren.

Deutschland hat es grundsätzlich abgelehnt, den vom NS-Staat überfallenen, ausgeraubten und verwüsteten Ländern und ihren Menschen Entschädigungen zu zahlen. Wenn nun auf der anderen Seite Ansprüche namens der Vertriebenen (und ihrer Urenkel) erhoben werden, läuft es unter dem Strich darauf hinaus, daß die

von der deutschen Wehrmacht überfallenen Völker uns noch einige zig Milliarden schulden. So ist es von sudetendeutscher Seite auch schon klipp und klar formuliert worden.

Beim Streit um die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung geht es unter anderem darum, daß die Bundesregierung die von Prag gewünschte Zusicherung nicht abgeben will, es werde keine Entschädigungs- und Rückerstattungsforderungen für die Vertreibung geben. Die offizielle Begründung dafür lautet ungefähr: Ja, man selbst hätte grundsätzlich nichts gegen eine solche abschließende Aussage, könne sie aber nicht namens der Sudetendeutschen abgeben, da die Bundesrepublik sich sonst einer Flut von Ersatzklagen einzelner Vertriebener gegenübersehen würde. Zugleich versichert Bonn der tschechischen Seite aber auch treuherzig, den Sudetendeutschen gehe es doch gar nicht in erster Linie ums Geld, sondern nur darum, daß sie sich eine ausgesprochene Anerkennung des ihnen angetanen Unrechts wünschen.

In den gleichen Zusammenhang gehört die Forderung der Bundesregierung nach einer offiziellen Distanzierung Prags von den sogenannten Benesch-Dekreten von 1945/46. Sie bildeten damals die Rechtsgrundlage für die Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit. Zunächst hatte Bonn offenbar durchzusetzen versucht, daß die Dekrete offiziell außer Kraft gesetzt bzw. für unrechtmäßig erklärt werden. Präsident Havel wies dieses Ansinnen schon im Mai 1994 zurück, weil es eine totale Infragestellung der Nachkriegsverhältnisse bedeuten würde. Im März 1995 bestätigte das tschechische Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des zwischen Bonn und Prag besonders umstrittenen Dekrets 108 über die entschädigungslose Enteignung der Angehörigen der deutschen Minderheit.

Was jetzt trotzdem noch von der Bundesregierung angestrebt wird, ist offenbar irgendeine Form der politisch-moralischen Distanzierung Prags von den Dekreten, die zwar keine direkte Rechtswirkung hätte, aber vielleicht doch noch als Türöffner für weitere Forderungen dienen könnte.

Es ließe sich höchstwahrscheinlich sehr viel unbelasteter und erfolgversprechender diskutieren, wenn die tschechische Seite nicht ständig die begründete Furcht haben müßte, daß sie mit jedem Zugeständnis nur maßlose deutsche Zusatzforderungen provoziert. Selbstverständlich hat man in Osteuropa aufmerksam beobachtet, wie Bonn die DDR erst mit schönen Sprüchen vom "Zusammenwachsen" über den Tisch gezogen und dann im Kolonialstil in Besitz genommen hat. Die Vorstellung, daß morgen in Tschechien Deutsche auftauchen könnten, die "ihre" Grundstücke, "ihre" Häuser, "ihre" Fabriken zurückverlangen, ist schließlich angesichts des neuen deutschen Größenwahns nicht von der Hand zu weisen.

Daß die Bonner Regierungsparteien offen auf Erpressung setzen, macht die Sache noch schlimmer. Mehrfach war in der Bundestagsdebatte am 31. Januar zu hören, "daß wir die Probleme, die deutsch-tschechischen Schatten der Vergangenheit nicht in die Europäische Union schleppen dürfen und nicht die Europäer damit belasten dürfen" (Schäuble, CDU). Gemeint ist im Klartext: Tschechien will in die EU (und in die NATO) aufgenommen werden und erhofft sich dabei viel von der deutschen Fürsprache. Bonn macht nun klar, daß vor einer Befassung mit dem tschechischen Beitrittswunsch unbedingt die definitive Regelung der "offenen Fragen der Vergangenheit" im Sinne der deutschen Vorstellungen stehen müsse. Das wirkt wie eine direkte Antwort an den tschechischen Ministerpräsidenten Klaus: Er soll gesagt haben, eine Einigung über die gemeinsame Erklärung sei jetzt nicht so wichtig; man könne es ja auch in zwei, drei Jahren noch einmal versuchen. (lt. "Spiegel" vom 29.1.96)

Soviel Zeit wird Bonn der tschechischen Seite wohl nicht lassen wollen. Sind die Wahlen im Juni erst einmal vorbei, wird die Bundesregierung die Verhandlungen wohl zu forcieren versuchen.

Kt.

Deutsche und Tschechen: Eine tausendjährige Fehlentwicklung?

Fortsetzung von Seite 1

In der Bundestagsdebatte am 31. Januar taten die meisten Redner/innen so, als wäre das deutsch-tschechische Verhältnis abgesehen von den sieben, acht problematischen Jahren 1938-45 besonders eng und gut gewesen. Geschichtlich betrachtet sei die Beziehung zwischen beiden Völkern "überwiegend geprägt durch historische, kulturelle, auch politische Gemeinsamkeiten", glaubt beispielsweise der Abgeordnete Poppe von den Grünen. Ulrich Irmer (FDP) beschwor die "gemeinsamen kulturellen Wurzeln" und feierte das Vorkriegs-Prag als Zentrum einer tschechisch-deutsch-jüdischen "Symbiose, die zu

europäischer Größe fähig war", gipfelnd in der Person Kafkas. "Die böhmische und mährische Mitte Europas" sei "ein Modell des multikulturellen Zusammenlebens" gewesen, schwärmte Gert Weisskirchen (SPD).

Nur Peter Glotz sprach andeutend von einer "150jährigen Auseinandersetzung in Böhmen, veranlaßt durch den Nationalismus beider Seiten". Rechnet man das nach, kommt man auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als der Nationalitätenkonflikt bereits bewußte politische Formen angenommen hatte. Seine Wurzeln reichen aber sehr viel weiter zurück. Daher wurde die Vertreibung der deutschen Minderheit 1945 von tschechoslowakischen Politikern nicht nur als Gebot des nationalen Selbstschutzes und gerechte Vergeltung konzipiert, sondern auch als Korrektur einer "tausendjährigen Fehlentwicklung"

Die Tradition des Jan Hus

Böhmen wurde bereits im 10. Jahrhundert dem "Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" angegliedert, was damals für die wirklichen Machtverhältnisse aber noch nicht viel bedeutete. Realpolitisch war es ein souveränes Staatswesen mit einer tschechischen Herrscherdynastie, tschechischer Oberschicht usw. Der Einfluß der böhmischen Könige erstreckte sich zeitweise sogar auf Polen.

Ende des 12. Jahrhunderts begannen die Herrscher Böhmens, die Einwanderung deutscher Handwerker, Bauern und Kaufleute zu fördern. Diese Politik, zu unterschiedlichen Zeiten auch in anderen Ländern Europas betrieben, sollte dazu dienen, Kapital und Know How ins Land zu holen, um auf diese Weise die Staatseinnahmen und die eigene Macht des Herrscherhauses und des Hochadels zu steigern. Im Gegensatz zum deutschen Vorgehen in Polen und im baltischen Gebiet verlief das deutsche Eindringen nach Böhmen mit friedlichen Mitteln und führte nicht zur Verdrängung oder Zwangsassimilierung der einheimischen slawischen Bevölkerung.

Wohl aber schob sich das deutsche Siedlungsgebiet allmählich weit nach Böhmen hinein. In den Städten einschließlich Prags entstand ein dominierendes deutsches Bürgertum. Viele der Städte hatten sogar bis ins 19. Jahrhundert hinein eine deutsche Bevölkerungsmajorität. In deutschen Händen sammelte sich Reichtum und Macht, und Deutsche beherrschten auch die Entwicklung des frühen Kapitalismus in Böhmen.

Unter diesen Bedingungen wurde zu Anfang des 15. Jahrhunderts die religiös-reformatorische Bewegung um Jan Hus zugleich zu einem nationalen Aufbegehren gegen die deutsche Vorherrschaft. 1415 wurde Hus von den Reichsinstanzen zum Tod verurteilt und in Konstanz auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Das löste eine jahrelange bewaffnete Rebellion aus, die von großen Teilen des tschechischen Volkes unterstützt wurde. Die Forderungen der sogenannten Hussiten waren religiöser und ethischer Art (freie Predigt der Heiligen Schrift, einfache Lebensführung, Kampf gegen die "Unmoral"), ihrem Wesen nach aber sozialrevolutionär - wie in Deutschland die Bewegung Thomas Münzers 100 Jahre später.

Da die ethnische Differenzierung der Bevölkerung Böhmens teilweise zugleich eine klassenmäßige Spaltung war, nahm die hussitische Bewegung notwendigerweise Züge eines Nationalitätenkampfes an. Andererseits gab es auch viele tschechische Angehörige der Oberklassen, die von den Sozialrevolutionären ebenfalls bekämpft wurden. Und natürlich gab es auch unter den Deutschen Arme und Ausgebeutete, so daß es zu Berührungspunkten mit den hussitischen Zielen kam. Hus selbst predigte, daß ihm ein guter Deutscher lieber sei als ein sündiger Tscheche.

Erst im Rückblick aus der Sicht des 19. Jahrhunderts nahm der vielschichtige historische Vorgang eine stramm nationalistisch zurechtstilisierte Gestalt an. Für die tschechische Propaganda wurde Hus zum Symbol des Befreiungskampfes gegen die Deutschen. Deutscherseits galten die Hussitenkriege als Ausdruck eines ewig aufsässigen und destruktiven tschechischen Nationalcharakters. In der NS-Propaganda kulminierte das in der Gleichsetzung von Hussitentum und Bolschewismus, mit denen gleichermaßen keine Koexistenz möglich sei, sondern die bedingungslos vernichtet werden müßten.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang anzumerken, daß die traditionelle deutsche Sicht- und Verhaltensweise gegenüber den unmittelbar benachbarten westslawischen Völkern, den Polen und den Tschechen, von besonderer Gehässigkeit und Verächtlichkeit geprägt ist. Das ist etwas anderes als das deutsche Russenbild, das bei aller Feindseligkeit immer mit Respekt und wenigstens einem Minimum an Offenheit gegenüber der fremden Kultur gemischt ist, und unterscheidet sich auch von den gängigen Klischees über die südslawischen Völker.

Es geht vermutlich an den Realitäten weit vorbei, wenn Antje Vollmer von den Grünen im Bundestag emphatisch ausruft: "Die deutsche Bevölkerung will die Versöhnung mit den Tschechen, und zwar jetzt und heute." - Richtiger lag vermutlich Günter Verheugen (SPD) mit der Feststellung: "Für unsere tschechischen Nachbarn ist das eine lebenswichtige Frage, vielleicht die wichtigste überhaupt. In der Bundesrepublik wird es wohl so sein, daß die meisten Menschen überhaupt nicht verstehen, wieso es da noch Probleme gibt." - Darin drückt sich kein Versöhnungswille aus, sondern einfach nur grenzenlose Ignoranz, wie sie sich das große Volk gegenüber dem sehr viel kleineren eben leisten kann. Fleischgewordenes Sinnbild dieser Ignoranz ist der Kanzler, der während der Bundestagsdebatte selbstverständlich wichtigere Termine wahrzunehmen hatte, ebenso wie er vor ein paar Monaten auch gerade keine Zeit hatte, den tschechischen Regierungschef Klaus bei dessen Besuch in der BRD zu treffen.

"Der Tscheche ist von allen Slawen der gefährlichste"

Der Dreißigjährige Krieg, der Mitteleuropa gründlich verwüstete und um viele Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückwarf, wurde 1618 in Böhmen ausgelöst. Er begann mit einem Akt der Auflehnung der "böhmischen Stände", das heißt der Vertreter des Bürgertums, gegen die kaiserliche Macht der Habsburger. Das war eine Manifestation des regionalen und religiösen Separatismus, aber kein Nationalitätenkonflikt. Das Bürgertum, das hier nach Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit strebte, war ja zum guten Teil selbst deutschsprachig.

Das Ergebnis der Niederlage dieser Rebellion war aber für Böhmen eine stärkere Zentralisierung des Habsburger Reiches und eine von Wien aus betriebene "Germanisierungs"-Politik, vor allem in den Städten. Die tschechische Sprache wurde fast nur noch von der einfachen Landbevölkerung gesprochen. Tschechisch durfte zwar noch an den Grundschulen unterrichtet werden, während für die höheren Schulklassen und Universitäten Deutsch vorgeschrieben war.

Am Ende des 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine Gegenbewegung, die zur Herausbildung eines tschechischen Nationalismus - zunächst in den wirtschaftlich gut gestellten, gebildeten Schichten - führte. Sie interpretierte die Geschichte Böhmens als ständigen Kampf zwischen dem slawischen und dem deutschen Element. Ihr politisches Ziel war zunächst nicht die staatliche Unabhängigkeit, sondern Gleichberechtigung und weitgehende Autonomie innerhalb des Habsburger Reiches.

Die objektiven Voraussetzungen dafür waren nicht einmal schlecht, da sich die Slawen zur stärksten Gruppe innerhalb der Monarchie entwickelten.

So entstand die eigentümliche Haltung vieler Deutschsprachiger in Böhmen und Österreich: Einerseits gehörten sie der Nationalität an, die in der Hierarchie des Vielvölker-Staates immer noch an der Spitze stand. Andererseits arbeitete die Zeit gegen sie, und bei einer Entwicklung demokratischer Verhältnisse, die historisch unvermeidlich schien, drohte ihnen der Abstieg zu einer ethnisch Minderheit "im eigenen Land". Ohne tatsächlich national unterdrückt zu sein - eher war immer noch das Gegenteil der Fall - entwickelten sie zum Teil schon das weinerlich-aggressive Selbstmitleid einer drangsalierten, in ihrer Existenz bedrohten Gruppe. Man lese beispielhaft die giftigen Ausfälle Hitlers gegen die Tschechen in "Mein Kampf".

Viele Jahre später äußerte er sich bei einem seiner Tischmonologe im Führerhauptquartier so: "Der Tscheche ist von allen Slawen der gefährlichste, weil er fleißig ist. Er hat Disziplin, hat Ordnung (...). Hinter einer gewissen Loyalität weiß er seine Pläne zu verbergen. Sie werden jetzt arbeiten, weil sie wissen, daß wir unbarmherzig und brutal sind. Ich verachte sie nicht, es ist ein Schicksalskampf. Ein fremder Rassensplitter ist in unser Volkstum eingedrungen, einer muß weichen, er oder wir." (25. Januar 1942)

Das Zitat deutet darauf hin, daß die besonders scharfe Feindseligkeit teilweise darin begründet war, daß den Tschechen im Grunde ganz ähnliche Charakteristika wie den Deutschen selbst zugeschrieben wurden. Das heißt, es war in gewisser Hinsicht gerade ihre Nähe und Affinität zu den Deutschen, die den Haß stimulierte. Auch der nicht wegzuleugnende erhebliche Anteil der Westslawen an der Entwicklung des deutschen Staatsvolkes spielte dabei vermutlich eine Rolle, indem er zu einer hysterischen und aggressiven Abgrenzung provozierte.

"Heim ins Reich"

Der erste tschechoslowakische Staat (CSR) entstand im Oktober 1918 bei der Auflösung des Habsburger Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Er umfaßte laut erster Volkszählung 1921 knapp 51% Tschechen, 23%

Deutsche, annähernd 15% Slowaken, außerdem 5,6% Ungarn, 3,5% Ukrainer, u.a.m. In der westlichen Landeshälfte war rund ein Drittel der Bevölkerung deutschsprachig.

Die CSR in dieser konkreten Gestalt war ein Produkt der Verbindung tschechischer Ambitionen mit den strategischen Interessen der Siegermächte, in erster Linie Frankreichs. Vor allem sollte der neue Staat groß und bedeutend genug sein, um als Gegengewicht gegen Deutschland und als Zentrum einer Blockbildung der kleinen Staaten Mitteleuropas funktionieren zu können.

Es war eindeutig das tschechische Element, das diesen Staat prägte, auch wenn es nur gerade die Hälfte seiner Bevölkerung ausmachte. Der Versuch, aus Tschechen und Slowaken eine gemeinsame staatstragende Nationalität zu bilden, mißglückte in der Kürze der Zeit, die der CSR aufgrund der deutschen Aggression blieb. Daß er Anfang der 90er Jahre zum zweiten Mal scheiterte, weist allerdings auf grundsätzliche Probleme dieser Konstruktion hin.

Die über drei Millionen Deutschsprachigen in den Randzonen Böhmens standen dem neuen Staat von vornherein ablehnend gegenüber. Bedeutete er doch, daß sie aus einer privilegierten Nationalität, die sie im Habsburger Reich gewesen waren, zu einer fremdbestimmten Minderheit gemacht wurden, und dies angesichts des traditionell belasteten Verhältnisses zwischen den beiden Volksgruppen. Die Abgeordneten der deutschen Minderheit proklamierten als Antwort auf die Gründung des neuen Staates sofort den Anschluß ihrer Gebiete an Österreich, das seinerseits die Vereinigung mit dem Deutschen Reich anstrebte, die aber einige Monate später durch die Siegerstaaten in den Friedensverträgen verboten wurde.

Die tschechische Führung nahm gegenüber dem Widerstand der deutschen Minderheit den realpolitisch einzig möglichen, aber nicht weiterführenden Standpunkt ein, daß es darüber überhaupt keine Verhandlungen geben könne. Mit Hilfe der Siegerstaaten war das ohne weiteres durchsetzbar.

Die Schwäche dieser erzwungenen Regelung bestand darin, daß die CSR demokratisch organisiert war, während sie eigentlich eines fortgesetzten Zwanges gegenüber der deutschen Minderheit bedurft hätte. So wurden zwar Anfang der 30er Jahre die explizit nazistischen Organisationen verboten, aber die pronazistische Sammlungsbewegung Henleins zog bei den Wahlen 1935 rund zwei Drittel der deutschen Stimmen an sich und wurde damit zugleich stärkste Partei der CSR.

Zu dieser Entwicklung trug nicht zuletzt die Tatsache bei, daß im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit unter der deutschsprachigen Bevölkerung der CSR mehr als doppelt so hoch wurde wie unter den Tschechen. Dafür gab es mehrere Gründe, aber unter den Deutschen erfreute sich das einfache Deutungsmuster, man sei Opfer einer die Tschechen systematisch bevorzugenden Arbeitspolitik der Regierung, besonderer Popularität. Im Mai/Juni 1938 stimmten bei den Kommunalwahlen sogar 90 Prozent der Deutschen für Henleins Sudetendeutsche Partei, die zu diesem Zeitpunkt schon von der Forderung nach Autonomie zu einer kaum noch versteckten Anschluß-Propaganda übergegangen war.

Mit dem Münchner Abkommen (30. September 1938) wurde mit Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs und Italiens die Abtretung der mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebiete der CSR erzwungen. Die tschechoslowakische Regierung, die an den Verhandlungen nicht beteiligt worden war, wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Zugleich mußte sie einen Teil der slowakischen Gebiete an Ungarn abtreten. Hitler war damit seinem strategischen Zwischenziel, der "Zerschlagung der Tschechei", einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Am 14. März 1939 erklärte sich unter starkem deutschen Einfluß der slowakische Landesteil für unabhängig. Die NS-Regierung hatte den ohnehin halbfaschistischen slowakischen Führern angedroht, daß sie anderenfalls die sofortige Besetzung Slowakiens durch Ungarn tolerieren würde. Am 15. März 1939 marschierte die Wehrmacht in den übrig gebliebenen westlichen Landesteil ein, der unter dem Namen "Protektorat Böhmen und Mähren" den Status einer deutschen Kolonie bekam.

Perspektivisch war das Gebiet Tschechiens zur "Eindeutschung" vorgesehen. Das heißt, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums sollte die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben oder ermordet werden (der Tarnbegriff lautete: "Aussiedlung nach Osten"), während eine Minderheit, vielleicht ein Drittel, zwangsassimiliert werden sollte. Während des Krieges ruhten diese Vorhaben aber zwangsläufig, da das "Protektorat" als eines der

entwickeltsten Industriegebiete Mitteleuropas unentbehrlich war und nicht ohne die Arbeitskraft der Tschechen in Gang gehalten werden konnte.

Nach dem Krieg wurde fast die gesamte deutsche Bevölkerung aus der Tschechoslowakei vertrieben - schneller, vollständiger und teilweise auch in gewalttätigerer Form als aus Polen. Der entscheidende und auch im Rückblick berechtigte Grund für diese Maßnahme war, daß man nicht noch einmal in eine vergleichbare Situation wie 1938 kommen wollte. Man kann sich schon vorstellen, daß die Situation heute höchst problematisch wäre, wenn in einer breiten Randzone Tschechiens über vier Millionen Deutsche leben würden, die vielleicht - wie 1989/90 in der DDR - mit dem Slogan "Wir sind ein Volk" nach der schnellen Mark krakeelen würden.

Das ändert nichts daran, daß die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen selbstverständlich keine völkerrechtskonforme Maßnahme war. Daran vermag auch die Berufung auf das Potsdamer Abkommen zwischen den Alliierten nichts zu ändern. Dieses stellte eine gemeinsame Absichtserklärung der damals maßgeblichen Großmächte dar, aber sie konnten damit nicht das Völkerrecht neu definieren. In einem politisch-moralischen Sinn ist dennoch der im Vertrag zwischen der DDR und der CSSR von 1950 gewählten Formulierung zuzustimmen, die Umsiedlung der Deutschen sei "gerecht" gewesen.

Täter fordert

Entschädigung vom Opfer

Präsident Havel nahm am 15. Februar 1990 - anläßlich des Besuchs seines deutschen Kollegen Weizsäcker in Prag - zur Vertreibung der deutschen Minderheit folgendermaßen Stellung: "Sechs Jahre nazistischen Wütens haben (...) ausgereicht, daß wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, daß wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, daß wir - in gerechter, aber auch übertriebener Empörung - uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte.

Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan."

Das ging offenbar über eine Distanzierung von einzelnen Gewalttaten während der Vertreibungsaktionen hinaus und beinhaltete eine grundsätzliche Kritik an der Zwangsaussiedlung überhaupt. Wörtlich genommen sagte Havel damit, daß die Vertreibung von nazistischen Anschauungen und Praktiken ("Bazillus des Bösen") inspiriert gewesen sei. Mit dieser Sicht stünde der Präsident in seinem Land ziemlich isoliert da, denn eine große Mehrheit der Bevölkerung hält die zwangsweise Entfernung aller Deutschen nach dem Krieg weiterhin für berechtigt.

In einer fünf Jahre später gesprochenen Rede (in der Prager Karls-Universität am 17. Februar 1995) versuchte Havel, die Dinge wieder etwas zurechtzurücken: Man könne über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung ja unterschiedlicher Meinung sein, "aber wir können diesen Schritt niemals aus seinem historischen Kontext herausreißen. (...) Es kann keinen Streit darüber geben, wer den Geist des nationalen Hasses als erster aus der Flasche gelassen hat." - Zwar hätten sich die Tschechen "von dem tückischen Virus des ethnischen Konzepts von Schuld und Bestrafung infizieren lassen", aber nicht sie seien es gewesen, "die dieses Virus, zumindest nicht in seiner modernen, zerstörerischen Form, in dieses Land eingeschleppt haben".

Die Tschechische Republik lehne jeden Versuch ab, "aus längst vergangenen Ereignissen oder Ungerechtigkeiten eine ganze Reihe heutiger politischer oder rechtlicher Forderungen oder Ansprüche herzuleiten, die die Grundlage in Frage stellen, auf der die Nachkriegsordnung Europas aufbaut." Niemals werde sie über eine Revision der Ergebnisse beider Weltkriege, "über eine Verletzung der Kontinuität ihrer Rechtsordnung oder über irgendwelche Korrekturen an der Geschichte auf Kosten unserer Zeitgenossen verhandeln".

Das tschechische Angebot, sich gegenseitig keinerlei Rechnungen aus der Vergangenheit mehr vorzulegen, ist zweifellos und unverdientermaßen das beste, das dem Rechtsnachfolger und Erben des verbrecherischen

NS-Staates überhaupt gemacht werden konnte. Aber 50 Jahre nach Kriegsende ist die deutsche Seite unverschämt und schamlos genug, einen solchen Vorschlag auszuschlagen und dem ersten Opfer deutscher Eroberungs- und Ausplünderungspolitik "offene Forderungen" zu präsentieren.

Deutschland hat es grundsätzlich abgelehnt, den vom NS-Staat überfallenen, ausgeraubten und verwüsteten Ländern und ihren Menschen Entschädigungen zu zahlen. Wenn nun auf der anderen Seite Ansprüche namens der Vertriebenen (und ihrer Urenkel) erhoben werden, läuft es unter dem Strich darauf hinaus, daß die von der deutschen Wehrmacht überfallenen Völker uns noch einige zig Milliarden schulden. So ist es von sudetendeutscher Seite auch schon klipp und klar formuliert worden.

Beim Streit um die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung geht es unter anderem darum, daß die Bundesregierung die von Prag gewünschte Zusicherung nicht abgeben will, es werde keine Entschädigungs- und Rückerstattungsforderungen für die Vertreibung geben. Die offizielle Begründung dafür lautet ungefähr: Ja, man selbst hätte grundsätzlich nichts gegen eine solche abschließende Aussage, könne sie aber nicht namens der Sudetendeutschen abgeben, da die Bundesrepublik sich sonst einer Flut von Ersatzklagen einzelner Vertriebener gegenübersehen würde. Zugleich versichert Bonn der tschechischen Seite aber auch treuherzig, den Sudetendeutschen gehe es doch gar nicht in erster Linie ums Geld, sondern nur darum, daß sie sich eine ausgesprochene Anerkennung des ihnen angetanen Unrechts wünschen.

In den gleichen Zusammenhang gehört die Forderung der Bundesregierung nach einer offiziellen Distanzierung Prags von den sogenannten Benesch-Dekreten von 1945/46. Sie bildeten damals die Rechtsgrundlage für die Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit. Zunächst hatte Bonn offenbar durchzusetzen versucht, daß die Dekrete offiziell außer Kraft gesetzt bzw. für unrechtmäßig erklärt werden. Präsident Havel wies dieses Ansinnen schon im Mai 1994 zurück, weil es eine totale Infragestellung der Nachkriegsverhältnisse bedeuten würde. Im März 1995 bestätigte das tschechische Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des zwischen Bonn und Prag besonders umstrittenen Dekrets 108 über die entschädigungslose Enteignung der Angehörigen der deutschen Minderheit.

Was jetzt trotzdem noch von der Bundesregierung angestrebt wird, ist offenbar irgendeine Form der politisch-moralischen Distanzierung Prags von den Dekreten, die zwar keine direkte Rechtswirkung hätte, aber vielleicht doch noch als Türöffner für weitere Forderungen dienen könnte.

Es ließe sich höchstwahrscheinlich sehr viel unbelasteter und erfolgversprechender diskutieren, wenn die tschechische Seite nicht ständig die begründete Furcht haben müßte, daß sie mit jedem Zugeständnis nur maßlose deutsche Zusatzforderungen provoziert. Selbstverständlich hat man in Osteuropa aufmerksam beobachtet, wie Bonn die DDR erst mit schönen Sprüchen vom "Zusammenwachsen" über den Tisch gezogen und dann im Kolonialstil in Besitz genommen hat. Die Vorstellung, daß morgen in Tschechien Deutsche auftauchen könnten, die "ihre" Grundstücke, "ihre" Häuser, "ihre" Fabriken zurückverlangen, ist schließlich angesichts des neuen deutschen Größenwahns nicht von der Hand zu weisen.

Daß die Bonner Regierungsparteien offen auf Erpressung setzen, macht die Sache noch schlimmer. Mehrfach war in der Bundestagsdebatte am 31. Januar zu hören, "daß wir die Probleme, die deutsch-tschechischen Schatten der Vergangenheit nicht in die Europäische Union schleppen dürfen und nicht die Europäer damit belasten dürfen" (Schäuble, CDU). Gemeint ist im Klartext: Tschechien will in die EU (und in die NATO) aufgenommen werden und erhofft sich dabei viel von der deutschen Fürsprache. Bonn macht nun klar, daß vor einer Befassung mit dem tschechischen Beitrittswunsch unbedingt die definitive Regelung der "offenen Fragen der Vergangenheit" im Sinne der deutschen Vorstellungen stehen müsse. Das wirkt wie eine direkte Antwort an den tschechischen Ministerpräsidenten Klaus: Er soll gesagt haben, eine Einigung über die gemeinsame Erklärung sei jetzt nicht so wichtig; man könne es ja auch in zwei, drei Jahren noch einmal versuchen. (lt. "Spiegel" vom 29.1.96)

Soviel Zeit wird Bonn der tschechischen Seite wohl nicht lassen wollen. Sind die Wahlen im Juni erst einmal vorbei, wird die Bundesregierung die Verhandlungen wohl zu forcieren versuchen.

Kt.

2. Terror - Gegenterror - Terror

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/terror.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:terror

dateiname: terror.txt

Terror - Gegenterror - Terror

Teufelsschüler

Am 25. Februar 1994 erschoß der Siedlerextremist Baruch Goldstein 29 Muslime während ihres Gebets in der Ibrahim-Moschee in Hebron. Am 25. Februar 1996 zündet ein Palästinenser im Zentrum Westjerusalems während des morgendlichen Berufsverkehrs in einem vollbesetzten Bus einen Sprengsatz am eigenen Körper. 27 IsraelInnen werden getötet, mindestens weitere 80 verletzt. Kurz darauf mischt sich ein Palästinenser in israelischer Armeeuniform im südisraelischen Aschkelon unter Soldaten, die auf eine Mitfahrgelegenheit warten, und sprengt sich mit einer ebenfalls am Körper verborgenen Bombe in die Luft. Drei Soldaten werden getötet, drei weitere verletzt. Genau eine Woche später, wiederum zu Beginn der Arbeitswoche, auf der gleichen Buslinie und im Zentrum Westjerusalems zündet ein Palästinenser den Sprengsatz an seinem Körper und reißt 19 IsraelInnen mit sich in den Tod, verletzt weitere 12. Am Tag darauf, dem 4.3., mischt sich ein Palästinenser mit einem am Körper oder in einer Tasche getragenen Sprengsatz unter Passanten vor einem Kaufhaus im Zentrum Tel Avivs: Mindestens zwölf Tote, mehr als hundert Verletzte.

Seit dem Massaker in Hebron im Februar 1994 sind bei zehn Anschlägen in Israel etwa 140 IsraelInnen ermordet und mehrere hundert z.T. schwer verletzt worden. Zu den Attentaten bekannte sich durchweg die islamistische Hamas bzw. ihr militärischer Arm, die Izzedin al-Kassem-Brigade oder der Dschihad Islami. Die letzten dieser verheerende Anschläge nahm eine Gruppe "Schüler von Jehija Ajasch" für sich in Anspruch. Nach der Ermordung des Dschihad-Chefs im vergangenen Oktober auf Malta durch israelische Agenten war der "Ingenieur" Jehija Ajasch, der für die Attentate der letzten Jahre verantwortlich sein soll, in Gaza mit Hilfe eine palästinensischen Kollaborateurs vom israelischen Geheimdienst Schabak (Abkürzung für "Sicherheitsdienst") liquidiert worden. Ajasch wurde ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ermordet, als Geheimverhandlungen zwischen Israel und Hamas liefen und als Arafat sich um eine Einbeziehung der Islamisten in die Friedensregelung bemühte. In "Bekenneranrufen" wurden die ersten drei Anschläge mit eben der Ermordung von Jehija Ajasch (und dem Massaker in Hebron) begründet.

Der politische Arm von Hamas in Gaza und die Kassem-Brigade in Gaza haben sich von den Anschlägen distanziert und der israelischen Regierung ein, wenn auch obskures, "Waffenstillstandsangebot" unterbreitet, während die Hamas-Dependance in Syrien mit den Anschlägen prahlte. Es hat somit den Anschein, daß es sich bei diesen "Schülern" um eine Gruppierung handelt, die von Hamas nicht mehr zu kontrollieren ist. (Die Palästinenser, die die letzten vier Anschläge verübt haben, stammen im übrigen alle aus Hebron, das nicht von der Autonomiebehörde, sondern von Israel kontrolliert wird.) Zudem weist manches darauf hin, daß Hamas faktisch gespalten ist: Im Gazastreifen stehen militante und moderate Kräfte von Hamas im scharfen Gegensatz. An den Wahlen zur palästinensischen (faktischen) Regierung beteiligten sich - wenn auch nicht unter dem Organisationsnamen - mehrere Hamasmitglieder und wurden auch gewählt. Schließlich hat es den Anschein, als ob auch die Zeit, in der Syrien neben dem Iran und Irak einer der wesentlichsten Stützpunkte insbesondere der militanten Gegner des Friedensprozesses war, ihrem Ende entgegengeht. Nach den ersten beiden Anschlägen wurde vom einem syrischen Offiziellen erstmals eine Verurteilung ausgesprochen.

Nach dem dritten Anschlag hatten die "Schüler" bekanntgegeben, hiermit seien die Racheaktionen für den Tod von Ajasch (vorläufig) beendet. Als nun Premier Peres nach eben diesem Anschlag Hamas, Dschihad Islami und allen sonstigen islamistischen Terrorgruppen den "totalen Krieg" ansagte, nahmen die "Schüler" dies zur Begründung für die Mordtat in Tel Aviv. Offen bleibt bei diesem wie bei anderen Anschlägen, ob nun tatsächlich die Organisation, die sich zu den Morden "bekennt", den Anschlag auch verübt hat oder ob sie bedenkenlos Punkte im "Kampf gegen den zionistischen Feind" sammeln will.

Arafat hat, erstmals in dieser Eindeutigkeit, die Anschläge mit aller Schärfe verurteilt. Mehrere hundert Aktivisten von Hamas und verwandten Gruppen wurden von den Sicherheitskräften der Autonomiebehörde festgenommen. Überdies kündigte Arafat das Verbot aller bewaffneten Gruppen, einschließlich der von ihm

geführten Fatah, an. Am Tag nach dem zweiten Anschlag in Jerusalem versammelten sich, aufgerufen von der Autonomiebehörde, 10.000 PalästinenserInnen in Gaza zu einer Kundgebung unter dem Motto, unter dem auch die Trauermanifestation nach der Ermordung Rabins stand: "Ja zum Frieden - Nein zur Gewalt". (An der Grablegung von Ajasch hatten allerdings mehrere zehntausend EinwohnerInnen des Gazastreifens teilgenommen.) Arafat erklärte, die Anschläge seien "nicht nur gegen die Israelis, sondern auch gegen die Palästinenser und den Friedensprozeß" gerichtet. Man kann dem alten Winkelzügler abnehmen, daß dies nicht nur eine taktische Aussage war.

Die israelischen Rechtsextremisten schienen nach dem Mord an Rabin verstummt. Und nach dem ersten Anschlag in Jerusalem waren sie noch unter sich geblieben. Nach den weiteren Anschlägen ist die Stimmung jedoch grundlegend umgeschlagen. Schien der Sieg der Arbeitspartei bei den auf Ende Mai vorgezogenen Wahlen seit der Ermordung Rabins festzustehen, kam es jetzt zu Massenkundgebungen gegen die Regierung. Wüste Morddrohungen - "Peres, Rabin wartet auf Dich" - wurden nicht mehr nur von einzelnen Hetzern ausgestoßen.

Die israelische Regierung hat Maßnahmen verabschiedet, die die Lage in den besetzten und den Autonomiegebieten erheblich verschärfen und den Friedensprozeß zurückwerfen werden. Die Westbank soll mit einer Sicherheitszone von zwei Kilometer Breite umgeben werden, es soll nur einige wenige und scharf bewachte Übergänge für Palästinenser nach Israel geben. Die dicht an der Grenze zu Israel liegenden Ortschaften Kalkilja und Tulkarem sollen mit einem elektronisch gesicherten Zaun gegen Israel abgegrenzt werden. Mit dem Bau des Zauns bei Tulkarem ist schon begonnen worden. Die PalästinenserInnen verlieren mit jedem Tag der Abriegelung der Gebiete, an dem palästinensischer Arbeiter aus Israel ausgesperrt sind, vier Millionen US-Dollar. Ihre wirtschaftliche Lage wird sich mit der nun zu erwartenden, wenn nicht endgültigen, so doch auf jeden Fall sehr langfristigen Abriegelung gegen Israel weiter verschlechtern. Am einschneidendsten aber ist die Bildung eines "Sonderstabs" mit allen Befugnissen. Diesem Stab unterstehen Militär, Polizei und Geheimdienste und er soll "grenzübergreifend" tätig werden. D.h. daß israelisches Militär auch in den Autonomiegebieten Terroristen und solche, die dafür gehalten werden, verhaften oder erschießen wird. Die unvermeidlichen Zusammenstöße auch in den Autonomiegebieten mit israelischen Kräften werden die Stimmung weiter aufheizen. Alle diese Maßnahmen, die der israelischen Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit geben sollen, haben indes nur mehr psychologische Bedeutung. Tatsächlichen Schutz vor Terroranschlägen wie denen der letzten Tage bieten weder diese noch andere Eingriffe. Ihr wesentliches Ergebnis wird sein, den Anhang der terroristischen Kreise unter den Islamisten zu vergrößern und Arafats Autorität unter den Palästinensern, die eine wesentliche Integrationskraft ist, zu schwächen.

Kann die Regierung Israels deshalb ernstlich kritisiert werden? Zwar hat Israel mit der Besetzung 1967 selbst die Grundlagen des jetzigen Zustands geschaffen; zwar haben israelische Regierungen - um nur dies zu nennen - Islamisten lange Zeit geduldet und gefördert, um durch sie den Einfluß der nationalen Kräfte der Palästinenser zu schwächen; zwar sind während der Intifada wohl eintausend PalästinenserInnen unter israelischen Kugeln gefallen, bei Gasangriffen erstickt, erschlagen worden. Und es muß als Tatsache angesehen werden, daß eine konsequentere Friedenspolitik der israelischen Regierung den Einfluß islamistischen Hetzer und Terroristen erheblich eingeschränkt hätte.

Dies aber hat sehr wenig mit dem jetzigen Krieg islamistischer Terroristen gegen die israelische Bevölkerung zu tun, ist es doch gerade deren Ziel, den Friedensprozeß zu zerschlagen, einen Staat Palästina an der Seite des Staates Israel mit allen Mitteln zu verhindern. Ihr "Programm" besteht allein in der Parole "Palästina ist islamischer Boden", und ihre Praxis ist der Mord. Wir sagten es schon nach den Anschlägen in Tel Aviv und Netanja 1994/95, und wir können es nur wiederholen: Die Mordtaten dieser Teufelsschüler gründen in einem Wahn, der sein Heil nicht mehr in dieser Welt sucht.

Klaus Mellenthin, 5.3.96

3. Die Freeport-Mine in West-Papua: Umweltzerstörung und Ethnozid

Autor: Vo. · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:22

Am 8. Januar 1996 kidnappten Guerillas der Bewegung für ein freies Papua (OPM: Organisasi Papua Merdeka) im von Indonesien okkupierten Westteil Neuguineas 14 Wissenschaftler, darunter auch sieben Europäer (davon zwei Engländer, zwei Niederländer und ein Deutscher). Mit dieser Aktion wollte die OPM auf das Schicksal der Bevölkerung West-Papuas aufmerksam machen. In der Tat geriet der Dschungelkrieg zwischen indonesischen Regierungsgruppen und OPM-Guerilla, der nunmehr schon über 30 Jahre dauert, für kurze Zeit in die Schlagzeilen der Weltöffentlichkeit, aber ohne daß auf die Ursache des Konflikts genauer eingegangen wurde.

Die Entführung fand im Distrikt Mapunduma in der Nähe der Freeport-Mine statt. Die ökologischen und sozialen Zerstörungen, die mit dem Betrieb dieser gigantischen Gold- und Kupfermine verbunden sind, sind eine wesentliche Ursache für das Elend und das Aufbegehren der westpapuanischen Bevölkerung.

Im Westen Neuguineas, in den Sudiman-Bergen, finden sich auf nahezu 3600 Meter Höhe die beiden riesigen Gold- und Kupferminen Grasberg und Ertsberg. Sie liegen nicht auf dem Territorium Papua Neuguineas (PNGs), sondern in WestPapua, das bis 1963 holländische Kolonie war, dann von Indonesien besetzt wurde und 1969 als Provinz in den Staatsverband Indonesiens eingegliedert wurde (seit 1973 unter dem Namen Irian Jaya). Große Teile der indigenen Papua-Bevölkerung lehnten und lehnen die indonesische Okkupation ab und bestehen auf dem Recht auf Selbstbestimmung. Seit nunmehr bereits über 30 Jahren kämpft die Guerillabewegung OPM gegen die indonesischen Besatzer. Schon 1963 erhielt der US-Konzern Freeport McMoRan von der indonesischen Regierung die Genehmigung zur Suche nach Bodenschätzen in West Papua. Freeport gründete eine Tochtergesellschaft - Freeport Indonesia -, mit der der indonesische Staat 1967 ein "contract of work" abschloß, welches dem Unternehmen äußerst günstige Konditionen für den Bergbaubetrieb in West Papua einräumte - und dies wohlgemerkt noch bevor West Papua offiziell "indonesisch" wurde.

Im Jahre 1967 begann man mit der Errichtung der Ertsberg-Mine und dem Aufbau der benötigten Infrastruktur. Eine völlig neue Stadt (Tembagapura, derzeit 14.500 Einwohner) wurde errichtet, ein Erzhafen (Amamapara), ein Flugplatz, eine 75 Kilometer lange Verbindungsstraße von der Mine zum Hafen und dem benachbarten Timika sowie weitere Straßen und schließlich eine 115 Kilometer lange Pipeline zum Transport des Kupferkonzentrats von der Mine zum Hafen. 1973 wurde die Mine in Betrieb genommen.

Weltweit größte Goldmine

Im Jahre 1988 wurde in unmittelbarer Nachbarschaft der Ertsberg-Mine im Grasberg Mountain eine weitere bedeutende Kupfer-Gold-Silber-Lagerstätte entdeckt. Noch im selben Jahr begann in 4200 Meter Höhe die Errichtung der Grasberg-Mine, die im Dezember 1989 einen eingeschränkten und 1992 den vollen Betrieb aufnahm. Der Produktionsausstoß von 118.000 Tonnen täglich (1995) soll in den nächsten drei Jahren auf 230.000 Tonnen gesteigert werden. Schon 1995 hatte das Tagebau-Loch eine Ausdehnung von 2,5 Kilometern. Die Mine wird bis zum Jahr 2040 in Betrieb sein (Far Eastern Economic Review (FEER) 28.12.95/ 4.1.96).

Mit der Inbetriebnahme von Grasberg wurde der Ertsberg/Grasberg-Komplex zur größten Gold- und zweitgrößten Kupfermine der Welt. Die Ertsberg-Mine stellte 1989 ihren Betrieb ein, weil das Vorkommen erschöpft war. Wo sich einst über einer alpinen Wiese eine 180 Meter hohe Kuppel aus Kupfer erhob, findet sich jetzt ein 360 Meter tiefes Loch, das zur Hälfte mit Wasser gefüllt ist.

Trotz der Schließung von Ertsberg konnte der Konzern den Produktionsausstoß noch steigern (Verdopplung der Kupfer- und Verdreifachung der Goldproduktion), derart groß ist die Grasberg-Mine nebenan. Ein Hauptabnehmer der Freeport-Mine ist die Norddeutsche Affinerie in Hamburg, Deutschland. Die Weltbank unterstützt Freeports Projekte in West Papua durch ihre Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), die Konzerne versichert, die in Entwicklungsländer investieren. Der allererste Vertrag, den die MIGA nach ihrer Gründung 1990 abschloß, war der mit dem Freeport-Konzern für die Mine in West Papua.

Die Erstberg/Grasberg-Projekte wurden ohne jegliche Beteiligung der betroffenen lokalen Bevölkerung realisiert. Das Land wurde der indigenen Bevölkerung, den Amugme (ca. 13.000 Menschen in 85 Clans) genommen. Deren materielle Lebensbasis wurde angegriffen: Die Amugme leben vom Jagen und Sammeln sowie vom Brandrodungsfeldbau, ihre gesamte Lebensweise ist vom intakten Ökosystem des Regenwalds abhängig. Außerdem wurden ihre religiösen Empfindungen tief verletzt, sind ihnen doch die Berge, die von der Mine durchwühlt werden, heilig.

Der Bergbaubetrieb hat die traditionale Lebensweise der Amugme tiefgreifend gestört. Kompensationen für ökologische Zerstörungen und den Verlust von Land erhielten sie nicht, allein die Bewohner eines einzigen Dorfes bekamen aufgrund eines Übereinkommens vom Januar 1974 eine einmalige Zahlung für die Zerstörung von Gärten. Zur Zeit der Aufnahme des Minenbetriebs waren noch keine Umweltverträglichkeitsstudien gefordert, und auch später wurde keine unabhängige Untersuchung erstellt, lediglich das Unternehmen selbst fertigte eine Studie an. In den ersten achtzehn(!) Jahren des Minenbetriebs hat es keine Untersuchung oder Erfassung der ökologischen Auswirkungen der Mine von seiten Freeports gegeben (1). Erst in jüngster Zeit hat das Unternehmen - als Reaktion auf öffentliche Kritik - Umweltbelangen eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt (2).

Doch selbst heute ist allein der Minenbetreiber Freeport zur Untersuchung der ökologischen Folgen des Minenbetriebs autorisiert. Das Unternehmen verharmlost die Umweltfolgen offensichtlich systematisch. Gleichwohl haben Studien des United Nations Development Programme (UNDP) und von Nicht Regierungsorganisationen aus den USA (Environmental Defense Fund, Rainforest Action Network) zahlreiche Belege für ökologische Zerstörungen durch den Minenbetrieb erbracht (vergl. Down to Earth, No. 10, September 1990).

Großflächige

ökologische Schäden

Die Umweltzerstörungen betreffen nicht nur das unmittelbare Minengebiet. Auch indigene Gruppen, die weit entfernt von der Mine leben, wurden geschädigt. Denn Freeport leitet den Abraum und die kontaminierten Erzabfälle der Mine - täglich rund 115.000 Tonnen - in das Aghawayang-Otomona-Ajikwa-Flußsystem, das dadurch ökologisch schwer belastet wird (3). Die lokale Bevölkerung bezieht aus diesen Wasserläufen ihr Trinkwasser. Die flußabwärts lebenden Koperapoka und Komoro verloren durch die Verschlammung der Flußufer und die Zerstörung der Fischbestände ihre Lebensgrundlagen (Down to Earth, No. 18, September 1992, TAPOL Bulletin Nr. 113, Oktober 1992).

Das Wasser der Flüsse kann von den Anwohnern nicht mehr genutzt werden, bzw. hat die Nutzung des vergifteten Wassers zu Gesundheitsschäden geführt (Environesia, No. 1, 1990). Die Verschlammung schuf eine Schwemmebene von mindestens 15 Quadratkilometern und zerstörte dort den Regenwald, den Lebensraum indigener Jäger und Sammler des Stammes der Mimika (FEER, 10.3.94).

Ebenso wie die ökologischen Auswirkungen des Minenbetriebs an die Panguna Kupfermine in Bougainville (siehe ak 361) erinnern, so auch die sozialen Folgen. Auf der Mine werden großteils externe Arbeitskräfte beschäftigt (in den Leitungspositionen US-Bürger und Australier, ansonsten Filippinos und Koreaner sowie Indonesier aus anderen Provinzen), von 7.500 Arbeitskräften sind lediglich rund 700 Papuas (davon 300 Amugme).

Sie sind durchweg als ungelernte Arbeiter beschäftigt, werden schlechter bezahlt als die auswärtigen Arbeitskräfte und hausen in Slums am Rande Tembagapuras. Alkoholmißbrauch ist unter ihnen zu einem sehr ernsten Problem geworden. Tembagapura selbst ist ebenso wie das Minengelände durch einen hohen Zaun von der Umgebung abgeschirmt, der lokalen Bevölkerung ist der Zutritt verboten. Tembagapura wurde als "New York City im Dschungel von Irian" bezeichnet, weil dort für die externen Arbeitskräfte eine moderne und luxuriöse Infrastruktur mit großzügigen Wohnhäusern, Tennisplätzen, Supermärkten, internationaler Schule, Diskothek, Kasino und Hospital geschaffen wurde. Im Jahre 1995 wurde eine weitere Bergarbeiterstadt für die Arbeiter der Grasberg-Mine, Kuala Kencana, vom indonesischen Präsidenten Suharto eingeweiht, "die mit modernen Wohnhäusern, Golfplatz usw. in bizarrem Kontrast zum umgebenden Dschungel steht" (FEER, 28.12.95/4.1.96, übersetzt von ak). Gemüse, Obst, Alkohol, Zigaretten und andere Konsumgüter werden aus Australien und Neuseeland eingeflogen.

Die Entwicklungsimpulse für die Region sind äußerst bescheiden. Mehrere Projekte, die der Bevölkerung zugesagt wurden - Schulen, Gesundheitsstationen - wurden nicht oder nur rudimentär realisiert, so daß die Führer der lokalen Bevölkerung behaupten: "Es wurden viele, viele Versprechen gemacht, aber in der Realität gibt es nichts." (South-East Asia Mining Letter, 22.5.92; übersetzt von ak).

Die Amugme und die anderen indigenen Gruppen in der Region finden sich in einer sehr viel schlechteren Lage als die von Bergwerksprojekten betroffenen Landbesitzer in PNG. Denn während einerseits die Zentralregierung von PNG immerhin noch den Anspruch erhebt, im Interesse der eigenen Leute, der eigenen "Staatsbürger" zu agieren, und andererseits die lokale Bevölkerung als Landbesitzer faktisch eine relativ starke Position hat, handelt es sich bei der indonesischen Regierung in Blick auf West Papua um eine Besatzungsmacht, und die indigene Bevölkerung ist weitgehend rechtlos: Landbesitz des Stammes wird im indonesischen Recht nicht akzeptiert; er kann im "nationalen Interesse" vom Staat angeeignet werden. Das indonesische Okkupationsregime fühlt sich nicht bemüßigt, auf die Interessen und Entwicklungsbedürfnisse der (ethnisch ohnehin fremden) Bevölkerung dieser abgelegenen Provinz Rücksicht zu nehmen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß lediglich 6% der von Freeport entrichteten Steuern in der Provinz verbleiben. Dabei ist Freeport Indonesiens größter Steuerzahler. Überdies hält der indonesische Staat 10% an Freeport Indonesia. Die indonesische Regierung behandelt die Region als "heiliges Gebiet" und überläßt die Verwaltung der Region weitgehend dem Bergwerkskonzern (FEER, 25.1.96).

Ein neuer Vertrag aus dem Jahre 1991 garantiert Freeport die exklusiven Explorationsrechte in einem Gebiet von 25.000 Quadratkilometern (2,5 Mio Hektar) in der Provinz. Faktisch umfaßt dies Gebiet das gesamte Bergland des westlichen Neuguinea, und es ist höchst wahrscheinlich, daß man neue bedeutende Lagerstätten entdecken wird. Da in der Zwischenzeit RTZ (Rio Tinto Zinc, größter Bergwerkskonzern der Welt mit Sitz in Großbritannien) bei Freeport eingestiegen ist, teilen sich mittlerweile Freeport und RTZ die Explorationsrechte. RTZ untersucht bereits die Abbauwürdigkeit zweier neuer Standorte (Wabu und Etna Bay) (4).

Militärische Durchsetzung

der Konzerninteressen

Diese neuen Explorationen und Erschließungen werden für die Umwelt und die betroffene Bevölkerung schwerwiegende Auswirkungen haben.

Gegen die Zerstörung ihrer Umwelt und damit ihrer Lebensgrundlagen setzte sich die indigene Bevölkerung mit Gewalt zur Wehr. Schon in den 60er Jahren wurden Explorationsteams angegriffen und deren Camps niedergebrannt. Anfang der 70er hatten die Amugme versucht, den Bau der Stadt Tembagapura zu verhindern (Blockade und Sabotage der Bulldozer). Im Juni 1977 begann eine mehrere Wochen andauernde Sabotage-Kampagne gegen die Mine. Die Pipeline, Brücken und Straßen wurden zerstört, Polizeiposten angegriffen.

Das indonesische Militär reagierte mit einer großangelegten Operation (Operasi Tumpas, Operation Auslöschung), diese schloß die Bombardierung von Gärten und Dörfern durch die Luftwaffe ein. Nach indonesischen Angaben sollen dabei 900 Menschen getötet worden sein, die OPM spricht von 3000 (Westpapua 1994). Im Anschluß wurden die Amugme gewaltsam ins Küstentiefland bei Timika umgesiedelt. Dort litten sie unter Hungersnöten und Malaria (die es im Hochland nicht gibt). Ein Drittel der Umsiedler soll an Malaria gestorben sein, mehr als 20% der Kinder sollen Epidemien zum Opfer gefallen sein. Die große Mehrheit der Amugme kehrte schließlich heimlich in ihre alten Siedlungsgebiete zurück, wo sich die Menschen im Dschungel verborgen hielten. Und obgleich militärisch äußerst schwach (großteils sind sie nur mit Pfeil und Bogen und Speeren bewaffnet), führen sie nach wie vor einen zähen Kleinkrieg gegen die Mine und das Militär, das mehr als hundert Soldaten zum Schutz der Mine abgestellt hat. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Minenpersonal und -einrichtungen. Darauf antwortet das Militär mit der Zerstörung von Dörfern und Gärten, "Verschwindenlassen", Folterung und Ermordung von Dorfbewohnern (vgl. im Detail ACFOA 1995).

Im Sommer 1994 und Winter 1994/95 gab es heftige Kämpfe in der Nähe der Mine im Tsinga-Tal, denen Hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Ende 1995 intensivierte OPM erneut ihre Aktivitäten, und Anfang 1996 geriet der Krieg in Westpapua für kurze Zeit in die Schlagzeilen der internationalen Medien, weil eine

Guerillagruppe in der Nähe der Mine einige indonesische und europäische Wissenschaftler entführte, um auf das Schicksal der Papuas aufmerksam zu machen. Die indonesische Regierung verlegte daraufhin eine Eliteeinheit ihrer Streitkräfte (Kopassus) in die Region.

Armee und Konzern gehen gemeinsam vor

Freeport arbeitet bei der Bekämpfung der Aufständischen direkt mit der indonesischen Armee zusammen. So werden Stahlcontainer des Unternehmens als Arrestzellen für Gefangene benutzt (Westpapua 1994), Fahrzeuge des Unternehmens werden zum Truppen- und Gefangenentransport verwendet. Gefangene Zivilisten sollen auf dem Minengelände von Soldaten und Angehörigen des Sicherheitsdienstes der Mine gefoltert worden sein (5). Das private Sicherheitspersonal des Bergwerkskonzerns (325 Mann) arbeitet auch sonst mit den Militärs Hand in Hand.

Obgleich die Region weitgehend von der Außenwelt abgeriegelt ist (6), drangen im Jahre 1995 wiederholt Nachrichten über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär an die Öffentlichkeit. Kirchen und Menschenrechtsorganisationen berichteten u.a. von einem Massaker an Zivilisten, bei dem am 31. Mai 1995 in dem Dorf Hoea im Minengebiet 11 Menschen von indonesischen Soldaten während eines Gottesdienstes umgebracht wurden, darunter zwei Kinder und ein Pfarrer (FEER, 14.9.95; Pacific News Bulletin, September 1995).

Dieser Tatbestand wurde in einem Bericht des australischen Botschafters in Indonesien, der im Juli 1995 die Region mit einer Delegation besuchte, bestätigt (7). Dieser Bericht geht von der Ermordung von mindestens 22 Menschen durch das indonesische Militär im Minengebiet seit Juni 1994 aus. Ferner stellt er fest: "Viele Menschen wurden illegal inhaftiert und einige wurden gefoltert, zum Teil sehr brutal." (Pacific News Bulletin, November 1995, übersetzt von ak).

Die Massaker und anderen Übergriffe auf die lokale Bevölkerung sollen offensichtlich die Vertreibung der indigenen Bevölkerung aus dem Minengebiet unterstützen, sind doch Zwangsumsiedlungen das hauptsächliche Mittel der Militärs bei dem Versuch, die Lage in den Griff zu bekommen. Allein im Frühjahr 1995 sollten mehr als 2000 Menschen aus der Nähe der Mine - aus den Tälern Waa, Tsinga und Arwaa - umgesiedelt werden (Pacific News Bulletin, March 1995). Die meisten entziehen sich jedoch durch Flucht in den Dschungel. Sie weigern sich entschieden, ihr angestammtes Land zu verlassen.

Da die indonesische Regierung auf eine "militärische Lösung" des Problems setzt und die lokale Bevölkerung (unterstützt von der OPM) zumindest zu begrenzten militärischen Aktionen - "Nadelstichen" gewissermaßen - fähig ist, ist davon auszugehen, daß es um die Freeport-Mine auch künftig gewaltsame Auseinandersetzungen geben wird. Eine Ausweitung des Konflikts ist wegen der Ausdehnung des Explorationsgebiets zu erwarten. Die betroffenen indigenen Gruppen - Dani, Yali, Huplas u.a. - haben - mit dem Schicksal der Amugme vor Augen - Widerstand angekündigt und widersetzen sich bereits den Explorationen. Die OPM fordert in einem 7-Punkte-Programm ein Ende der Explorationen und die Stillegung der Freeport-Mine.

Vo.

Anmerkungen:

1) Ein indonesischer Regierungsvertreter erklärte 1992: "...it blew me away to realise that in the past 18 years they'd done zero monitoring (of the environmental impact). They'd have been killed in North America. It was the ugly American in the Third World." (South-East Asia Mining Letter, 22.5.1992)

2) Freeport ist in seinem Stammland USA als Umweltverschmutzer notorisch bekannt. Die Umweltstatistik der U.S. Environmental Protection Agency für 1993 wies Freeport als "largest polluter of land, air and water, both in terms of volume and toxicity, in the whole of North America" aus (Pacific News Bulletin, November 1995).

3) Wie bei vergleichbaren Projekten auch ist der Anteil des tatsächlich gewonnenen Kupfers und Goldes am gesamten prozessierten Material äußerst gering: "In contrast to the volume of ore and overburden mined, the quantity of copper, gold and silver extracted will be relatively small (i.e. less than 1% of the volume of ore and overburden removed)." (Grasberg Mine...1991)

4) FEER, 23.3.95. Ferner sind noch mindestens weitere acht Konzerne z.Z. mit Prospektion und Exploration in West Papua befaßt, darunter zwei der weltgrößten, Barrick Gold (Kanada) und Gencor (Südafrika), s. FEER, 28.12.95/4.1.96.

5) Pacific News Bulletin, September 1995:1. Quelle dieser Nachricht ist ein Bericht, der im Auftrag des katholischen Bischofs der Region erstellt wurde (Violations of human rights in the Timika area of Irian Jaya, Indonesia). Vgl. auch FEER, 25.1.96.

6) Nur im Sommer 1991 wurde einigen handverlesenen (ausländischen) Journalisten und Vertretern der indonesischen Umweltschutzorganisation WALHI gestattet, sich vor Ort ein Bild vom Minenbetrieb zu machen, s. Freeport and the Tribal People .... sowie Down to Earth, No.14, August 1991.

7) Australien ist in den Bergbau in West Papua insofern involviert, als zwischen Freeport und der australischen Regierung Verträge über die Nutzung des Flughafens im australischen Cairns bestehen. Ein Großteil des weißen Minenpersonals lebt in Cairns und wird von dort zur Arbeit auf die Mine geflogen. Außerdem holt das unternehmenseigene Versorgungsschiff wöchentlich Güter aus dem Hafen von Cairns für die Mine ab; ca. 740 australische Unternehmen, davon 296 aus Cairns, betätigen sich als Zulieferer von Freeport, Pacific News Bulletin, September 1995.

4. Rechtswidrig, aber nicht strafbar

Autor: Ute Abraham · Rubrik: Frauen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:35

Kalender

Jüdische Arbeiterbewegung

Der Reduktion der jüdischen Geschichte auf einen Leidensweg und der Juden auf das klassische Opfer scheint schließlich auch in der BRD einer differenzierteren Sicht zu weichen. Es ist dies u.a. der Berliner Ausstellung "Jüdische Lebenswelten" zu danken, der Frankfurter Ausstellung zum jüdischen Widerstand wie auch den in den letzten Jahren hierzulande erschienenen Publikationen zu diesem Thema. Ein bedeutender, hierzulande aber fast gänzlich unbekannter Teil der jüngeren jüdischen Geschichte wird nun in München in der (vom Diaspora-Museum Tel Aviv übernommenen) Ausstellung "Arbeiter und Revolutionäre" im besten Sinne des Wortes anschaulich gemacht. Gezeigt wird anhand vieler Fotografien und anderer Dokumente das Arbeitsleben der Juden in Osteuropa und in den USA und vor allem der jüdische Anteil an der Gründung sozialistischer Parteien und Gewerkschaften.

Bis zum 28.3., täglich 10-18 Uhr. Galerie im Rathaus, München. (Ab etwa Mai wird die Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt gezeigt werden.)

Verbrechen der Wehrmacht

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945" wird gezeigt

bis zum 24.3.96 im BIS-Zentrum in Mönchengladbach,

vom 28.3.-6.5 im Kunstschacht Katernberg in Essen.

Forum Humanität

Das Behindertenreferat - Aktion Menschenstadt des Evangelischen Stadtkirchenverbands Essen lädt zum 3. Forum Humanität. Die Themenschwerpunkte der zwei Tage sind: Die Fortschritte der Macher und die Zukunft des Menschen. Informationen und Kritik zu Human- und Biotechnologie-Entwicklungen aus naturwissenschaftlicher und anthropologischer Sicht; Bioethik-Entwicklungen und Wirtschaftsmacht-Interessen. Informationen und Kritik zu Human- und Biotechnologie-Entwicklungen aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht; Unter dem Diktat des Perfektionismus oder in der Kraft der Menschlichkeit und in der Lebensfülle von Vielfaltsgemeinschaften. Modelle und Träume für eine bessere Zukunft.

8./9.3.96 - Haus der Ev. Kirche (Großer Saal), II. Hagen 7, 45127 Essen. Teilnahmegebühr (inkl. Verpflegung) 60 DM. Unterkunft muß selbst besorgt werden, Hotelzimmerbestellung über Verkehrsverein Essen, Tel. 0201-235427.

Asservate. Auschwitz, Buchenwald, Yad Vashem

Arbeiten der israelischen Fotografin Naomi Tereza Salmon aus Gedenkstätten an den Völkermord an den europäischen Juden "Asservate" zeigt das

Kunstkabinett am Goetheplatz, Weimar, vom 21.3.-21.4.96.

Wolfgang Harich

Die Alternative Enquetekommission "Deutsche Zeitgeschichte" lädt aus Anlaß des Todestages von Wolfgang Harich zu einem Kolloquium mit fünfzehn ReferentInnen aus Ost und West. Neben Aspekten seines philosophischen Werks sollen seine Jean-Paul-Forschung, seine Kritik an der Kulturpolitik der DDR und seine politischen Aktivitäten nach 1989 zur Sprache kommen.

21.3.96, 13-20 Uhr. Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 32-34, Berlin-Mitte.

Monika Haas

Über den Prozeß gegen Monika Haas informieren in einer gemeinsamen Veranstaltung das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das Forum für Monika Haas, die Bunte Hilfe und der Club Voltaire.

21.3.96, 19.30 Uhr. Bürgertreff Gutleut, Rottweiler Str. 32, Frankfurt.

Nederland bekent kleur

"Die Niederlande bekennen Farbe" - unter diesem Motto wird, nach einer Woche dezentraler Aktionen in den Niederlanden, in Amsterdam eine "Nationale Demonstration gegen Rassismus" durchgeführt.

23.3.96, ab 13 Uhr. Dam, Amsterdam.

Kontakt: 0031-20-6737575.

Fotografien aus dem Ghetto

Es hat fast den Anschein, als sei das Warschauer Ghetto auch eine touristische Attraktion gewesen. "Hobbyfotografen" und Fotografen der Propagandakompanien der Wehrmacht haben eine große Anzahl von Aufnahmen gemacht, die zum Teil in den letzten Jahren in Buchform veröffentlicht worden sind. Diese Fotografien sollen in einem Wochenendseminar genauer betrachtet und die Motivation der Fotografen erörtert werden. Vergleichend sollen Fotografien herangezogen werden, die von Bewohnern des Getto Lodz selbst aufgenommen worden sind.

23./24.3.96, jeweils 11-16.30 Uhr. - Hamburger Volkshochschule, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, 20357 Hamburg. Kursleitung Ute Wrocklage. Teilnahmegebühr: 25 DM. Anmeldung bei der VHS Schanzenstr. 75-77, 20357 Hamburg, Kursnr. M 51414, oder im Kurs.

Neue Welthandelsordnung (WTO)

Bei dem BUKO-Seminar "Die neue Welthandelsordnung (WTO) - Ursachen, Folgen, Alternativen, Widerstand" soll erörtert werden, welche Entwicklungen zur Institutionalisierung der WTO geführt haben und worin die Neuerungen gegenüber dem alten GATT liegen. Welche Alternativen und Handlungsmöglichkeiten es hierzulande gibt, soll anhand der Diskussionen um den Alternativhandel und um die Regionalisierung des Welthandels verdeutlicht werden. Die Auswirkungen auf die sog. Dritte Welt und deren Reaktionen bilden einen weiteren Schwerpunkt des Seminars. Im Mittelpunkt stehen dabei die Länder Indien und Philippinen.

22.-24.3.96. Jugendgästehaus Münster. Anmeldung: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Hamburger Ostermarsch

Der Hamburger Ostermarsch am 8.4.96 beginnt um 11 Uhr mit der Auftaktkundgebung am S-Bahnhof Bahrenfeld.

Für den Tag zuvor ist ein Osterspaziergang - "Vom Eis befreit sind Fluß und Bäche ..." - angesetzt, und zwar zu den nun gar nicht befreiten Häftlingen im Abschiebeknast Glasmoor.

7.4.96, 15 Uhr. Treffpunkt in Norderstedt: Glasmoorstraße. Treff für alle, die eine Mitfahrgelegenheit suchen oder anbieten: Haus für alle, Amandastr. 58, oder Kulturladen Brakula, Bramfelder Chaussee 265.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 389 ist der 26.3.96.

5. Lübeck - noch ein suspektes "Schuldeingeständnis". Flüchtlinge fordern internationale Untersuchungskommission

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:41

Die überlebenden Opfer des Brandes im Lübecker Flüchtlingswohnheim, bei dem zehn Menschen starben, haben sich jetzt öffentlich zu Wort gemeldet. Auf einer Veranstaltung am 16. Februar in Hamburg berichteten sie über ihre Situation und über die polizeilichen Ermittlungen: Nach dem Brand wurden alle Bewohner des Hauses von der Polizei massiv in die Mangel genommen - allerdings erst, nachdem die Ermittlungen sich weg von deutschen Neonazis auf einen libanesischen Flüchtling konzentriert hatten. Der Cousin einer Nachbarin des beschuldigten Safwan Eid wurde noch im Krankenhaus mitten in der Nacht geweckt und zum Verhör gebracht. Insgesamt mußte er fünf Verhöre, vier bis fünf Stunden lang, über sich ergehen lassen. Gewünscht war eine Bestätigung der polizeilichen Darstellung, daß Safwan Eid mit ihm Streit gehabt habe. Das war von den Ermittlungsbehörden öffentlich als Motiv für die Brandstiftung präsentiert worden. Der Zairer dementierte diese Behauptungen auf der Veranstaltung noch einmal ganz entschieden.

Auch auf andere Flüchtlinge wurde noch im Krankenhaus massiver Druck ausgeübt: mehrstündige Verhöre, Befragung ohne Rechtsanwalt, zunächst als Zeugen, dann als Verdächtige. Der 13jährige Sohn der Nachbarin wurde vier bis fünf Stunden befragt. Andere Kinder wurden auch noch Wochen nach dem Brand mit Fragen wie: "Du kennst doch den Täter?" ausgehorcht. Es wurde versucht, Spitzel einzuschleusen; eine Frau stellte sich bei der Nachbarin als "die Freundin" eines Cousins vor, der allerdings gar nicht mehr am Leben ist.

Es verdichtet sich das Bild, daß die Polizei und die Staatsanwaltschaft alles, aber auch wirklich alles versucht haben, irgendwelche Indizien für die von den Ermittlungsbehörden vertretene These zufinden , es habe Konflikte zwischen afrikanischen und libanesischen Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft gegeben. Um so schwerer wiegt die Tatsache, daß sich dennoch unter den Flüchtlingen offenbar niemand fand, der persönliche oder gar "ethnisch" bestimmte Feindschaften in dem Haus bestätigt hätte. Die Überlebenden des Brandes wandten sich energisch dagegen, daß Safwan Eid "zum Täter gestempelt" wird.

Das würde so schön in das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild passen, wonach sich die Flüchtlinge eben gegenseitig umgebracht haben. Dagegen ist offenbar Spuren, die auf deutsche Täter weisen könnten, systematisch nicht nachgegangen worden. Die Flüchtlinge berichteten, daß früher schon einmal der Gehsteig vor dem Haus mit Benzin übergossen worden war. Vor drei bis vier Monaten wurden drei Deutsche festgenommen, die in das Haus einsteigen wollten. Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen dazu ist nicht bekannt.

Während die von den Ermittlungsbehörden verhängte Nachrichtensperre für Nachfragen kritischer Medien (dazu zählt offenbar schon der WDR) weiter in Kraft ist, wurden gleichzeitig über die Springerpresse weitere rassistisch gefärbte Beschuldigungen lanciert. Am 20.2. meldete die "Welt" "aus Kreisen der Ermittlungsbehörden", es hätten sich die Erkenntnisse verdichtet, "wonach weitere Personen an der Brandstiftung direkt und mittelbar beteiligt waren". "Es ist ein ganzer Clan, der durchleuchtet werden muß", zitiert die "Welt" ihren staatlichen Informanten. Staatsanwaltschaft und Polizei, die Angehörige von Safwan Eid verdächtigen, kämpften gegen "eine Mauer des Schweigens von Mitgliedern der libanesischen Großfamilie und befreundeter Landsleute". Tatsache ist, daß die Familienmitglieder umfangreiche Aussagen gemacht haben, daß diese Aussagen aber offenbar nicht im Sinne der Ermittler waren. Das wurde nun mit öffentlichen, nur durch rassistische Vorurteile begründeten Anwürfen quittiert.

Zunächst war es die "Bild"-Zeitung, dann trat wenige Tage später auch die Staatsanwaltschaft mit neuen Anschuldigungen an die Öffentlichkeit: In einer - richterlich genehmigten - mehrwöchigen Abhöraktion im Gefängnis seien Gespräche von Safwan Eid mit Familienmitgliedern und Freunden aufgezeichnet worden. Dadurch habe sich der Verdacht gegen ihn "erhärtet".

Die Gesprächsaufzeichnungen, die Safwan Eid von der Staatsanwaltschaft vorgehalten wurden, seien "zum Teil unvollständig, zum Teil anscheinend nicht richtig übersetzt", heißt es in einer Presseerklärung des

Rechtsanwalts von Safwan Eid. Die Erläuterungen seines Mandanten zu einzelnen Gesprächspassagen seien nachvollziehbar und "kein Schuldanerkenntnis in irgendeiner Weise". Der älteste Bruder des Verhafteten, Mohammed Eid, stellte klar: Wenn Safwan in den Gesprächen mehrmals "Gott vergib mir" gesagt habe, sei das für einen gläubigen Moslem im Fastenmonat Ramadan ganz normal. Über den Brandanschlag habe man bei den Besuchen gar nicht gesprochen.

Irgendwelche Details oder sonstige neue Fakten wurden von der Staatsanwaltschaft nicht mitgeteilt, von einem stichhaltigen Motiv für die angebliche Brandstiftung ganz zu schweigen. Die geheime Abhöraktion sei notwendig geworden, da die Bewohner des Brandhauses "erkennbare Vorbehalte gegen die Polizei" gehegt hätten und zu wenig kooperationsbereit gewesen seien. Ob das Abhören von Gesprächen mit Familienmitgliedern im Gefängnis - selbst nach den Regelungen des "kleinen Lauschangriffs" - allerdings zulässig ist, ist mehr als fraglich. Das Recht von Untersuchungsgefangenen zur Aussageverweigerung wird damit ad absurdum geführt.

Die Flüchtlinge wandten sich nach dem Bekanntwerden der Abhöraktion erneut an die Öffentlichkeit. Sie sehen keinerlei Grund mehr, den deutschen Ermittlungsbehörden zu vertrauen. Zusammen mit antirassistischen Gruppen aus Lübeck und Hamburg fordern sie die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission. Die Vorbereitungen dafür sind in vollem Gange.

Möglicherweise wird sie sich mit einem weiteren Brandanschlag beschäftigen müssen: In der Nacht zum 29.2. brannte in der Lübecker Innenstadt ein historisches Gängehaus vollständig aus. Die 26 BewohnerInnen, darunter eine türkische und eine griechische Familie, konnten sich retten. In einem angrenzenden Durchgang wurden drei Hakenkreuze gefunden, die nach Aussage einer Bewohnerin erst in der Brandnacht entstanden sein können. Besonders brisant: Dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus liegt die Aussage eines Feuerwehrmannes vor, die Feuerwehrleute vor Ort hätten die Anweisung erhalten, diese Hakenkreuze zu verdecken. Als sie sich weigerten, habe die Polizei dies getan.

Flüchtlings- und antirassistische Gruppen aus Lübeck und Hamburg rufen unter der Parole "Freiheit für Safwan Eid" für den 9.3. um 14 Uhr zu einer Kundgebung vor der JVA Lauer Hof in Lübeck-Merli auf. Für den 23.3. ab 13 Uhr ist eine überregionale Demonstration in der Lübecker Innenstadt geplant.

j., Hamburg (4.3.1996)

6. The 43 Group. Eine unerhörte Geschichte - Rezension

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antifaschistischer Kampf; Großbritannien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:08

Faschistische Gruppen auf den Straßen, gesetzlich geschützte Aufrufe zum Fremdenhaß, Dutzende faschistischer Buchläden, Parolen wie "Juden raus", Straßenschlachten, faschistische Massenversammlungen mit "Sieg Heil"-Rufen - dies alles wird man sich in einem von einer Militärdiktatur oder von Faschisten beherrschten Staat vorstellen können. Es ist jedoch eine Szenerie aus dem Großbritannien der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende der vierziger Jahre.

Ebenso wie in den USA, Frankreich und anderen der westlichen Demokratie zugerechneten Ländern war auch in Großbritannien in den vierziger Jahren eine faschistische Bewegung entstanden. Anders als in Deutschland blieb der Einfluß dieser Bewegungen beschränkt. In Großbritannien wurden die leitenden Funktionäre u.a. der größten faschistischen Organisation, der von Sir Oswald Mosley geführten British Union of Fascists, während des Weltkriegs interniert.

Während des Weltkriegs wurden britische Städte von der Nazi-Luftwaffe bombardiert, 30.000 Zivilisten wurden hierbei getötet. Hunderttausende britischer Soldaten hatten gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft. Und in den ersten Monaten nach Kriegsende wurde das Ausmaß der Verbrechen Nazideutschlands, insbesondere der Völkermord an den europäischen Juden, bekannt. Gleichviel waren Mosley und andere britische Faschisten teils schon während und dann nach Kriegsende intensiv bemüht, eine neue faschistische Bewegung aufzubauen. Im Dezember 1945 waren Faschisten wieder auf den Straßen Großbritanniens anzutreffen.

Geschützt wurde ihr Auftreten von dem allgemein hochgeschätzten Recht auf freie Meinungsäußerung. Zudem gab es den Public Order Act, der auch die übelsten Hetzredner schützte, einen protestierenden Zuhörer aber - wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" - mit Festnahme bedrohte. Schließlich stand Großbritannien in Palästina "im Krieg mit den Juden".

Bis zum Februar 1946 wurden allein auf den Straßen und in den Schulen und Versammlungssälen Londons vierzehn faschistische Gruppen ausgemacht. Sie konzentrierten sich, wie vor dem Krieg, auf die jüdischen Viertel. Insbesondere die zahlreichen jüdischen Ex-SoldatInnen, die gegen die Nazitruppen gekämpft hatten, fühlten sich betrogen, hatten sie doch nicht ihr Leben im Krieg eingesetzt, um jetzt im eigenen Land Faschisten vor der Haustür zu begegnen. Die offizielle Körperschaft der britischen Juden, der Jewish Board of Deputies, beschränkte seinen Protest auf Lobbyarbeit im Parlament und Medieninformation. Hierüber hinaus ging die Association of Jewish Ex- Serviceman, die auf den für öffentliche Reden bestimmten Plätzen (speakers corners) gegen die Faschisten stritten.

Im Februar 1946 gerieten vier jüdische Ex-Soldaten in einer Kneipe in das Treffen einer faschistischen Gruppe, die von ihnen kurzerhand angegriffen wurde. Unterdessen war die Wut unter den jüdischen Ex-Soldaten allgemein gewachsen: Sie kamen aus dem Kino, wo sie in der Wochenschau gesehen hatten, wie die Leichen ermordeter Juden von Bulldozern in Kalkgruben geschoben wurden, und trafen dann draußen auf Faschistenversammlungen oder auf mit Hakenkreuzen beschmierte Synagogen.

Als sich im Frühjahr 1946 im Londoner Makkabi-Haus, dem Versammlungsort des jüdischen Sportvereins, 43 jüdische Ex-SoldatInnen trafen, wurde der Beschluß gefaßt, den Kampf gegen die Faschisten aufzunehmen, "mit dem Ziel, sie zu vernichten" und vom Parlament zu fordern, rassistische Hetze unter Strafe zu stellen und als Verbrechen zu behandeln. Die Anzahl der GründerInnen gab der Gruppe den Namen: The 43 Group. Auf den Druckschriften der Gruppe war die Zahl mit einem Davidsstern eingerahmt.

Bis Ende April 1946 hatten sich bereits 300 ehemalige SoldatInnen eingetragen, darunter auch einige Nichtjuden. Die Gruppe umfaßte zeitweise zwischen 700 und 1000 Mitgliedern. Bis 1949 hatte The 43 Group die britische faschistische Bewegung zerschlagen: Das Mittel war in erster Linie der mit aller Härte geführte militante Kampf, das Zerschlagen von Versammlungen, Stürmen von Veranstaltungen, Überfälle auf einzelne Gruppen und - im juristischen Sinne - Diebstahl und schwerer Raub. Daneben entwickelte die Gruppe eine

effektive Medientätigkeit, bearbeitete die zugänglichen Parlamentarier und bezog die Bewohner der von den Faschisten heimgesuchten Viertel weitestmöglich mit in den Kampf ein.

Durchschlagskraft und Erfolg der Gruppe waren das Ergebnis der hochgradigen Professionalität ihres Kampfes:

- Die Aktivitäten wurden zentral geleitet, ohne jedoch spontane Aktionen oder Zugriffe, die weit außerhalb der Legalität lagen, sonderlich zu hemmen.

- Die Kommandos, die "Stoßtruppen" bestanden fast ausnahmslos aus ehemaligen Soldaten, die über Kampferfahrungen aus dem Krieg verfügten und dementsprechend sehr diszipliniert waren.

- Die Zentrale unterhielt eine Nachrichtenabteilung, die Informationen aus allen denkbaren Quellen, darunter eine Anzahl "Maulwürfe" in den faschistischen Gruppen selbst, auswertete. Diese Informationen dienten zum einen der Einsatzplanung für die Kommandos, wurden zum anderen Medien und Parlamentariern zugeleitet.

Die - auch in Großbritannien - fast völlig in Vergessenheit geratene und selbst in einer maßgeblichen Quelle wie der vielbändigen "Encyclopaedia Judaica" nicht erwähnte Geschichte der 43 Group erzählt Morris Beckman, eines der Gründungsmitglieder der Gruppe, in aller, manchmal schon ermüdender Detailliertheit. Diese Geschichte ist es sehr wert, nicht nur einfach gelesen, sondern auch "studiert" zu werden, um aus dem Erfolg dieser Gruppe nicht die falschen Schlüsse zu ziehen. (Der deutsche Verlag hat es sich nämlich einfallen lassen, für das Buch mit einem Satz aus der britischen Zeitschrift Red Action zu werben: "Dieses Buch über die physische Konfrontation der Faschisten könnte kaum zu einem besseren Zeitpunkt erscheinen, da die Debatte über effektive antifaschistische Taktiken immer wichtiger wird.")

Beckman erwähnt zwar gelegentlich die - an sich selbstverständliche - Motivation gerade jüdischer Ex-SoldatInnen, den Kampf gegen Faschisten mit allen Mitteln zu führen. Aber er gibt seinen LeserInnen nur rudimentäre Hinweise auf die Entstehungsgründe und Motivation der britischen faschistischen Gruppen. Für eine britische Leserschaft, für die Beckman geschrieben hat, mag dies überflüssig sein. Einer deutschen Leserschaft aber ist dies unentbehrlich, wenn nicht der Eindruck entstehen soll (wie es Beckman fast nahelegt), die britischen Faschisten hätten sich gut vier Jahre auf den Straßen halten können, weil es "irgendwie Antisemitismus" gab und die jeweiligen Faschistenführer "irgendwie" vom deutschen Nationalsozialismus begeistert waren. Einer zu wünschenden zweiten (dritten, vierten ...) Auflage dieses Buches sollte der Verlag unbedingt einen Aufsatz zum britischen (Nachkriegs-)Faschismus beigeben.

Klaus Mellenthin

Morris Beckmann: The 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950. Aus dem Englischen von Michaele Brock und Martin Griffin. Berlin (Harald Kater) 1995. 206 S., Abb., 25 DM.

7. Kalter Krieg in der Karibik. Clintons Luftpiraten provozieren Embargoverschärfung

Autor: kuk · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:32

Der Abschuß von zwei Cessna-Flugzeugen der antikommunistischen Organisation "Hermanos al Rescate" (Brüder zur Rettung) am 24.2. 1996 durch eine MIG-29 der kubanischen Luftwaffe hat den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton veranlaßt, die seit 30 Jahren angewandte Embargopolitik seines Landes noch einmal zu verschärfen. Der von den ultrareaktionären, republikanischen Abgeordneten Helms und Burton schon vor Monaten eingebrachte "Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act", dessen rechtskräftige Verabschiedung bisher vom Weißen Haus verhindert wurde, wird nun von Clinton unterzeichnet.

Das bedeutet, daß die Embargopolitik gegenüber Kuba auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. Damit ist es nicht mehr in das Belieben des Präsidenten gestellt, die Sanktionen zu mildern oder zu verschärfen. Die meisten Bestimmungen sind gegen ausländische Investoren, die auf Kuba tätig sind, gerichtet. Die wichtigsten Punkte des Gesetzes:

- Die amerikanische Regierung wird sich jedem Versuch widersetzen, Kuba in eine internationale Finanzinstitution aufzunehmen.

- Die für Rußland bewilligten Gelder werden genau um den Betrag gekürzt, den jenes Land zur Unterstützung von Kuba bereitstellt.

- Es werden neue Verbote gegen die Einfuhr von Produkten erlassen, die unter Verwendung kubanischen Zuckers hergestellt wurden.

- Ausländer, die unter Castro verstaatlichten Besitz erworben haben, der einst Kubanern gehörte, die heute amerikanische Staatsbürger sind, erhalten keine Visa mehr für die USA.

- Amerikaner, deren einstiger Besitz auf Kuba jetzt von ausländischen Unternehmen genutzt wird, dürfen in den USA Klage gegen besagte Firmen führen.

Der Kongreß hat Clinton allerdings zugestanden, die letztgenannte Bestimmung für jeweils sechs Monate zu suspendieren, falls dadurch nationale Interessen tangiert werden. Bereits am Montag, dem 26.2., hatte der Präsident folgende Sanktionen verhängt: Sämtliche Charterflüge nach Kuba werden sofort und unbefristet eingestellt. Der Propagandasender Radio Marti in Miami erhält weitere Frequenzen und zusätzliche Gelder. Außerdem kündigte er Entschädigungen für die Angehörigen der abgeschossenen Piloten an, die aus eingefrorenen kubanischen Bankguthaben entnommen werden sollen. Die Bewegungsfreiheit kubanischer Diplomaten in den USA wird eingeschränkt, die Kriterien für die Erteilung von Visa an kubanische Beamte werden verschärft.

Clinton widersetzte sich Vorschlägen, alle US-Diplomaten aus Kuba abzuziehen und den im vergangenen Jahr liberalisierten Telefonverkehr einzustellen. Die Erlaubnis für US-Medien, Büros auf Kuba zu eröffnen, bleibt ebenfalls in Kraft.

USA: Friedliche

Zivilflugzeuge abgeschossen

Über die genauen Umstände des Abschusses der beiden Cessnas, bei dem vier Exilkubaner ums Leben kamen, gibt es unterschiedliche Darstellungen. Klar ist, daß insgesamt drei Maschinen in den Zwischenfall verwickelt waren. Der Gründer der "Hermanos al Rescate", Jose Basulto, komplettierte mit einem dritten Flugzeug, das nicht unter Feuer genommen wurde, die Gruppe. Die US-Regierung und Basulto erklärten übereinstimmend, daß sich der Abschuß über internationalen Gewässern zugetragen habe. Basulto behauptet, Tonbänder mit Gesprächen zwischen den Piloten und der kubanischen Luftfahrtbehörde zu besitzen, mit denen bewiesen werden könne, daß sich die Flugzeuge der kubanischen Küste nie weiter als 24 km genähert haben.

US-Außenminister Warren Christopher erklärte am Sonntag (25.2.), die beiden MIG-29 hätten keinerlei Versuche unternommen, die Cessnas zu warnen. Andere Regierungsbeamte behaupteten, daß die Maschinen außerhalb des kubanischen Luftraums abgeschossen und dann fünf bzw. 16 Meilen nördlich der 12-Meilen-Zone ins Meer gestürzt seien. Die dritte Maschine ist nach ihren Angaben drei Kilometer auf kubanisches Gebiet vorgedrungen, möglicherweise hätten auch die abgeschossenen Maschinen vorher dasselbe getan. Vom Kontrollturm in Havanna sei eine Warnung ausgesprochen worden. (NZZ, 27.2.)

Der Flugplan der drei Maschinen für den 24.2. hatte einen fünfstündigen Flug bis zum 24. Breitengrad vorgesehen, einer Linie, die sich beträchtlich nördlich der 12-Meilen-Zone befindet. In der Neuen Zürcher Zeitung (27.2.) heißt es dazu weiter: "Dieser Flugplan wurde auch der Flugkontrolle in Havanna elektronisch übermittelt. Eines steht damit fest: Die Piloten waren sich der Gefahr, in die sie sich begaben, auf jeden Fall bewußt. Das entschuldigt den barbarischen Akt Havannas natürlich nicht."

Warren Christopher erklärte in San Salvador, Präsident Clinton behalte sich eine militärische Aktion vor. US-Kampfflugzeuge im Bundesstaat Florida wurden in Alarmbereitschaft versetzt. (jW, 28.2.)

Die US-Behörden bestehen bisher darauf, daß der Abschuß über internationalen Gewässern stattfand. Sie veröffentlichten in New York Radarbilder, die beweisen sollen, daß die beiden abgeschossenen Cessnas nicht in den kubanischen Luftraum eingedrungen seien. (SZ, 29.2.) Hieraus und aus der Tatsache, daß es sich um Zivilflugzeuge handelt, wollen sie Kuba den Strick drehen. Eingeräumt wird, daß eine oder mehrere Maschinen vor dem Abschuß auf kubanisches Gebiet eingedrungen sein könnten. Obwohl Regierungskreise hierzu unterschiedliche Aussagen machten, wird zugegeben, daß von kubanischer Seite Warnungen an mindestens eine Maschine ausgesprochen wurden. Dies bestätigte auch José Basulto und fügte hinzu: "Aber als freie Kubaner sind wir weitergeflogen." Weiter erklärte er, daß der Zweck der Aktivitäten seiner Organisation darin bestehe, Castro so sehr in Zorn zu treiben, daß er keine Antwort mehr geben könne. (Guardian, 29.2.)

Kuba: Luftpiraten

eine Lektion erteilt

Das Außenministerium in Havanna erklärt, daß die Flugzeuge am Samstag um 15.21 Uhr bzw. 15.28 Uhr fünf und acht Seemeilen nördlich der Küste von Playa Baracoa abgeschossen worden seien. Sie hätten eine Aufforderung zum Abdrehen ignoriert. Die jW (27.2.) berichtet: "Laut kubanischer Note begann der Zwischenfall bereits fünf Stunden vorher, zwischen 10.15 Uhr und 11.27 Uhr, als drei Maschinen gleichen Typs in den Luft- und Seeraum des Inselstaates eingedrungen seien, von einem kubanischen Kampfflugzeug aber zum Abdrehen gezwungen werden konnten. Um 13.21 Uhr hätten sie erneut Kurs auf Kuba genommen. Die Flugüberwachungsstelle habe einen der Eindringlinge auf das tödliche Risiko seines Tuns aufmerksam gemacht, der darauf geantwortet habe, er wisse, daß er nicht hineinfliegen dürfe, es aber dennoch tun würde. Um 15.15 Uhr habe einer der Piloten begonnen, Havanna anzusteuern, ein zweiter sei ihm gefolgt."

Weiterhin hieß es, daß der Abschuß der "Piraten" aus den USA all denen eine Lehre sein solle, die solche Aktionen unterstützen oder ausführen. Bereits im Juli vergangenen Jahres hatte die kubanische Regierung angekündigt, jedes Flugzeug, das die Grenzen verletze, abzuschießen. Hinsichtlich des Vorwurfes, eine harmlose Zivilmaschine abgeschossen zu haben, entgegnete Miguel Alfonso Martinez, Sprecher des Außenministeriums: "Woher sollten wir wissen, ob die beiden Flugzeuge bewaffnet oder unbewaffnet waren?" (FR, 28.2.)

Auch die Kubaner wollen über unwiderlegbare Beweise verfügen (Radarbeobachtungen, mitgeschnittene Funkgespräche und die Cessna-Trümmer), mit denen ihre Aussagen untermauert werden. Möglicherweise kann eine internationale Untersuchung Aufklärung schaffen. Die Tatsache, daß die amerikanische Regierung bereits am Samstag um Erlaubnis nachsuchte (und sie erhielt), mit Schiffen der US-Marine und der Küstenwache in kubanischen Hoheitsgewässern nach Überlebenden zu suchen, könnte für Havanna sprechen. (taz und ND vom 26.2.)

Wer sind die

"Hermanos al Rescate"?

Die Exilgruppe verfügt über fünf Flugzeuge. Jeden Samstag fliegt sie von Miami aus die Bahamas an und wirft dort Hilfsgüter für Flüchtlinge ab. Zu ihren Piloten zählen neben Exilkubanern auch Freiwillige anderer Nationalitäten. Größte Aktivität entfaltete die Gruppe auf dem Höhepunkt der balsero-Krise (siehe ak 381), als sie täglich Flüge über die Floridastraße unternahm, um den auf dem Meer Treibenden zu helfen. Mit der kubanisch-amerikanischen Flüchtlingsübereinkunft entfiel jedoch diese Aufgabe. Seitdem haben sich die "Hermanos al Rescate" mit spektakulären Provokationen im Gespräch gehalten. Am 13.Juli vergangenen Jahres begleiteten sie die "Demokratieflotte" (1) aus der Luft, nahmen dann Kurs auf Havanna und flogen in geringer Höhe über den Malecón (die goße Uferstraße), auf dem gerade eine Demonstration stattfand. Am 9. und 13. Januar dieses Jahres warfen sie eine halbe Million Flugblätter über der Hauptstadt ab, in denen zum Sturz der Castro-Regierung aufgerufen wurde.

Billy Schuss, Mitbegründer der "Hermanos al Rescate", erklärte vor der Presse, daß er sich vor jedem Flug mit den freiwilligen Piloten zusammensetzte, um sie auf die Strategie der Organisation einzuschwören: Alle kubanischen Anweisungen seien demnach zu mißachten, selbst dann, wenn der Feind versuche, die eigenen Flugzeuge zur Landung zu zwingen. Lieber würde man den Tod in Kauf nehmen. (Guardian, 28.2.1996)

USA wollen Verurteilung

durch die UNO

Bereits am Montag wollte die amerikanische Regierung auf einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates eine Verurteilung Kubas erreichen. (2) Doch ein Teil der Mitglieder wollte ohne nähere Informationen und ohne Rücksprache mit ihren Regierungen keine Verurteilung aussprechen. Während Deutschland und Südkorea eine Unterstützung der Resolution andeuteten, bedauerte Rußland zwar den Zwischenfall, meinte aber, die USA müßten verhindern, daß von ihrem Boden aus ständig der kubanische Luftraum verletzt werde.

Am Dienstag rügte der Weltsicherheitsrat nach einem 16stündigen Verhandlungsmarathon den Abschuß, es wurde aber keine Verurteilung Kubas ausgesprochen. In der UNO-Erklärung heißt es, daß der Abschuß zweier Zivilflugzeuge nachhaltig mißbilligt werde. (Eine Mißbilligung hat weniger Gewicht als eine rechtlich bindende Resolution.) Die internationale Zivilluftfahrtorganisation in Montreal wird aufgefordert, unverzüglich eine Untersuchung des Vorfalls einzuleiten. Die Abmilderung des viel schärfer gefaßten US-Antrags wurde v.a. von China erreicht. Es wandte sich gegen Formulierungen, die Kuba "den ungesetzlichen Einsatz von Gewalt" vorwerfen und den Abschuß als "Bedrohung für die internationale Ordnung" verurteilen. (FR, 28.2.)

Der Sprecher des kubanischen Außenministeriums, Miguel Alfonso Martinez, erklärte zu der Stellungnahme des UN-Sicherheitsrates, sein Land könne "auf oder über seinem Staatsgebiet keine vom Ausland gesteuerten Tätigkeiten dulden, die offen auf den Sturz der Regierung abzielen." (FR, 28.2.) Die Erklärung sei ein völliges Fehlurteil, weil sie die USA nicht als Auslöser der Ereignisse verurteile. Am Dienstag forderte Außenminister Robaina eine Sondersitzung der UNO-Vollversammlung, auf der Kuba Beweise vorlegen werde, daß es vor dem Abschuß äußerst geduldig auf die Provokationen der Exil-Kubaner reagiert habe. (ND, 29.2.) Er erklärte die Zustimmung zu einer internationalen Untersuchung des Vorfalls. (SZ, 29.2.)

Die Kubaner sind offenbar nicht gewillt, sich in die Defensive drängen zu lassen. Diplomaten der US-Interessenvertretung in Havanna wurden subversiver Tätigkeiten beschuldigt. Ricardo Alarcon sagte vor Journalisten, die Interessenvertretung unterstütze Dissidenten und organisiere Versammlungen.

Provokation gelungen: Verhältnis USA-Kuba nachhaltig gestört

Insgesamt 45mal hat Havanna die US-Behörden auf Luftraumverletzungen hingewiesen, die von den USA aus unternommen wurden, und sie ermahnt, solches zu unterbinden. Eine von vielen Warnungen stand am 15.1. in der Zeitung Trabajadores: "Wir versichern den Übertretern, daß Kuba über die notwendige Ausstattung verfügt, um seine territoriale Integrität zu garantieren und nichtautorisierte Flüge über seinem Hoheitsgebiet abzubrechen. Die Luftraumverletzer werden die Konsequenzen zu tragen haben." Doch die US-Regierung unternahm nichts. Die nordamerikanische Luftfahrtbehörde FAA leitete vor einem halben Jahr gegen José Basulto eine Untersuchung wegen Verletzung des amerikanischen Luftraums ein, die jedoch folgenlos blieb.

Was die "Luftpiraten" am Sonntag über Havanna wollten, ist bis heute nicht geklärt.(3) Die Erfahrungen, die Kuba mit den Exilanten in den vergangenen Jahrzehnten gemacht hat, rechtfertigen jedoch entschiedene Maßnahmen, um das illegale Eindringen feindlicher Personen zu verhindern. Daß es einige schwerbewaffnete

Exilgruppen in Miami gibt, ist unstrittig. Zwar sind Maulheldentum und Prahlerei zum Zwecke der Subventionserhaltung unter ihnen weit verbreitet,(4) doch es gibt auch terroristische Anschläge. Meistens werden sie gegen kompromißbereite Landsleute innerhalb der kubanischen Gemeinschaft in Florida unternommen.

Seit 1994 sind, soweit bekannt, vier Minigruppen potentieller Saboteure auf der Karibikinsel selbst festgenommen worden. ND berichtet am 24.10.1994 über ein bewaffnetes Landemanöver: "Sechs Tage darauf (ca. 16.10.1994) landete ein siebenköpfiges paramilitärisches Kommando, bis an die Zähne bewaffnet, auf dem Straßendamm zwischen der Küste bei Caibarien und dem Inselchen Santa Maria. Es kam mit einem Motorboot aus Florida. Einen Kubaner, der im Morgengrauen vom Damm aus angelte, erschossen die Eindringlinge, als er sich weigerte, ihnen freiwillig sein Auto abzutreten. Stunden später waren sie festgenommen." Der letzte schwere bekanntgewordene Vorfall wurde Ende vergangenen Jahres bekannt. Am 27.12.1995 nahmen FBI-Beamte drei Exilkubaner fest, nachdem auf ihrem Garnelenboot Waffen, Munition, Landkarten und gegen die kubanische Regierung gerichtete Videobänder gefunden wurden. (Guardian, 28.2.1996)

Das Verhältnis zwischen Kuba und den USA wird sich möglicherweise weiter verschlechtern. Havanna wird auf die neuerlichen Sanktionen mit einer noch entschlosseneren Haltung reagieren. Viele Beobachter glauben, daß die überzogene Reaktion Clintons mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu tun habe. Ricardo Alarcón sieht das anders: "Wir sollten nicht alles, was dort oben (in den USA; kuk) passiert, allein auf wahltaktische Erwägungen zurückführen." Die Feindseligkeit gegenüber dem kleinen Nachbarn sitze tiefer. Erneut sei der Beweis erbracht, daß Kuba sich hüten müsse, scheinbares Entgegenkommen der anderen Seite zu überschätzen. (ND, 29.2.) Dieser Einschätzung ist zuzustimmen. Clinton steht Kuba kaum weniger feindlich gegenüber als vorangegangene Präsidenten. Er hat in den vergangenen Jahren keine Entspannung angestrebt, er hat die Provokationen der Exilkubaner unterstützt und den erstbesten Anlaß genommen, um seine anticastristischen Obsessionen unter Beweis zu stellen. Daran wird sich auch nach einer inzwischen wieder denkbar gewordenen Wiederwahl nichts ändern.

kuk

Anmerkungen:

1) Exilkubanische Organisationen hatten am 13. Juli und am 2. September 1995 eine sogenannten "Demokratieflotte" organisiert. Dabei waren mehrere Hochseejachten und Sportfischereiboote in die kubanischen Hoheitsgewässer eingelaufen. Es kam zu Zusammenstößen mit der kubanischen Küstenwache, in deren Verlauf im September ein Boot versenkt wurde. Dabei erlag ein Exilkubaner einem Herzanfall.)

2) Als 1988 ein US-Jagdbomber eine iranische Passagiermaschine mit 248 Menschen an Bord abschoß, sorgten die USA dafür, daß im Weltsicherheitsrat keine Verurteilung zustande kam.)

3) Das Pentagon äußerte den Verdacht, daß die Maschinen am vorvergangenen Samstag die Absicht hatten, kubanische Flüchtlinge auf der Insel an Bord zu nehmen. (FR, 26.2.)

4) So erklärte der Generalsekretär der Demokratischen Einheit in Miami, Sergio González, im Oktober 1994 Havanna den Krieg. Nach einem Jahr meldete er, seine Kommandos hätten über 100 Castristen auf der Insel getötet sowie einige Fabrik- und Gleisanlagen gesprengt. (ND, 27.2.1996)

Pressestimmen

FR (27.2.): "Ob diese Flieger nun den kubanischen Luftraum verletzt hatten oder nicht, man kann die Hoheit eines Landes gegen Sportflieger anders schützen als mit Raketen und durch Vernichtung. Nun, das zeigen die Reaktionen im US-Kongreß, wird das Meer zwischen Miami und Havanna wieder breiter werden."

Leider enthält uns der Kommentator vor, wie man den Luftraum gegen Sportflugzeuge schützen kann. Mit Protesten geht es nicht, solange die USA das Treiben der Exilkubaner dulden und via Geheimdienst unterstützen. In der Luft kann man warnen, zum Abdrehen oder zu einer Landung auffordern. Ignoriert der mutwillige Luftraumverletzer entsprechende Anweisungen, kann man ihn weiterfliegen lassen (und damit zu einer Wiederholung ermutigen) oder ihn abschießen.

taz (27.2.): "Der Abschuß zweier ziviler Privatmaschinen ... ist durch nichts zu rechtfertigen - selbst wenn sie beladen mit antikommunistischen Flugblättern in kubanischem Luftraum unterwegs gewesen sein sollten. ... Der Abschuß der Cessna-Maschinen bricht aus dieser Logik (Konsolidierung durch schrittweise Reformen und vorsichtige Annäherung an die USA; kuk) aus. Da hätte sich Castro zurücklehnen und die Ermittlungsverfahren in den USA gegen die Piloten abwarten können, hätte seinerseits vor internationale Gremien treten und die international immer stärker isolierte US-Politik verurteilen lassen können - nichts dergleichen. Politisch völlig unverständlich riskiert Castro die wenigen neu gewonnenen Spielräume auf internationaler Ebene. Die Luft-Luft-Raketen, vom Samstag zeigen: Der alte Castro hat die politische Bodenhaftung verloren." Bernd Pickert

Die ultrapazifistische Argumentation ehrt zwar den Kommentatoren, findet aber bei Politikern, die ihr Land vor Schaden bewahren wollen, wenig Resonanz. Angesichts der Erfahrungen mit Exilkubanern als vermeintlich schlimmste Bedrohung anzunehmen, die Flugzeuge könnten antikommunistische Flugblätter transportieren, führt in die Irre. Absichtliche Luftraumverletzer können vergleichsweise harmlose, möglicherweise aber auch terroristische Absichten verfolgen. Solche von vornherein mit allen Mitteln zu unterbinden ist richtig - Pickerts Rat, hinterher eine eh' unwahrscheinliche diplomatische Verurteilung des Helfershelfer USA anzustreben, ist albern.

Süddeutsche Zeitung: "Fidel Castro hat am Samstag den letzten Zweifel ausgeräumt. Solange er an der Macht ist, wird er sie weder mit innenpolitischen Dissidenten noch mit seinen Landsleuten im Exil teilen. Jede Hoffnung auf eine politische Öffnung ist vergeblich. Um seiner absoluten innenpolitischen Macht willen geht er nicht nur weiterhin über Leichen, sondern er ist auch bereit, die unter dem amerikanischen Präsidenten Clinton erreichte, relative Entspannung wieder aufs Spiel zu setzen." Eva Karnofsky

Neues Deutschland: "An Warnungen hat es Havanna nicht fehlen lassen. Das Meer zwischen den USA und Kuba ist schließlich nicht die Ostsee ... Es trennt zwei Staaten voneinander, deren einer - reich und mächtig - über mehr als drei Jahrzehnte etliches ausgeheckt hat, um den anderen - klein und ärmlich - in die Knie zu zwingen. Und die offenen Drohungen der Miami-Mafia, den Umsturz in Kuba endlich selbst in die Hand zu nehmen, wenn die Insel-Bewohner schon nicht daran dächten, sind längst unzählbar. Wen wundert's, wenn die Bedrohten meinen, mehr ertragen weder zu können noch zu müssen? ... Ob der Abschuß die einzig mögliche Antwort war, muß man dennoch fragen." Detlef-D. Pries

Kasten

Top Gun als Doppelspion?

1992 schwamm der MIG-Pilot der kubanischen Luftwaffe, Juan Pablo Roque, zu dem amerikanischen Marine-Stützpunkt Guantanamo. In Florida angekommen, wurde er zum Helden der exilkubanischen Gemeinde. Er schrieb ein Buch, in dem er eine vernichtende Kritik an den Streitkräften, in denen er vorher gedient hatte, und am kubanischen Staat übte. Dies verschaffte ihm bei den antikommunistischen ExilkubanerInnen höchste Glaubwürdigkeit. Als die "Hermanos al Rescate" im Juli 1995 die "Demokratieflotte" aus der Luft eskortierten, war Roque einer ihrer Piloten. Just an dem Freitag vor dem Abschuß der Cessnas verließ Miami via Bahamas und kehrte nach Havanna zurück.

Montag abend berichtete Roque im kubanischen Fernsehsender Havanna TV über die Erkenntnisse, die er in Florida gewonnen habe:

Roque erklärte, die Hermanos al Rescate hätten Sabotageakte und Attentate, u.a. gegen Fidel Castro, geplant. José Basulto arbeite seit Anfang der 60er Jahre mit dem CIA zusammen und plane, Waffen und Sprengstoff nach Kuba zu schmuggeln, um damit zentrale Hochspannungsmasten in die Luft zu jagen. (jW, 28.2.) Roque behauptete außerdem, daß die "Hermanos al Rescate" die technischen Voraussetzungen geschaffen hätten, um den Funkverkehr des Verteidigungssystems Kubas zu stören und seine Informationen zu fälschen.

Weiter teilte Roque mit, daß die Organisation "Hermanos al Rescate" finanzielle Unterstützung durch die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung sowie durch Unternehmen der Exilgemeinde, z.B. der Firma Bacardi, erhalte.

Während die einen glauben, daß Roques Rückkehr durch Druck auf seine auf Kuba zurückgebliebene Familie erzwungen worden sei, sehen andere in ihm einen klassischen Spion.

(Informationen aus Guardian, 28.2.; jW, 28.2. und ND, 29.2.)

Nach internationalem Recht beginnt das Hoheitsgebiet eines Landes - zu Wasser und in der Luft - 12 Meilen vor der Küste. Nationen haben das Recht, ein darüber hinausgehendes Gebiet zu einer "Identifikationszone" für die Luftverteidigung zu erklären. Kuba hat in Übereinstimmung mit internationalen Gepflogenheiten den Luftraum bis zum 24. Breitengrad, der zwischen 40 und 60 Meilen nördlich der kubanischen Küste verläuft, zum Luftverteidigungsraum erklärt.

Gemäß der internationalen Luftfahrtkonvention von 1988 und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll von 1984 dürfen keine Waffen gegen im Flug befindliche Zivilflugzeuge eingesetzt werden. (FR, 28.2.)

Die sogenannte Konvention von Chicago von 1964 besagt, daß zivile Maschinen nur in einem Akt der Selbstverteidigung abgeschossen werden dürfen. (NZZ, 26.2.1996)

"Seit der Vertreibung des von den USA ausgehaltenen Diktators Batista vor 37 Jahren ist Kuba immer wieder aus der Luft oder von der See aus angegriffen worden. Alle diese Angriffe wurden von zivilen Flugzeugen oder zivilen Schiffen geführt. Nie war ein militärisches Flugzeug beteiligt. Bei vielen dieser Angriffe auf Kuba sind Menschen getötet worden. Industrieelle und agrarische Einrichtungen wurden zerstört. Zu den Zielen haben auch Hotels gehört, die Gefährdung von Leben und Gesundheit ausländischer Touristen wurde in Kauf genommen."

Jorge Bolanos, stellvertr. kubanischer Außenminister (jW, 29.2.)

8. Kurz vor dem (Spenden-) Ziel jetzt noch ein Endspurt!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:spenden

Noch 2400 DM fehlen uns zum Erreichen der 50.000 DM, mit denen wir die Herausgabe unserer Zeitung ein weiteres Jahr sicherstellen können. Alle, die immer auf den den letzten Drücker kommen, alle, über die unverhofft ein warmer Regen niedergegangen ist, alle, die eine der wenigen verbliebenen staatskritischen Stimmen in der BRD unterstützen wollen, sind aufgerufen, in die Tasche zu greifen.

Den Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön.

Die ak-Redaktion

Nachträge

M. W, Bremen 100,00

M.L., Köln (20 Statt 200) -180,00

W. V, Köln 100,00

P. H., Hamburg 60,00

W.P., Rickling 5000,00

Neueingänge

Radek, xy 124,00

W. Sch., Oldenburg 50,00

L. G.; Köln 50,00

N. R. G., Augsburg 100,00

U. P. , Berlin 100,00

A. H., Ludwigshafen 200,00

S. P., Forchheim 40,00

T. Sch., Freiburg, 200,00

E. F., Hamburg 100,00

I.+J. M., Stade? 100,00

A. C., Münster 50,00

I. H., Bremen 20,00

R. M., Oldenburg 50,00

W. R.-R.; Bremerhaven 100,00

W. D., Frankfurt 100,00

B.+A. Richter, Roehrmoos 50,00

J. P., Berlin 500,00

Summe Spenden 7014,00

Gesamt 47611,00

9. Wem nützt die Kampagne gegen Simon Wiesenthal?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:13

"Betrayal" (Verrat) - so heißt ein vor drei Jahren erschienenes Buch von Eli Rosenbaum, in dem der Chefankläger für NS-Verbrechen im US-amerikanischen Justizministerium eine Abrechnung mit Simon Wiesenthal versucht. Dieser habe Zeit seines Lebens mehr Verwirrung gestiftet, als zur Aufklärung von NS-Verbrechen beigetragen. Weder im Fall Eichmann, noch im Fall Mengele, im Fall Bormann oder im Fall Barbie habe die von Wiesenthal geleitete Forschungsstelle in Wien die Rolle gespielt, die sie sich in Publikationen anmaße. In Deutschland wurde dieses Buch bis Anfang Februar 1996 allenfalls in Neonazi-Kreisen zur Kenntnis genommen.

Daß nun eine breitere Öffentlichkeit sich damit konfrontiert sieht, ist das fragwürdige Verdienst des Fernsehmagazins "Panorama", das diese Vorwürfe nahezu unkommentiert und angeblich nach monatelanger Recherche übernimmt. Wiesenthal sei "mehr Maulheld als Held" - so das traurige Fazit des Chefredakteurs Joachim Wagner zu einem Bericht unter dem programmatischen Titel "Demontage eines Denkmals".

Offensichtlich ist, daß Wiesenthal sich bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern mehrfach geirrt hat oder seine Informationen nicht dem aktuellen Stand entsprachen. So hat er Adolf Eichmann Ende 1953 in Südamerika geortet (was stimmte), ihn aber Ende der 50er Jahre in einem arabischen Land vermutet (was falsch war). Der Mossad hat Eichmann 1960 in Argentinien (völkerrechtswidrig, aber unter dem Beifall nahezu der gesamten demokratischen Weltöffentlichkeit) entführt. Mengele wurde von Wiesenthal in Paraguay vermutet (wohin Mengele 1959 von Argentinien aus gegangen war; Wiesenthal konnte beweisen, daß Mengele die paraguayanische Staatsbürgerschaft angenommen hatte; diese wurde Mengele aufgrund Wiesenthals Initiative und mit Unterstützung US-amerikanischer Senatoren aberkannt). Was Wiesenthal nicht wußte, andere, die es wohl wußten, aber nicht veröffentlichten: Mengele verließ Paraguay 1960 in Richtung Brasilien und starb dort Ende der 70er Jahre. Erst 1992 wurde seine Leiche identifiziert. Der kanadischen Regierung übergab Wiesenthal eine Liste von Offizieren, die als angebliche Kriegsverbrecher in Kanada leben sollen. Diese Liste war, so die kanadische Regierung, "nahezu völlig unbrauchbar" - was aber auch bedeutet, daß an den Vorwürfen teilweise etwas dran war.

Nun, irren kann sich nur jemand, der etwas unternimmt. Mit Ausnahme des Falls Eichmann, wo der Mossad sich zur Entführung entschloß, sowie Frankreichs Intervention im Fall Barbie hat keine der offiziellen Stellen, die von Amts wegen mit der Verfolgung von NS-Verbrechen zu tun hatten, in diesen Angelegenheiten etwas unternommen. Der Staat Israel hat nach der Eichmann-Entführung wegen der internationalen Verwicklungen darauf verzichtet, ähnliches zu wiederholen. Allen öffentlichen Stellen war die Existenz einer Nazi-"Kolonie" in Südamerika, in Paraguay, in Bariloche in Argentinien, in Chile (Gaswagen-Experte Rauff), in Bolivien (Barbie-Altmann) bekannt; es war Simon Wiesenthal, der dies immer wieder mit Hinweisen im Bewußtsein hielt, auch wenn diese sich teilweise später als unzutreffend herausstellten. Wie erst in den letzten Jahren (so im Fall des Massenmörders Demjanjuk) als öffentlicher Skandal bekannt wurde, haben insbesondere die USA und Kanada in mehreren tausend Fällen NS-Verbrechern nach dem Krieg Unterschlupf gewährt. Diese Menschen waren in den USA mit Papieren versehen worden, weil sie entweder als Fachleute (die Raketenbauer um Wernher von Braun) von Nutzen waren oder weil sie von der Roten Armee als Kriegsverbrecher gesucht wurden. Erst in den letzten Jahren, seitdem nämlich der Inhalt der ehemals sowjetischen Archive von der US-Regierung zur Kenntnis genommen werden muß, ist die Behörde des Herrn Rosenbaum genötigt, hier überhaupt zu recherchieren. Der Vorwurf gegen Wiesenthal, seine Informationen seien wenig konkret oder unbrauchbar, fällt hier auf Rosenbaum selbst zurück.

Es seien "weniger als 10" gewesen, die Wiesenthal zur Strecke gebracht habe, so Eli Rosenbaum in der "Panorama"-Sendung. Ob die Bilanz der Behörde Rosenbaums besser ist als die Wiesenthals - die Antwort auf diese Frage wäre recht aufschlußreich. Wiesenthal selbst spricht von etwa 6.000 Ermittlungen, die er angestellt habe und von denen zwischen 1.000 und 1.200 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die "Enzyklopädie des Holocaust" spricht ebenfalls von mehr als 1.200 erfolgreichen Ermittlungen und nennt namentlich so wichtige Figuren wie Franz Stangl, Kommandeur der Vernichtungslager von Treblinka und Sobibor; Gustav Wagner, stellvertretender Kommandeur von Sobibor; Franz Murer, Kommandeur des Ghettos

von Wilna; Karl Silberbauer, der Anne Frank verhaftet hatte. Diese Fälle kamen in der "Panorama"-Sendung nicht vor. Es war keine Rede von der Geschichte der Forschungsstelle in Wien, die von Wiesenthal nach seiner Arbeit für die amerikanischen Ermittlungsbehörden gegen Nazi-Verbrecher nach 1945 gegründet wurde, als beispielsweise in Deutschland zwischen 1949 und 1957 keine einzige amtliche Behörde existierte, die die Verfolgung von NS-Verbrechen überhaupt zum Ziel hatte. Es war keine Rede von dem aktuellen Fall des Himmler-Mitarbeiters Hans Schwerte, der in der "Stiftung Ahnenerbe" jahrelang leitend tätig gewesen war, Geräte für Menschenversuche in Dachau beschaffte etc., bevor er es nach 1945 als Dr. Schneider bis zum Rektor der Rheinisch-Westfälischen TH Aachen gebracht hatte - bis er von Wiesenthal identifiziert wurde. Daß Wiesenthal keineswegs leichtfertig mit Unterlagen umgeht, zeigt sich aktuell am Fall Gabrysch. Gegen einen Alois Gabrysch, der seine Unschuld beteuert, wird derzeit in Baden-Württemberg wegen Kriegsverbrechen in Maribor/Slowenien ermittelt. Hier hat Wiesenthal darauf hingewiesen, daß ihm ein SS-Hauptsturmführer Dr. Georg Gabrysch bekannt sei, der im fraglichen Zeitraum in Maribor gewesen sei, und daß hier durchaus eine Verwechslung vorliegen könne. Auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, nannte Wiesenthal als den Lieferanten wichtiger Beweismaterialien, so u.a. im Fall des SS-Mannes Perry Broad.

Keiner dieser Fälle wurde in der Panorama-Sendung auch nur erwähnt. Eine solche differenzierte Sichtweise paßt ja auch nicht zur "Demontage eines Denkmals". Ebenfalls nicht erwähnt wurde, daß der Vorwurf der ungenauen Recherche, der hier genüßlich gegen Wiesenthal in den vier Fällen erhoben wird, genauso gut gegen die "Zeugin der Anklage", Beate Klarsfeld, erhoben werden könnte: Sie kündigte im Frühjahr 1995 die baldige Enttarnung von Alois Brunner an, des letzten "großen ungeklärten Falles", ausgerechnet in Südamerika. Doch bislang ist auch hier "außer Spesen nichts gewesen" (wie der Journalist Ottmar Katz gegen Wiesenthal in einer vergeblichen Mengele-Recherche in der Ägäis bitter vermerkt). Wiesenthal übrigens vermutete Brunner jahrelang in Damaskus, wo 1984 die dortige Regierung mehrere Auslieferungsersuchen abgelehnt hatte.

Ausgangspunkt des ganzen Konflikts zwischen Wiesenthal und seinen Gegnern, der hier in journalistisch äußerst unsauberer Weise dem deutschen Fernsehpublikum präsentiert wurde, scheint ein jahrelanger Streit zwischen Wiesenthal und dem Wiesenthal-Zentrum in Los Angelese auf der einen Seite und dem Jüdischen Weltkongreß, den Klarsfelds, dem Mossad und dem US-Justizministerium andererseits zu sein. Dieser Streit entbrannte 1986 an der Person des ehemaligen UNO-Generalsekretärs und damaligen österreichischen Bundespräsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim, der ein persönlicher Freund Wiesenthals ist. Waldheim hatte bei seiner Kandidatur in Österreich verschwiegen, daß er SA-Mitglied gewesen war und als Offizier der Nazi-Wehrmacht in Slowenien gedient hatte: statt dessen hatte er ein Jurastudium als Alibi für seine Militärzeit angegeben. Wiesenthal, von israelischen Personen mit der Nachforschung betraut, fand nichts, was seiner Ansicht nach dafür sprach, daß Waldheim Nazi und Kriegsverbrecher sei. Dies wurde ihm vom Jüdischen Weltkongreß als Fehler vorgehalten. Der israelische Botschafter bei der UNO und heutige Führer der politischen Rechten in Israel, Benjamin Netanyahu, legte Dokumente vor, die Waldheim belasten sollten und die Wiesenthal gekannt hatte. Wiesenthals angeblicher "Persilschein" für Waldheim besagt im übrigen nicht, daß Waldheim etwa kein Offizier gewesen sei; er sagte nur aus, daß Waldheim nicht wegen Verbrechen belangt werden könne. Nach heutigem Stand der Recherchen stimmt das nicht. Es gibt einen Fall, wo Waldheims Einheit in die Erschießung eines britischen Offiziers verwickelt war. Ob dies allerdings für eine Verurteilung ausreichen würde, bleibt unklar. Eine Anklage jedenfalls wurde von niemandem erhoben. Es gehört zu den verschlungenen Wegen der Diplomatie, daß Waldheims Vergangenheit erst dann zum Skandal avancierte, als er nicht mehr UNO-Generalsekretär war. Denn daß Waldheim eine Vergangenheit hatte, war bekannt; 1947 wurde er von der jugoslawischen Regierung auf die Kriegsverbrecherliste der UNO gesetzt. Schon bei seiner Wahl zum UNO-Generalsekretär hätten das US-Justizministerium (Neals Sher, der Vorgänger Rosenbaums) oder Israel also den Skandal aufdecken können. Zur Unperson wurde Waldheim aber erst, nachdem er als UNO-Generalsekretär mehrfach und sehr deutlich die israelische Politik im Libanon kritisiert hatte und deswegen vom Mossad als israelfeindlicher Freund der Araber eingestuft wurde.

Sicher ist es zu kritisieren, daß Wiesenthal sich hinter einen Mann stellte, der seine Nazi-Vergangenheit verschwiegen hatte. Waldheim wurde 1987 auf die sogenannte "Watch-List" des US-amerikanischen Justizministeriums gesetzt und durfte nicht mehr in die USA einreisen. 1988 kam eine internationale Historikerkommission zu dem Schluß, daß Waldheim von Mordtaten gewußt habe und nichts unternommen habe, sie zu verhindern. Dadurch habe er sie vielleicht sogar erst ermöglicht. International wurde er außerhalb

Österreichs von allen Staaten geschnitten (nur Kohl traf sich einmal mit ihm in München). 1992 verzichtete Waldheim auf eine erneute Kandidatur zum österreichischen Staatspräsidenten. Dennoch machte Wiesenthal sich noch im vergangenen Jahr erneut für die Streichung der Watch-List stark.

Doch die berechtigte Kritik an Wiesenthal in der Waldheim-Sache schmälert seine sonstigen Verdienste in keiner Weise. Ganz offensichtlich geht es Rosenbaum um die vollständige politisch-moralische Demontierung von Simon Wiesenthal. Wer für einen Nazi eingetreten ist, an dem kann - so die brutale Logik Rosenbaums und der "Panorama"-Redaktion - auch sonst kein gutes Haar gelassen werden. Ohne Wiesenthal - so die Logik des Beitrags in "Panorama" - wäre die Verfolgung von Nazi-Verbrechern wahrscheinlich viel besser gelaufen. Womit wir mal wieder bei der Schuld der Opfer wären. Und wenn erst einmal die Arbeit von Menschen wie Wiesenthal diskreditiert ist, dann können die Taten, die sie aufklären wollten, um so leichter aus dem Bewußtsein gelöscht werden. Oder ist das zu weit gedacht?

ES, Hamburg

10. Nazi-" Gedenkmarsch" in Aschaffenburg

Die Faschingszeit bringt seit 1993 in Aschaffenburg einen ganz besonderen Aufmarsch mit sich. Nicht der traditionelle Faschingsumzug mit Blasmusik und Motivwagen ist hier gemeint, sondern der "Münstermann-Gedenkmarsch", der vor allem von der NPD organisiert wird. Diese Zusammenrottung von allerlei Naziprominenz mit Fußvolk fand dieses Jahr am 24. Februar statt. (1)

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:30

Der Schüler Hans Münstermann, genannt Lui, war Fasching 1993 bei einer Schlägerei erstochen worden, wobei ein albanischer Asylbewerber als Täter festgenommen wurde. "Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg (hatte) ... die von dem Angeklagten gelten gemachte Notwehrsituation anerkannt und ihn nicht wegen fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung mit Todesfolgen angeklagt, sondern - wie auch die übrigen sechs Angeklagten - wegen Beteiligung an einer Schlägerei". (Main-Echo, 26.04.94)

Am Samstag nach der besagten Schlägerei gingen rund 800 BürgerInnen in Aschaffenburg auf die Straße und bildeten eine Lichterkette für den Getöteten. Mit dabei: der spätere Oberbürgermeister-Kandidat "CSU-Promi Manfred Christ und ... WJ-Bundesfahrtenführer Axel Schunk und Falco Schüßler, FAP-Landesvorsitzender Bayern". (Flugschrift "Hans-Münstermann-Gedenkmarsch III 95 - oder: Tod eines Aschaffenburger Rassisten", herausgegeben von Autonomen Antifaschistischen Gruppen Aschaffenburg, 1995; im weiteren zitiert als Münstermann-Info). Darüber hinaus gehen die VerfasserInnen des Münstermann-Infos davon aus, daß der Getötete freundschaftlichen Kontakt zu Robert Iliazovic, dem ehemaligen FAP-Kreisvorsitzenden von Aschaffenburg, gehabt habe; auch sei der Kick-Boxer Münstermann als rassistischer Schläger bekannt gewesen.

Wenn Autonome AntifaschistInnen im Münstermann-Info allerdings behaupten, von den 800 TeilnehmerInnen des Trauermarsches seien 400 Nazis gewesen, so darf dies bezweifelt werden. Weder geben die Autonomen AntifaschistInnen an, wie sie die 400 Nazis erkannt haben wollen, noch verfügt das örtliche Nazispektrum über ein vergleichbares Potential, auch war die Zeit zur bundesweiten Mobilisierung für die Nazis zu kurz; und schließlich belegen die Zahlen der folgenden Jahre, daß für einen Münstermann-Marsch keine 400 Rechtsextreme mobilisiert werden können. Lui Münstermann war eben kein Rudolf Hess.

Für einen Skandal wurden auch nicht 400 Nazis benötigt. Skandalös genug war schon, daß 800 "ganz normale" BürgerInnen und konservative Politiker in Begleitung einiger Dutzend Nazis aufmarschierten und sich so die militanten Rechtsextremen im ausländerfeindlichen "Volkszorn", im offen auftretenden Rassismus suhlen und bestätigt fühlen konnten. Daß die Form einer Lichterkette gewählt wurde, kann getrost als trotzige Reaktion auf die damaligen Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit gewertet werden.

Erneute Versuche

1994 ging die Wiederholung der Münstermann-Innenstadtbeleuchtung für die NPD in die Hose. Sie hatte als "Freundeskreis Ein Herz für Deutschland" dazu aufgerufen (Main-Echo, 25.02.94) und verkündet: "Es handelt sich um einen Trauermarsch und nicht um eine politische Gaudi mit Kostümierungszwang!" (Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Aschaffenburg/Miltenberg) Doch lediglich rund 30 Personen, durchweg aus dem Nazispektrum, beteiligten sich - wobei auch noch das Kostümierungsverbot von einzelnen Phantasieuniformträgern durchbrochen wurde.

Für 1995 hatte die NPD besser vorgesorgt. In diesem Jahr mobilisierte sie wenigsten "120 überwiegend junge Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet" (Main-Echo, 27.02.95) für ihren Trauermarsch gegen "Inländerfeindlichkeit", dessen beide Vorläufer inzwischen schon in einer bundesweiten NPD-Wahlzeitung hochgelobt worden waren. Das Münstermann-Info wußte zu berichten, daß die Autos der angereisten Nazis aus Dortmund, Borken, Gelsenkirchen, Gießen, Jena, Leipzig, Rudolphstadt, München, Nürnberg, Bayreuth, Frankfurt und Hanau kamen.

Anwesend waren nach diesem Bericht auch führende Köpfe der deutschen Naziszene wie Achim Ezer (JN-Vorsitzender in NRW), Michael Petri von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front und Mitglied bzw.

Funktionär in diversen Nazigruppen sowie Kai Dalek (Thule-Mailbox, gilt als Geschäftsführer der GDNF) und weitere. Auch Naziprominenz aus der Region um Aschaffenburg wurde gesichtet: Werner Fleckenstein (FAP), Jürgen Schwab (Bund Frankenland), Markus Schwinger (REP) und der Anmelder des Münstermann-Marsches Klaus Beier (NPD/JN).

AntifaschistInnen wollten sich den Fasching nutzbar machen, um gegen den Naziaufmarsch vorzugehen. Mit Pappnasen und anderen Karnevalsutensilien trafen sie sich auf dem Kundgebungsplatz (in direkter Nähe des Tatortes von 1993), da an Fasching eben den Pappnasen die Straße gehört. "Humorlos" dagegen die Polizei: Sie räumte und machte so Platz für die NPD! Ebenso ging sie gegen ca. 50 Antifas vor, die nach dem Ende der Nazikundgebung angeblich "die Konfrontation mit einzelnen "Rechten" gesucht hätten. Nach zwei Festnahmen unter den pappnasigen FaschingsfreundInnen setzten Uniformierte die 50 Antifas eine Viertelstunde lang fest, damit die Nazis abziehen konnten und "gingen gegen Einzelne auch mit körperlicher Gewalt vor". (Main-Echo, 27.02.95.)

Aber auch die NPD bekam Kontakt zu bayerischen Beamten. Elf Neonazis wurden vorübergehend festgenommen. Sie führten nach Polizeiangaben zum Teil Gasrevolver, Tränengas, Elektroschockgeräte, Naziembleme und Uniformteile mit sich. Zudem durften sie den geplanten "Kameradschaftsabend" nach der Kundgebung nicht durchführen, mußten in Gruppen von maximal zehn Personen abziehen und ihr damaliger Führer Deckert bekam ein Verbot der Teilnahme am "Münstermann-Trauermarsch".

Ganz nebenbei: Die Eltern von Lui Münstermann, die den ersten Trauermarsch noch mitgetragen hatten, hatten "sich davon distanziert, daß Rechtsextreme den Namen ihres Sohnes benutzen, um ausländerfeidliches Gedankengut zu verbreiten". (Main-Echo, 27.02.95) Das hatte die Nazis allerdings wenig beeindruckt.

Aktionstag 1996

Schon Wochen vor dem zum "Aktionstag" aufgepeppten Münstermann-Marsch 1996 konnte jede/r - wenn er/sie sich das wirklich antun wollte - über das Nationale Info-Telefon (NIT) Franken erfahren, daß am Samstag, 24. Februar die NPD ab 11 Uhr in Aschaffenburg eine "Aschersamstags-Veranstaltung" (wirklich wahr!) durchführen wolle; ab 18 Uhr solle es den üblichen Gedenkmarsch für Hans Münstermann geben, der "von ausländischen Verbrechern brutal abgeschlachtet" worden sei, berichtete das NIT Franken. (Stand: 24.01.96, 23 Uhr)

Daß in diesem Jahr der albanische Flüchtling wegen Notwehr freigesprochen wurde, hinderte die NPD bzw. deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten natürlich nicht daran, weiterhin von einer "deutschenfeindlichen Tat schändlicher Ausländer" zu reden. Naziideologie schert sich auch am bayerischen Untermain nicht um solche Kleinigkeiten. Jedenfalls rief im NIT die "JN Franken zu massiver Mobilisierung auf".

Die AntifaschistInnen vom Bündnis gegen Rechts hatten rechtzeitig (am 7. Dezember 1995) reagiert und mit Unterstützung von Grünen, Türkischem Volkshaus, DFG-VK, GEW, DKP, Demokratischer Bewegung Aschaffenburg, dem dortigen Friedenskomitee und der Miltenberger Initiative für Demokratie und Frieden ein Straßenfest angemeldet. Von 16 bis 20 Uhr sollte die Gegend um den Aufmarschplatz der Nazis somit sinnvoller und vor allem interkulturell genutzt werden. Die Stadtverwaltung Aschaffenburg zeigte dagegen, nachdem die NPD/JN - wie zu erwarten war - ihren Münstermann-Marsch (am 15. Januar 1996) angemeldet hatte, die bekannte bundesrepublikanische Form der Gleichmacherei: Sowohl der rassistische Marsch der Nazis als auch das für Verständnis und gegen Gewalt eintretende Straßenfest wurden verboten!

Nun begab es sich aber, daß in der Nazipostille "Junges Franken" ein Aschaffenburger Kulturkneipenbesitzer als "ausländerfreundlichster Mitbürger Frankens" denunziert wurde. In der Folge mußte er mit ekligster Nazipost Bekantschaft machen. Seine Kulturkneipe "Klimperkasten" liegt zudem in direkter Nähe zum geplanten Platz des Straßenfestes. Der Kneipenbesitzer zeigte sich daraufhin großzügig und von seiner besten antifaschistischen Seite und holte das Straßenfest in seinen "Colos-Saal" genannten großen Veranstaltungsraum, für den er keine Miete berechnete. Eine beliebte Aschaffenburger Rock-Gruppe schloß sich spontan an und bereicherte so das zum "Saalfest" mutierte Straßenfest, dem sich dann noch ein vom Colos-Saal-Team organisiertes "Rock gegen Rechts" anschließen sollte. Zusätzlich plante die Initiative Bildung für Alle (ibfa) in einem Jugendhaus ebenfalls ein Rock-Konzert.

Doch die JN war zwischenzeitlich vor Gericht gegangen und hatte so den Münstermann-Marsch doch noch durchgesetzt, erhielte aber die Auflage der Stadt Aschaffenburg, eine Demo-Route abseits des Tatortes von 1993 zu benutzen. Sogar der Lokalsender TV touring, ansonsten betont unpolitisch bis zur gähnenden Langeweile, sah sich genötigt, hierüber zu berichten und räumte dem genannten Kneipenbesitzer am 22. Februar Gelegenheit ein, gegen die Nazis Stimmung zu machen.

NPD-Landesparteitag

Spätestens ab 20. Februar wußten die AntifaschistInnen am Untermain, daß eine weitere Nazimanifestation in direkter Nähe stattfinden würde. Das Darmstädter Verwaltungsgericht hatte den hessischen NPD-Landesparteitag in Groß-Umstadt am 24. Februar zugelassen. Diese hessische Kommune liegt nur 20 km vom bayerischen Aschaffenburg entfernt. Die dortigen Delegierten wurden über Internet-Botschaft aufgefordert, ab 16 Uhr nach Aschaffenburg zu fahren. (TV touring, 22.02.96)

Nachdem die Nazidemo eingeklagt worden war, meldete Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit dem DGB, der Kommunalen Initiative 96, den Jusos und dem Türkischen Volkshaus eine Gegenkundgebung für den Ort an, an dem eigentlich die Nazis ihr "Gedenken" abhalten wollten. (Main-Echo, 24.02.96) Das Nationale Info-Telefon Franken brachte ab 24. Februar, 0 Uhr eine Sonderansage: Treffpunkt 17 Uhr am Hauptbahnhof Aschaffenburg. Die Funk-Telefonnummern des Veranstalters wurden auch noch durchgegeben.

24. Februar in Aschaffenburg

Während am Samstag, 24. Februar ab 16 Uhr rund 500 Menschen beim Saalfest des Bündnisses gegen Rechts und dem anschließenden "Rock gegen Rechts" im Colos-Saal interkulturell feierten und etwa 400 davon um 18 Uhr an der Gegenkundgebung teilnahmen, marschierten - durch rund 600 Polizeibeamte getrennt - ca. 300 meist junge Neonazis unter Abgröhlen von "Antifa - ha, ha, ha!" und "Rache für Hans!" sowie "Hier marschiert die NPD!" oder "Hoch die nationale Solidarität!" (wie einfallsreich!). Gedacht wurde bei der abschließenden Kundgebung Hans Münstermann und allen, die künftig noch von schlimmen Ausländern und bösen Antifas umgebracht werden!

Die "unter zahlreichen Fahnen - überwiegend im reichsdeutschen Schwarz-weiß-rot" marschierenden Nazis waren "aus dem ganzen Bundesgebiet angereist" (Main-Echo) sowie aus der Schweiz und konnten bei der Aschaffenburger Bevölkerung keinen Blumentopf gewinnen; das martialische Auftreten führte lediglich zu erkennbarem Kopfschütteln bei Passanten und Protestrufen. Über die demonstrierenden Jungnazis meinte TV touring, daß die "starren Gesichter ... zu den üblichen dumpfen, monotonen Parolen" gepaßt hätten.

Unter starker Medienpräsenz hielten vor allem regionale Rechtsextreme Ansprachen. Der NPD-Kreisvorsitzende Klaus Beier mußte ebenso sein menschenverachtendes Gerede ablassen wie der Nazijournalist Jürgen Schwab aus Amorbach (Kreis Miltenberg). Dieser faselte von der "Schwäche des Systems", das deshalb wie wild um sich schlage. Es ist ein scheinbar genetisch bedingter Reflex, daß der Mensch im angsteinflößenden Dunkel laut singt, um sich und anderen Mut zu machen. Nichts anderes tat Schwab. Denn das "System", das sich einst der Nazis bediente, um die Asylrechtsänderung zu begründen, braucht das braune Gewächs nicht mehr, entledigt sich der international so auffälligen rechtsextremsten Gruppen; das hat gerade nichts mit Schwäche, sondern mit Stärke des bürgerlichen Systems zu tun.

Auch keine Schwäche bei der Polizei, die letztendlich alles im Griff hatte: Eine Gruppe von Jugendlichen (TV touring wollte hier sogar eine autonome Zusammenrottung beobachtet haben) wurde eingekesselt und zur Gegenkundgebung "geleitet". Bereits bei Kontrollen im Vorfeld der Demonstrationen und nachdem einige Steine gegen die NPD/JN geflogen waren (es konnten sich Einzelne bis zur Nazidemo durchmogeln), wurden insgesamt 28 Personen - darunter 20 Nazis und 8 AntifaschistInnen- bis zum späten Abend in Gewahrsam genommen. Auch wurden die üblichen Waffen bzw. waffenähnlichen Gegenstände bei massiven Auto- und Personenkontrollen eingesammelt. Gegen mindestens vier Linke wurden Verfahren eingeleitet.

Besonders gewaltbereit waren allerdings einige Rechte: Nach der Nazidemo versuchten in der Nähe des Hauptbahnhofes zwei Rechtsextreme aus dem Münchner Raum, drei TürkInnen mit dem Auto zu überfahren. Nachdem die TürkInnen Anzeige erstattet hatten, wurden die beiden Nazis über das KFZ-Kennzeichen ermittelt und verhaftet.

Zutreffend ist, wie mehrfach festgestellt wurde, daß "die meisten Lokalpolitiker... sich zum NPD-Aufmarsch nicht öffentlich geäußert hatten" (TV touring) und die Linken und Alternativen die Gegenmaßnahmen wieder einmal alleine durchführen mußten. Die Nazis feierten anschließend den Münstermann-Marsch in ihrem Nationalen-Info-Telefon Franken als größte nationale Kundgebung seit dem Hess-Gedenkmarsch 1993. (2)

Odenwald als Nazihinterland

Nicht nur der alljährliche Münstermann-Gedenkmarsch bringt die bundesweite Beachtung der Region Odenwald/Untermain für Nazis und Antifainteressierte mit sich. Sogar die Feierlichkeiten zum 30jährigen Bestehen der NPD sollten laut der bayerischen Antifa-Info-Zeitung RABAZ in Aschaffenburg stattfinden, worauf die Nazipartei aber nach Bekanntwerden ihrer Pläne verzichtete. (RABAZ Nr. 3, Frühjahr 1995)

Die Region Odenwald/Untermain muß für die NPD und andere Nazis eine ganz besondere Anziehungskraft haben. Dies liegt sicher nicht nur an Klaus Beier, dem sehr "rührigen" NPD-Kreisvorsitzenden für Aschaffenburg/Miltenberg. Dessen "großmundig im Oktober angekündigte Bürgermeister-Kandidatur... in Karlstadt" (Unterfranken) hatte er allerdings "kleinlaut per Fax zurückgezogen". (Main-Echo, 19.01.96; vgl. auch ak 385) Nichteinmal die 13 Unterschriften bei der Nominierungsversammlung konnte Beier zusammenbekommen. Es stellt sich aber die Frage: Wollte er überhaupt kandidieren oder nur mittels Androhung ein großes Echo bei Presse und Antifa erzeugen? Beier ist allerdings nicht immer so scheinbar erfolglos. Er konnte z. B. den Europäischen Kongreß der Jugend 1994 in seiner Heimatregion durchführen (vgl. ak 382) - und eben die Münstermann-Märsche.

Und: Es darf sogar vermutet werden, daß Rechtsextreme den Odenwald (oder Teile davon) zur "befreiten Zone" machen wollen, die dann als Rückzugs- und Aufmarschgebiet dienen soll, ganz im Sinne des Aufrufs "Schafft befreite Zonen!" in der "Bauernschaft" vom September 1995. Die rechtsextremen Hinterzimmerstrategen fühlen sich sicherlich bereits als Nationale Befreiungsbewegung, haben sich vermutlich an heroischen Kampfberichten und an "Landser"-Heftchen besoffen gelesen. Die militärische Begrifflichkeit, das offen zur Schau gestellte Sendungsbewußtsein als "Retter Deutschlands", das nationalrevolutionäre Pathos der Nazis im Odenwälder Raum und ihr auch ansonsten erwiesener Realitätsverlust geben den Vermutungen über eine "befreite Zone" im Odenwald zusätzlich Nahrung.

Obwohl bei bundesweiter Mobilisierung 300 TeilnehmerInnen beim Münstermann-Marsch nicht viel sind, hat diese Demonstration mit ihrem kultischen Charakter (Blutmythos um ein zum Märtyrer umgelogenes Opfer einer Schlägerei) sicher extrem mobilisierende und festigende Wirkung auf die Nazis im und um den Odenwald. Auch auf der anderen Seite, bei "der anderen Feldpostnummer" (wie Schwab die Antifa einmal bezeichnete), ist enges Zusammenwirken nötig, damit den Nazis die Lust genommen wird, den Odenwald - oder irgendeine andere Region - als eigenes "Hinterland", als "befreite Zone" zu reklamieren.

Martin Bayer

Anmerkungen:

(1) Dieser Artikel beruht neben aus den im Text angegebenen Quellen auf Informationen von Mitgliedern des Bündnisses gegen Rechts (BgR), Aschaffenburg und der Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF), Miltenberg sowie der Antifa in Aschaffenburg verwendet.

(2) Quellen: Radio Primavera (25.2.96), Main-Echo, Würzburger Volksblatt, taz, jw, ND (26.2.96), NIT Franken mit Stand 25.2.96, 21.30 Uhr.

11. USA: Die Kinder fressen ihre Revolution. Buchanans "weißer" Nationalismus sorgt für Aufruhr bei den Republikanern

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:34

Vor ein paar Wochen schien es noch so, als seien die republikanischen Präsidentschafts-Vorwahlen in diesem Jahr nur eine Formsache. Robert (Bob) Dole, der republikanische Fraktionschef im US-Senat, galt als haushoher Favorit. Nach den ersten sieben Vorwahlen im Februar ist das Rennen jedoch weit offen. Erst im März wird sich das republikanische Kandidatenfeld lichten. Die dramatischste Entwicklung ist das gute Abschneiden des Rechtspopulisten Patrick Buchanan. Buchanans Aufstieg krönt den jahrzehntelangen "Marsch durch die Institutionen", den vor allem die christlich-fundamentalistische Rechte ausgerufen hat. Buchanans Wahlerfolge rücken die Partei noch weiter nach rechts.

Buchanan übernimmt zahlreiche Positionen der seit Januar 1995 bestehenden republikanischen Parlamentsmehrheit unter Newt Gingrich - und radikalisiert sie noch. Dies führt zum Bruch in der konservativen Bewegung in den USA. Die Gingrich-Kräfte werden das rechtspopulistische und christlich-fundamentalistische Fußvolk, das sie gerufen haben, um ihr politisches Projekt im US-Kongreß durchzusetzen, jedoch nicht mehr so einfach los.

Buchanans Stärke an der republikanischen Parteibasis deutete sich schon seit Monaten an. Die bürgerliche Presse ignorierte dies jedoch konsequent und krönte Dole zum unangefochtenen Favoriten. Fast der gesamte republikanische Parteiapparat unterstützt Dole. Auch die fetten Geldspenden, die für die fernsehorientierten Wahlkämpfe in den USA praktisch unverzichtbar sind, flossen bisher fast ausschließlich in Doles Kasse. Ansonsten konnte nur der stramm rechte texanische Senator Phil Gramm nennenswerte Summen einstreichen (Gramm hat inzwischen aufgegeben).

Etwas unübersichtlicher wurde es erst, als Steve Forbes, der Verleger des gleichnamigen Kapitalistenblattes, seine Bewerbung anmeldete. Der Multimillionär investiert Millionenbeträge in seine TV-Wahlwerbung und ist so auch ohne Unterstützung aus dem republikanischen Parteiapparat zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten geworden.

Buchanans Stärke liegt dagegen an der republikanischen Parteibasis - vor allem bei christlichen Fundamentalisten und bei organisierten Schußwaffenbesitzern. Er braucht viel weniger Geld für seinen Wahlkampf, weil er auf eine große Zahl von hochmotivierten Freiwilligen setzen kann. Auch wenn Buchanan die republikanische Nominierung wohl kaum gewinnen wird, kann er mit seiner starken Basisunterstützung doch maßgeblichen Einfluß auf die politische Ausrichtung der Partei nehmen.

Die wohl einflußreichste Fraktion in der Partei ist die sogenannte Christian Coalition des Fernsehpredigers Pat Robertson mit rund 1,5 Millionen Mitgliedern. Diese christlich-fundamentalistische Massenorganisation kümmert sich nicht um jenseitige Sphären, sondern um weltliche Machtpolitik. Ihr ausdrückliches Ziel ist es, die republikanische Partei "Wahlbezirk um Wahlbezirk" von unten her zu übernehmen. Die 1989 gegründete Organisation kontrolliert die Parteiapparate inzwischen in etwa der Hälfte der US-Bundesstaaten.

Zwar setzt die politische Führung der Christian Coalition aus taktischen Gründen auf Dole. Man will den mühsam erkämpften Einfluß in der Partei nicht dadurch verspielen, daß man auf einen "Außenseiter" wie Buchanan setzt. Aber das christliche Fußvolk will von solcher Taktiererei offensichtlich wenig wissen: Es stimmt mit großer Mehrheit für Buchanan.

Die zweitwichtigste Zielgruppe, die Buchanan unterstützt, sind die organisierten Schußwaffenbesitzer. Dies gilt sowohl für die rechtsradikalen schwerbewaffneten "Bürgermilizen" (siehe ak 387) als auch für die Lobby-Organisation National Rifle Association (mit über drei Millionen Mitgliedern). Solche mobilisierungsstarken Interessengruppen haben bei den Vorwahlen ein relativ hohes Gewicht. Der Grund: Die Wahlbeteiligung in den "primaries" liegt fast immer weit unter zehn Prozent (bei den eigentlichen Präsidentschaftswahlen beträgt sie auch nur rund 50 Prozent).

"Revolution" der Republikaner im US-Kongreß

Auch die republikanische Führung hat in den vergangenen Jahren auf die Mobilisierung dieser Wählergruppen gesetzt. Das Problem für die Partei: Mit dem traditionell kapitalfreundlichen Programm der Partei (Steuersenkungen für Unternehmen und für die Superreichen, Einschnitte beim Umweltschutz etc.) lassen sich keine Wahlen gewinnen. Wählermehrheiten gibt es nur mit den rechtspopulistischen Steckenpferden (Schulgebet, Homosexualität, Recht auf Schußwaffenbesitz etc.).

Bei den Parlamentswahlen vom November 1994 gewann die Partei mit dieser Strategie zum ersten Mal seit 40 Jahren die Mehrheit in beiden Häusern des US-Kongresses (siehe ak 372). Der rechtspopulistische Elan hinter der neuen Mehrheit führte zu einer beispiellosen Gesetzgebungsoffensive ("Contract with America"). Vor allem im sozialen Bereich und beim Umweltschutz setzten die Republikaner weitgehende Kürzungen durch. Newt Gingrich und seine Gefolgsleute bedienten sich dabei der rechtspopulistischen Ressentiments gegen die "Eliten" und "Bürokraten" in Washington. Ihr Rezept: Möglichst viele Kompetenzen von der Bundesregierung an die Einzelstaaten zu übertragen, weil sich auf dieser Ebene soziale Garantien sehr viel leichter aushebeln lassen. Nur an einigen wenigen Punkten war US-Präsident Clinton bereit, mit seinem Veto die schlimmsten Exzesse etwas abzumildern.

Kreuzritter Buchanan

Nach einem guten Jahr republikanischer Rotstiftpolitik hat das rechtspopulistische Fußvolk Blut gerochen. Gingrichs Gesetzgebungsoffensive geht ihm nicht weit genug. Die Lieblingsthemen der Christian Coalition stecken immer noch in der Schublade. Man erinnert sich mit Schrecken an die Reagan-Präsidentschaft in den 80er Jahren, wo sich christliche Fundamentalisten im Wahlkampf die Hacken abliefen, aber später außer frommer Rhetorik nicht viele greifbare Resultate durchsetzen konnten. Auch von Dole vermutet man, daß er zwar im Wahlkampf die fundamentalistischen Themen "bedient", aber als Präsident dann doch zu halbherzig sein würde.

Bei Buchanan gibt es dagegen wenig Zweifel. Er wettert aus vollem Herzen gegen Abtreibung und Homosexualität - und will im Biologie-Lehrplan der öffentlichen Schulen neben der Evolutionslehre auch die biblische "Schöpfungswissenschaft" einführen. Buchanan ruft zum "Kreuzzug" gegen das weltlich-liberale Establishment. 1992, als er bei den republikanischen Vorwahlen gegen den damaligen Präsidenten Bush etliche Achtungserfolge verbuchen konnte, pries er die Militäreinheiten, die nach der Massenrebellion von Los Angeles "mit schußbereiten M-16-Gewehren die Straßen von L.A. zurückeroberten, Häuserblock für Häuserblock. Genauso müssen wir unsere Städte, unsere Kultur und unser Land zurückerobern."

Ökonomischer Nationalismus

Schon bei den 1992er-Vorwahlen verknüpfte Buchanan dieses kulturkämpferische Programm mit ökonomischen Positionen. Für die republikanische Parteiführung hört hier freilich der Spaß auf. Buchanan kritisiert die multinationalen Konzerne, die gutbezahlte amerikanische Arbeitsplätze in Niedriglohnländer auslagern. Er fordert Schutzzölle, um den US-amerikanischen Markt gegen Billigimporte abzuriegeln. Gemeinsam mit US-Gewerkschaften und Umweltschützern bekämpfte er 1993 das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta, das US-Präsident Clinton nur mit republikanischer Unterstützung im Kongreß ratifizieren lassen konnte. Als einziger Kandidat beklagt er die sinkenden Reallöhne der US-amerikanischen "working class" und weist darauf hin, daß gleichzeitig die Aktienkurse von einem schwindelerregenden Rekordwert auf den nächsten steigen.

Anders als bei seinen Konkurrenten stammt Buchanans Wählerbasis aus den unteren und mittleren Einkommensschichten der weißen Bevölkerung. Zwar hat auch Buchanan finanzkräftige Unterstützer (z.B. den schon lange als rechtsradikal bekannten Eigentümer der "Domino's Pizza"-Kette oder verschiedene Textilfabrikanten), aber der Großteil seiner Wahlkampfkasse besteht aus unzähligen Kleinspenden. Während Dole seine Gelder von den finanziellen Eliten bezieht, baut Buchanan auf "direct mail": per Computer personalisierte Bettelbriefe an die Mitglieder der verschiedenen konservativen Basisorganisationen. Eine linke Kritik, die Buchanans Kandidatur als "Instrument" einer bestimmten Kapitalfraktion zu analysieren versucht, liegt deshalb daneben: Es handelt sich tatsächlich um eine populistische Rebellion von "unten".

Rasse statt Klasse

Auf den ersten Blick erinnern Buchanans Positionen an linke Kapitalismuskritik. Die FAZ (22.2.96) redet von "klassenkämpferischem Neid" und bezeichnet Buchanan als "verkappten Sozialisten". Das ist freilich völliger Quatsch. Buchanan klagt zwar über sinkende Löhne - aber seine Vorstellungen in der Sozialpolitik und beim Arbeitsrecht sind alles andere als im Interesse der abhängig Beschäftigten. Was die deutsche Presse meist übersieht: Wenn überhaupt, dann verteidigt Buchanan die Interessen der weißen "working class".

Zwar greifen auch die anderen Republikaner und US-Präsident Clinton mehr oder weniger geschickt auf rassistische Ressentiments zurück. (1) Aber keiner dieser Politiker verwendet explizit "rassisches" Vokabular. So lehnen sie Immigration aus Lateinamerika verbal nicht etwa aus "ethnischen" Gründen ab, sondern aus "ökonomischen".

Anders Buchanan: Er läßt keinen Zweifel daran, daß er weniger Latinos im Land will, weil sie die "weiße Kultur" gefährden. Auch seine Kritik an Multis und freiem Welthandel wird ethnisch aufgeladen. Wenn Buchanan die US-Zentralbank, die UNO, das Zollabkommen GATT/ WTO oder internationale "finanzielle Eliten" angreift, dann ist zumindest seinen Unterstützern klar, daß er damit "jüdische Bankiers" meint.

Antisemitisch

Auch Buchanans Kritik an der interventionistischen US-Außenpolitik benützt antisemitische Muster. 1991 war er einer der profiliertesten Kritiker am Krieg gegen den Irak. Amerikanische Soldaten sollten nicht für die Interessen Israels verheizt werden, sagte er damals und bezeichnete den US-Kongreß als "israelisch besetztes Gebiet" ("Israeli occupied territory"). Die Parallele zu der Parole der US-Nazis, die die US-Bundesregierung schon lange als "ZOG" (Zionist Occupational Government = Zionistische Besatzungsregierung) bezeichnen, ist nicht zu übersehen.

Als Ronald Reagan 1985 auf dem Bitburger SS-Friedhof seine Männerfreundschaft mit Helmut Kohl pflegte, profilierte sich sein damaliger Communications Director mit antisemitischen Ausfällen gegen Reagans Kritiker. Und immer wieder setzte sich Buchanan als Journalist für Nazi-Kriegsverbrecher ein. So versuchte er 1987 die Auslieferung des früheren KZ-Kommandanten Karl Linnas an die Sowjetunion zu verhindern. Und 1990 bezweifelte er in einer Zeitungskolumne, ob im Vernichtungslager Treblinka wirklich mehrere hunderttausend Menschen ermordet wurden, und beschuldigte die Überlebenden der "Gruppenfantasien von Märtyrertum und Heldentum".

Rechtsradikale Unterstützer

Wen wundert's, daß Buchanan volle Unterstützung aus dem rechtsradikalen Lager erhält. Der ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer und Neonazi David Duke, der 1991 beinahe zum Gouverneur von Louisiana gewählt worden war, hat öffentlich zur Wahl von Buchanan aufgerufen. Mit Hilfe von Dukes Unterstützern gewann Buchanan die Vorwahlen von Louisiana vor seinem konservativen Hauptkonkurrenten Phil Gramm, der inzwischen aufgegeben hat (Dole trat in Louisiana nicht an).

Susan Lamb, ein Mitglied von Dukes Nazi-Organisation NAAWP (National Association for the Advancement of White People), arbeitete in Buchanans Wahlkampfstab in Florida. Bill Carter, Buchanans Wahlkampfmanager in South Carolina, war 1992 der Manager von Duke in diesem Bundesstaat. Lamb und Carter mußten Mitte Februar zurücktreten, als die Nazi-Connections öffentlich wurden.

Diese beiden Fälle könnte man vielleicht noch als "kleine Fische" abtun. Von einem anderen Kaliber ist dagegen Larry Pratt, der ebenfalls bis Mitte Februar einer der vier nationalen Wahlkampfmanager von Buchanan war. Für aufmerksame ak-LeserInnen ist Pratt kein Unbekannter: Der Chef der radikalen Waffenbesitzer-Organisation "Gun Owners of America" (mit rund 100.000 Mitgliedern) hat eine lange Geschichte in der rechtsradikalen Szene. Im Oktober 1992 nahm er an einem Treffen von rund 150 Kadern der "Aryan Nations" und anderer Nazi-Organisationen teil, auf dem über die Bildung von sogenannten "Bürgermilizen" beraten wurde (siehe aks 378 und 387).

1990 veröffentlichte er ein Buch ("Armed People Victorious"), in dem er Erfahrungen in den Philippinen und Guatemala schildert, wo private "Milizen" (also "Dorfschützer" und Todesschwadronen) erfolgreich gegen linke Guerilla-Bewegungen eingesetzt wurden. Pratt will auch in den USA künftig derartige Milizen im "Krieg gegen Drogen" einsetzen, weil die Staatsgewalt mit dieser Aufgabe überfordert sei. In den 80er Jahren führte Pratt die rechtsradikale Anti-Einwanderungs-Organisation "English First". Außerdem arbeitet Pratt bei der Gruppe

"United Sovereigns of America" in Oklahoma mit, die u.a. das antisemitische Machwerk "Protokolle der Weisen von Zion" verbreitet.

Pratts Hintergrund war auch bisher kein Geheimnis. Zum Politikum wurde der rechtsradikale Wahlkampfmanager allerdings erst, als Buchanan seine ersten Vorwahl-Erfolge einheimste. Mit einem Schlag richtete sich die Aufmerksamkeit der republikanischen Parteiführung und der bürgerlichen Presse auf ihn. Der Tenor war immer der gleiche: Buchanan ist ein "Extremist" und bedroht die "Seele der republikanischen Partei". Außerdem hätte er gegen Clinton keine Chance. Buchanan wählte die windelweichste Form der Distanzierung: Er schickte Pratt in den unbezahlten Urlaub.

Ganz fallen lassen kann Buchanan Leute wie Pratt nicht. Sein Wahlkampf lebt von dem Elan der Milizionäre und anderer militanter Rechtspopulisten. Schon der Name seiner Wahlkampf-Teams ("Buchanan Brigades") soll an die revolutionären Mythen aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen die englische Kolonialmacht erinnern. Auch die Bürgermilizen berufen sich auf dieses Erbe - und auf die US-Verfassung in ihrer ursprünglichen Fassung, als Besitzlose, Frauen und Afroamerikaner noch keine Bürgerrechte hatten.

Michael Hahn, 29.2.96

Anmerkung:

1) Z.B. in der Wohlfahrtspolitik: Die rabiaten Sozialkürzungen sind deshalb bei der weißen Bevölkerung populär, weil suggeriert wird, daß sich die Einschnitte vor allem gegen kinderreiche und "arbeitsscheue" AfroamerikanerInnen richten.

" Primaries" in den USA

Präsidentschaftskandidaten (auf die Endung "-Innen" kann hier verzichtet werden - noch nie hat eine der großen US-Parteien eine Frau ins Rennen geschickt) werden in den USA in Vorwahlen bestimmt. In den einzelnen Bundesstaaten werden Delegierte für die großen Parteitage ("conventions") im Sommer gewählt. Die dort nominierten Kandidaten treten dann bei der eigentlichen Präsidentschaftswahl im November gegeneinander an.

Die Regeln für die Vorwahlen weichen stark voneinander ab. In manchen Bundesstaaten werden die Delegierten in parteiinternen Versammlungen bestimmt. Diese abendlichen Treffen finden in öffentlichen Gebäuden, Kneipen und sogar in Privatwohnungen statt. Daran nehmen nur die Partei-AktivistInnen teil. In anderen Bundesstaaten gibt es öffentliche Wahlen mit richtigen, ganztägig geöffneten Wahllokalen etc. (sogenannte "primaries"). Je nach Bundesstaat dürfen dort entweder alle registrierten Wahlberechtigten teilnehmen oder nur diejenigen, die sich im staatlichen Wahlregister für die entsprechende Partei haben eintragen lassen.

Innerhalb der demokratischen Partei hat US-Präsident Clinton keine ernstzunehmenden Gegenkandidaten und steht als offizieller Präsidentschaftsbewerber seiner Partei fest. Interessant sind die Vorwahlen dieses Jahr nur bei den Republikanern. Insgesamt werden dabei 1990 Sitze vergeben; wenn keiner der Kandidaten eine Mehrheit (996) der Delegiertenstimmen erreicht, kann der Parteitag frei entscheiden - in diesem Fall können auch noch ganz neue Kandidaten antreten. Die Kommentatoren der bürgerlichen Presse versuchen schon jetzt herbeizuschreiben, daß General Colin Powell dann doch noch ins Rennen gehen wird.

Bei den eigentlichen Präsidentschaftswahlen im November können auch KandidatInnen anderer Parteien antreten. Traditionell schicken verschiedene linke Parteien und Sekten ihre Leute ins Rennen. Die meisten sind jedoch nicht einmal in der Lage, die notwendigen Unterschriften in den Einzelstaaten zusammenzubekommen, um überhaupt auf den Wahlzetteln aufzutauchen. Denkbar ist auch die Kandidatur einer/s Parteilosen (wie Ross Perot 1992).

Die führenden republikanischen Kandidaten

Lamar Alexander, 55 Jahre. Ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Tennessee und US-Bildungsminister unter George Bush. Relativ gemäßigt. Versucht sich als "Outsider" gegen den "Filz in Washington" zu profilieren - daher auch die rotschwarz-karierten Flanellhemden, die er und seine Wahlkampfhelfer meistens tragen. Hat als Kandidat des "Mainstream" nur dann eine Chance, wenn Dole vorzeitig aufgibt.

Pat Buchanan, 57. Fernsehkommentator. Bisher keine öffentlichen Ämter. Berater der US-Präsidenten Nixon, Ford und Reagan. Repräsentiert den Rechtsaußen-Flügel der Partei.

Robert Dole, 72. Einer der dienstältesten Abgeordneten im US-Kongreß, seit 1961 im Repräsentantenhaus und seit 1969 als Senator für den Bundesstaat Kansas. Republikanischer Fraktionschef im US-Senat und Kandidat der Parteiführung. Gemäßigt konservativ. Stimmte in der Vergangenheit oft "liberal" ab (z.B. für Antidiskriminierungsgesetze und für Abtreibungsfreiheit), aber hat sich in den vergangenen Jahren der religiösen Rechten angedient.

Steve Forbes, 48. Multimillionär (über 400 Mio. Dollar Vermögen) und Herausgeber des Kapitalistenblatts Forbes. Bisher ohne öffentliche Ämter. Relativ liberal bei den Reizthemen der christlichen Fundamentalisten (Abtreibung, Homosexualität), aber knallhart rechts in der Wirtschaftspolitik. Forbes profiliert sich mit seiner Forderung nach einer einheitlichen Einkommenssteuer ("flat tax") von 17 Prozent (statt wie bisher höheren Steuersätzen für Besserverdienende). Steuern auf Aktiengewinne, Vermögen und Kapitalzuwächse würden wegfallen.

12. Vermessung eines Skandals. Der BND und das Plutonium

Autor: Hans Peter Bordien · Rubrik: Geheimdienste; Atomwaffenstreben der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:02

In den Wörterbüchern zur Politik herrscht Fülle bis zum Überfluß. Ein Begriff aber findet keine Aufnahme - der "Skandal".

Die Lücke in der Wahrnehmung von Analytikern und Beratern steht in bemerkenswertem Widerspruch zur Alltagserfahrung: Hier scheint der Skandal die Hauptform, in der Politik sich vollzieht. In den Gazetten herrscht Fülle bis zum Überfluß: Skandale von A bis Z, von Abs bis Zangen, von Andreotti, Barschel, Berlusconi, Blaul und Claes bis Zwick. Das Paradox des Skandals als Alltäglichkeit wiederum findet seine Entsprechung in der Skandalierbarkeit des Alltäglichen - unübertreffbar zum Ausdruck gebracht im Ergebnis des Blaul-Skandals: Die Grünen seien "jetzt eine stinknormale Partei".

Die Fähigkeit, Stinknormales zu skandalieren, und die Skandalwürdigkeit des Stinknormalen, erweisen den Skandal als eine Kunst, die mit dem Ereignis nurmehr wenig zu tun hat. Das Ereignis denaturiert zum Anlaß, zum Plot; der wichtige Rest ist Dramaturgie und Inszenierung auf der Bühne der Repräsentation von Macht.

Was da gerade unter dem Sammeltitel "Plutonium-Skandal" aufgeführt wird, ist komplexer als manch anderes Stück. Mit seinem internationalen Flair ist es auf der Höhe der Zeit, die Skandalierten agieren auf der Regierungsbühne, im In- und Ausland, in Bund und Ländern, gar zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind aufgeboten, Polizei- und Geheimdienstapparate stehen mit- und gegeneinander, große Presseorgane sind Partei und kämpfen um Marktanteile.

Aber das Stück ist nichtsdestoweniger ganz und gar von dieser Welt.

1. Akt:

Die bayerische Polizei stellt im August 1994 auf dem Münchner Flughafen geschmuggeltes Plutonium sicher. Der Schmuggelkoffer wurde aus einem von Moskau kommenden Flugzeug entladen. Im Flugzeug saß außer den Schmugglern ein stellvertretender russischer Atomminister. Der besuchte auf Einladung des bayerischen Atom- bzw. Umweltministers den Forschungsreaktor in Garching. Wer immer ihm die Schmuggler ins Flugzeug gesetzt hat - skandaliert werden durch die Präsentation und Kommentierung des Vorgangs in Presse und Politik die russische Atomindustrie und ihr Sicherheitssystem; aufgewertet werden durch die Präsentation und Kommentierung in Presse und Politik die deutsche Atomindustrie und Sicherheitspolitik.

Die Sicherheitspolitiker in Bonn veranlassen Rußland leicht zu Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich; die in München ansässige deutsche Atomindustrie und ihre Lobby bieten sowohl die Umrüstung der russischen Atomindustrie auf "westliche" Sicherheitsstandards als auch die Entsorgung der großen Mengen russischen Plutoniums an. Die Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik in Bonn erklärt Deutschland zur führenden nicht Atomwaffen besitzenden Macht und verlangt stellvertretend für alle nicht Atomwaffen besitzenden Mächte die Kontrolle über die zivilen und militärischen Einrichtungen der Atommächte.

Wie immer das Spiel enden mag: Das Plutonium im Koffer in München? "Pea-nukes!"

2. Akt - 1. Aufzug:

In seiner Osterausgabe 1995 beschreibt der Spiegel den Münchner Plutoniumschmuggel als eine Inszenierung des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Diese neuerliche Skandalierung des BND reiht sich in die beharrlichen Versuche der populären Augsteinianer und ihrer synthetischen Geheimdienstkritiker ein, hinter einer öffentlichen Demontage des ohnehin stark diskreditierten BND den Umbau auch des Geheimdienstsystems auf die weltweiten Interessen des "schönen neuen großen Deutschland", wie mein türkischer Nachbar freundlich sagt, zu betreiben. Dabei war der BND zum einen völlig vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR aufgeklärt, und zum anderen mußte er empfindliche Niederlagen gegen andere Geheimdienste, z.B. die französischen, bei der Vertretung der

Interessen deutscher Konzerne - z.B. Siemens/ICE gegen France/TGV in Korea - hinnehmen. Das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr läßt grüßen.

2. Akt - 2. Aufzug:

"BND - Schmidtbauer - Bohl - Kohl", dachten die Grünen und die SPD: Also Untersuchungsausschuß her und Kohl stürzen. Pünktlich zum Prozeßbeginn gegen die "Atomschmuggler" von München stand der Untersuchungsausschuß - in Bonn. Im bayerischen Landtag zierte sich die SPD. Zielkonflikte? Zur Antwort siehe 1. Akt.

(Hinter den Kulissen) Während ihrer Führungskrise ließ der Druck der SPD auch im Bonner Ausschuß merklich nach. Wahrheitssuche. Die selbstgewählte Rolle der Ohnmachtselite in diesem intimen Spiel der Machtelite könnte der Versuch sein, den Prozeß analytisch über seinen rituellen Rahmen durch nüchternes Trennen der Handlungsketten in Ereignis und Skandalierung(en) hinauszutreiben und durch Identifizierung der unterschiedlichen Interessengruppen, der unterschiedlichen (Mehrfach-)Zielsetzungen der Beteiligten und der Öffentlichkeit, die Beschreibung der empörenden Normalität samt ihrer Rituale zu unterbreiten.

Denn die Vorgeschichte des "Plutoniumskandals" liegt in der jahrzehntelangen auftragsgemäßen Beschaffung von Waffen und Gerät für die Bundeswehr aus dem Ostblock durch den BND und in der fast 100 Jahre alten antidemokratischen Zusammenarbeit der spanischen und deutschen Polizei- und Geheimdienste unter deutscher Führung. Sie liegt in der lange geübten und ständig erweiterten Zusammenarbeit von Polizei, Geheimdiensten und anderen staatlichen Verwaltungen im In- und Ausland bis zu dem Münchner "Pilotprojekt" der Sonderkommission aus allen denkbaren Verwaltungen. Sie liegt in der heftigen Konkurrenz zwischen Bundeskriminalamt und BND im In- und Ausland (nachzulesen in der offiziell oktroyierten "Abgrenzungsvereinbarung", abgesegnet auch durch die SPD), in dem fraglosen Einsatz von V-Leuten, verdeckten Ermittlern und Scheinaufkäufern bei der "Bekämpfung des organisierten Verbrechens", bei Rauschgift sowohl wie bei Plutonium, in ausnahmslos allen Landeskriminalämtern (auch denen! der sozialdemokratisch geführten Länder) und in der Anpassung des Sicherheitsapparates an den erklärten Anspruch auf weltweite militärische Intervention (auf dem Balkan stehen Soldaten und Geheimdienste gemeinsam im Manöver). Und sie liegt nicht zuletzt in der scharfen internationalen Konkurrenz um den russischen Atommarkt - allgemein gesprochen in der Herrschaft von Effizienz, Opportunität und informeller Praxis über die in Mythos, Kult und Ritual abgefeierten Demokratie, Legalität und Rechtsstaatlichkeit. Der Skandal als Test auf das Kräfteverhältnis innerhalb der "Gemeinschaft der Demokraten", im 1. wie im 2. Akt, bestätigt und reguliert das Konfliktfeld, ohne das Ganze aufs Spiel zu setzen: Kontrollierte Reaktion. Wehe dem, der nicht mitspielt: Er wird ausgegrenzt, beobachtet, stigmatisiert, ist weder skandalfähig noch skandalwürdig. Die Anatomie des Skandals erweist sich als die Anatomie der Gesellschaft selbst.

Ist die Politikwissenschaft denn vielleicht doch klüger als angenommen, so daß sie den Skandal nicht etwa übersehen, sondern nur nicht eigens in ihre Wörterbücher aufgenommen hat, ebensowenig wie etwa das Stichwort "Wörterbuch der Politik"?

Hans Peter Bordien

Hans Peter Bordien ist Journalist und berät die Abgeordneten der PDS im Bonner Untersuchungsausschuß zum Plutonium-Skandal.

13. Effizienter, moderner, billiger. Chiracs Militärreform und die Sorge um die nationale Verteidigung

Autor: Bernhard Schmid u. Js./ak-Red. · Rubrik: Militarismus; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:37

Ende Februar verkündete Frankreichs Staatspräsident Chirac in einer Fernsehansprache die Umwandlung des Militärs in eine Berufsarmee. Die seit der französischen Revolution bestehende allgemeine Wehrpflicht soll abgeschafft werden; voraussichtlich im Herbst wird über die Einrichtung eines zivilen "nationalen Dienstes" entschieden. Ein solcher sechsmonatiger Dienst bei Polizei, Feuerwehr, sozialen Einrichtungen etc. ist allerdings rechtlich umstritten: Er würde gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Verbot der Zwangsarbeit verstoßen. Als Alternative nannte Chirac einen freiwilligen Bürgerdienst, der auch von Frauen geleistet werden könnte. Über diesen Vorschlag erhofft er sich eine "große nationale Debatte" und die "Konsultation der Jugend in allen Départements".

Die Umwandlung der Streitkräfte in eine Berufsarmee soll innerhalb von sechs Jahren zu einer Verringerung der Truppenstärke von 500.000 auf 350.000 Soldaten führen. Damit will Chirac nicht nur die Rüstungsausgaben senken, sondern auch die Schlagkraft der Truppe erhöhen. Im Krieg gegen den Irak habe Frankreich Probleme gehabt, sein Kontingent zusammenzubekommen - im Unterschied zu den Briten mit ihrer schlagkräftigen Berufsarmee. Daß die Reform vor allem die internationale Interventionsfähigkeit des französischen Militärs sicherstellen soll, hat Chirac mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen: "Ich mache eine Reform, durch die Frankreich in sechs Jahren über eine Berufsarmee von 350.000 Mann verfügen wird, die in der Lage ist, 50.000 bis 60.000 auf schnelle und organisierte Weise außerhalb unserer Grenzen einzusetzen."

Le Pen warnt vor der deutschen Gefahr

Gegen Chiracs Pläne gab es bei Regierungsparteien und Opposition sowohl Zustimmung als auch Ablehnung. Geschlossen dagegen ist der Front National, der seit jeher für eine Berufsarmee eintritt, sich aber jeder Kürzung des Rüstungsetats widersetzt. Die Rechtsextremen befürchten, daß die Reform "die Schwäche der Armee beschleunigen und vielleicht ihren zugleich materiellen und moralischen Abbau provozieren" werde. Um das zu verhindern, haben sie die Schaffung eines "Unterstützungskomitees für das Militär und die Verteidigungsindustrie" angekündigt. Damit sollen sowohl Militärs als auch Zivilisten für die "Verteidigung der Nation" organisiert werden. Schon im Präsidentschaftswahlkampf 1995 hatte der FN seine Wahlpropaganda allen Offizieren und Unteroffizieren zustellen lassen; die Adressen hatte das "Sozialwerk der Armee" den Rechtsextremen zur Verfügung gestellt. Auch an Brettern für offizielle Mitteilungen waren FN-Flugblätter ausgehängt worden.

Der Front National fordert die Erhöhung des Rüstungsetats auf 5 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes. Das Geld dafür soll aus dem "Banlieue-Plan" (dem sog. "Marshall-Plan für die Vorstädte") und aus dem Entwicklungshilfe-Etat abgezweigt werden. FN-Führer Jean-Marie Le Pen malt die drohenden Gefahren aus, gegen die Frankreich militärisch gewappnet sein müsse. Da gibt es zum einen den "erobernden Islamismus im Süden", dann die "rechtsfreien Zonen (in Frankreich), in denen Ausländer eine Bedrohung darstellen", und schließlich die "Bestrebungen des wiedervereinigten Deutschland, Territorien wiederzuerlangen, von denen es meinen könnte, sie zu Unrecht verloren zu haben". Das sind erstaunliche Worte für einen Mann, der erst kürzlich in der FN-Parteizeitung National Hebdo die deutsche Wiedervereinigung als positivsten Beweis dafür nannte, daß "der nationale Gedanke lebendig" sei.

Besorgt über die Zukunft der französischen Streitkräfte äußerte sich auch der rechtspopulistische Maastricht-Gegner Philippe de Villiers.

Die KP sorgt sich um die "nationale Verteidigung"

Haarsträubend, wenn auch nicht überraschend, waren die Reaktionen der Kommunisten. KP-Chef Robert Hue verurteilte die Abschaffung der Wehrpflicht, weil das die "Abschaffung der Bindung von Armee und Nation zugunsten einer Armee von Professionellen" bedeute; so werde "unsere Armee nach dem Modell eines Expeditionskorps" geformt. Die Parteizeitung L'Humanité erschien mit der Schlagzeile: "Chirac gibt die

nationale Verteidigung auf". Im Leitartikel des Blattes hieß es, daß "jenseits der Zukunft der französischen Armee das Schicksal der Nation auf dem Spiel" stehe. Chirac schlage "alle Werkzeuge der nationalen Unabhängigkeit in Stücke": die nationale Währung zugunsten der europäischen Währungsunion und die Armee zugunsten einer europäischen Verteidigung und demnächst auch die französische Rüstungsindustrie. Erst kürzlich hatte die KP Rüstungslieferungen nach Taiwan als "gute Verträge, die Arbeitsplätze sichern", begrüßt. Immerhin lehnt die Partei die Einführung eines Zivildienstes ab; dahinter verberge sich der Versuch, billige Arbeitskräfte zu rekrutieren und "eine Art Arbeitsdienst" zu schaffen.

Auch der Linksnationalist und ehemalige Verteidigungsminister der Sozialisten, Jean Pierre Chevènement, Chef des "Mouvement des Citoyens", sorgte sich um die nationale Unabhängigkeit. Chiracs Reform werde "Frankreichs Verteidigung ans Schlepptau der USA hängen, um ihnen Ergänzungskräfte und Kontingente für ihre Expeditionen zu liefern". Der Sekretär des Parti Socialiste, Lionel Jospin, und der ehemalige sozialistische Premierminister Fabius erklärten dagegen die Umwandlung des Militärs in eine Berufsarmee für "unvermeidlich". Fabius kritisierte gleichzeitig die Privatisierung großer Rüstungsunternehmen. Dem schloß sich die Gewerkschaft CFDT an, die sich um die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sorgt.

Einen besonderen Akzent setzte der Linkssozialist Julien Dray: Er stimmte der Berufsarmee unter der Bedingung zu, daß ihre Angehörigen sich gewerkschaftlich organisieren dürfen.

Bernhard Schmid/Paris

und Js./ak-Redaktion

14. Nun wählen sie wieder. Italiens Neofaschisten ließen die große Koalition platzen

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:27

Da sind Italiens Linksdemokraten, die Ex-Kommunisten vom PDS, gerade noch mal davongekommen: Die zum Greifen nahe "große Übereinkunft" mit Silvio Berlusconis Forza Italia und Gianfranco Finis Alleanza Nazionale scheiterte in vorletzter Minute. Die 55. Nachkriegsregierung kam nicht zustande. Statt dessen wurde zum achten Mal in Folge das Parlament vorzeitig aufgelöst.

Die Neofaschisten hatten den Bruch des perversen Bündnisses durch immer neue Forderungen herbeigeführt. Die Zustimmung des PDS zu einem Präsidialsystem nach französischem Muster reichte ihnen nicht. Sie verlangten eine verbindliche Erklärung der Ex-Kommunisten, die auf die Ausschaltung des Parlaments bei den nötigen Verfassungsänderungen hinausgelaufen wäre; ein Referendum als Abschluß der "großen Reform", bei der auch das unterlegene Modell zur Abstimmung gestanden hätte; eine Übergangsregierung ohne so prominente Persönlichkeiten wie die ehemaligen Premiers Ciampi und Dini.

Das Kalkül ging auf: Diese Forderungen mußte das vom PDS dominierte "Mitte-Links"-Bündnis (centrosinistra) im Zeichen des Olivenbaums (l'ulivo) ablehnen, um sich nicht vollends zu blamieren. Berlusconi, der zeitweilig "zwei verschiedene Mehrheiten" in Aussicht gestellt hatte, machte einen Rückzieher: Eine Verfassungsreform mit dem Centrosinistra, gegen die Neofaschisten, und ein Wahlbündnis mit den Neofaschisten, gegen das Centrosinistra - diese an Abenteurertum grenzende Doppelstrategie konnte sich der Chef des rechten Lagers (il Polo) nicht leisten. Fini, der gegenwärtig stärkste der starken Männer, setzte sich durch: Die größte aller denkbaren großen Koalitionen kam nicht zustande; statt dessen gibt es am 21. April Neuwahlen, bei denen die Kontrahenten des Jahres 1994 erneut aufeinander treffen. Es gilt das alte Wahlrecht: 75% der Mandate fallen an die jeweils siegreichen Wahlkreiskandidaten; das restliche Viertel wird nach Verhältniswahlrecht vergeben.

Doch kein Staatsstreich?

Und was ist mit dem "angekündigten Staatsstreich", von dem in der letzten ak-Ausgabe die Rede war? Mit Freuden würde ich die reißerische Überschrift zurücknehmen - wenn die bedrohlichen Absichtserklärungen von Anfang Februar tatsächlich nur heiße Luft gewesen wären. Nur leider halten die politischen Akteure an ihren Absichten fest: Direktwahl des Staatspräsidenten oder des Regierungschefs, Ausstattung des Gewählten mit außerordentlichen Befugnissen, Schwächung des Parlaments zugunsten einer starken Exekutive. Diese Ziele sind von ganz rechts (Alleanza Nazionale) bis halblinks (PDS) unumstritten. Das Wahlergebnis des 21. April könnte zusätzliche Argumente für diese autoritäre Wende liefern: Wenn es nämlich auch nach diesem Urnengang keine eindeutige und über mehrere Jahre haltbare Mehrheit geben sollte.

Falls es anders kommt, könnte die italienische Verfassung für weitere Jahre gültig bleiben - die eindeutig siegreiche Formation hätte keinen Grund mehr, die Strukturen zu ändern, die ihr den Sieg ermöglichten. Im Massenbewußtsein hat die lagerübergreifende Agitation für den starken Mann aber schon jetzt fast irreparable Schäden angerichtet. Die politischen Protagonisten, die Verfassungsänderungen zur Schicksalsfrage machten, zeigten sich gleichzeitig unfähig, die brennenden Fragen (Arbeit, Renten, Gesundheitswesen etc.) überhaupt sachgerecht zu diskutieren (geschweige denn im Interesse der Mehrheit zu entscheiden). So wird die Sehnsucht nach dem Führer, der endlich "handelt", Tag für Tag größer. Daß davon eines Tages ein Mann der extremen Rechten profitieren könnte, befürchten auch diverse "bürgerliche" Demokraten ohne erkennbar linke Neigungen.

So weist der Philosoph und Politologe Norberto Bobbio darauf hin, wer denn der "verbissenste Vertreter des Präsidentialismus" ist - Gianfranco Fini, "der Führer einer Partei, die ihre Wurzeln im faschistischen Italien hat und davon, entgegen wiederholten anderslautenden Erklärungen, wesentliche Elemente bewahrt hat." Auch Giorgio Bocca, ehemaliger Partisan und Leitartikler des Espresso, erinnert an die faschistische Tradition. Er zitiert den langjährigen MSI-Vorsitzenden Giorgio Almirante, der 1987 auf dem Parteitag der Neofaschisten ausrief: "Der Faschismus ist hier". Dafür wurde er, so Bocca, von den heutigen Führern von Alleanza Nazionale mit Ovationen gefeiert; der prominenteste Jubler heißt Gianfranco Fini, der von Almirante persönlich zu seinem Nachfolger und Erben ernannt wurde. Der konservative Corriere della Sera reagierte auf diese

Warnungen mit einem Titelseiten-Kommentar "Präsidentialismus ist nicht Faschismus." (31.1) Das hatte auch niemand behauptet; beruhigen kann diese überflüssige Klarstellung nicht.

Kapitalisten stützen die Faschisten - aber nicht alle und nicht immer

Daß Kapitalisten eine Vorliebe für "starke" Regierungen haben, ist eine Binsenweisheit. Das bedeutet beileibe nicht, daß sie sich zwangsläufig um die jeweils rechteste, autoritärste politische Alternative scharen. Manch norditalienischer Unternehmer, der 1992 die Lega Nord und 1994 Forza Italia unterstützt hat, ist inzwischen von den Rechten abgerückt. Berlusconis Einstieg in die Politik war im Unternehmerlager von Anfang an mit Skepsis betrachtet worden, schon wegen seiner persönlichen Interessen. Von seinem Scheitern und dem folgenden Popularitätsverlust hat vor allem Gianfranco Fini profitiert. Der steht zwar am entschiedensten für den "starken Staat", das Präsidialsystem; die Wirtschaftspolitik von Alleanza Nazionale dagegen bereitet den privaten Unternehmern Sorgen. Sie sehen die Neofaschisten vor allem als Partei der Staatsbetriebe mit ineffizienter Verwaltung und aufgeblähtem Angestelltenapparat. Nach einem Bericht der Züricher Wochenzeitung (WoZ, 23.2.) "gelang es der Alleanza Nazionale in den letzten beiden Jahren, Schlüsselpositionen in allen wichtigen Bereichen der staatlichen Institutionen zu besetzen". Im staatswirtschaftlichen Sektor hätten sich "viele Wirtschaftsgrößen, das mittlere Management, aber auch viele ‚kleine` Angestellte" den Neofaschisten zugewandt.

Die von den privaten Unternehmern als notwendig angesehenen Privatisierungen und Deregulierungen sind mit dieser Klientel-Partei schwerer zu machen als mit dem Mitte-Links-Bündnis. Die aus Unternehmersicht vorrangigen Fragen sind "Privatisierungen, Kampf gegen die Inflation, Fortsetzung der Politik des ‚sozialen Friedens`, die den Unternehmen so gut getan hat". Und genau damit seien die Mitte-Links-Parteien "verantwortungsvoller" und "sensibler" umgegangen als die Rechten - das ist das Resümee eines Kongresses norditalienischer Unternehmer, gezogen in der Tageszeitung La Repubblica (21.2.).

Der scheidende FIAT-Präsident Gianni Agnelli hat in einem vielbeachteten Interview (Corriere della Sera, 20.2.) die derzeitigen politischen Präferenzen auch anderer italienischer Kapitalisten offengelegt, ohne eine formelle Wahlempfehlung auszusprechen. Während er die Kandidaten des Centrosinistra durchweg lobt, erledigt er Berlusconi und Fini mit wenigen - diplomatischen, aber nicht mißzuverstehenden - Worten. Nicht die häufigen Regierungswechsel seien Italiens Problem; die als Allheilmittel gepriesene Einführung eines Präsidialsystems nach französischem Muster betrachtet Agnelli mit Skepsis. Während anderswo Mitterrand, Kohl und Thatcher für italienische Verhältnisse unvorstellbar lange Amtszeiten erreichten, habe schließlich auch Italien jahrzehntelang "immer dieselbe Regierung" gehabt: die Democrazia Cristiana und ihre Verbündeten.

Weniger die Regierung (governo) macht Agnelli Sorgen als vielmehr die mächtigere "Unterregierung" (sottogoverno): Dieses Wort bezeichnet die Vielzahl der einflußreichen Posten in den staatlichen Institutionen und Betrieben, die traditionell unter den führenden Parteien aufgeteilt werden. Dieses bürokratische und - vorsichtig ausgedrückt - korruptionsanfällige System ist nicht etwa verschwunden, wenn auch seit vier Jahren in unzähligen Verfahren wegen Schmiergeldzahlungen und illegaler Parteienfinanzierung verhandelt oder zumindest ermittelt wird. Es dient weiterhin der Bereicherung und blockiert oder verteuert Innovationen - heute, da "Europa" auf dem Spiel steht, ist das für Agnelli und seine Unternehmerkollegen ein gefährlicher Anachronismus: ein Relikt des spezifisch italienischen "realen Sozialismus", das schnellstens liquidiert werden muß.

Traditionelle antikommunistische Ressentiments hielten viele Unternehmer zunächst davon ab, offen auf das Centrosinistra zu setzen. Sie warteten ab, daß sich die Übergangspremiers Ciampi und Dini und der mit der Bildung einer großen Koalition gescheiterte Maccanico ebenfalls unter dem Olivenbaum versammeln. Nun wurde von diesen eine Art "dritter Pol" konstituiert, der allerdings - im Unterschied zu 1994 - nicht isoliert in die Wahl geht, sondern im Bündnis mit dem Centrosinistra antritt.

Für die Einbindung dieser prominenten Operateure des Finanzkapitals wäre natürlich - sollte es zur gemeinsamen Regierungsbildung kommen - vom Centrosinistra ein politischer Preis zu zahlen: Die letzten sozialreformerischen Reste im Programm des Ulivo hätten endgültig nurmehr symbolische Bedeutung; in Realpolitik umsetzbar wären sie nicht.

Bündnispolitik

als Rechenexempel

Der amtierende Ministerpräsident Lamberto Dini geht mit einer eigenen Formation in die Wahl: "Lista Dini" heißt das Unternehmen; programmatische Unterzeile "rinnovamento italiano" ("italienische Erneuerung"). Mehrere Männer seines Kabinetts sind mit dabei, darunter Arbeitsminister Tiziano Treu, als Rentenkürzer die italienische Ausgabe von Norbert Blüm. Schon die Ankündigung von Dinis Kandidatur ließ die Börsenkurse steigen; die Lira erholte sich gegenüber D-Mark und Dollar.

Dinis Liste will nun, gemeinsam mit einer weiteren Gruppierung des ehemaligen Christdemokraten Bianco und des gescheiterten Koalitionsstifters Maccanico, diejenigen WählerInnen der "Mitte" gewinnen, die vor der Wahl des Centrosinistra zurückschrecken. Allein der Lista Dini wird ein Stimmenanteil von mindestens 6 Prozent prognostiziert. Dinis Wahlkreisabsprachen mit dem Ulivo ersparen dem links-orientierten Wahlvolk eine noch schlimmere Zumutung, die sich PDS-Sekretär Massimo D'Alema ausgedacht hatte: "doppia desistenza" heißt sein bündnispolitisches Zauberwort, das in keinem Lexikon steht. "Desistere" bedeutet so viel wie "zurückziehen" - gemeint ist der Verzicht auf einen eigenen Wahlkreiskandidaten zugunsten eines Bündnispartners. Diese Taktik sollte nach dem Willen der PDS-Führung "doppelt", d.h. nach links und nach rechts, angewandt werden: Nutznießer wären die Kommunisten (RC) und die Lega Nord. Deren Führer Umberto Bossi war davon sehr angetan, während seine Basis zögerte.

Die Meinungsforscher rechneten unterdessen noch einmal nach, ob D'Alemas Gleichung wirklich aufgehen würde: Mitte-Links plus Lega Nord plus Rifondazione Comunista gleich unschlagbar. Nach Umfragen würde ein allzu breites Bündnis am rechten und am linken Rand Stimmen kosten. Das würde insbesondere im Süden negativ zu Buche schlagen: Ein Bündnis mit der rassistischen Lega Nord, für die südlich von Rom Afrika beginnt, könnte das Mitte-Links-Bündnis in den südlichen Regionen 5% kosten. Antonio Bassolino (PDS), der Bürgermeister von Neapel, warnte seine Partei vor einem nur arithmetisch begründeten Bündnis mit der Lega: "Das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden des Landes steht auf dem Spiel. (...) Insbesondere die Menschen des Südens brauchen Klarheit und kein Sammelsurium." (Corriere della Sera, 26.2.). Letztlich gab aber nicht dieses Argument den Ausschlag, sondern das Zögern der Lega und die gleichzeitige schnelle Einigung des Centrosinistra mit dem "dritten Pol" um Dini und Maccanico. Nach aktuellen Umfragen könnte es für "Mitte-Links" plus "Mitte" auch ohne die Lega Nord zum Sieg reichen.

In der Lombardei (Hauptstadt Mailand), dem Stammland der Lega Nord, könnte die Wahl entschieden werden. Sie ist die mit Abstand bevölkerungsreichste Region. Im März 1994 gingen hier 73 von 74 Direktmandaten an gemeinsame KandidatInnen von Lega Nord und Forza Italia; nur in einem einzigen Wahlkreis setzte sich ein "progressiver" Bewerber durch. Bei der Wahl zum Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, fielen sogar sämtliche 35 Sitze an den rechten Polo delle libertà .

Die Lega Nord stellt in der Abgeordnetenkammer - mit nur 8,3% Stimmenanteil - die stärkste Fraktion. Das verdankt sie allein Berlusconis berechnender Großzügigkeit bei der Besetzung der norditalienischen Wahlkreise. Bei Konkurrenzkandidaturen gegen Forza Italia/Alleanza Nazionale auf der einen und Mitte-Links-KandidatInnen auf der anderen Seite würde die Lega Nord auch in ihren Hochburgen kaum eine Chance haben.

Aber auch der Rechtsblock um Berlusconi und Fini hat einige Probleme. Der "Verrat" ihres einstigen Partners Lamberto Dini - er war Berlusconis Schatzminister - macht den Rechten schwer zu schaffen. Berlusconi bezeichnete ihn als Lügner, während AN-Sprecher Storace den amtierenden Regierungschef gar mit Ceausescu verglich: Wie der rumänische Diktator habe Dini den Staat seinen persönlichen Interessen dienstbar gemacht. Reibereien gibt es auch innerhalb des Rechtsblocks. Gianfranco Fini liegt in der Wählergunst deutlich vor Berlusconi, der sich veranlaßt sah, noch einmal seine Führungsrolle herauszustellen. Die erkennt Fini durchaus an - bis zur Wahl; danach, so hofft er, werden die Karten neu gemischt. Nach aktuellen Umfragen liegt Alleanza Nazionale deutlich vor Forza Italia und könnte sogar stärkste Fraktion werden.

Die gegen Berlusconi eröffneten Prozesse untergraben sein Ansehen weiter. Ein Comeback als Regierungschef, das er seit seinem unrühmlichen Abgang im Dezember 1994 anstrebt, ist eher unwahrscheinlich. Politisch wäre ein Ministerpräsident Berlusconi, wenn er denn überhaupt ernannt und

gewählt würde, erheblich schwächer als der Strahlemann von 1994. So könnte denn, auch bei einem Wahlsieg der Rechten, die nächste vorgezogene Neuwahl ins Haus stehen.

"Die Lebenslüge

des neuen Italien"...

... so lautete eine Artikel-Überschrift in ak 354 vom 5. Mai 1993. Ein Referendum zur Einführung des Mehrheitswahlrechts sollte damals, so versprachen seine BefürworterInnen, den Abschied von der korrupten "Ersten Republik" einläuten und das "neue Italien" auf den Weg bringen. 82 Prozent der Abstimmenden folgten diesen Verheißungen. Schon damals war erkennbar, daß "die Hoffnung auf ein ‚neues Italien` oft von Sympathiebekundungen für mutmaßliche ‚Saubermänner` und für autoritäre Lösungen begleitet" wird. So stand es in ak 354 auf Seite 1.

Der als demokratische Institution geltende Direktor der Tageszeitung La Repubblica, Eugenio Scalfari, der garantiert nicht ak liest, hat seinen Irrtum inzwischen eingesehen. Vor drei Jahren hatte er versprochen, das Ja zum Mehrheitswahlrecht werde alles zum Besseren kehren und endlich "den Leoparden vertreiben" - eine Anspielung auf Giuseppe Tomasi di Lampedusas Roman "Der Leopard": "Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich ändert" - heißt es dort über die bürgerliche Revolution in Italien. Dieser Satz wird häufig auch auf andere Umwälzungen angewandt, die doch immer von den - nur äußerlich wandlungsfähigen - alten Mächten gewonnen werden.

Heute dämmert vielen, daß man im "neuen" Italien der "Zweiten Republik" vom Regen in die Traufe kommen könnte. Die Rehabilitierung des Faschismus, die Alleanza Nazionale Ministerämter brachte und bald neue bringen könnte, war unter dem verhaßten Regime der partitocrazia - trotz mehrerer Versuche der Christdemokraten - nicht durchsetzbar. Die neofaschistische Partei stand, anders als die KP, außerhalb des "Verfassungsbogens".

Für den entscheidenden Triumph der Neofaschisten scheint es allerdings noch zu früh. Daß Fini Chef der nächsten Regierung wird, ist ziemlich unwahrscheinlich. Aber die Zeit arbeitet für ihn. Der Einigungsdrang der anderen Parteien gab Fini Gelegenheit, sich als prinzipienfester Politiker darzustellen, der sich von den taktischen Spielchen der anderen fernhält. So ließ er Berlusconi für den Rechtsblock die Verhandlungen führen, diktierte aber von außen die Bedingungen. Damit demontierte er nicht nur seinen Partner, der kurz vor der Übereinkunft mit dem PDS einen Rückzieher machen mußte. Er profitierte auch vom Anpassungskurs der Linksdemokraten, deren taktische Wendungen auch im eigenen Lager die ohnehin verbreitete "Politikverdrossenheit" förderten. Denn Politik wird auch von D'Alema und den anderen Protagonisten des Ulivo immer mehr auf Taktiererei reduziert. Die Abneigung dagegen, das ist nicht neu, läßt sich auch für rechtsextreme Zwecke instrumentalisieren.

Auch das scheinbar allmächtige Fernsehen trägt dazu bei, daß die Politiker sich in ihren eigenen Fallstricken verfangen. Die ständige "Medienpräsenz" der Protagonisten ließ das Publikum Zeuge ihrer fast täglichen Schwankungen werden. Umberto Eco bezweifelte denn auch in einem seiner allwöchentlichen Kommentare im Espresso (23.2.), daß diese Art der Politik "fernsehverträglich" ist. Daran anschließend stellt sich die Frage, was Berlusconis geballte Medienmacht (u.a. drei landesweite Fernsehkanäle) in dieser Wahlkampagne bewirken kann. Was ihm vor zwei Jahren den Sieg brachte, der hemmungslose Einsatz des Fernsehens, könnte sich heute auch negativ auswirken und eine Abwehrreaktion aus Überdruß hervorrufen. Aber wer außer den Neofaschisten kann davon profitieren?

Js., 4.3.1996

Die Lega der Rassisten

Bei der Konzentration auf die neofaschistische Gefahr und den neuen Führer Gianfranco Fini wird oft vergessen, daß auch die Lega Nord, derzeit vom Mitte-Links-Bündnis umworben, Trägerin extrem rechten und rassistischen Gedankenguts ist. Im folgenden einige aktuelle Zitate von Repräsentanten der Lega (nach L'Espresso, 26.11.1995):

"Die Einwanderung von Farbigen ist weder integrierbar noch assimilierbar, auch nicht nach zwei Jahrhunderten." - "Steuern, Neger und Süditaliener - abschaffen!" (Umberto Bossi)

"Die Nicht-Europäer sind kranke Zellen unseres Organismus." (Claudio Pioli, ehemaliger Parlamentsabgeordneter)

"Bilden wir bewaffnete Freiwilligengruppen, die in den gefährdeten Vierteln frei agieren können... Verfrachten wir sie (die illegalen Einwanderer) in Militärflugzeuge und lassen sie über ihrem Herkunftsland mit Fallschirmen abspringen!" (Senator Erminio Enzo Boso)

"Autofahrer, die Ausländern das Säubern der Autofenster erlauben, müssen eine Geldbuße zahlen." (Parlamentsabgeordneter Vincenzo Ciruzzi in einem von ihm vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog)

"Polizisten sollen Gummigeschosse gegen Nordafrikaner einsetzen, weil die oft Messer mit Aids- oder TBC-Viren bei sich tragen." (Mario Borghezio, Parlamentsabgeordneter)

"Nicht-Europäer, die nach Italien kommen, "verunreinigen unser Volk, wie es die Russen unter Stalin in den baltischen Ländern taten." (Gipo Farassino, Mitglied des Europäischen Parlaments)

15. Mailand, Bologna, Ustica. Die unendliche Geschichte des faschistischen und staatlichen Terrors

Die unendliche Geschichte des faschistischen und staatlichen Terrors in Italien

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:06

Warum ist die deutsche Krimiserie "Derrick" in Italien so populär? Sergio Stainos Comicfigur "Bobò" weiß die Antwort: In einem Land, wo die Urheber monströser Verbrechen auch nach Jahrzehnten nicht ermittelt sind, muß die Aufklärung eines Mordfalls innerhalb von 60 Minuten die Menschen besonders faszinieren. In einigen der von Bobò, einem kritischen Alt-Achtundsechziger, genannten Fälle hat sich in den letzten Monaten nun doch etwas getan - ein Zwischenbericht über: das "Staatsmassaker" auf der Mailänder Piazza Fontana im Dezember 1969 (16 Tote); den Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna im August 1980 (85 Tote); den Abschuß eines Passagierflugzeugs im Juni 1980 nahe der Insel Ustica (81 Tote).

Staatsmassaker

ohne Schuldige

Die Linken sprachen vom "Staatsmassaker" (strage di Stato), als am 12. Dezember 1969 auf der Mailänder Piazza Fontana, vor der Landwirtschaftsbank, eine Bombe explodierte. 16 Menschen starben, die meisten von ihnen Bauern aus dem Umland; 84 wurden verletzt. Zur selben Stunde explodierten in Rom drei weitere Bomben, durch die allerdings niemand zu Tode kam. Das Motiv der Anschläge schien klar: Die Massenbewegung der Arbeiter und Studenten im "heißen Herbst" sollten durch eine "Strategie der Spannung" demoralisiert und eingedämmt werden. Spontane Streiks und militante Aktionen hatten Teile der großen Städte für die Herrschenden "unregierbar" gemacht.

Die Polizei ermittelte wegen des Mailänder Massakers zunächst ausschließlich gegen die radikale Linke. Der Anarchist Pietro Valpreda wurde als angeblicher Attentäter präsentiert - und mußte später wegen erwiesener Unschuld wieder freigelassen werden. Schlimmer erging es dem Anarchisten Giuseppe ("Pino") Pinelli, der, als Tatverdächtiger festgenommen, beim Verhör aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums "fiel" und starb - offizielle Version: "Selbstmord".

GenossInnen der revolutionären Linken, namentlich "Lotta Continua", war es zu verdanken, daß Teile der Wahrheit über den Terroranschlag bekannt wurden: Die Täter sind Faschisten, ihre Auftraggeber und Komplizen sitzen in Polizei, Armee und Geheimdiensten. Doch rechtskräftig verurteilt wurde niemand.

Das Verfahren wurde von Rom nach Mailand und weiter ins kalabresische Catanzaro verlegt. Jahrelang wurde in drei Richtungen ermittelt: gegen Anarchisten und andere Linke, gegen Faschisten und gegen staatliche Stellen (vor allem Geheimdienste und Polizei). 1976 begann der Prozeß gegen zwölf Linke, 13 Faschisten und acht des "Staatsmassakers" verdächtige Personen. 1979 wurde viermal Lebenslänglich verhängt, u.a. gegen den Rechtsterroristen Franco Freda. Die Anarchisten Valpreda und Merlino wurden von der Anklage des Attentats freigesprochen; sie erhielten viereinhalb Jahre Knast wegen "krimineller Vereinigung". Zwei Jahre später wurden die Urteile wegen des Bombenanschlags aufgehoben. Freda und ein weiterer Faschist wurden zu fünfzehn Jahren Knast verurteilt - wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Vereinigung. Nach weiteren Instanzen wurden im Juli 1989 alle Angeklagten von dem Vorwurf freigesprochen, an dem Attentat beteiligt gewesen zu sein. Dieses Urteil wurde zwei Jahre später vom Appellationsgericht bestätigt; Revision wurde nicht zugelassen.

Eine Verurteilung wäre also nur in einem neuen Verfahren möglich. Der jetzt als mutmaßlicher Täter genannte Delfo Zorzi, ehemaliges Mitglied der faschistischen Terrorgruppe "Ordine Nuovo", ist aber seit Jahren japanischer Staatsbürger mit Wohnsitz Tokio. Immerhin wurden bei neueren Ermittlungen die "perversen Allianzen" (La Repubblica, 11.11.1995) sichtbar, die das Massaker ermöglichten: Demnach arbeiteten die italienischen Faschisten im Auftrag der NATO, die europaweit bewaffnete Gruppen für den "Tag X" unterhielt (offiziell für den Fall "kommunistischer Aufstände" und den "Einmarsch der sowjetischen Armee"). Die konterrevolutionäre Untergrundarmee trug in Italien den Namen "Gladio"; Anführer der bewaffneten ultrarechten Zellen in Venetien war der Altfaschist Enrico Minetto, der von ehemaligen Kumpanen beschuldigt

wird, das Mailänder Attentat vorbereitet zu haben. Daneben unterwanderten die venezianischen Faschisten erfolgreich die christdemokratische Partei.

Wie aus Briefen seiner Spießgesellen hervorgeht, war Zorzi, der mutmaßliche ausführende Täter von Mailand, über diese Aktivitäten auch dann noch auf dem laufenden, als er längst ein schwerreicher japanischer Geschäftsmann geworden war. Über das rechtsextreme Netzwerk schrieb der ermittelnde Staatsanwalt: "Bis heute besteht eine noch höchst aktive Struktur in Italien und im Ausland, mit dem Ziel der Kontrolle von Menschen, die in der Vergangenheit an schlimmsten Attentaten beteiligt waren; (diese Struktur) ist in der Lage, ungeheure finanzielle Mittel und juristische Unterstützung für die Kämpfer bereitzustellen, die von den Strafverfolgungsbe- hörden ermittelt werden." (L'Espresso, 3.12.1995)

Notfalls wird auch von rabiateren Methoden Gebrauch gemacht: Von den Personen, die in die Ermittlungen wegen des Mailänder Attentats verwickelt waren, kamen zwölf auf mysteriöse Weise zu Tode: Vier begingen - so die offizielle Version - Selbstmord; acht starben bei "Unfällen".

Bombenleger von Bologna verurteilt

Delfo Zorzi wird vermutlich in Freiheit und Wohlstand sein Leben beschließen - ebenso seine noch lebenden Komplizen aus den Reihen der Geheimdienste, der Polizei und der NATO. Die Prozesse wegen des Anschlags auf den Bahnhof von Bologna sind dagegen mit rechtskräftigen Schuldsprüchen zu Ende gegangen. Im November vergangenen Jahres, mehr als 15 Jahre nach dem Blutbad, bestätigte das Kassationsgericht in Rom die Urteile der Vorinstanz: Zweimal Lebenslänglich für die Rechtsextremisten Valerio Fioravanti und Francesca Mambro, Mitglieder der terroristischen NAR (Nuclei armati rivoluzionari - "Bewaffnete revolutionäre Kerne"). Sie sollen am 2. August die Bombe im Wartesaal zweiter Klasse des Bahnhofs von Bologna deponiert haben: 85 Menschen starben, 200 wurden verletzt.

Ebenfalls bestätigt wurden die Urteile gegen zwei Offiziere des Geheimdienstes SISMI: Freiheitsstrafen von ca. acht Jahren wegen Behinderung der Ermittlungen durch das Legen falscher Spuren. Licio Gelli, Großmeister der 1981 enttarnten Geheimloge "Propaganda Due" (P2), und Francesco Pazienza sind nach Ansicht des Gerichts die "Marionettenspieler", die über ihre Helfershelfer in den Geheimdiensten die falschen Fährten legen ließen. Ihr Motiv sei es gewesen, aus dem Schock über das blutigste Attentat der italienischen Geschichte politisches Kapital zu ziehen: Entsprechend dem von der Loge P2 verfolgten "Plan zur demokratischen Wiedergeburt" Italiens wollten sie eine autoritäre Wende herbeiführen helfen. Das Kassationsgericht bestätigte die von der Vorinstanz verhängten jeweils zehnjährigen Freiheitsstrafen gegen Gelli und Pazienza. Gegen einen mutmaßlichen Mittäter, Sergio Picciafuoco, muß neu verhandelt werden. Er hielt sich während der Detonation der Bombe nachweislich auf dem Bahnhof von Bologna auf.

Anwälte und Familienangehörige der verurteilten Haupttäter sprachen von einem Fehlurteil: "Valerio und Francesca sind die letzten Opfer des Massakers." Einer der Anklagevertreter sah dagegen den "wichtigsten Schritt auf dem Weg zur Wahrheit" getan; er räumte allerdings ein, daß "noch verschiedene Dinge aufzuklären bleiben". (Corriere della sera, 24.11.1995)

Dazu gehört auch die Einflußnahme führender Politiker, allen voran des ehemaligen Staatspräsidenten Francesco Cossiga und des siebenfachen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti, beide Christdemokraten. Cossiga wird von der Vereinigung der Angehörigen der Opfer von Bologna schon seit Jahren beschuldigt, seine schützende Hand über die Saboteure der Wahrheitsfindung gehalten zu haben. Und Andreotti hatte - ausgerechnet am zehnten Jahrestag des Anschlags - eine Forderung der Neofaschisten aufgegriffen: Auf der Gedenktafel im Bahnhof von Bologna solle die Formulierung "faschistisches Massaker" gelöscht werden, weil sie "falsch und irreführend" sei...

81 Tote bei mißglücktem Angriff gegen Libyen

"Am 27.6.1980 um 20.59 Uhr und 45 Sekunden verschwand die DC-9-I-TIGI der Fluggesellschaft Itavia, in Bologna mit zwei Stunden Verspätung nach Palermo gestartet, von den Radarschirmen in Roma-Ciampino und antwortete nicht auf die Rufe von ‚Roma-Controllo`..." So beginnt der im Sommer 1991 vorgelegte parlamentarische Untersuchungsbericht über "Ustica". Der Name der nördlich von Sizilien gelegenen Insel ist nicht nur Synonym für eine Katastrophe, bei der 81 Menschen ums Leben kamen. Er steht auch für die

jahrelange Verschleppung der Ermittlungen, für falsch gelegte Fährten und andere Interventionen von Geheimdiensten mehrerer NATO-Länder.

Dabei lag ein wesentliches Ermittlungsergebnis schon am 7. Juli 1980, zehn Tage nach dem Absturz, auf dem Tisch: "Neben der DC-9 gab es ein anderes Objekt, das sich in einer Entfernung von zehn bis 13 Meilen parallel bewegte und das dann plötzlich in einer Weise den Kurs änderte, die wie ein Angriffsmanöver erscheinen konnte", so ein US-amerikanischer Sachverständiger. Trotz dieses eindeutigen Befundes schlossen Mitglieder der Untersuchungskommission die Präsenz anderer Flugzeuge kategorisch aus. Die einen sahen "Materialermüdung" als Unglücksursache; andere bevorzugten die Hypothese einer an Bord explodierten Bombe.

Mit besonderem Eifer wurde versucht, den Verdacht auf Libyen zu lenken. Fast zeitgleich mit der Katastrophe von Ustica wurde im dichtbewaldeten kalabresischen Sila-Gebirge eine abgestürzte libysche MIG-23 mit der Leiche des Piloten gefunden. Ein Augenzeuge sah die Maschine am 27. Juni kurz vor dem Absturz. Von Sachverständigen dagegen wurde der Todestag des Piloten in den Juli hinein verlegt. Offizielle Erklärungen für seinen Absturz gab es nie; auch die Tatsache, daß der Libyer italienische Militärstiefel und einen amerikanischen Helm trug, konnte nicht plausibel erklärt werden.

Die populärste Auflösung des "Ustica-Krimis" faßte die Wochenzeitschrift Panorama schon vor Jahren so zusammen: "Eine Geschichte, die ganz Rom seit Jahren murmelt: Die DC-9 der Itavia wurde, wahrscheinlich aus Versehen, im Laufe einer geheimen, auf internationaler Ebene organisierten Militäraktion abgeschossen, deren Ziel der Sturz des libyschen Regimes und die physische Eliminierung von Muhammar Ghaddafi war ". Guglielmo Sinigaglia, Verbindungsmann zwischen italienischen und französischen Geheimdiensten, ist der Kronzeuge für diese Version. Er sei selbst an Aktionen beteiligt gewesen, die von Frankreich, Großbritannien, der BRD und Italien organisiert und von den USA gebilligt worden seien und einen Putsch in Libyen zum Ziel hatten. Sinigaglia zufolge bestand der Putschplan aus mehreren Elementen: "Von einem sizilianischen Stützpunkt aus Waffenlieferungen an libysche Rebellen; Abschuß des Flugzeuges, das in der Nacht des 27.6.1980 Ghaddafi von Tripoli nach Warschau bringen sollte, durch ein von einem libyschen Rebellen gesteuertes Flugzeug; Landung eines auf U-Booten verschifften internationalen Kommandos in Libyen zur Unterstützung der Rebellen, um den Staatsstreich durchzuführen. Der Plan schlug fehl, als statt Ghaddafi die DC-9 der Itavia getroffen wurde".

Es ist kaum zu glauben - aber diese Darstellung des Geschehens wurde inzwischen - fast schon "amtlich" - bestätigt. In der Wohnung des ehemaligen SISMI-Generals Demetrio Cogliandro wurde Anfang Januar ein 15 Seiten starkes Dossier über den Fall Ustica entdeckt, das schon 1984 angelegt worden war. Über die peinliche Panne, die den NATO-Putschversuch gegen Libyen vereitelte, schreibt Cogliandro: "Ghaddafis Flugzeug überflog das Mittelmeer; ein libyscher Jäger oder auch zwei folgten ihm, um ihn abzuschießen (sie wurden von Offizieren gelenkt, die gegen das Regime rebellierten); ein oder zwei französische Jäger stiegen auf und schossen einen libyschen Jäger ab: den, der in Kalabrien abstürzte. In der kurzen Luftschlacht entkam Ghaddafis Flugzeug und wurde mit dem Zivilflugzeug verwechselt, das zum Ziel der französischen Rakete wurde."

Mehrfach beschuldigt der Ex-General den damaligen Ministerpräsidenten Cossiga, alles gewußt zu haben; "aus Gründen der Staatsräson" habe er jedoch "die Fakten verhüllt". So konnte noch 1990 der ehemalige Polizeioffizier Vincenzo Parisi vor der parlamentarischen "Massaker-Kommission" seine Märchen erzählen: Der Abschuß der DC-9 ginge ebenso wie der Anschlag in Bologna auf das Konto libyscher Staatsterroristen. Über Parisis Erzählungen vermerkte Cogliandro: "Die berühmten ‚Geheimdienste auf Abwegen`, von denen er spricht, lenkten tatsächlich von der Wahrheit ab, aber auf Befehl der Politiker und sicher nicht auf eigene Initiative." Über einige große Staatsbetriebe hätten sie ihre "Instruktionen" erhalten; bestimmenden Einfluß hatten dort zu jener Zeit Sozialisten und Christdemokraten. (L'Espresso, 21.1.1996)

So schlimm die Katastrophe von Ustica ist - ohne die "Panne", die zum Tod von 81 Menschen führte, hätte die Aggression gegen Libyen zum offenen Krieg eskalieren können. Diese Wahrheit galt und gilt es zu vertuschen - notfalls mit Gewalt. Mindestens zwölf Menschen, die etwas über die Zusammenhänge hätten enthüllen können, sind unter dubiosen Umständen ums Leben gekommen - durch "Selbstmord" oder "Unfall". taz-Korrespondent Werner Raith hält immer noch an der These fest, die von der italienischen Kunstflugstaffel frecce tricolori im August 1988 verursachte Katastrophe von Ramstein (70 Tote) stehe mit "Ustica" in

Verbindung: Zwei der verunglückten Piloten hätten unerwünschte Aussagen über den DC-9-Abschuß machen wollen und seien geringfügigen - im metergenauen Präzisionsflug tödlichen - Manipulationen an ihren Maschinen zum Opfer gefallen.

Js.

16. Ein längst überfälliger Schauprozeß. Kriegsverbrecher Erich Priebke in Italien vor Gericht

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:07

"Norimberga all'italiana" - als eine aktuelle italienische Version des Nürnberger Prozesses bezeichnete die Wochenzeitschrift L'Espresso den Fall des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Erich Priebke, der über 50 Jahre nach dem Ende des Nazireichs in Italien vor Gericht gestellt wird. Die Gleichsetzung mit dem Jahrhundertprozeß des Jahres 1946 ist erheblich überzogen. Immerhin hat das jetzt begonnene Verfahren große öffentliche Wirkung. Während selbst Neofaschistenchef Gianfranco Fini seine Genugtuung äußerte, daß nunmehr die Gerechtigkeit ihren Lauf nehme, nörgeln weniger kluge Politiker der Rechten über Aufwand und Kosten des Verfahrens. Ein Senator der Lega Nord wollte wissen, wie teuer Priebkes Auslieferung aus Argentinien den italienischen Staat komme. Andere bezweifeln den Sinn eines Prozesses gegen einen 82jährigen - Argumente, die deutschen BeobachterInnen vertraut sind.

Tatsächlich geht es weniger um die Bestrafung eines immer noch uneinsichtigen Mörders, sondern um einen Schauprozeß im besten Sinne. Die Angehörigen der 335 Italiener, an deren Ermordung Erich Priebke beteiligt war, verlangen weder Vergeltung noch Sühne. Sie wollen vielmehr die Erinnerung wachhalten an eines der größten Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht. Auch die Komplizen, die Priebke 50 Jahre lang ein angenehmes Leben als angesehener Geschäftsmann in Argentinien ermöglichten, sollen nach dem Willen der Angehörigen in dem Verfahren genannt werden. Dazu gehören neben dem Vatikan, der etlichen Nazis die Flucht nach Südamerika ermöglichte, auch die diplomatischen Vertretungen der BRD in Argentinien, die über die von Altnazis aufgebaute deutsche Kolonie in Priebkes Wohnort Bariloche bestens im Bilde waren. Leider ist das römische Militärtribunal, vor dem Priebke sich zu verantworten hat, nach Meinung von Sachkundigen nicht der geeignete Ort, an die historische Wahrheit zu erinnern und politische Lehren zu ziehen. Immerhin wird hier erfahrungsgemäß hart geurteilt: Ein Lebenslänglich für Priebke scheint so gut wie sicher.

Der greise Angeklagte könnte sich über solche Art der Prozeßführung nicht beklagen. Denn Priebke war nicht der hilflose Befehlsempfänger, als der er sich ausgibt, sondern aktiver Mittäter. Das zur Verhandlung stehende Verbrechen war von Hitler persönlich angeordnet worden - als "Vergeltungsmaßnahme" für einen erfolgreichen Partisanenangriff auf das Polizeiregiment "Bozen", bei dem am 24. März 1944 in der Via Rasella mitten in Rom 33 Südtiroler Polizeisoldaten in deutschen Uniformen getötet worden waren. Die Leitung der Strafaktion hatte SS-Major Herbert Kappler, dessen rechte Hand Priebke war. Für jeden getöteten Soldaten sollten zehn italienische Zivilisten ermordet werden - vor allem politische Häftlinge, Partisanen und Juden. Einen Tag nach dem Anschlag wurden 335 Menschen in den nahe Rom gelegenen Ardeatinischen Höhlen (Fosse Ardeatine) von der SS erschossen - aufgrund eines "Zählfehlers" fünf mehr als geplant.

Für das Abhaken der Opfer auf den Listen war Priebke zuständig, der zwischenzeitlich auch gestanden hat, "ein oder zwei" eigenhändig erschossen zu haben. Heute leugnet er jede über die Führung der Mordliste hinausgehende Beteiligung - wohl in der Hoffnung, eine nur "buchhalterische" Tätigkeit werde nicht als Mittäterschaft bewertet. Überlebende italienische Partisanen haben Priebke als brutalen Folterer kennengelernt, der im Gestapo-Hauptquartier in der Via Tasso mit einem Schlagring auf Gefangene einprügelte.

Obwohl Täter und Opfer des Massenmords in den Fosse Ardeatine eigentlich nicht verwechselt werden können, wird in der italienischen Öffentlichkeit von interessierter Seite die Frage einer "Mitschuld" der Partisanen aufgeworfen. Schon seit Jahren werden immer wieder tatsächliche oder vermeintliche Verbrechen der Resistenza ans Licht gezerrt. Das geschieht meist nicht wegen der historischen Wahrheit, sondern in der Absicht, die moralische Kraft des antifaschistischen Widerstands zu schmälern und den Antifaschismus als Grundwert der italienischen Republik zu Grabe zu tragen. Im vorliegenden Fall werden die Partisanen implizit als feige und hinterhältig hingestellt, weil sie sich nach dem gelungenen Attentat nicht den deutschen Besatzern gestellt hätten. Der Behauptung, damit hätten Repressalien gegen die Zivilbevölkerung vermieden werden können, hatte allerdings schon SS-Major Kappler in seinem eigenen Prozeß widersprochen. Es gab auch keine entsprechenden Aufrufe an die Bevölkerung; der Massenmord wurde vielmehr in rasender Eile organisiert und durchgeführt.

Ex-Partisan Rosario Bentivegna, der die Bombe in der Via Rasella plazierte, bekennt sich noch heute mit bemerkenswertem Mut zu seiner Tat. Die von ihm getöteten Soldaten seien speziell für den Kampf gegen Partisanen ausgebildet worden. "Schon einen Tag später hätten sie uns als Partisanenjäger offen gegenüberstehen können", sagt er und äußert sich auch klar zu der Forderung, er oder andere Partisanen hätten sich den Deutschen stellen müssen: "Wenn wir das getan hätten, dann bis an die Zähne bewaffnet, um das Gemetzel zu verhindern." (L'Espresso, 3.12.1995)

So geht es im Prozeß gegen Priebke auch um die Frage der Legitimität des Partisanenkampfes gegen die deutschen Besatzer. Während die Erben Mussolinis rehabilitiert und als konservative Demokraten verharmlost werden, müssen die Antifaschisten sich für ihr Handeln rechtfertigen. Da das so ist, kann auch ein Gianfranco Fini großzügig zugestehen, daß der Antifaschismus durchaus eine historische Berechtigung hatte. Diese Zeit, das meinen auch die Konservativen, ist nun vorbei; Antifaschisten stehen für sie moralisch auf derselben Stufe wie die angeblich geläuterten Neofaschisten. Deren ultrarechte Stoßtrupps nutzen derweil das Interesse der Öffentlichkeit für provokatorische Aktionen. Mitten im Zentrum von Rom klebten Mitglieder des verbotenen "Movimento Politico" Plakate mit dem Bild Priebkes und der Parole "Unsere Ehre heißt Treue - Freiheit für Priebke".

Daß der Prozeß gegen Erich Priebke erst jetzt und unter - für die Würdigung der historischen Wahrheit - ungünstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfindet, ist im übrigen kein böser Zufall. Der Rechtsanwalt Arno Klarsfeld, Sohn von Beate und Serge Klarsfeld, hatte schon im August 1989 sowohl Justizminister Vassalli als auch Regierungschef Andreotti von Priebkes Aufenthaltsort in Kenntnis gesetzt. Der Auslieferungsantrag an Argentinien hätte also schon damals gestellt werden können. Klarsfeld bekam nicht einmal eine Antwort. Daß Rücksichtnahme auf den deutschen Partner bei der (Nicht-)Reaktion der italienischen Regierung eine Rolle gespielt hat, kann als gesichert gelten.

Js.

17. Fuck the IRA - Dokumentation des jW-Artikels von Jürgen Elsässer

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:28

Der Frieden währte nur 526 Tage. Als die IRA am 31. August 1994 einen unbefristeten Waffenstillstand ausrief, vermied sie bewußt das Wörtchen "permanent". Trotzdem war dieser Waffenstillstand weitaus mehr, als viele damals erwartet hatten.

Seit 1988 hatte sich die Sinn-Féin-Führung darum bemüht, eine "alternative Strategie" zu formulieren, die den "bewaffneten Kampf" ersetzen sollte. Sie sollte die nationalistischen Kräfte bündeln und internationale Unterstützung mobilisieren - vor allem in den USA, wo über 40 Mio. Bürger irische Wurzeln reklamieren.

Ausgangspunkt dieser Bemühungen war vermutlich die Erkenntnis, daß der "bewaffnete Kampf", so gekonnt er auch seitens der IRA geführt wurde, auch Ausdruck einer politischen Isolation der republikanischen Community war - in Nordirland, vor allem aber im gesamtirischen Kontext. Zwar konnten sich Sinn Féin und die IRA über einen Mangel an Unterstützung innerhalb der eigenen Community kaum beklagen; sie verfügten aber über keine Bündnispartner. Die republikanische Bewegung und ihre Community fristeten ein Paria-Dasein. Ein militärischer Sieg war ohnehin nicht möglich. Das galt zwar genauso für die Gegenseite, aber gleichzeitig vertiefte die IRA-Kampagne die Spaltung zwischen der katholischen/nationalistischen und der protestantischen/unionistischen Community, die im politischen Konzept der Republikaner lange vernachlässigt wurde.

50 Jahre lang, von 1922 bis 1972, war insbesondere die republikanische Community von der unionistischen/protestantischen Mehrheit diskriminiert und terrorisiert worden, ohne daß London und Dublin sich ihrer Probleme annahmen. Nationalisten und Republikaner wurden Opfer sektiererischer Mordkampagnen, in die auch Teile der "Sicherheitskräfte" verwickelt waren - selbst zu Zeiten, als von der IRA weit und breit nichts zu sehen war. Als 1968/69 protestantische/loyalistische Mobs die Forderungen einer Bürgerrechtsbewegung mit dem Niederbrennen kompletter katholischer Straßenzüge beantworteten und damit die größte Fluchtwelle in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg auslösten, sah die Polizei nicht nur tatenlos zu, sondern leistete den Angreifern sogar noch aktiv Unterstützung. Die bedrängte katholische Gettobevölkerung in Belfast und Derry blickte gen Dublin, aber auch von hier kam nur wenig Hilfe. Statt dessen intervenierte die britische Armee, die allerdings schon bald einseitig Partei für die unionistischen Kräfte nahm. Der folgende Aufstieg der IRA ist nur vor dem Hintergrund dieser Schutzlosigkeit zu verstehen; ebenso die aktuelle Weigerung der IRA, die Waffen abzulegen, bevor zumindest eine umfassende Reform der paramilitärischen und zu über 90% protestantischen Polizei stattgefunden hat.

Als die unionistische Einparteienherrschaft 1972 unter der Bombenkampagne der IRA zusammenbrach, übernahm London zwar endlich selbst die Verantwortung in der Provinz, aber an der Situation der katholischen/nationalistischen Minderheit, die keinen staatlichen Schutz genoß, sollte dies nicht viel ändern.

Der besondere Status der republikanischen Community wird auch in Irland selbst oft übersehen. Zwischen der katholischen Getto-Bevölkerung Nordirlands und den Bürgern der Republik herrscht Sprachlosigkeit. In gewissen Kreisen Dublins gehört es seit einigen Jahren zum guten Ton, die Ängste und Nöte der Protestanten/Unionisten wesentlich ernster zu nehmen als die der Katholiken/Nationalisten. Fakt ist, daß es sich bei den nordirischen Protestanten um die am besten bewaffnete "ethnische Minderheit" (gesamtirisch betrachtet) in Westeuropa handelt. Da sind nicht nur die paramilitärischen Organisationen UDA und UVF und die zu 95% protestantischen "Sicherheitskräfte". Darüberhinaus gibt es in Nordirland noch ca. 88.000 Lizenzen für ca. 133.000 Schußwaffen, die sich überwiegend im Besitz von Protestanten befinden.

Einseitige Vorleistungen der IRA - britische Hinhaltetaktik

Bei der Suche nach einer "alternativen Strategie" wurde die Sinn-Féin-Führung insbesondere vom SDLP-Führer John Hume unterstützt, der auch in den republikanischen Gettos hohe Anerkennung genießt. Hume hatte schon lange zuvor erkannt, daß die republikanische Führung nach einem Ausweg aus der Isolation suchte; er betätigte sich in Dublin und Washington als diplomatischer Türöffner. Als sich ein "Zweckbündnis" von Sinn Féin, SDLP, Dublin und der politisch wie finanziell machtvollen irischen Community

in den USA abzeichnete und die britische Regierung eine gewisse Flexibilität signalisierte, war die IRA bereit, dem Frieden bzw. der "alternativen Strategie" eine Chance zu geben. Eine Chance, nicht mehr und nicht weniger; die IRA-"Volunteers" bildeten sich derweil weiter fort und führten unbewaffnete "Scheinattacken" durch. Auch die Bestrafung sogenannter "antisozialer Elemente" und die "Geldbeschaffungsaktionen" wurden weiter fortgesetzt.

Aber auch die Loyalisten, die erst sechs Wochen nach der IRA einen Waffenstillstand erklärten, verhielten sich nicht anders. Der loyalistische Waffenstillstand war keineswegs bedingungslos, sondern wurde an das Wohlverhalten der IRA geknüpft. Im Sommer 1995 wurde mit Lindsay Robb ein führendes Mitglied der Progressive Unionist Party (PUP, politischer Arm der paramilitärischen Ulster Volunteer Force/UVF) unter dem Verdacht der Beteiligung an einer Waffenbeschaffungsaktion verhaftet. Robb hatte einer Delegation von loyalistischen Politikern mit paramilitärischen Verbindungen angehört, die im März 1995 vom Nordirlandministerium empfangen wurde. Am wenigsten trug allerdings die britische Seite zur Demilitarisierung bei. Es dauerte eine Weile, bis die Soldaten von den Straßen verschwanden. Aus Nordirland abgezogen wurden allerdings nur wenige. In den Grenzgebieten blieb die Armee weiterhin aktiv, um eine Aufrüstung der IRA für den Fall eines Zusammenbruchs des Waffenstillstands zu verhindern.

Angesichts der Enttäuschungen, die die Republikaner seit dem 31. August 1994 erlebten, ist es ein Wunder, daß der Waffenstillstand überhaupt so lange hielt. Die IRA-Führung hatte nicht erwartet, daß die britischen Truppen umgehend das Land verlassen würden, um den Weg zu einem irischen Einheitsstaat freizumachen. Wohl aber hoffte man, daß London die Unionisten, die sich seit der Gründung des nordirischen Staates auf ihrem Veto-Recht ausruhen, an den Verhandlungstisch drängen würde. Dies war aber nicht der Fall. Im Gegenteil: Die Regierung instrumentalisierte die unionistischen Berührungsängste für ihre Hinhaltetaktik. Damit war das Scheitern des Friedensprozesses vorgezeichnet. Denn ohne massiven Druck aus London läuft bei den Unionisten überhaupt nichts. Und die Geschichte hat gezeigt, daß der Erfindungsgeist der Unionisten bezüglich immer neuer Vorbedingungen unerschöpflich ist.

Nicht einmal gegenüber den zahlreichen republikanischen Gefangenen, die beim Zustandekommen des Waffenstillstands eine bedeutende Rolle gespielt hatten, zeigte sich die Regierung konzessionsbereit. Gerade hier wäre es aber relativ leicht gewesen, die Fronten aufzulockern und Sympathiepunkte zu erzielen. Statt dessen beklagten sich die in England einsitzenden IRA-Gefangenen über erhebliche Verschlechterungen ihrer Haftbedingungen. Ohne die Gefangenen, die das Gewissen der republikanischen Bewegung und einen Mikrokosmos der nordirischen Gesellschaft darstellen, kann es keinen Frieden in Nordirland geben.

Warnungen überhört

Im Juli 1995 ließ die IRA erstmals erkennen, daß sie sich auf eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes vorbereite. Als auf der traditionellen Anti-Internierungs-Kundgebung im August 1995 ein Teilnehmer nach der IRA rief, antwortete Gerry Adams vieldeutig, sie sei noch nicht verschwunden. In den folgenden Monaten verdichteten sich die Hinweise auf eine Mobilisierung des republikanischen militärischen Apparats. Der Sinn-Féin-Parteitag wurde verschoben, und eine Organisation mit dem Namen "Direct Action Against Drugs" (DAAD), hinter der die IRA steckte, erschoß einige sogenannte "Drogen-Barone". Der Verdacht lag nahe, daß die IRA rechtzeitig vor der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes ihre Autorität in den Gettos wiederherzustellen gedachte. Außerdem demonstrierten die Morde dem politischen und militärischen Gegner, daß die IRA in logistischer und militärischer Hinsicht unverändert intakt war.

Anfang Dezember 1995, am Vorabend der Clinton-Visite, einigten sich London und Dublin auf einen "zweigleisigen Ansatz": Aufnahme von All-Parteien-Gesprächen bis spätestens Ende Februar, während eine internationale Kommission unter Vorsitz des ehemaligen US-Senators George Mitchell den Auftrag erhielt, die Waffenfrage zu klären. Die anglo-irische Vereinbarung und der Besuch Clintons konnten ein Zusammenbrechen des Friedensprozesses gerade noch verhindern.

Am 23. Januar 1996 präsentierte Mitchell seinen Report der Öffentlichkeit. Die Kommission gelangt zu dem Ergebnis, daß eine Waffenabgabe durch die paramilitärischen Organisationen vor Beginn von All-Parteien-Gesprächen unrealistisch sei; deshalb sei es nicht sinnvoll, diese Forderung aufrechtzuerhalten. Um eine vollständige Entwaffnung der Paramilitärs wenigstens im Rahmen von Allparteien-Gesprächen zu erreichen, wurde London und Dublin vorgeschlagen, auf die Verfolgung von Straftaten, die im Zusammenhang

mit dem Konflikt stehen, zu verzichten und eine Amnestie zu veranlassen. Die paramilitärischen Organisationen wurden aufgefordert, ihre Bestrafungsaktionen gegen "antisoziale Elemente" in den von ihnen kontrollierten Gettos, das Sammeln von Informationen über potentielle Anschlagsziele sowie ihre "Scheinattacken" einzustellen.

Als John Major die Vorschläge der Mitchell-Kommission binnen weniger Stunden in den Papierkorb beförderte und statt dessen Wahlen zu einem nordirischen Parlament ankündigte (eine Idee, deren Urheber David Trimple, der rechte Führer der Ulster Unionist Party, war), kam das Faß zum Überlaufen. In der Waffenfrage hatte sich die Regierung von Anfang an extrem ignorant gezeigt, ignorant gegenüber der Geschichte des nordirischen Staates und den spezifischen Erfahrungen seiner katholischen/nationalistischen Minderheit. Selbst moderate SDLP-Politiker äußerten Verständnis für die Nichtbereitschaft der IRA, ihre Waffen bereits vor der Aufnahme von All-Parteien-Gesprächen abzugeben. Entscheidend sei allein, daß die Waffen schweigen würden. Und es fehlte auch nicht an Hinweisen auf die Friedensprozesse in Südafrika und dem Nahen Osten, wo die Waffenfrage kein Thema gewesen sei.

Die IRA hegte bereits seit längerer Zeit den Verdacht, London betreibe eine Hinhaltetaktik, die ihren militärisch Apparat zum völligen Erlahmen bringen sowie die republikanische Bewegung demoralisieren und spalten sollte. Londons Kalkül: Je länger der Frieden anhalten würde, desto schwieriger würde es für die IRA werden, im Falle eines Verrats erneut zu den Waffen zu greifen. Man hoffte auf einen Gewöhnungseffekt innerhalb der eigenen Community, die unvermeidliche Verrottung des militärischen Apparats der IRA und auf den Spaltpilz innerhalb der Bewegung. Und falls nur ein Teil der Bewegung die Rückkehr zum bewaffneten Kampf beschließen würde, hätte man keine Mühe, diesem eine endgültige militärische Niederlage beizubringen. Die Drohung mit einer Rückkehr zur militärischen Kampagne würde sich so von Monat zu Monat relativieren, bis sie als Druckmittel im politischen Dialog nicht mehr taugen würde. Eine ähnliche Strategie hatte London bereits in den 70ern verfolgt, damals fast mit Erfolg. Um so törichter war es anzunehmen, die IRA ließe sich auf ein derartiges Spiel noch einmal ein.

Die Wahlen zu einer nordirischen Versammlung hätten erst im Mai stattgefunden, die ursprünglich für Ende Februar zugesagten All-Parteien-Gespräche sich also um mindestens drei Monate verzögert; die Aktionsfähigkeit der IRA wäre weiter geschwächt worden, die Spannungen innerhalb der Organisation möglicherweise eskaliert. Hinzu kam die Abhängigkeit der Major-Regierung von den UUP-Stimmen im Unterhaus. Falls Major bis zum Ende durchhielte, würde sich bis Mitte 1997 überhaupt nichts tun. Und die Nordirlandpolitik von "New Labour" gab wenig Anlaß zu der Hoffnung, daß ein Regierungswechsel die Bedingungen für die Sinn-Féin-Unterhändler wesentlich verbessern würde. Im Unterhaus plapperte Tony Blair lediglich die Vorgaben der Regierung nach und schreckte dabei auch nicht davor zurück, dem provokativen Wahl-Plan seine Zustimmung zu erteilen. Labour trug damit zum Bruch des Waffenstillstands nicht unwesentlich bei.

Außerdem sollten mit den nordirischen Wahlen die unionistische Seite in den Verhandlungen gestärkt, Sinn Féin und die SDLP indes geschwächt werden. Denn es sollte ja um den Erwerb von "Verhandlungsmandaten" gehen. Bei der Gründung des nordirischen Staates wurden die Grenzen seinerzeit so gezogen, daß eine deutliche protestantische/unionistische Mehrheit garantiert war. Trotz gewisser demographischer Veränderungen ist es bis heute keine Frage, welches Lager bei nordirischen Wahlen die Mehrheit der zu vergebenden Mandate erhält. Wahlen sind lediglich bezüglich des Kräfteverhältnisses innerhalb der protestantischen bzw. katholischen Community relevant. Der Vorschlag von Major und Trimple drohte deshalb die Widersprüche zwischen der SDLP und Sinn Féin bzw. innerhalb der "pan-nationalistischen Front" zu verschärfen.

Auch bei der PUP und UDP (Ulster Democratic Party, politischer Flügel der paramilitärischen Ulster Defence Association/UDA) verursachte der Trimple/Major-Vorschlag gewisse Kopfschmerzen, denn im Gegensatz zu Sinn Féin konnten beide Formationen nicht auf Mandate spekulieren. UDP und PUP wären somit vom Verhandlungsprozeß ausgeschlossen gewesen.

Spaltung der

republikanischen Bewegung?

Die britische Politik im Vorfeld und nach der Verkündung des IRA-Waffenstillstands war von einem großen Mißverständnis geprägt. Offensichtlich interpretierte London den Waffenstillstand als ein Zeichen der Schwäche. Die IRA sah dies jedoch völlig anders. Für sie war der Waffenstillstand eine extrem generöse Geste, die von London bis heute nicht adäquat beantwortet wurde.

Die Tatsache, daß die Sinn-Féin-Führung von der Suspendierung der Waffenruhe nicht vorab informiert war, verführt zu Spekulationen über Spaltungstendenzen. Vermutlich sind diese jedoch wesentlich undramatischer als vielfach angenommen. Die Sinn-Féin-Führung ging wohl davon aus, daß die IRA sich und ihr bis Ende Februar Zeit lassen würde. Daß sie dies nicht tat, liegt in der Logik der Organisation und ihres "bewaffneten Kampfes". Der Überraschungseffekt wäre dahin gewesen. Die perfekte Geheimhaltungspolitik, die selbst den britischen Geheimdienst überrumpelte, bestätigt lediglich, daß London es mit einem äußerst professionellen Gegner zu tun hat. Die Rückkehr zum "bewaffneten Kampf" ließ sich schlecht auf einer gemeinsamen Vorstandssitzung von Sinn Féin und IRA beschließen.

Gerry Adams und Martin McGuinness haben in den letzten Jahren immer wieder betont, daß ihnen die Einheit der Bewegung über alles gehe. Die republikanische Bewegung erlebte in ihrer Geschichte immer wieder Spaltungen, die ihre politische wie militärische Kraft schwächten. Deshalb dauerte es auch so lange, bis die beiden republikanischen Strategen einen IRA-Waffenstillstand präsentieren konnten. Reibungsverluste durch Abspaltungen sollten unter allen Umständen vermieden werden. Schließlich votierte der Armeerat mit 5:2 Stimmen für den Waffenstillstand. Bei den "Volunteers" äußerte sich ca. ein Drittel ablehnend, beugte sich aber dem Beschluß. Ein permanenter Waffenstillstand wäre allerdings nicht durchsetzbar gewesen. Ohnehin kann ein solcher nur von der "Army Convention" beschlossen werden, einer Delegiertenversammlung der IRA-Volunteers. Daß die Einheit der republikanischen Bewegung die britische Politik während der 17monatigen Waffenruhe überstand, war ein politisches Meisterstück der Sinn-Féin-Führer. Bei den Gesprächen mit Regierungsvertretern wurde stets dafür gesorgt, daß auch solche Personen mit am Tisch saßen, die allerhöchste Glaubwürdigkeit innerhalb der IRA besaßen. Dies waren insbesondere Martin McGuinness als ehemaliger Stabschef der IRA und Gerry Kelly, ein ehemaliger IRA-Gefangener, der eine führende Rolle bei den IRA-Bombenkampagnen auf dem Kontinent gespielt hatte.

Gerry Adams und Martin McGuinness mögen sich etwas mehr Zeit für ihre Strategie erhofft haben. Aber beide demonstrierten nach dem Anschlag großes Verständnis für die IRA-Entscheidung. Aber auch die IRA ließ sich eine Hintertür offen. In ihrer Erklärung lobte sie ausdrücklich die Bemühungen der politischen Führer des republikanischen und nationalistischen Irlands und betonte die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung. Der Tenor der Erklärung entsprach exakt der Doppelstrategie von bewaffneten Aktionen und politischem Kampf und ließ keine tiefgreifenden Differenzen zu Sinn Féin erkennen. Dies bestätigte auch ein nur wenige Tage später veröffentlichtes Interview mit einem hochrangigen und vom Generalstab autorisierten IRA-Offizier in der Sinn-Féin-Zeitung "An Phoblacht". Erneut wurde betont, daß ein Dialog der richtige Weg sei und die IRA eine Verhandlungslösung unter Einschluß aller Konfliktparteien anstrebe.

Nach der Bombe von London

Die Bombe von London war ein monumentaler Warnschuß, dem die schrittweise Eskalation folgen kann, bis man wieder auf dem alten Niveau der militärischen Auseinandersetzung angelangt ist. Zwischenzeitlich hat die britische Regierung die Möglichkeit, ihre Nordirlandpolitik zu korrigieren. London wurde wohl nicht nur deshalb gewählt, weil sich Bomben in der Hauptstadt als besonders effektiv erwiesen haben. "Eine Bombe in London bewirkt mehr als hundert Bomben in Belfast", weiß man in Nordirland. Möglicherweise hat die IRA auch ein Interesse daran, das nordirische Kriegsgebiet so lange wie möglich zu verschonen. Eine Rückkehr auf das alte Niveau der militärischen Auseinandersetzung wurde jedenfalls bislang vermieden. Auch London hält sich alle Optionen offen. Zwar trägt die nordirische Polizei wieder Panzerwesten und wird auf ihren Patrouillen in Kasernennähe sporadisch von Soldaten begleitet, aber die alte, massive Präsenz ist noch nicht wiederhergestellt.

Der Kontakt zwischen London und Sinn Féin riß ohnehin nur kurzfristig ab. Am 26. Februar kam es erstmals wieder zu offiziellen Gesprächen zwischen der republikanischen Partei und dem Nordirlandministerium. Nur einen Tag später konferierte die SDLP-Spitze mit John Major in London. John Hume zeigte sich anschließend optimistisch. Zwischenzeitlich hatte die IRA signalisiert, daß eine Rückkehr zur Waffenruhe denkbar wäre. Am 28. Februar einigten sich London und Dublin auf einen Zeitplan für All-Parteien-Gespräche.

Realistisch betrachtet kann die Waffenruhe dauerhaft nur wieder hergestellt werden, wenn die britische Regierung zu praktischen Schritten bereit ist. Mit der vagen Versprechung, sich "generös" zu zeigen, wird sich die IRA wohl kaum ein zweites Mal abspeisen lassen. Soll Gerry Adams sich noch einmal zur IRA begeben, wird London ihm wohl etwas Handfesteres mit auf den Weg geben müssen. London muß sich also etwas einfallen lassen. Daß das nicht viel sein wird, wissen Adams und McGuinness.

Die Drohung, außerhalb ihrer eigenen Community erneut in die politische Isolation zu geraten, wird weder die IRA noch ihre politische und soziale Basis sonderlich schrecken. Es ist ein Zustand, den die republikanische Community bestens kennt.

Die Befürworter der "alternativen Strategie" befinden sich in einem Dilemma. Ob auf militärischem und/oder politischem Wege: Zumindest mittelfristig sind lediglich gewisse Erleichterungen zu erreichen. Bestenfalls sind Weichenstellungen für die Zukunft möglich. Die eingeschränkte Wirkung der "alternativen Strategie" ist weniger subjektiven Fehlern ihrer Architekten geschuldet als den objektiven Gegebenheiten. Gleiches gilt auch für die Kampagne der IRA. Wenn man will, daß die bewaffnete Auseinandersetzung in Nordirland ein Ende hat, weil sie politisch nicht weiter bringt und moralisch nur schwer zu legitimieren ist, dann gibt es keine Alternative zur "alternativen Strategie". Das allerdings bedeutet nicht, daß diese nicht verbesserungswürdig wäre. Ihre demokratischen Defizite sind allzu offensichtlich.

Die USA entfalten in Sachen Nordirland bei weitem nicht den gleichen Druck wie seinerzeit beim Friedensprozeß im Nahen Osten oder im Falle Südafrikas. Nordirland besitzt weder die strategische Bedeutung Israels und seiner Nachbarn noch die ökonomisch-strategische Südafrikas. Auch ist es völlig unwahrscheinlich, daß London und der nordirischen Ökonomie im Falle eines weiteren Verschleppens des Friedensprozesses Sanktionen jener Art drohen würden, die im Falle Südafrikas ganz wesentlich zum Wandel beitrugen.

Hinzu kommt die Minderheitssituation, die auch in propagandistischer Hinsicht ein Problem darstellt. In dieser Beziehung hat die Teilung der irischen Insel durchaus funktioniert. Sie hat nicht nur die protestantische/unionistische Vorherrschaft im Norden gesichert, sondern zudem die nationalistischen Kräfte gleich mehrfach gespalten und voneinander isoliert. Im Gegensatz zum ANC können die nordirischen Republikaner, ja nicht einmal Sinn Féin und die SDLP gemeinsam, nicht beanspruchen, den Mehrheitswillen zu repräsentieren. Wohl aber die Unionisten, wenngleich deren Mehrheit "künstlich" ist. Die Unionisten reden viel von Demokratie, aber ihr Verständnis von Demokratie reduziert sich letztendlich darauf, daß die Mehrheit das Sagen hat und die Minderheit sich ihr gefälligst beugen muß. Das Fatale ist, daß sie hierin von der britischen Regierung immer noch bestätigt werden.

Dietrich Schulze-Marmeling

Dokumentation

Fuck the IRA

Ein bißchen größenwahnsinnig sind sie schon, die Damen und Herren Nationalisten aus Nordirland: Zuerst zünden sie eine halbe Tonne Sprengstoff im Herzen Londons, und als ihnen dann der britische Premier Major in einem Anflug von Fair play allgemeine Wahlen in Ulster anbietet, werden sie auch noch pampig und lehnen ab. Um die Dimensionen klarzumachen, sei der Vorgang auf die BRD übertragen: Nehmen wir mal an, eine hiesige Regionalpartei - etwa die PDS - betriebe die Abspaltung der unterjochten Provinzen von der Zentralgewalt nicht nur mit linker Phraseologie, sondern auch mit Dynamit und TNT. Ob dann wohl Kohl am nächsten Tag Gysi vorgezogene Neuwahlen in den neuen Bundesländern offerierte? Eher würde das Liebknecht-Haus von der GSG9 gestürmt und die PDS als "kriminelle Vereinigung" aufgelöst - schon bald dürften die Terroristen der Marquardt-Wagenknecht-Bande im 7. Stock in Stammheim auf ihren Selbstmord warten.

Dabei ist der Vergleich eher noch schmeichelhaft für Sinn Féin. Nicht nur, daß ihr Wähleranteil in dem fraglichen Territorium deutlich unter dem der PDS liegt. Viel wichtiger ist: Eine theoretisch angenommene Sezession Ostdeutschlands von der BRD wäre ein progressiver Schritt, die von IRA/Sinn Féin programmatisch anvisierte Sezession Ulsters von Großbritannien zutiefst reaktionär. Im einen Fall würde eine Wiedervereinigung unter völkischem Vorzeichen aufgehoben, im anderen Fall herbeigeführt. Der einzige

Vorwand, um eine Gemeinsamkeit zwischen den Menschen in Beifast und in Dublin herzustellen, ist - wenn nicht das Blut - der gemeinsame Glaube, der Katholizismus. Aber will sich eine linke Kraft, wie es Sinn Féin zu sein vorgibt, im Ernst auf dieses Kriterium beziehen? Müßte sie nicht vielmehr die Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich gegen die irischen Volkstümler verteidigen, da dort der Organisationsgrad der Arbeiterklasse höher, die Emanzipation der Frau fortgeschrittener ist? Ist ein Land, das den Minirock, Beat und Punk erfunden hat, nicht in jedem Fall einer Kolonie des Papstes vorzuziehen?

Halt, ruft gebieterisch der Exeget der Klassiker: Schon Marx habe seinen ursprünglichen Standpunkt, daß die Revolution in England die irische Frage lösen werde, schließlich ersetzt durch das Gegenteil - daß die Befreiung Irlands die unabdingbare Voraussetzung der englischen proletarischen Revolution sei. Doch die Marxologen negieren, daß diese Analyse in der Epoche zwischen Feudalismus und Kapitalismus ihre Richtigkeit gehabt haben mag. Im Übergang zwischen Kapitalismus und Imperialismus stellt sich die Sache anders dar: Spätestens 1916, als die aufständischen Iren sich ihre Waffen von Tirpitz' U-Booten liefern ließen, wurde aus einer antiimperialistischen Kraft ein Alliierter der deutschen Geopolitik. Dies gilt bis heute: Eine Schwächung Großbritanniens durch nationale Sezessionismen paralysiert den wichtigsten Gegenpol zu einem germanisierten Kerneuropa - ohne daß sich für die Arbeiterklasse irgendetwas bessert.

Jürgen Elsässer

Junge Welt, 14.2.96

Auf diesen Kommentar von Jürgen Elsässer, seines Zeichens Leitartikler der "Jungen Welt" und bekannter Polemiker, bezieht sich die obenstehende Einlassung unseres Autors.

Einige Abkürzungen

PUP: Progressive Unionist Party

SDLP: Social Democratic

and Labour Party

UDA: Ulster Defense Association

UDP: Ulster Democratic Party

UVF: Ulster Volunteer Force

UUP: Ulster Unionist Party

Der platte Elsässer soll es sein!

Ein bißchen platt war unser Jürgen Elsässer ja schon immer, aber zugleich auch häufig höchst amüsant. Nie werde ich seinen wunderbaren Auftritt anläßlich der Sinn-Féin-Rundreise 1986 vergessen, als Jürgen in Stuttgart einem baß erstaunten Publikum erklärte, die republikanische Doppelstrategie von Wahlurne und Gewehr sei ein Modell für die hiesige Linke! Mittlerweile ist Jürgen unter die Freimaurer gegangen und wettert gegen die dunklen verschwörerischen Mächte des internationalen Katholizismus. Im Gegensatz zu Ian Paisley sieht er sie allerdings nicht mit dem Kommunismus, sondern mit dem deutschen Imperialismus verbunden.

Nehmen wir es mit Humor: Jürgen hat einfach überhaupt keine Ahnung. Nordirland ist für ihn Ulster, ein nordirisches Regionalparlament eine großzügige Offerte an die Nationalisten. Die Republik Irland, die in den letzten Jahren einen massiveren Modernisierungsschub erfahren hat als irgendein anderes westeuropäisches Land, ist eine Kolonie des Papstes, vom religiös-sektiererischen Charakter des britischen Systems hat er indes noch nie etwas gehört.

England hat den Minirock, Beat und Punk erfunden. Kulturbanause Jürgen vergißt leider glatt, auch noch den Fußball zu erwähnen. (Solche Leute waren mir schon immer suspekt.) Nur haben sich viele nordirische Protestanten für derartige Phänomene leider nie erwärmen können. Genauso wenig wie für die Liberalisierung der Abtreibung oder der Homosexualität. Als bei der Fußball-WM 1994 im Team der Republik Irland farbige Spieler auftauchten, was ja nun nicht gerade für ein völkisches Nationalismusverständnis spricht, bemerkte ein führender unionistischer Politiker, er könne sich mit dieser Mannschaft nicht identifizieren - wg. der "Nigger". Viele Katholiken in der Republik Irland und in Nordirland sind heute liberaler und moderner, pro-europäischer

und pro-internationalistischer als die nordirischen Protestanten/Unionisten, die in Wahrheit nämlich nicht nur höchst provinziell denken, sondern ebenfalls sezessionistisch. Der sezessionistische Teil ihres Selbstverständnisses garantierte, daß sie von progressiveren Entwicklungen auf der britischen Insel unberührt blieben. Und loyal sind sie nur gegenüber sich selbst.

"Spätestens 1916, als die aufständischen Iren ihre Waffen von Tirpitz' U-Booten liefern ließen, wurde aus einer antiimperialistischen Kraft ein Alliierter der deutschen Geopolitik. Dies gilt bis heute", schreibt Jürgen in maßloser Überschätzung wie Unkenntnis eines Vorgangs, der bislang eher in der Form von Randbemerkungen behandelt wurde. Die heutige republikanische Bewegung hält es bereits seit Jahren mehr mit dem US-Imperialismus, was Jürgen eigentlich gefallen müßte. Schließlich sind die USA ein unverzichtbarer Bündnispartner im Kampf gegen die "Germanisierung Kerneuropas". Helmut Kohl hat Gerry Adams noch nie getroffen.

Geschichte, zumal wenn es dabei um irische/nordirische geht, ist zuweilen eine furchtbar komplizierte Angelegenheit. Unser Jürgen möge sich aber damit bitte nicht weiter aufhalten. Denn wir alle wollen nur den platten Elsässer, weil nur ein platter Elsässer ein echter Elsässer ist.

Dietrich Schulze-Marmeling

18. Mexiko: EZLN und Regierung unterzeichnen erstes Abkommen

Autor: Jörn Boewe, Berlin · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:36

Mit den ersten substantiellen Übereinkünften zwischen Zapatistischer Nationaler Befreiungsarmee (EZLN) und mexikanischer Föderationsregierung, die am 16. Februar unterzeichnet wurden, hat die autonome Indígenabewegung Mexikos neuen Auftrieb bekommen.

Seit Mitte Januar lagen die vorläufigen Ergebnisse der ersten von sechs Verhandlungsetappen zwischen Guerilla und Regierung zur Abstimmung und Ratifizierung vor: die Übereinkünfte über die Rechte und Kultur der Indígenas. Daß dieses Thema als erstes verhandelt wurde, zeigt die Sprengkraft, die ihm beide Seiten zumessen. Die Rechte der indianischen Bevölkerung Mexikos waren für die EZLN von Anfang an ein zentraler Punkt ihres Kampfes. Dies ist nicht verwunderlich, besteht doch die mehrere zehntausend bewaffnete Männer und Frauen umfassende Bewegung fast ausschließlich aus Angehörigen der indianischen Gemeinschaften des chiapanekischen Hochlandes und des Lakandonischen Dschungelgebietes an der Grenze zu Guatemala. Das Abkommen greift die zentrale Forderung der unabhängigen Indígenabewegung Mexikos auf: Autonomie.

Es gibt kein zweites Land auf dem amerikanischen Kontinent, in dem eine so große indianische Bevölkerungsgruppe lebt wie in Mexiko: 13 Millionen indígenas oder nativos americanos, eingeborene Amerikaner, das sind 15% der Gesamtbevölkerung des Landes, die sich auf eine schwer überschaubare Vielzahl größerer und kleinerer Ethnien verteilen. Im dichtbesiedelten Süd- und Zentralmexiko, wo der bei weitem größte Teil der indianischen Bevölkerung lebt, hat sich deren soziale Organisation - die Dorfgemeinschaft - mit all ihren kulturellen und politischen Eigenarten erhalten. Kollektiver Besitz an Grund und Boden, Entscheidungsfindung durch die Dorfversammlung und ein eigenes, ungeschriebenes System der Rechtsprechung gehören zu den wichtigsten Kennzeichen dieser Gemeinden.

Die offizielle "Indianerpolitik", wie sie seit den 30er Jahren betrieben wird, zielte zwar vordergründig auf die Verbesserung der sozialen Bedingungen der indianischen Campesinos, letztlich aber auf ihre völlige kulturelle Assimilierung in die - grundsätzlich mestizisch verstandene - mexikanische Nation. Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß dieses mestizische Selbstverständnis ein großer Fortschritt gegenüber dem kreolischen Dünkel der vorrevolutionären Eliten war und sich in gewisser Weise bis heute positiv von anderen lateinamerikanischen Ländern abhebt.

Die Ideologie der mestizaje, entwickelt in den dreißiger Jahren von José Vasconcelos in seinem Buch La Raza Cosmica, sieht im "Indianischen" durchaus einen positiven kulturellen Wert - und bricht insofern mit den Herrschaftsideologien kolonialer Tradition. Weigert sich "der Indio" jedoch, seiner geschichtlichen Bestimmung, der Verschmelzung mit "dem Europäer" bzw. "Kreolen", zu folgen, um in dieser Synthese eine neue, höherwertige Kultur zu schaffen, wird er zum Hindernis für den geschichtlichen Fortschritt. Im Kern ist diese Doktrin bis heute ein zentraler Teil des herrschenden Gesellschaftsverständnisses in Mexiko, wenn auch die Rassentheorie Vasconcelos' durch eine eher kulturanthropologische Argumentation ersetzt wurde. Die Politik der Regierung gegenüber den Indígenas, der sogenannte Indígenismo, ist natürlich seither stark modifiziert worden, und spätestens seit Ende der Sechziger Jahre kann man ihr nicht mehr unterstellen, daß sie es einzig auf die schnellstmögliche Akulturation der Indígenas anlegen würde. Faktisch wurden eine Menge Anstrengungen unternommen, z.B. die Pflege indigener Sprachen und Kultur zu fördern. Das hat an der strategischen Ausrichtung des Indígenismo jedoch nichts geändert: Er ist grundsätzlich eine Politik mestizischer Eliten zur Integration "des Indios" in das kapitalistische Modernisierungsprojekt. Mag man "den Indio" mit den wohlwollendsten Förderprogrammen bedenken - letztlich wird er nicht gefragt, ob er sich denn überhaupt integrieren lassen will. Er bleibt Objekt der Politik.

Erst vor dem Hintergrund dieser Strategie wird verständlich, warum die Hauptachse des indigenen Widerstandes in Mexiko die Forderung nach Autonomie ist. Ich hatte seit 1994 mehrfach Gelegenheit, mit Verfechtern der indianischen Autonomie zu sprechen und verschiedene autonome oder für ihre Autonomie kämpfende Gemeinschaften zu besuchen - in verschiedenen Regionen Mexikos und in verschiedenen Phasen der Entwicklung des Konflikts. Es war offensichtlich, daß unter "Autonomie" die unterschiedlichsten Sachen verstanden werden, daß die praktizierte Autonomie nicht automatisch jene demokratische und revolutionäre

Angelegenheit war, die die mexikanische Linke gern darin sehen würde und daß das Wort von allzu vielen Leuten wie eine Beschwörungsformel, als Ersatz für ihre abhanden gekommene sozialistische Ideologie, gebraucht wurde.

Die Bewegung zur Bildung autonomer Indígena-Regionen und Gemeinden hatte ihren Höhepunkt in Chiapas im Herbst/Winter 1994. Damals war die Idee der Autonomie zumindest in der Rhetorik der wichtigsten Campesino- und Indígena-Organisationen mit einem Programm regionaler "Volksmacht" verbunden. Mitte Dezember '94 hatte sich etwa ein Drittel aller Gemeinden des Staates Chiapas für autonom erklärt, im wesentlichen in drei autonomen Regionen zusammengeschlossen und die "Übergangsregierung in Rebellion" ausgerufen. Die Regierung brauchte Polizei und Armee nicht einzusetzen, um die Abtrünnigen wieder zu disziplinieren: es stellte sich schnell heraus, daß ein großer Teil der Regionen auf staatliche Ressourcen angewiesen war und keinesfalls autark überleben konnte. Der größte Teil der Gemeinden schien darüber hinaus die Autonomieerklärung eher als politisches Druckmittel zu verstehen, um an ökonomische Zuwendungen der offiziellen Regierung heranzukommen und war von Anfang an bereit, über die Sache zu verhandeln. So verschwanden die meisten "freien Municipios" genauso schnell wie sie zustandegekommen waren.

Autonomie als Wiedergeburt der Sitten und Gebräuche

Ein Teil der indianischen dirigentes interpretierte die Idee der Autonomie vor allem institutionell: mit Forderungen nach festen Indígena-Quoten in Parlamenten und Verwaltung entsprechend dem ethnischen Proporz ihrer Regionen. Ein anderer wichtiger Aspekt war und ist die Forderung nach der Legalisierung der traditionellen Rechtsprechung und Gemeindeverwaltung, zusammengefaßt unter dem Begriff der usos y costumbres, Gebräuche und Sitten. Was die Gemeindeverwaltung betrifft, bedeutet dies normalerweise, daß die politischen Parteien aus der comunidad verbannt werden und die autoridades, der Gemeinderat, nicht mehr per Stimmzettel und Wahllisten, sondern offen durch Handheben (oder per Akklamation) in der asamblea general, Gemeindeversammlung gewählt werden. Ob dabei z.B. Frauen das aktive und passive Wahlrecht haben, ist wiederum eine Frage der usos y costumbres der jeweiligen Gemeinde. Die traditionellen indigenen Demokratieformen sind jedenfalls nicht a priori demokratischer oder gar libertärer als das westliche, liberale Demokratieverständnis.

Dies gilt um so mehr für das Rechtsverständnis. Vergehen einzelner gegen die Gemeinschaft werden von den autoridades, mitunter auch in allgemeiner Versammlung, entsprechend den usos y costumbres bestraft. Das kann zum Teil recht repressive Formen annehmen. In Nicolas Ruiz, einer autonomen Gemeinde in Zentralchiapas, die sich als zapatistisch versteht, aber außerhalb des EZLN-Gebietes liegt (und nicht zur zapatistischen Organisation gehört), erklärte mir der Bürgermeister freimütig, daß Leute, die z.B. wiederholt Diebstähle begingen, aus der Gemeinde vertrieben würden, um die Kriminalitätsrate niedrig zu halten. Wirklich überrascht war ich jedoch, als ich vier junge Männer sah, die mit Stricken an die Pfeiler vor dem Rathaus gefesselt waren. Die Jungs hatten sich beim Marihuanarauchen erwischen lassen. Sie waren offensichtlich noch bekifft und schienen es daher ganz gelassen zu nehmen.

Ein anderer zentraler Punkt in der Forderung nach Autonomie ist das Recht, über die territorialen Grenzen der Gemeinde bzw. Region und die Verwertung der natürlichen Ressourcen eigenständig entscheiden zu können. Was sich so schön anhört, führt in der Praxis oft zu einem rücksichtslosen Abholzen der Wälder, weil sich Bau- und Brennholz gut verkaufen lassen. Diese Beispiele sollen lediglich zeigen, daß die Sache mit der Autonomie nicht ganz unproblematisch ist, sondern einiges an Konfliktpotential in sich birgt. Zweifellos ist sie aber eine Vorbedingung für jede weitergehende emanzipatorische Politik der Campesino- und Indígenabewegung in Mexiko.

Inhalt der Vereinbarung

Was sagen nun die Übereinkünfte von San Andres darüber aus? Das Dokument von San Andres ist die Antwort auf einen Teil der zapatistischen Forderungen, nämlich jener, die mit den Rechten und der Kultur der Indígenas verbunden sind. Das heißt gleichzeitig, daß dieses Dokument weit davon entfernt ist, sämtliche von der EZLN aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Dies wird von den Zapatisten selbst immer wieder betont. Zu den wichtigsten vereinbarten Punkten gehören:

a) Die Anerkennung der Indígena-Völker und ihres Rechtes auf freie Selbstbestimmung im Rahmen der Verfassung.

b) Die Ausweitung ihrer politischen Beteiligung und Repräsentation und die Anerkennung ihrer ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte als "kollektive Rechte".

c) Die Anerkennung ihrer normativen Systeme (usos y costumbres).

d) Förderung von Bildungsmöglichkeiten unter Einbeziehung ihres traditionellen Wissens.

e) Ökonomische Förderung der Gemeinschaften, besondere Schutzmaßnahmen für Migranten.

Außerdem enthält das Dokument einen besonderen Abschnitt mit Vereinbarungen zur Situation in Chiapas.

Bei der Lektüre des Textes kann man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß die Formulierungen absichtlich so allgemein gehalten sind, daß sie zumindest Interpretationen nach verschiedenen Seiten zulassen. Einige wirklich essentielle Punkte, allen voran die Landfrage ("Artikel 27" der Verfassung) wurden vorläufig ausgeklammert. Die EZLN hat allerdings erklärt, daß das Problem der Agrarreform und der Landgarantien für die Campesinogemeinden für sie ein zentraler Punkt bleibt.

Unabhängig davon, inwieweit die Vereinbarungen erfüllt werden, hat die EZLN einige Teilerfolge erreicht: Die Indígenabewegung des Landes wurde gestärkt und hat sich auf nationaler Ebene reorganisiert (Foro Nacional Indígena). Durch die breite Einbeziehung von Beratern und Vertretern verschiedenster Indígenagruppen aus dem ganzen Land hat die EZLN gezeigt, daß sie die Kapazität hat, im nationalen Rahmen (und nicht nur in Chiapas) politisch zu agieren und daß sie sich sehr bemüht, keine Stellvertreterpolitik zu betreiben. In einem Klima der Rechtsentwicklung der Mittelklassen wurde die Legitimität der indigenen Forderungen bekräftigt. Es ist heute in Mexiko unbestritten, daß die Situation der Indígenas eines der zentralen Themen der Nation ist.

Dies mag bescheiden erscheinen im Vergleich zu dem rasanten Tempo, mit dem sich der zapatistische Aufstand Anfang 1994 - scheinbar - entfaltete. Immerhin haben die Zapatistas den Dialog nutzen können, um die Mobilisierung und unabhängige Organisierung der Indígenas und anderer Sektoren der Zivilgesellschaft zu befördern, und sie haben stets betont, daß dies die strategische Achse ihres Kampfes ist. Sie haben den Dialog nicht benutzt, um die Volksbewegungen zu entmobilisieren und den Konflikt auf die Institutionen zu verlagern. Das sollten jene bedenken, die vorschnell Vergleiche zu anderen Dialogprozessen zwischen bewaffneten Bewegungen und Regierungen in Zentralamerika ziehen wollen.

Jörn Boewe, Berlin, 1.3.1996

19. Erstes Vorbereitungstreffen für Zapatisten-Konferenz in Europa

Autor: Stefan Armborst · Rubrik: Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:33

Am 24./25. Februar trafen sich in Lugano circa 25 VertreterInnen europäischer Mexiko-Solidaritätsgruppen, um über Ort, Zeit und Charakter der von den ZapatistInnen im Januar vorgeschlagenen europäischen Vorbereitungsversammlung zum "Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" zu beratschlagen. Dieses Treffen, das vom 27. Juli bis zum 3. August in Chiapas stattfinden wird, richtet sich an "alle, die sich bemühen, dem weltweiten Verbrechen namens ‚Neoliberalismus` zu widerstehen". Auch für den amerikanischen, asiatischen, afrikanischen und ozeanischen Kontinent wurden für den April diesen Jahres ähnliche Treffen vorgeschlagen.

Subcomandante Marcos begründet den Vorschlag, Berlin als Ort des europäischen Treffens zu wählen, so: "Auf der Lüge unserer Niederlage hat die Macht den Fall der Berliner Mauer als Symbol ihrer Allmächtigkeit und Ewigkeit gewählt. Auf den Trümmern der Berliner Mauer hat die Macht eine noch größere Mauer errichtet, die Mauer der Hoffnungslosigkeit."

Anwesend im schweizerischen Tessin waren Companeras/os aus Frankreich, Italien, Katalonien, Belgien, der BRD und der Schweiz. Von mehreren europäischen Komitees lagen schriftliche Stellungnahmen vor. Einige später dazugestoßene italienische GenossInnen beharrten auf die im Aufruf von La Realidad (Chiapas) genannte erste Aprilwoche als Zeitpunkt des europäischen Vorbereitungstreffens und schlugen als Alternative Mailand vor. Die Mehrheit der Anwesenden war jedoch nicht von dem zuvor gefaßten Beschluß abzubringen, dem Terminvorschlag der BerlinerInnen zu folgen und die Versammlung aus organisatorischen Gründen erst Ende Mai abzuhalten. Die über 40 italienischen Komitees werden nun in der Osterwoche ein erstes landesweites Treffen durchführen.

So wird das "Erste europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen die Barbarei des Neoliberalismus" - so ein erster Namensvorschlag für den deutschsprachigen Raum - vom 30. Mai bis zum 2. Juni in der ehemaligen Mauerstadt stattfinden. Ein weitgehender Konsens wurde auch darüber erzielt, daß es sich hierbei nicht nur um ein personell erweitertes Treffen der europäischen Mexiko-Solidaritätsgruppen handeln soll. Vielmehr sollen die europäischen Komitees breite Kreise von engagierten Einzelpersonen und Gruppen sowie VertreterInnen von schon bestehenden länderübergreifenden Netzen (z.B. im antirassistischen, ökologischen oder sozialpolitischen Bereich) nach Berlin einladen. In einigen Gruppen (z.B. in Frankreich, Italien und in der Schweiz) existieren schon erste Ansätze und laufen erste Vorbereitungen.

Das Treffen soll für Menschen aus ganz Europa (und insbesondere auch Osteuropa) Raum bieten für eine gemeinsame Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik, für einen Austausch von Erfahrungen sowie für erste Verständigungen über neue Formen der koordinierten politischen Aktion. Dabei sollen die zapatistischen Forderungen nach Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde sowie ihre Vorschläge für ein anderes Politikverständnis aufgegriffen und in der europäischen Wirklichkeit konkretisiert werden - über den bürgerlich-kapitalistischen, d.h. auch patriarchalen und naturzerstörerischen Rahmen hinaus und gegen den "Neoliberalismus" als Ideologie und hegemoniales Projekt des transnationalen Kapitalismus. Dies könnte ein erster "internationalistischer" Beitrag zu einer neuen außerparlamentarischen Opposition in Europa sein.

Mexiko-Soli auf neuen Wegen

Die Mexiko-Solidaritätsgruppen aus jedem Land werden mit einem je eigenen Text zum Berliner Treffen aufrufen und darüberhinaus einen Bericht über die Lage in ihrem Land mitbringen. Eine gemeinsame Erklärung wird wichtige Ergebnisse der an verschiedenen Politikbereichen orientierten Diskussionsforen zusammenfassen, in denen Menschen aus möglichst verschiedenen Ländern zusammenkommen.

Die erneute Aufforderung der ZapatistInnen, sich über Möglichkeiten emanzipatorischer Politik in der eigenen Lebenswirklichkeit zu verständigen, zwingt dazu, Prozesse abzukürzen, zu denen ansonsten vielleicht noch Jahre gebraucht würden. Auch in den landesweiten Zusammenhängen der Mexiko-Gruppen haben die notwendigen Debatten darüber gerade erst begonnen. Das Treffen europaweit vorzubereiten und

durchzuführen, wäre ein erster Schritt, über (individuellen) Revolutionstourismus, Delegationsreisen und Informationsveranstaltungen hinaus neue Formen der Solidarität ins Auge zu fassen, die auch die ZapatistInnen von uns erwarten.

Wie Begriffe neu besetzen, die das neoliberale Projekt am angeblichen "Ende der Geschichte" wie selbstverständlich für seine Zwecke ursurpiert? Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen Freiräume erobern für eine "Vor-Revolution" (EZLN), um andere Formen der Vergesellschaftung und politischen Organisation erst wieder denkbar zu machen? Wie auf die vielfältigen Krisenprozesse eingehen, die sich gegenseitig verschränken? Und wie bei allen sozialen Forderungen - auch bei der Verteidigung sozialstaatlicher Versorgung - die herrschende Weltordnung nicht außer acht lassen? Wie neue Formen der Demokratie sowie der kulturellen und sozialen Autonomie auch hier erfinden und leben? Wie das dominante Charaktermodell post-fordistischer Vergesellschaftung angreifen? Wie angesichts von Wohlstandschauvinismus und (alltäglich tödlicher) Abgrenzung gegenüber den vermeintlich "Fremden" der Zivilisationskrise auch mit neuen Ideen von Emanzipation begegnen?

Stefan Armborst

Kontakt zur Vorbereitungsgruppe in Berlin: Mexiko Gruppe im FDCL / Solidaridad Directa, Gneisenaustr. 2a; Tel.: 030/6 92 65 29, Fax: 6 92 65 90

Die Vierte Lakandonische Erklärung des lakandonischen Urwalds vom 1. Januar sowie die "Erste Erklärung von La Realidad" finden sich in Nr. 19 des regelmäßig erscheinenden Rundbriefes "Land und Freiheit", zu bestellen bei Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg, Tel: 040/721 35 36. Darin finden sich auch aktuelle Informationen zum Stand der Vorbereitungen des Berliner Treffens sowie zur aktuellen Lage in Mexiko.

20. Kuba setzt schrittweisen Reformprozeß fort. Negative Auswüchse sollen zurückgedrängt werden

Autor: kuk · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:15

Am 26. und 27.12. tagte das Kubanische Parlament, die Assembla Nacional (Nationalversammlung). Fidel Castro erläuterte die politischen Leitlinien für das Jahr 1996. Auf der einen Seite soll der Reformprozeß, der durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente zu gesellschaftlichen Widersprüchen, wie z.B. der Herausbildung von Armen und Reichen, geführt hat, fortgesetzt werden, um die wirtschaftliche Entwicklung auf eine solide und an Effizienzkriterien orientierte Grundlage zu stellen. Andererseits sollen die negativen Wirkungen der Reformen durch politische Maßnahmen reguliert werden.

Castro betonte, daß eine gegenüber 1995 deutlich verbesserte Zuckerernte (+ 30%, mindestens 4,5 Mio. t) Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung sei: "Die Revolution riskiert alles. Wenn die Ernte ein Mißerfolg wird, kann alles den Bach heruntergehen." In sämtlichen Wirtschaftssektoren müßten Wachstumsraten erzielt werden. Dazu müßten Effizienz und Kontrollen gesteigert, "schlecht ausgeführtes" dürfe nicht geduldet werden.

Die Einkommen sollen künftig einer progressiven Besteuerung unterliegen, um zweierlei zu erreichen: zum einen werden die Staatseinnahmen gesteigert, um die sozialen Ausgaben zu finanzieren, zum anderen soll die Ausweitung der neuen nationalen Bourgeoisie bekämpft werden, die durch die ökonomische Öffnung entstanden ist. Castro erwartet, daß das neue Jahr noch größere wirtschaftliche Herausforderungen, noch mehr Widersprüche und eine Verstärkung der Ungleichgewichte mit sich bringen wird. "Wir müssen uns auf eine neue soziale Klasse einstellen, und je mehr Macht und Einfluß sie gewinnt, desto größer ist der Rückschlag für die Revolution." Progressive Steuern würden der Bereicherung der auf eigene Rechnung Arbeitenden Grenzen setzen. (1)

Im Haushaltsplan für 1996, der der Nationalversammlung vorlag, sind 2,6%ige Steigerungen für die Posten Erziehung, Gesundheit und Soziale Sicherung vorgesehen. Etatkürzungen müssen das Militär, das Innenministerium und die zentralen Staatsbehörden hinnehmen. Die Subventionen für defizitäre Betriebe werden ebenfalls gekürzt. Die Abgeordneten stimmten Maßnahmen zu, mit denen das Haushaltsdefizit von 1 Mrd. Pesos (40 Mio. Dollar) auf 775 Mio. (31 Mio. Dollar) gesenkt werden soll. Die Geldumlaufmenge soll um 882 Mio. Pesos (35 Mio. Dollar) verringert werden. (El Pais, 28.12.1995) Die Politik einer maßvollen Pesoverknappung, die 1994 eingeleitet wurde, wird fortgesetzt. Bisher gibt es allerdings noch keine Anzeichen, daß in naher Zukunft mit einer frei konvertiblen Währung zu rechnen ist. Damit bleibt es zunächst bei der Zweiklassengesellschaft, in der die Konsumtionsmöglichkeiten von der Verfügung über Devisen bestimmt werden.

Glanz und Elend

der Dollarisierung

In ak 382 berichteten wir darüber, daß seit 1994 einem kleinen Teil von Arbeitern und Angestellten, die in wichtigen Wirtschaftsbereichen tätig sind, Prämien in Dollar bzw. in konvertiblen Pesos ausgezahlt werden. Davon erhoffte man sich eine spürbare Leistungsstimulierung. Beobachtungen zeigen, daß die von der Regierung erhoffte Wirkung einzutreten scheint: "Die Unión Electrica (die für die Stromversorgung verantwortlich ist; kuk) teilte mit, daß die bescheidenen Dollarprämien den Absentismus reduziert und die gesamte Belegschaft beflügelt haben. Das gleiche Ergebnis kann in anderen Wirtschaftszweigen (vor allem Tourismus, Öl, Bergbau, Landwirtschaft, Zuckeranbau und bei Hafenarbeitern) beobachtet werden, sofern die Regierung Dollars und andere Prämien anbietet." (Latin America Economy&Business, 8/1994) Zweifellos gibt es Unzufriedenheit bei denjenigen, denen derartige Anreize vorenthalten werden. Theoretisch kann jede/r den Arbeitsplatz wechseln, doch die Zahl der begehrten Jobs ist beschränkt. Um Kritik an der Bevorzugung einiger weniger vorzubeugen, weisen regierungsnahe KubanerInnen darauf hin, daß die Prämiengewährung zeitlich begrenzt sei und mit zunehmender Gesundung der Wirtschaft auch auf andere Bereiche ausgedehnt werde.

Es bedurfte keiner hellseherischen Fähigkeiten, um vorherzusagen, daß wirtschaftliche Öffnung und Dollarisierung Korruptionserscheinungen in der kubanischen Gesellschaft hervorrufen würden. Anläßlich der

Kommunalwahlen im vergangenen Jahr stellte Castro bedauernd fest: "Er könne sich an keinen einzigen Bestechungsfall in den 30 Jahren des Handels mit der Sowjetunion erinnern. Aber durch die Kontakte mit dem Kapitalismus träten solche Erscheinungen jetzt auf, die mit dem Geist der Revolution unvereinbar seien." (ND, 11.7.1995)

Das Problem der Korruption, das von ausländischen Investoren als eher gering eingeschätzt wird, tritt vor allem im Umfeld der kubanischen Unternehmen auf, die autonome Geschäftsbeziehungen mit dem Ausland unterhalten. Ihre Zahl ist von 50 im Jahr 1989 auf über 240 angestiegen. Es sind aber auch hochrangige Beamte der Ministerien für Zuckeranbau und für auswärtige Beziehungen der Bestechlichkeit beschuldigt und entlassen worden. (2) Der Direktor von Maquimport, Jovito de Saa, verantwortlich für den Einkauf von Maschinen und Zubehörteilen für die Zuckerindustrie, verlor ebenfalls seinen Posten. Carlos Lage erklärte auf einer Versammlung aller Außenhandel treibenden Firmen, daß die Maßnahmen zur Dezentralisierung nicht in geeigneter Weise umgesetzt würden. Er kündigte schärfere Maßnahmen gegen Mißbrauch an. KubanerInnen, die im Außenhandel beschäftigt sind, dürfen nun keine Geschenke von Geschäftspartnern mehr entgegennehmen und müssen Geschäftsessen bei der Direktion anmelden. (El Pais, 14.8.1995)

Kuba-EU

Nachdem Spanien Anfang 1995 die Präsidentschaft der EU übernommen hatte, versuchte dessen Außenminister Javier Solana, ein Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Kuba auf den Weg zu bringen. Derartige Vereinbarungen bestehen bereits mit allen anderen Ländern Lateinamerikas, nur eben mit der Karibikinsel nicht. (3) Kooperationsabkommen eröffnen eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit und ermöglichen umfangreiche Finanzhilfen aus Brüssel. (4) Im Mai 1995 startete Solana seine Initiative. (5) Am 28. Juni billigte die Kommission ein Papier des Vizepräsidenten Manuel Marin, in dem dieser einen Verfahrensvorschlag für die Realisierung des Kooperationsabkommens unterbreitete. (6)

Zwischen dem 4. und 11. November 1995 reiste eine Delegation der EU, bestehend aus Vertretern Deutschlands, Spaniens und Italiens, nach Havanna, um erste Gespräche mit kubanischen Regierungsvertretern zu führen. Die Delegation übergab der Gruppe für Außenpolitik der Union und der Politischen Kommission einen Bericht, in dem die Aufnahme einer Kooperation als Voraussetzung dafür bezeichnet wird, die wirtschaftlichen Reformen zu erleichtern und die Weichen für eine politische Evolution des Castrismus zu stellen. Während erstere dem Bericht zustimmte, erhob die Politische Kommission Einwände. Deutschland sprach sein Veto aus: "Dialog, ja; Kooperation, nein."

Diese Blockade hätte nur durch einen Entscheid der Außenministerkonferenz aufgehoben werden können. Doch bei deren Zusammenkunft am 4.12. entschied sich die spanische Präsidentschaft, den Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Sei es, weil der Druck aus den USA zu stark war, sei es, weil die Deutschen ihre Vorbehalte erneuerten, die Spanier befürchteten eine Ablehnung des Mandates zur Aufnahme von Verhandlungen und verschoben die Entscheidung. (El Pais, 11.12.1995) Spaniens Ministerpräsident Felipe González hatte am 16.12. im Europarat mehr Erfolg. Dank seiner Initiative erhielt die Europäische Kommission einen Verhandlungsauftrag über das Kooperationsabkommen. Das Ziel der Vereinbarung soll nun darin bestehen, "den in Gang gekommenen Reformprozeß aktiv zu befördern, den Schutz der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten zu ermutigen und den Spielraum für Privatinitiative und eine Entwicklung der Zivilgesellschaft zu erweitern." (El Pais, 17.12.1995)

Offensichtlich haben sowohl die Deutschen wie die Engländer ihre Obstruktionstaktik vorläufig beendet. Andererseits fehlt immer noch die Zustimmung der Außenministerkonferenz, und die ist an Bedingungen geknüpft. Die Fünfzehn erwarten, daß Kuba Veränderungen an seinem Strafgesetzbuch vornimmt und etwa 500 Häftlinge freiläßt.

Verhältnis USA-Kuba

Im Januar dieses Jahres besuchten zwei demokratische Kongreßabgeordnete Ku-ba. Den aus Massachusetts stammenden Joe Moackley begleitete eine zwanzigköpfige Gruppe aus Anwälten, Akademikern und Geschäftsleuten. Moackley traf sich mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Ricardo Alarcón, dem Außenminister Roberto Robaina, den Präsidenten der Nationalbank von Kuba und der Handelskammer. Neben einem sechsstündigen Gespräch mit Fidel Castro gab es zwei Treffen mit Vertretern von Dissidentengruppen. Keiner der sieben Oppositionellen wurde bedrängt oder unter Druck gesetzt, an den

Treffen nicht teilzunehmen. Der aus Neumexiko stammende Kongreßabgeordnete Bill Richardson traf am 18.1. in Havanna ein. Er erreichte in einem mehr als fünf Stunden dauernden Gespräch mit Castro, daß nicht-begüterte, ausreisewillige KubanerInnen nur noch die Hälfte der Gebühren bezahlen müssen, die für ärztliche Untersuchungen und Ausreiseformalitäten erhoben werden. Sie betragen jetzt noch 300 Dollar. Es ist davon auszugehen, daß dieser Nachlaß für jeweils 1.000 der pro Jahr vereinbarten 20.000 MigrantInnen gewährt wird. (7)

Außerdem erbat Richardson die Begnadigung von 10 Gefangenen. (El Pais, 22.1.1996) Kubanische wie amerikanischen Quellen ließen verlauten, daß der größte Teil der betroffenen im Laufe von 30 bis 60 Tagen freigelassen werden könnte. Am 10.2. wurden drei Personen, die 1992 wegen Geheimnisverrats und Rebellion zu Haftstrafen zwischen neun und 13 Jahren verurteilt worden waren, auf freien Fuß gesetzt. Sie verließen die Insel. (ND, 12.2.1996)

Keinen Erfolg hatte der amerikanische Kongreßabgeordnete mit seinem Wunsch, die Auslieferung von 71 Personen zu erreichen, die gegenwärtig auf Kuba leben und von der US-amerikanischen Justiz gesucht werden. Richardson sagte dazu: "Dieser Punkt ist sehr kompliziert, weil die Kubaner auf Wechselseitigkeit bestehen, und sie haben einige Namen auf ihrer Liste, über die wir nicht verhandeln können." (El Pais, 27.1.1996) Er erklärte seine Bereitschaft, sich weiterhin für bessere Beziehungen mit Kuba einzusetzen, wenn Clinton dies wünsche. Er glaube aber nicht, daß sich die Regierungspolitik vor den nächsten Präsidentschaftswahlen ändern wird: "Sollte Clinton wiedergewählt werden, wird es größeren Spielraum für Gespräche mit Kuba und für eine realistischere Politik gegenüber diesem Land geben. Dann wird Castro auch einige Zugeständnisse in Richtung Demokratisierung machen müssen. Man wird das Wirtschaftsembargo nicht auf einen Schlag aufheben, aber es besteht die Aussicht, nach den Wahlen ausführlicher miteinander zu sprechen." Richardson fügte hinzu, daß Castro auf ihn einen sehr rüstigen Eindruck gemacht habe und daß Gerüchte über dessen schlechten Gesundheitszustand falsch seien.

Nach Ansicht mancher Beobachter gehören die beiden Besuche zu einem vorsichtigen Annäherungsprozeß zwischen beiden Staaten, zu dem auch der für Februar vorgesehene Besuch einer Gruppe von ehemaligen US-Generälen und Admirälen zählt, die das Juragua Atomkraftwerk besuchen wollen. Doch solche wagen Hoffnungen zerplatzten nach dem Abschuß zweier Cessna-37 Flugzeuge durch die kubanische Luftwaffe (siehe Artikel auf Seite 3).

kuk

Anmerkungen:

1) Seit dem 1.1.1996 werden in Kuba auch Deviseneinkünfte besteuert. KubanerInnen, die ihre Geschäfte in ausländischer Währung abwickeln und deren Jahreseinkommen über 60.000 Dollar liegt, müssen mit einem 50%igen Steuersatz rechnen. Die Zahlungsmoral der Steuerpflichtigen läßt bisher zu wünschen übrig. Der Direktor der nationalen Steuerbehörde (ONAT), Luis Delage, nannte für 1995 Steuerschulden in Höhe von 150 Mio. Pesos (6 Mio. Dollar). Im Vorjahr seien es sogar knapp 270 Mio. Pesos (10,8 Mio. Dollar) gewesen. Seit ihrer Gründung im August 1994 hat die ONAT etwa 8.000 Anhörungen und Inspektionen vorgenommen, um die Steuerdisziplin zu verbessern. (jW, 26.2.1996)

2) Time berichtet am 2.10.1995, daß auf einem Treffen von Ex-Ministern und etwa 200 Angestellten von Devisen erwirtschaftenden Unternehmen im Juli des vergangenen Jahres zahlreiche Fälle von Korruption zur Sprache gebracht wurden. Dutzende von Regierungsbeamten verloren ihre Jobs. Einige erhielten Strafen, mehreren ausländischen Firmen wurde die Lizenz entzogen.

3) Die meisten Staaten der EU haben bilaterale Abkommen mit Kuba unterzeichnet. So hat Frankreich z.B. Anfang 1995 Kuba einen 130 Mio. Kredit für den Kauf von Lebensmitteln gewährt. (Latin America Weekly Report, 16.2.1995)

4) Bereits 1994 hatte die EU Kuba 11,3 Mio. Dollar für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Damit wurden Medikamente sowie Rohstoffe für die pharmazeutische Industrie, Krankenhausmaterial, Nahrungsmittel und Trinkwasserverbesserungssysteme finanziert. (LAWR, 14.7.1994)

5) Anfangs hatte auch Solana auf Bedingungen für die Aufnahme von Gesprächen über ein Kooperationsabkommen bestanden. Er forderte eine Amnestie politischer Gefangener und politische Veränderungen. Als Havanna jegliche Vorbedingungen ablehnte, lenkte Solana ein. (ND, 6.10.1995)

6) Starke Vorbehalte kamen auch aus Großbritannien: Unter Verweis auf angebliche Menschenrechtsverletzungen drängte man auf ein gemeinsames Vorgehen mit den USA, um deren Wirtschaftsboykott nicht offen zu unterlaufen. (FAZ, 28.8.1995) Aus dem US-Außenministerium meldete sich der Sprecher Nicholas Burns zu Wort. Seine Regierung dränge die EU, "sich die Sache zweimal zu überlegen". Man könne die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba nicht gutheißen, weil dies die Anwendung des Embargos der USA kompliziere. (ND, 6.10.1995)

7) Am 31.1.1996 haben die letzten 124 kubanischen Internierten den US-Stützpunkt Guantanamo verlassen. Sie reisten mit dem Flugzeug nach Miami und dürfen in den USA bleiben. (ND, 1.2.1996)

Härteres Vorgehen gegen Prostitution

Die kubanische Staatsanwaltschaft hat ein härteres Vorgehen gegen Prostitution und in deren Umfeld begangene Straftaten angekündigt. U.a. soll das Strafgesetzbuch geändert werden, um härtere Strafen anwenden zu können.

Die Zahl der Prostituierten scheint stetig zu wachsen, gleiches gilt für Zuhälterkreise, Stundenhotels und kleinere Drogenhändler, die die Frauen beliefern. Im Rahmen des Kampfes gegen die Prostitution traf sich Tourismusminister Osmani Cienfuegos Anfang Dezember mit Hoteldirektoren aus Havanna. Seit dem 1.12. sollen die Türsteher der Hotels allen Kubanerinnen, die dem Anschein nach Prostituierte sind, den Zugang verweigern, auch (oder gerade) wenn sie von Ausländern begleitet werden. Kubareisende wissen, daß dies schon vor Jahren galt, offensichtlich aber in der Praxis aufgeweicht worden ist.

Die Staatsanwaltschaft stellt Überlegungen an, das Delikt der Zuhälterei zukünftig mit Gefängnisstrafen von zehn bis zwölf Jahren zu bestrafen. Wohnungen, die zum Zwecke der Prostitution vermietet werden, sollen konfisziert werden. Schätzungen besagen, daß in Havanna Hunderte von Personen davon leben, Räume gegen eine Gebühr von 10 bis 30 Dollar pro Tag an Prostituierte zu vermieten. Bis jetzt ist das laut Strafgesetzbuch kein Vergehen.

Ebensowenig ist Prostitution ein Straftatbestand. Ersatzweise wird auf die Frauen eine Bestimmung angewandt, die besagt, daß gegen Personen, die eine "Gefahr" darstellen, "Sicherheitsmaßnahmen" verhängt werden können, die im äußersten Fall eine vierjährige Gefängnishaft nach sich ziehen. Mauricio Vicent, El Pais Korrespondent in Havanna, berichtet von einem Verfahren gegen vier mutmaßliche Prostituierte: Sie hatten keine Vorstrafen, waren allerdings einige Male polizeilich verwarnt worden, nachdem man sie "auf dem Strich" festgenommen hatte. Die Staatsanwaltschaft, die für alle vier Frauen jeweils drei Jahre Haft forderte, stützte ihr Plädoyer auf Aussagen - um nicht zu sagen Denunziationen - von Nachbarn. Diese behaupteten, daß die Beschuldigten über kein festes Arbeitsverhältnis verfügten, daß sie Besuche von Ausländern erhielten, Geschenke empfingen, über ihre Verhältnisse lebten und kein anständiges soziales Benehmen an den Tag legten.

Das Gericht verurteilte zwei der Frauen zu jeweils drei Jahren Haft, die anderen beiden müssen sich drei Jahre lang einer polizeilichen Kontrolle unterziehen, bleiben aber auf freiem Fuß. Eine der beiden letztgenannten, die ihren Wohnsitz außerhalb der Hauptstadt hat, darf Havanna drei Jahre lang nicht betreten. (El Pais, 4.12.1995)

Daß dieser Umgang mit Prostituierten zu den ganz schwarzen Kapiteln der kubanischen Justiz gehört, steht außer Frage. Warum wird ausgerechnet den Frauen zum Vorwurf gemacht, daß sie an den Kosummöglichkeiten teilhaben möchten, die eben nur gegen Dollars zu verwirklichen sind? Warum wird der Hebel nicht bei den touristischen Freiern angesetzt? Kubanische Offizielle haben in den vergangenen Jahren zum Thema Prostitution kaum etwas Vernünftiges verlautbaren lassen. Von einer öffentlichen Diskussion dieses Themas ist mir ebenfalls nichts bekannt. Solange Staat und Gesellschaft nicht imstande sind, allen Kubaner-Innen gleiche Chancen zur Konsumtion anzubieten, ist es nicht akzeptabel, Prostituierten das vorzuenthalten, was Dollarverdienende oder vom Ausland mit Devisen versorgte KubanerInnen selbstverständlich in Anspruch nehmen. Eine sich sozialistisch oder sozial nennende Gesellschaft muß bei diesem Problem andere Ansätze suchen als verstärkte Repression.

kuk

21. Angeklagt: Hamburgs Flüchtlingspolitik. Tribunal gegen die Freie und Hansestadt. Dokumentation des Urteils der Jury

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:29

Vom 2. bis 4. Februar 1996 wurde der Stadt Hamburg wegen ihrer Flüchtlingspolitik symbolisch der Prozeß gemacht. Das Tribunal, das vom Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V. initiiert wurde, fand in der Osterkirche (Hamburg-Ottensen) vor etwa 500 ZuhörerInnen statt. Die Anklage, vertreten von den Hamburger Rechtsanwältinnen Sigrid Töpfer und Gabriele Heinecke, stützte sich auf die Aussagen von über 30 Zeugen und Sachverständigen, die den Verantwortlichen der Hansestadt u.a. Rechtsbeugungen und -brüche sowie eine Fülle von Versäumnissen bezüglich der Wohn- und Lebenssituation der Flüchtlinge vorwarfen. Wir dokumentieren das Urteil, das die achtköpfige Jury am 4. Februar öffentlich verkündete.

URTEIL anläßlich des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik Hamburgs, öffentlich verkündet im Namen der Verteidigung der Demokratie von der Jury:

Amke Dietert-Scheuer, MdB

Rainer M. Hofmann, Rechtsanwalt

Ulla Jelpke, MdB

Otto Köhler, Publizist

Alfons Lukas, Gewerkschafter

Norman Paech, Professor für Öffentliches Recht

Peggy Parnass, Publizistin

Gisela Wiese, Pax Christi

Nach drei Tagen intensiver Anhörung von 15 Zeugen sowie 14 Sachverständigen und der ausführlichen Diskussion und Prüfung aller Punkte der Anklage, legt die Jury des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg hiermit ihr Urteil vor. Sie bedauert, daß die Angeklagten und geladenen Vertreterinnen und Vertreter des Hamburger Senats nicht von der Gelegenheit Gebrauch gemacht haben, ihre Politik und Praxis öffentlich zu verteidigen. Die Zurückweisung dieses Angebotes von Bürgerinitiativen, deren konkrete Hilfe bei der Aufnahme und Umsorgung der Flüchtlinge ansonsten in Anspruch genommen wird, spricht nicht für eine politische Streitkultur der Hamburger Verwaltung. Wir befürchten dahinter eine Dialogunfähigkeit, die ein Hindernis für jede demokratische und humane Flüchtlingspolitik ist und die wir mit diesem Tribunal überwinden wollten.

Die Jury kommt zu folgendem Urteil:

1. Das Hamburger Lagersystem

Geschützt vom Desinteresse der Öffentlichkeit hat sich unter den Händen des Senats eine Flüchtlingspolitik entwickelt, die wir das Hamburger Lagersystem nennen. Es ist gekennzeichnet durch Containerlager zu Wasser und zu Lande, durch zusammengestellte Wohnwagen, ausgemusterte Hotels und Pensionen und sogenannte Pavillondörfer.

Aus den ursprünglich vom Senat beschlossenen Gemeinschaftsunterkünften mit maximal 100 Personen sind nicht nur Sammellager, sondern Massenverwahranlagen für bis zu 1.100 Personen entstanden, in denen die versprochene "menschenwürdige Unterbringung" auf Dauer unmöglich gemacht worden ist.

Die für Gefängnisse vorgesehene Mindestfläche von 7 Quadratmetern pro Person - die WHO empfiehlt 10 Quadratmeter - wird für die ausländischen Bürger, wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen, nur zu oft unterschritten. Sogar 6 bis 12 Quadratmeter Wohnraumfläche für 5 Personen sind keine Seltenheit.

Wohnschiffe, Container, Wohnwagen sind kaum wärme- und schallisoliert, ständig feucht. Flüchtlingsmütter wagen nachts nicht zu schlafen, weil sie den Ansturm einheimischer Kakerlaken auf ihre Kinder fürchten müssen.

Das Hamburger Lagersystem macht die Flüchtlinge physisch und psychisch krank: Lungenentzündung, Bronchitis, Kreislauf- und Darmerkrankungen, Depressionen und Angstzustände, Aggressionen und Konflikte in den Familien sind das Ergebnis von Enge und der Unmöglichkeit, elementare hygienische Bedingungen einzuhalten. Kinder können so selbst einfache schulische Angebote auf die Dauer nicht wahrnehmen.

Die vom Senat behaupteten hohen Kosten für diese in vielen Fällen menschenunwürdige Unterbringung sind undurchsichtig geblieben (sie müssen zum Teil von den Flüchtlingen selbst aufgebracht werden). Wir haben Sachverständige gehört, die billigere aber weitaus menschenwürdigere Möglichkeiten aufzeigen. Wir empfehlen dem Landesrechnungshof, die jetzigen Ausgaben zu prüfen und unsere Sachverständigen zu hören.

Wir haben den Verdacht, daß eine soziale Integration der Flüchtlinge vom Senat nicht gewollt wird: Die Umverlegung innerhalb Hamburgs, die Flüchtlinge aus schon gewachsenen sozialen Zusammenhängen immer wieder herausreißt, beweist, daß die vom Senat gewählte Unterbringung einen zusätzlichen Abschreckungseffekt auf Flüchtlinge ausüben soll. Hier wird der Flüchtling zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht.

Beispielhaft für die Hamburger Flüchtlingspolitik ist auch die Behandlung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Wer in Jugoslawien geboren wurde, wird zur Annahme eines Nationalpasses eines der Nachfolgestaaten gezwungen, wenn er eine Aufenthaltsbefugnis erhalten will. So werden aus männlichen Flüchtlingen Deserteure gemacht, sobald sie in ihre Heimat zurückkehren. Diese Aufenthaltsbefugnisse werden im Regelfall nur für elf Monate ausgestellt. Mit dieser Befristung wird verhindert, daß die Flüchtlinge aus den Sammellagern herauskommen und eine eigene Wohnung beziehen.Das Hamburger Lagersystem mag in vielen Fällen den Bundesgesetzen entsprechen - es verstößt dennoch gegen Humanität und Menschenwürde.

2. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Hamburg

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verpflichtet, Kindern unter 18 Jahren, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, besonderen Schutz und Fürsorge zukommen zu lassen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von Herkunft und Status des Kindes und ausdrücklich auch für Flüchtlingskinder. Der von der Bundesregierung diesbezüglich eingelegte Vorbehalt ist als nichtig zu betrachten, da er in direktem Widerspruch zu Kernbereichen der Konvention steht. Leitendes Prinzip der Konvention ist es, daß bei sämtlichen Maßnahmen und Entscheidungen, von denen Kinder betroffen sind, deren Wohl vorrangig zu berücksichtigen ist.

Der Hamburger Senat verletzt durch seine Politik gegenüber minderjährigen Flüchtlingen in vielfältiger Hinsicht die Bestimmungen der Kinderkonvention. So widerspricht die Praxis "16 gleich erwachsen" völlig der Kinderkonvention. Bei dieser Praxis wird von der Regelvermutung ausgegangen, daß bei über 16-jährigen Flüchtlingen ein Erziehungsbedarf nicht besteht. Sie werden als voll rechtsfähig betrachtet. Hamburg unternimmt bundesweit Vorstöße, diese Praxis auch auf unter 16-jährige auszudehnen, und greift in nachgewiesenen Fällen hier bereits vor.

Das Recht von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen auf eine vormundschaftliche Betreuung wird nur sehr eingeschränkt gewahrt. Amtsvormünder haben bis zu 150 Mündel, was bedeutet, daß sie nicht angemessen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Darüber hinaus ist festgestellt worden, daß Vormünder bei Verhängung von Abschiebungshaft und Abschiebungen sehr oft nicht informiert wurden.

Bestehen Zweifel an der Altersangabe eines Kindes, wird seitens der Ausländerbehörde ein fiktives Alter nach Augenschein willkürlich festlegt. Ist der Betroffene nicht bereit, diese Festlegung "mit den damit verbundenen Nachteilen" hinzunehmen, bleibt ihm nichts anderes übrig, als einer medizinischen Altersfeststellung durch Röntgenaufnahme der Hand und des Kiefers zuzustimmen.

Es wurde festgestellt, daß häufig auch ohne Zustimmung des Flüchtlings medizinisch fragwürdige Altersfeststellungen von Ärzten vorgenommen werden, die damit ihren hypokratischen Eid verletzen und gegen die Röntgenverordnung verstoßen.

Hervorzuheben ist, daß nach Kritik an den medizinischen Altersfeststellungen die Hamburger Ärztekammer sensibilisiert wurde und in einmaliger Einmütigkeit die Ärzte auffordert, diese Altersfeststellungen nicht mehr vorzunehmen. Ein entsprechender Beschluß wurde mittlerweile auch vom Deutschen Ärztetag verabschiedet.

Das Recht auf Bildung wird Jugendlichen beschnitten. Besonders kraß wird dies dort sichtbar, wo für schulische und berufsbildende Maßnahmen sowohl BAFöG-Leistungen, als auch Sozialhilfe verweigert werden.

Die Bedingungen in den Unterkünften bieten weder Platz noch Ruhe zum Lernen. Jugendunterkünfte sind Mangelware und stehen über 16-jährigen nicht zur Verfügung. Sie werden in der Regel mit Erwachsenen in gemeinsamen Räumen untergebracht.

Die hygienischen Verhältnisse in den Flüchtlingsunterkünften belasten besonders die Kinder und Jugendlichen. Gesundheitliche Schäden werden vom Senat wissentlich in Kauf genommen. Auch in nachgewiesenen Fällen schwerer Erkrankungen wird keine geeignete Unterbringung zur Verfügung gestellt.

Durch pauschale Vorverurteilungen jugendlicher Flüchtlinge als Dealer wird ein Klima geschaffen, das gewaltsame Übergriffe der Polizei begünstigt und quasi legitimiert. Auch 14-jährige werden in Handschellen abgeführt.

Die bloße Einleitung von Ermittlungen - auch wenn diese später eingestellt werden oder zu einem Freispruch vor Gericht führen - dient zur Rechtfertigung von Abschiebungen.

3. Das Hamburger Abschiebesystem

Wir verurteilen den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Verwaltungen dieser Stadt und einzelne ihrer MitarbeiterInnen, sowie einzelne Richter, die Abschiebungshaft zu verantworten haben.

Sie sind schuldig folgender Tatbestände:

1. Zum Anklagepunkt "Vorbereitung der Abschiebung"

- der Auslieferung von Flüchtlingen an ihre Verfolger,

- der Willkür,

- der Ausübung von unzulässigem Druck,

- der Entrechtung und Diskriminierung.

2. Zum Anklagepunkt "Von Botschaft zu Botschaft"

- der Abgabe falschen Zeugnisses,

- der Anstiftung zur Lüge,

- der Unmenschlichkeit und Gesundheitsgefährdung,

- der Degradierung von Menschen zu Objekten.

3. Zum Anklagepunkt "Abschiebungshaft minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge"

- des Verstoßes gegen die Vorschriften der UN-Kinderkonvention,

- der Unmenschlichkeit und Entrechtung,

- der Einpferchung.

4. Zum Anklagepunkt "Abschiebungshaftbedingungen"

- der Mißachtung des Rechts auf Freiheit,

- der Lebensgefährdung,

- der Degradierung von Menschen zu Objekten,

- der Vorenthaltung des Rechts auf anwaltlichen Beistand,

- der Entsolidarisierung.

Das Bundesland Hamburg rühmt sich, in der BRD bei der Abschiebung eine Spitzenposition einzunehmen. Durch zahlreiche Sachverständige und Zeugen ist uns nachgewiesen worden, daß dieses Ergebnis durch restriktive Handhabung des geltenden Rechts, durch Verstoß gegen völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtungen und auch durch Rechtsbruch bewirkt worden ist.

Bei der Ausländerbehörde wurden über einen langen Zeitraum hinweg durch Täuschung und Überrumpelung von Menschen Abschiebungshaftgründe konstruiert, die in Wahrheit nicht vorlagen. Haftrichter haben ohne weitere Prüfung auf falscher Grundlage Inhaftierungen verfügt. Auch heute wird weiter eine willkürliche Abschiebungspraxis betrieben, die in Kauf nimmt, daß Flüchtlinge ihren Verfolgern überstellt oder in lebensgefährliche Situationen geschickt werden.

Hierbei wird sogar versucht, Flüchtlinge an Staaten zu überstellen, mit denen diese Menschen niemals etwas zu tun hatten. Zu diesem Zweck wurden Flüchtlinge verschiedenen Botschaften "angedient". Hierbei wurde in nachgewiesenen Fällen erreicht, daß, der Wahrheit zuwider, Paßpapiere von fremden Staaten ausgestellt wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auch völlig unschuldige Menschen, wie Schwerkriminelle gefesselt, durch die Bundesrepublik hin- und hergekarrt.

Sogar Kinder, die vom Völkerrecht besonders geschützt sind, werden ohne Benachrichtigung der Vormünder verhaftet, gefesselt, unzulässigerweise zusammen mit Erwachsenen und ohne soziale Betreuung inhaftiert.

Abschiebungshäftlingen, deren einziges Vergehen darin besteht, Zuflucht nicht gefunden zu haben, und für die nach unserer Ansicht Gefängnisse nicht der richtige Aufenthaltsort sind, werden elementarer Grund- und Menschenrechte beraubt. Zudem werden diese Menschen schlechter behandelt, als verurteilte Straftäter. Abschiebungshäftlinge sind zu Objekten staatlicher Gewaltausübung degradiert: Kommunikation untereinander und mit der Außenwelt, zureichender Schutz bei Krankheit, umfassende Rechtsberatung und Rechtsvertretung durch Anwälte sowie Besuche von Angehörigen werden rechtswidrig versagt. Notwendige Sozialarbeit und psychosoziale Betreuung finden nicht statt, und dort, wo sich Menschen ehrenamtlich in der Abschiebungshaft engagieren wollen, werden sie drastisch behindert, kriminalisiert, diskriminiert und Arbeit zum Wohle der Inhaftierten wird unmöglich gemacht.

Zusatzerklärung der

Jury des Tribunals

1. Wir haben im Verlauf des Tribunals von unerträglichen Vorfällen erfahren, die dringend auch strafrechtlicher Untersuchung bedürfen. Wir fordern deshalb die zuständigen Justizbehörden auf, hiervon Kenntnis zu nehmen und solche strafrechtliche Prüfung vorzunehmen.

2. Wir warnen die Verantwortlichen dieser Stadt davor, irgendeine Person oder Gruppe, die sich in diesem Tribunal zur Verfügung gestellt hat, zu diskriminieren, zu kriminalisieren oder auf irgendeine andere Weise mit Maßnahmen zu überziehen.

Sollten uns derartige Vorkommnisse bekannt werden, so drohen wir hiermit eine weitere Zusammenkunft der Jury dieses Tribunals an.

3. Wir haben festgestellt, daß bei den Menschen, die dieses Tribunal vorbereitet haben und bei denjenigen, die ihm in großer Anzahl ununterbrochen beigewohnt haben, ein so großes Engagement zu verzeichnen ist, wie es sonst in dieser Republik selten angetroffen wird.

Wir fordern daher die Verantwortlichen Hamburgs auf, sich mit den Flüchtlingsfreunden endlich an einen Tisch zu setzen, zum Wohl der Stadt, der Flüchtlinge und des sozialen Friedens.

4. Wir verlangen von den Verantwortlichen der Stadt Hamburg, daß sie innehalten mit der Diskriminierung, Marginalisierung und Bedrohung von Flüchtlingen und daß sie sich auf ihre sozialen und demokratischen Traditionen besinnen.

Der Flüchtlingsrat Hamburgist beabsichtigt, eine vollständige Dokumentation des Tribunals zu erstellen. Sie wird voraussichtlich im Juni erhältlich sein. Interessenten möchten sich bitte wenden an: Büro für notwendige Einmischung, Werkstatt III, Nernstweg 32, 22765 Hamburg. Tel.: 040 39905874

Vom 2. bis 4. Februar 1996 wurde der Stadt Hamburg wegen ihrer Flüchtlingspolitik symbolisch der Prozeß gemacht. Das Tribunal fand in der Osterkirche (Hamburg-Ottensen) vor etwa 500 ZuhörerInnen statt. Die Anklage, vertreten von den Hamburger Rechtsanwältinnen Sigrid Töpfer und Gabriele Heinecke, stützte sich auf die Aussagen von über 30 Zeugen und Sachverständigen, die den Verantwortlichen der Hansestadt u.a. Rechtsbeugungen und -brüche sowie eine Fülle von Versäumnissen bezüglich der Wohn- und Lebenssituation der Flüchtlinge vorwarfen. Wir dokumentieren das Urteil, das die achtköpfige Jury am 4. Februar öffentlich verkündete.

URTEIL anläßlich des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik Hamburgs, öffentlich verkündet im Namen der Verteidigung der Demokratie von der Jury:

Amke Dietert-Scheuer, MdB

Rainer M. Hofmann, Rechtsanwalt

Ulla Jelpke, MdB

Otto Köhler, Publizist

Alfons Lukas, Gewerkschafter

Norman Paech, Prof. für Öff. Recht

Peggy Parnass, Publizistin

Gisela Wiese, Pax Christi

Angeklagt: Hamburgs Flüchtlingspolitik

Tribunal gegen die Freie und Hansestadt

Nach drei Tagen intensiver Anhörung von 15 Zeugen sowie 14 Sachverständigen und der ausführlichen Diskussion und Prüfung aller Punkte der Anklage, legt die Jury des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg hiermit ihr Urteil vor. Sie bedauert, daß die Angeklagten und geladenen Vertreterinnen und Vertreter des Hamburger Senats nicht von der Gelegenheit Gebrauch gemacht haben, ihre Politik und Praxis öffentlich zu verteidigen. Die Zurückweisung dieses Angebotes von Bürgerinitiativen, deren konkrete Hilfe bei der Aufnahme und Umsorgung der Flüchtlinge ansonsten in Anspruch genommen wird, spricht nicht für eine politische Streitkultur der Hamburger Verwaltung. Wir befürchten dahinter eine Dialogunfähigkeit, die ein Hindernis für jede demokratische und humane Flüchtlingspolitik ist und die wir mit diesem Tribunal überwinden wollten.

Die Jury kommt zu folgendem Urteil:

1. Das Hamburger Lagersystem

Geschützt vom Desinteresse der Öffentlichkeit hat sich unter den Händen des Senats eine Flüchtlingspolitik entwickelt, die wir das Hamburger Lagersystem nennen. Es ist gekennzeichnet durch Containerlager zu Wasser und zu Lande, durch zusammengestellte Wohnwagen, ausgemusterte Hotels und Pensionen und sogenannte Pavillondörfer.

Aus den ursprünglich vom Senat beschlossenen Gemeinschaftsunterkünften mit maximal 100 Personen sind nicht nur Sammellager, sondern Massenverwahranlagen für bis zu 1.100 Personen entstanden, in denen die versprochene "menschenwürdige Unterbringung" auf Dauer unmöglich gemacht worden ist.

Die für Gefängnisse vorgesehene Mindestfläche von 7 Quadratmetern pro Person - die WHO empfiehlt 10 Quadratmeter - wird für die ausländischen Bürger, wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen, nur zu oft unterschritten. Sogar 6 bis 12 Quadratmeter Wohnraumfläche für 5 Personen sind keine Seltenheit.

Wohnschiffe, Container, Wohnwagen sind kaum wärme- und schallisoliert, ständig feucht. Flüchtlingsmütter wagen nachts nicht zu schlafen, weil sie den Ansturm einheimischer Kakerlaken auf ihre Kinder fürchten müssen.

Das Hamburger Lagersystem macht die Flüchtlinge physisch und psychisch krank: Lungenentzündung, Bronchitis, Kreislauf- und Darmerkrankungen, Depressionen und Angstzustände, Aggressionen und Konflikte in den Familien sind das Ergebnis von Enge und der Unmöglichkeit, elementare hygienische Bedingungen einzuhalten. Kinder können so selbst einfache schulische Angebote auf die Dauer nicht wahrnehmen.

Die vom Senat behaupteten hohen Kosten für diese in vielen Fällen menschenunwürdige Unterbringung sind undurchsichtig geblieben (sie müssen zum Teil von den Flüchtlingen selbst aufgebracht werden). Wir haben Sachverständige gehört, die billigere aber weitaus menschenwürdigere Möglichkeiten aufzeigen. Wir empfehlen dem Landesrechnungshof, die jetzigen Ausgaben zu prüfen und unsere Sachverständigen zu hören.

Wir haben den Verdacht, daß eine soziale Integration der Flüchtlinge vom Senat nicht gewollt wird: Die Umverlegung innerhalb Hamburgs, die Flüchtlinge aus schon gewachsenen sozialen Zusammenhängen immer wieder herausreißt, beweist, daß die vom Senat gewählte Unterbringung einen zusätzlichen Abschreckungseffekt auf Flüchtlinge ausüben soll. Hier wird der Flüchtling zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht.

Beispielhaft für die Hamburger Flüchtlingspolitik ist auch die Behandlung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Wer in Jugoslawien geboren wurde, wird zur Annahme eines Nationalpasses eines der Nachfolgestaaten gezwungen, wenn er eine Aufenthaltsbefugnis erhalten will. So werden aus männlichen Flüchtlingen Deserteure gemacht, sobald sie in ihre Heimat zurückkehren. Diese Aufenthaltsbefugnisse werden im Regelfall nur für elf Monate ausgestellt. Mit dieser Befristung wird verhindert, daß die Flüchtlinge aus den Sammellagern herauskommen und eine eigene Wohnung beziehen.Das Hamburger Lagersystem mag in vielen Fällen den Bundesgesetzen entsprechen - es verstößt dennoch gegen Humanität und Menschenwürde.

2. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Hamburg

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verpflichtet, Kindern unter 18 Jahren, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, besonderen Schutz und Fürsorge zukommen zu lassen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von Herkunft und Status des Kindes und ausdrücklich auch für Flüchtlingskinder. Der von der Bundesregierung diesbezüglich eingelegte Vorbehalt ist als nichtig zu betrachten, da er in direktem Widerspruch zu Kernbereichen der Konvention steht. Leitendes Prinzip der Konvention ist es, daß bei sämtlichen Maßnahmen und Entscheidungen, von denen Kinder betroffen sind, deren Wohl vorrangig zu berücksichtigen ist.

Der Hamburger Senat verletzt durch seine Politik gegenüber minderjährigen Flüchtlingen in vielfältiger Hinsicht die Bestimmungen der Kinderkonvention. So widerspricht die Praxis "16 gleich erwachsen" völlig der Kinderkonvention. Bei dieser Praxis wird von der Regelvermutung ausgegangen, daß bei über 16-jährigen Flüchtlingen ein Erziehungsbedarf nicht besteht. Sie werden als voll rechtsfähig betrachtet. Hamburg unternimmt bundesweit Vorstöße, diese Praxis auch auf unter 16-jährige auszudehnen, und greift in nachgewiesenen Fällen hier bereits vor.

Das Recht von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen auf eine vormundschaftliche Betreuung wird nur sehr eingeschränkt gewahrt. Amtsvormünder haben bis zu 150 Mündel, was bedeutet, daß sie nicht angemessen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Darüber hinaus ist festgestellt worden, daß Vormünder bei Verhängung von Abschiebungshaft und Abschiebungen sehr oft nicht informiert wurden.

Bestehen Zweifel an der Altersangabe eines Kindes, wird seitens der Ausländerbehörde ein fiktives Alter nach Augenschein willkürlich festlegt. Ist der Betroffene nicht bereit, diese Festlegung "mit den damit verbundenen Nachteilen" hinzunehmen, bleibt ihm nichts anderes übrig, als einer medizinischen Altersfeststellung durch Röntgenaufnahme der Hand und des Kiefers zuzustimmen.

Es wurde festgestellt, daß häufig auch ohne Zustimmung des Flüchtlings medizinisch fragwürdige Altersfeststellungen von Ärzten vorgenommen werden, die damit ihren hypokratischen Eid verletzen und gegen die Röntgenverordnung verstoßen.

Hervorzuheben ist, daß nach Kritik an den medizinischen Altersfeststellungen die Hamburger Ärztekammer sensibilisiert wurde und in einmaliger Einmütigkeit die Ärzte auffordert, diese Altersfeststellungen nicht mehr vorzunehmen. Ein entsprechender Beschluß wurde mittlerweile auch vom Deutschen Ärztetag verabschiedet.

Das Recht auf Bildung wird Jugendlichen beschnitten. Besonders kraß wird dies dort sichtbar, wo für schulische und berufsbildende Maßnahmen sowohl BAFöG-Leistungen, als auch Sozialhilfe verweigert werden.

Die Bedingungen in den Unterkünften bieten weder Platz noch Ruhe zum Lernen. Jugendunterkünfte sind Mangelware und stehen über 16-jährigen nicht zur Verfügung. Sie werden in der Regel mit Erwachsenen in gemeinsamen Räumen untergebracht.

Die hygienischen Verhältnisse in den Flüchtlingsunterkünften belasten besonders die Kinder und Jugendlichen. Gesundheitliche Schäden werden vom Senat wissentlich in Kauf genommen. Auch in nachgewiesenen Fällen schwerer Erkrankungen wird keine geeignete Unterbringung zur Verfügung gestellt.

Durch pauschale Vorverurteilungen jugendlicher Flüchtlinge als Dealer wird ein Klima geschaffen, das gewaltsame Übergriffe der Polizei begünstigt und quasi legitimiert. Auch 14-jährige werden in Handschellen abgeführt.

Die bloße Einleitung von Ermittlungen - auch wenn diese später eingestellt werden oder zu einem Freispruch vor Gericht führen - dient zur Rechtfertigung von Abschiebungen.

3. Das Hamburger Abschiebesystem

Wir verurteilen den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Verwaltungen dieser Stadt und einzelne ihrer MitarbeiterInnen, sowie einzelne Richter, die Abschiebungshaft zu verantworten haben.

Sie sind schuldig folgender Tatbestände:

1. Zum Anklagepunkt "Vorbereitung der Abschiebung"

- der Auslieferung von Flüchtlingen an ihre Verfolger,

- der Willkür,

- der Ausübung von unzulässigem Druck,

- der Entrechtung und Diskriminierung.

2. Zum Anklagepunkt "Von Botschaft zu Botschaft"

- der Abgabe falschen Zeugnisses,

- der Anstiftung zur Lüge,

- der Unmenschlichkeit und Gesundheitsgefährdung,

- der Degradierung von Menschen zu Objekten.

3. Zum Anklagepunkt "Abschiebungshaft minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge"

- des Verstoßes gegen die Vorschriften der UN-Kinderkonvention,

- der Unmenschlichkeit und Entrechtung,

- der Einpferchung.

4. Zum Anklagepunkt "Abschiebungshaftbedingungen"

- der Mißachtung des Rechts auf Freiheit,

- der Lebensgefährdung,

- der Degradierung von Menschen zu Objekten,

- der Vorenthaltung des Rechts auf anwaltlichen Beistand,

- der Entsolidarisierung.

Das Bundesland Hamburg rühmt sich, in der BRD bei der Abschiebung eine Spitzenposition einzunehmen. Durch zahlreiche Sachverständige und Zeugen ist uns nachgewiesen worden, daß dieses Ergebnis durch restriktive Handhabung des geltenden Rechts, durch Verstoß gegen völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtungen und auch durch Rechtsbruch bewirkt worden ist.

Bei der Ausländerbehörde wurden über einen langen Zeitraum hinweg durch Täuschung und Überrumpelung von Menschen Abschiebungshaftgründe konstruiert, die in Wahrheit nicht vorlagen. Haftrichter haben ohne weitere Prüfung auf falscher Grundlage Inhaftierungen verfügt. Auch heute wird weiter eine willkürliche Abschiebungspraxis betrieben, die in Kauf nimmt, daß Flüchtlinge ihren Verfolgern überstellt oder in lebensgefährliche Situationen geschickt werden.

Hierbei wird sogar versucht, Flüchtlinge an Staaten zu überstellen, mit denen diese Menschen niemals etwas zu tun hatten. Zu diesem Zweck wurden Flüchtlinge verschiedenen Botschaften "angedient". Hierbei wurde in nachgewiesenen Fällen erreicht, daß, der Wahrheit zuwider, Paßpapiere von fremden Staaten ausgestellt wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auch völlig unschuldige Menschen, wie Schwerkriminelle gefesselt, durch die Bundesrepublik hin- und hergekarrt.

Sogar Kinder, die vom Völkerrecht besonders geschützt sind, werden ohne Benachrichtigung der Vormünder verhaftet, gefesselt, unzulässigerweise zusammen mit Erwachsenen und ohne soziale Betreuung inhaftiert.

Abschiebungshäftlingen, deren einziges Vergehen darin besteht, Zuflucht nicht gefunden zu haben, und für die nach unserer Ansicht Gefängnisse nicht der richtige Aufenthaltsort sind, werden elementarer Grund- und Menschenrechte beraubt. Zudem werden diese Menschen schlechter behandelt, als verurteilte Straftäter. Abschiebungshäftlinge sind zu Objekten staatlicher Gewaltausübung degradiert: Kommunikation untereinander und mit der Außenwelt, zureichender Schutz bei Krankheit, umfassende Rechtsberatung und Rechtsvertretung durch Anwälte sowie Besuche von Angehörigen werden rechtswidrig versagt. Notwendige Sozialarbeit und psychosoziale Betreuung finden nicht statt, und dort, wo sich Menschen ehrenamtlich in der Abschiebungshaft engagieren wollen, werden sie drastisch behindert, kriminalisiert, diskriminiert und Arbeit zum Wohle der Inhaftierten wird unmöglich gemacht.

Zusatzerklärung der

Jury des Tribunals

1. Wir haben im Verlauf des Tribunals von unerträglichen Vorfällen erfahren, die dringend auch strafrechtlicher Untersuchung bedürfen. Wir fordern deshalb die zuständigen Justizbehörden auf, hiervon Kenntnis zu nehmen und solche strafrechtliche Prüfung vorzunehmen.

2. Wir warnen die Verantwortlichen dieser Stadt davor, irgendeine Person oder Gruppe, die sich in diesem Tribunal zur Verfügung gestellt hat, zu diskriminieren, zu kriminalisieren oder auf irgendeine andere Weise mit Maßnahmen zu überziehen.

Sollten uns derartige Vorkommnisse bekannt werden, so drohen wir hiermit eine weitere Zusammenkunft der Jury dieses Tribunals an.

3. Wir haben festgestellt, daß bei den Menschen, die dieses Tribunal vorbereitet haben und bei denjenigen, die ihm in großer Anzahl ununterbrochen beigewohnt haben, ein so großes Engagement zu verzeichnen ist, wie es sonst in dieser Republik selten angetroffen wird.

Wir fordern daher die Verantwortlichen Hamburgs auf, sich mit den Flüchtlingsfreunden endlich an einen Tisch zu setzen, zum Wohl der Stadt, der Flüchtlinge und des sozialen Friedens.

4. Wir verlangen von den Verantwortlichen der Stadt Hamburg, daß sie innehalten mit der Diskriminierung, Marginalisierung und Bedrohung von Flüchtlingen und daß sie sich auf ihre sozialen und demokratischen Traditionen besinnen.

Der Flüchtlingsrat Hamburg beabsichtigt, eine vollständige Dokumentation des Tribunals zu erstellen. Sie wird voraussichtlich im Juni erhältlich sein. Interessenten möchten sich bitte wenden an: Büro für notwendige Einmischung, Werkstatt III, Nernstweg 32, 22765 Hamburg. Tel.: 040 39905874

22. Die normative Kraft des Gesetzgebers. Ein alternativer Transplantationsgesetzentwurf

Autor: Erika Feyerabend u. Petra Gehring, BioSkop · Rubrik: Gesundheitspolitik; Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:21

Seit Jahren wird über einen Gesetzes-Entwurf in Sachen Transplantation in Bund und Ländern debattiert. Die Kontroversen und Berichterstattungen entzündeten sich mehrheitlich an den unterschiedlichen Auffassungen über Zustimmungsverfahren und Modalitäten. Muß die Zustimmung zu Lebzeiten im Vollbesitz der eigenen Kräfte gegeben werden, oder lassen sich Berechtigungen zur Organentnahme auch auf Lebenspartner oder Verwandte übertragen? Obwohl die Beschwerdestelle Organspende, eingerichtet von betroffenen Angehörigen und JournalistInnen, längst über die Fragwürdigkeit des Hirntodkonzeptes redete, verhallte deren Stimme im öffentlichen Raum. Erst mit der hirntoten Schwangeren in Erlangen wurden die Zweifel, ob denn hier Toten oder Lebendigen Teile ihrer selbst entnommen werden, gesellschaftsfähig.

Was viele gutmütige Zeitgenossen dachten, berührte den politischen und gesetzgeberischen Raum nicht. Man reguliert, formuliert und redet über den gesellschaftlichen Konsens ausschließlich und pragmatisch auf dem Boden des medizinisch hergestellten Sachzwangs. Tot oder lebendig, es muß ex- und implantiert werden.

Transplantationsgesetz

aus dem Hause Seehofer

Seit Beginn diesen Jahres liegt im Gesundheitsministerium vorlagefertig ein Transplantationsgesetz bereit. Die Minister wollen - Resultat eines Kompromisses mit den Gesundheitsministern der Länder - die Bedingungen für Organentnahme und Verpflanzung erstmals regeln. Es geht um die "Erhöhung der Transplantationsrate". Dafür entledigt man sich schlicht des Zweifels am Hirntod und behauptet, der Hirntod sei - medizinisch gesichert - der Tod des Menschen. Diese Behauptung erscheint im Gesetzestext, auf den sich dann späterhin jeder, der seine Institution, seine berufliche Qualifikation auf dem Fundament des Organaustausches aufbaute, beziehen kann.

Derzeit entwickelt sich der Transplantationsmarkt schleppend, bei rückläufiger Spendebereitschaft der offenbar hellhörig gewordenen Bürger und Bürgerinnen. Deshalb sieht die Regelung aus dem Hause Seehofer auch vor, daß die Veräußerung der Organe im "Todesfall" von Angehörigen entschieden werden kann. Man rechnet hier mit werbeträchtig produzierter Zustimmung. Innerhalb von fünf Stunden werden die Angehörigen aufgefordert zu entscheiden, falls die betroffene Person sich nicht schon zu Leibzeiten in Form einer schriftlichen Erklärung geäußert hat. Auch an anderer Stelle wird ein legaler Handlungsspielraum geschaffen, wie ihn das Transplantationswesen braucht.

Derzeit beherrscht die Konkurrenz unter den ca. 30 Transplantationszentren in der BRD das Feld. Die naturgemäß gigantische Ressourcenknappheit des Transplantationswesens macht aus dem Organ eines Menschen ein "wertvolles Gut", das jedes Zentrum gerne selbst zu besitzen trachtet. An Eurotransplant vorbei, und obwohl ca. 1.000 Organe pro Jahr aus diesem europäischen Pool importiert werden, wird nach jeweiliger Chirurgen-Hausmacht im eigenen Lande, im eigenen Hospital verteilt. Der gesetzgeberische Schritt stellt sich auch an dieser Stelle weniger der Schutz- als der Ermöglichungsperspektive anheim. Nationale Verteilungsagenturen sollen mehr Organe beschaffen, Expansion ermöglichen und Ordnung im nationalen Körpermarkt schaffen. Die vorgesehenen Vermittlungs- und Organisationsstellen verleihen Kompetenz, staatliche Gelder und die Weihen des überfraktionellen Konsenses.

Alternatives Transplantationsgesetz

"Über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung sind sich alle politischen Kräfte einig", stellt auch die Begründung zu einem Gesetzentwurf fest, den die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im November 1995 einstimmig abgestimmt und vorgelegt hat. Ein alternatives Transplantationsgesetz. Dessen Text ist denkwürdig. Denn offensichtlich will man den Versuch, eine enger gefaßte Zustimmungslösung festzuschreiben, mit einem ganz neuen Begründungszusammenhang verbinden. Es gilt die "Zulässigkeit der Organentnahme" unter "Verzicht auf das Hirntodkonzept" legislativ zu ermöglichen. Und genau das läßt schlimmstes befürchten. Indem auf den "Tod" als Bezugspunkt medizinischer Zugangsberechtigung zum Leib

anderer verzichtet wird, eröffnet das Grüne Biopolitik-Modell Interpretationsspielräume bis hin zur Euthanasie. Im Endeffekt geht damit der Transplantations-Gesetzentwurf der Grünen weiter in Richtung auf eine legale, aktive Tötung als alles, was in der Gesetzgebungsdebatte bisher diskutiert worden ist.

Man kann sich fragen, ob hier Dummheit, Stückwerk oder der Wille zur lauen, sachzwangorientierten Politik am Werke war. Denkwürdig ist der Text jedoch vor allem, weil er Dokument eines erschreckenden Zeitgeistes ist. Die Fraktion der Grünen hat damit das bioethische Abwägungsmodell einstimmig in ein gesetzliches Vorschlagspapier gegossen.

Die Befürworter der Hirntodkonzeption, so die Erläuterungen zum Gesetzentwurf, wenden sich gegen das Grüne Modell, denn damit würde "ein verhängisvoller Schritt in Richtung auf aktive Euthanasie getan und gegen das strafrechtlich sanktionierte Verbot der Tötung auf Verlangen verstoßen". Um diesen berechtigten Einwand zu entkräften, bedient man sich vorgefertigter und vorfindbarer Argumentationsschablonen: der Vorgang sei "weder in intentioneller noch in struktureller Hinsicht mit der Euthanasieproblematik" zu vergleichen, denn es gehe um "Lebensrettung bzw. Leidensminderung Dritter", wenn ein unumkehrbarer Sterbeprozeß für die Organentnahme herhalten kann.

Hier läuft alles auf eine an der Nützlichkeit orientierte Güterabwägung hinaus, in der nach der "Hirntoddiagnose" als einer Zäsur "intra vitam" das individuelle Leben in ein wertendes Verhältnis zu anderen Rechtsgütern gesetzt wird. Gleiches geschieht bei der notwendigen "Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts", welches "durch ein hoch einzustufendes Allgemeininteresse" relativiert werden kann.

Nichts anderes schreibt die europäische Bioethik-Konvention vor. Im "übergeordneten Interesse" kann die Verletzung von Individuen im Forschungsbereich zum reinen Erkenntnisgewinn und im Transplantationswesen zum Gewebegewinn mit späterer Leidensvermeidung und Lebensrettung begründbar sein. Der einzige Unterschied liegt nicht in der Redelogik, sondern in der Reichweite. Im Europaratsentwurf wird ein Recht, Verletzungen zuzufügen, an die Zustimmung gebunden. Für jene, die nicht "vernünftig" denken und entscheiden können, wird eine generelle Übertragung festgeschrieben.

Auch im Grünen Entwurf wird ein solches Recht eng an die Zustimmung gebunden, die Ausnahme vom Grundsatz soll hier nur bei Kindern erlaubt sein. Dies geschieht "aus der Erwägung heraus, daß andernfalls Kindern, die zur Erhaltung ihres Lebens auf die Spende des Organs eines Kindes angewiesen sind, in keiner Weise geholfen werden könnte."

Die Grünen haben sich vom "Hirntod" verabschiedet, aber sie wollen die "Tötung" nicht beim Namen nennen. Auch dies, die sprachliche Vernebelung von Sachverhalten, ist vielen Bioethik-Kritikerinnen ein gut bekanntes Vorgehen.

Lebende, Sterbende und Tote

"Der irreversible Ausfall aller meßbaren Hirnfunktionen ist (...) nicht als materielles Todeszeichen anzusehen" heißt es in der Begründung des Entwurfes. Da auch ohne das "materielle" Kriterium "die Transplantation nicht am Ende" sei, transformiert man es in ein "formelles Entnahmekriterium". Wenn man aber ein solches Kriterium ansetzt und von der Annahme des Todes ablöst - werden dann nicht eingestandenermaßen Lebende getötet? In der deutschen Sprache ist ‚sterben` aus gutem Grund ein Tätigkeitswort. Man kann nur selbst sterben oder getötet werden. ‚Gestorben werden` gibt es nicht, und am Endpunkt einer Explantation steht die Leiche eines Menschen, der zuvor noch lebte und nicht selber sterben durfte - im Interesse Dritter.

Der Grüne Gesetzentwurf bedient sich einer neuen Unterscheidung, einer körperlichen Existenz dritter Art: "Lebende, Sterbende und Tote", wobei eine Organentnahme bei den "Sterbenden" legitim sein kann. Bei den "Lebenden" übrigens auch, im Erwachsenenalter, mit Zustimmung und im Familienkreis.

Der "Sterbeprozeß", solchermaßen zur Rechtskategorie erhoben, wird im Text doppeldeutig gezeichnet. "Sogenannte ‚Hirntote` sind Sterbende, nicht Gestorbene, geschweige denn Leichen" formulieren Grüne Politiker und Sachverständige in den Eckpunkten ihrer Vorlage, ganz in hirntodkritischer Absicht. "Der Sterbeprozeß selbst aber ist dem Leben zuzurechnen" wird später verstärkend betont. Der sterbende Mensch habe ein "Recht auf einen würdigen Tod", einen "verfassungsrechtlich Anspruch darauf, nicht gegen seinen Willen am Leben erhalten zu werden" und zugleich die Befugnis, "für sich einen anderen Modus des Sterbens

zu wählen", also den Tod durch Explantation zu wählen. In diesem Sinne sind auch Eltern berechtigt, den "Modus des Sterbens" ihrer Kinder zu wählen.

Wie aber sind Leben und Sterbeprozeß unterscheidbar, wenn beides der Existenzkategorie "Leben" zugerechnet wird? Der "todesnahe Krankheitszustand" berechtigt Ärzte zur Organentnahme, offenbar dann, wenn die "Irreversibilität" nachgewiesen ist. Diese wiederum wird mit den konventionellen medizinischen Mitteln festgestellt, "materiell" also, wie vormals der Hirntod. Zumindest deutet nichts in dem Gesetzesentwurf der Grünen und seiner Begründung an diesem Punkt einen Zweifel an.

An dieser Stelle hält man sich nach wie vor strikt ans geltende, naturwissenschaftliche Dogma. An anderer Stelle setzt man statt auf die Naturwissenschaft auf den Staat. Das neue, "normative Modell der Entnahme lebenswichtiger Organe" - so die Erläuterungen - will die verfahrens- und organisationsrechtlich abgesicherte, politische Grenzziehung.

Die Autoren erweitern aber gerade den langen Arm der Naturwissenschaft in die Gesetzgebung hinein. "Der Begriff des Lebens ist (...) normativ zu bestimmen", im Zusammenhang mit dem immer noch beibehaltenen naturwissenschaftlichen Nachweis, gibt man mit dieser Formel das ausdrücklich noch lebende Individuum für den "normativen" Zugriff frei. In der Absicht, nicht länger materiell "totzudefinieren", stellt das grüne Transplantationsgesetz erstmals wieder in Deutschland die Kriterien einer legitimen Tötung der politischen Entscheidung anheim.

Naturereignis Tod ...

Atemberaubend bioethisch wird die neue Aufgabe des Staates begründet. Die Rede ist vom "Naturereignis Tod (...) Die Rasanz des medizinischen Fortschritts verändert die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und entkleidet dabei auch die elementaren Grundkonstanten des Gemeinwesens - Leben, Sterben, Tod - ihres ehemals urwüchsigen Charakters." Diese konstruierte Gegensätzlichkeit von Natur und Kultur fordert geradezu die staatliche Regulierung eines nicht mehr natürlichen, und damit regelungsbedürftigen Ereignisses heraus. In der Bioethik wird an derartigen Falltoren immer vom fehlenden "Wertekonsens der hochentwickelten Gesellschaften" geredet, um die notwendige bioethische Intervention in Form von Kriterien und Gesetzen hervorzuzaubern. In Grün klingt das so: "Doch nunmehr geht es nicht mehr allein darum, den Tod festzustellen, sondern darum, einen möglichst praktikablen Todeszeitpunkt festzulegen", welche "keine naturwissenschaftliche Tatsache, sondern eine wertenden Beschreibung ist. Diese aber liegt außerhalb der naturwissenschaftlichen Zuständigkeit". Die Frage ist nur, in welche konkrete - und nicht allgemeinstaatliche - Zuständigkeit diese neue Tatsache fällt? Wer darf und kann Todeszeitpunkte festlegen? Der Mediziner? Parlamentarier? Bioethiker?

... und nicht berücksichtigte Fragen

Auf den ersten Blick scheint es sich, um eine - vergleichsweise! - restriktive Regelung für das Transplantationswesen zu handeln. Auf den zweiten Blick springen die Verfahrenstechniken zum Ausbau und zur Strukturierung dieser medizinischen Struktur ins Auge. Koordinationsstellen zur Entnahme, Vermittlung und Übertragung werden ebenso bedacht wie die Transplantationszentren, die "verpflichtet sind (...) Wartelisten zu führen", was sie ohnehin tun. Qualitätssicherung und Aufklärungspflicht, Aktenführung und die Einführung von Kennummern zu Datenschutzzwecken ordnen, vereindeutigen und verobjektivieren das Transplantationsgeschehen. Auf den dritten Blick jedoch gleicht die Logik, die bei der Formulierung des Papiers am Werke war, genau dem liberalistischen Modell, mit dem man vor einigen Jahren in den USA begann, den Markt der Körperstücke mit der Option der Sterbehilfe argumentativ zu verbinden. Und mittlerweile ist auch in der Bundesrepublik die Frage erlaubt, ob man Komatöse ärztlich legitimiert verhungern lassen darf und ob man alten Menschen die Tötung als Leidensvermeidung zur Entscheidung stellen darf. Im Bereich der Transplantationsmedizin legalisiert man eine scheinbar moralische Güterabwägung zwischen berechtigten Interessen Dritter und Leben und Sterben. Juristisch setzt man auf das Kriterium der freien Einwilligung nach erfolgter Information. Mit diesem Modell wird alles Nachfolgende von der Tötung im Interesse der Senkung von Sozialkosten ebenso verhandelbar wie die Tötung im Interesse Dritter, die ein Organ brauchen, fordern, beanspruchen. Im liberalistischen Angebotskatalog ist tatsächlich alles wählbar, dem Individuum anheim gestellt.

Zahllose Fragen grundsätzlicher Art sind den grünen Gesetzesmachern gar nicht erst in den Sinn gekommen. So die Frage, ob die tödliche Gewalt der Organwegnahme, durchgeführt von Ärzten, die nunmehr berechtigt sein sollen, zum Wohl und im Interesse anonymer Dritter und nicht zum Wohl des leibhaftigen Patienten, überhaupt gesellschaftlich zulässig sein soll. So die Frage, ob die individuelle Entscheidungszumutung für alle, die mit der Möglichkeit der Organverpflanzung konfrontiert und die konkrete Gewalt, die Ärztinnen, Schwestern, Pfleger und Organvermittlern angetan wird, die Organverteilungsentscheidungen zu treffen haben, für politisch wünschenswert gehalten werden kann.

Das Transplantationswesen ist kein historischer Sachzwang. Bis vor kurzem noch, ich erinnere mich gut, vor zwanzig Jahren noch, enthielt niemandes Körper die Ressource für einen anderen. Niemand dachte an die Zerstückelung bei lebendem Leibe aus Gründen des Gemeinwohls oder als moderne Variante vom Opfertod.

Erika Feyerabend und Petra Gehring

(BioSkop - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften)

23. Stoßtrupps gegen die Demokratie. Zur Funktion und Arbeitsweise polizeilicher Sondereinheiten

Autor: Basisgruppe Geschichte Göttingen · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:03

Göttingen 2. Oktober 1995. Ein Demonstrationszug bewegt sich langsam durch die FußgängerInnenzone. Die ca. 800 TeilnehmerInnen gehen dicht gedrängt und haben sich untergehakt. Der Zug ist von vorne bis hinten von mehreren hundert PolizistInnen eingekesselt und wirkt eher wie ein Gefangenentransport. Eine Parole wird von DemonstrantInnen besonders laut und häufig gerufen: "SS - SA - SEK!" Gemeint sind die dicht an der Demo laufenden Sondereinsatzkommandos der Polizei. Schon äußerlich unterscheiden sich diese Polizisten durch ihre martialische Ausrüstung von ihren "normalen" KollegInnen. Doch was verbirgt sich nun tatsächlich hinter den SEKs oder anderen Sondereinheiten in der Bundesrepublik, wie GSG 9, MEKs, USK, ZSK, BFEs, die alleine durch ihre Anwesenheit auf einer Demonstration bei vielen TeilnehmerInnen Angst, Wut und Ohnmachtsgefühle auslösen?

Zu den Anfängen

Die Hochrüstung der Polizei in der Bundesrepublik ist nicht neu, sondern hat vielmehr eine lange Tradition. 1950 beschlossen Bund und Länder die Aufstellung von kasernierten Bereitschaftspolizeien. Die Bereitschaftspolizei (Bepo) sollte ein "erster Ansatz für ein Machtinstrument der Bundesrepublik nach innen" sein. (1) Ein Machtinstrument, das verbunden mit repressiven Gesetzen (z.B. §129 StGB) (2) vor allem gegen kommunistische Gruppen oder streikende ArbeiterInnen eingesetzt werden sollte. Im März 1951 wurde vom Bundestag der Aufbau des Bundesgrenzschutzes (BGS) beschlossen, der bei ähnlicher Aufgabenstellung wie die Bereitschaftspolizeien direkt dem Bund unterstehen sollte. Der BGS war außerdem die Basis für die von Konrad Adenauer angestrebte Wiederaufrüstung der BRD. Die in ihrem Gründungsjahr ca. 9.000 Mann starke Truppe (3) wurde nach militärischen Prinzipien ausgebildet, organisiert und bewaffnet. (4) So verfügen BGS (und Bepo) über geländegängige Panzerwagen, Maschinengewehre, Handgranaten und Granatwerfer.

Daß sowohl diese Waffen als auch die Ausrichtung der Truppenpolizeien besten falls in kriegerischen Auseinandersetzungen irgendeinen Wert haben könnten, gegen streikende ArbeiterInnen oder Demonstrationen aber vollkommen ungeeignet waren, zeigte sich spätestens seit Ende der 60er Jahre. StudentInnen gingen gegen Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, die NPD oder den Schah-Besuch (1967) auf die Straße. Als Anfang der 70er Jahre bewaffnete Kleingruppen wie die RAF, die Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen oder die Rote Zora den Kampf gegen das System der Bundesrepublik militärisch bzw. militant zu führen begannen, erwiesen sich die Bürgerkriegsarmeen des BGS (1970: 15.992 Angehörige) und Bereitschaftspolizeien (1970: ca. 19.000 Angehörige) in ihrer damaligen Struktur als zu unflexibel, um gegen diese Art des Widerstandes vorgehen zu können.

Diese bewaffneten Widerstandsgruppen dienten den SicherheitsstrategInnen als Vorwand, den Sicherheitsapparat auszubauen und zu reformieren, um die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik in den Griff zu bekommen. Neben Gesetzesverschärfungen wurden Bundeskriminalamt (BKA), Landeskriminalämter (LKAs) und Verfassungsschutzbehörden personell und materiell massiv verstärkt (5).

Die Bereitschaftspolizeien der einzelnen Bundesländer wurden für zeitgemäße Aufstandsbekämpfung" ausgerüstet: Helme, Schilder und Schlagstöcke gehörten von nun an zur polizeilichen Standardausrüstung für Demonstrationen.

"Den Gegner vernichten":

Die GSG 9

Seit 1972 begannen Bund und Länder mit dem Aufbau verschiedener hochgerüsteter Sondereinheiten. Unmittelbarer Anlaß war die Geiselnahme israelischer SportlerInnen während der Olympischen Spiele 1972 in München durch palästinensische AktivistInnen des "Schwarzen September". Am 5.9.1972 richtete die bayerische Polizei auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck ein Massaker an, als sie die Geiseln gewaltsam befreien wollte. Fünf Mitglieder des "Schwarzen September" und alle Geiseln kamen ums Leben. Wieviele

israelische SportlerInnen bei dieser katastrophalen Aktion tatsächlich von deutschen Polizisten (und nicht von den GeiselnehmerInnen) erschossen wurden, ist bis heute unklar.

Bereits am 26. September desselben Jahres ordnete der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher die Aufstellung der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) an. Tätig werden soll die GSG 9 bei "besonders schweren Fällen der Gewaltkriminalität, insbesondere bei Tötungsdelikten, Menschenraub, Geiselnahme, räuberischer Erpressung, Sprengstoffanschlägen, Luftpiraterie, Attentate gegen Staatsgäste". (6)

Welchen Charakter diese ca. 200 Mann umfassende Sondereinheit des BGS (stationiert in St. Augustin bei Bonn) haben sollte, machte Genscher unmißverständlich klar: Die GSG 9 müsse "Elitebewußt-sein entwickeln" und "mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten (...) Kampfunfähigschiessen ist Quatsch." (7) So ist es nicht verwunderlich, daß sich Ulrich Wegener - von Oktober 1972 bis Februar 1980 Kommandeur der Eliteeinheit - bei der Konzeption der GSG 9 unter anderem am britischen "Special air service" (SAS) orientierte. Die bereits 1942 gegründete Anti-Guerilla-Einheit wurde vor allem durch ihr mörderisches Vorgehen im Nordirland-Konflikt bekannt. Zahlreiche vermeindliche oder tatsächliche IRA-AktivistInnen wurden vom SAS gezielt exekutiert ("shoot to kill politic"). (8)

Die GSG 9 besteht ausschließlich aus Freiwilligen, die nach strengen Kriterien (psychologischer Eignungstest, Sportprüfung, Einzelgespräche) ausgewählt werden. Die Ausbildung, die dreizehn Wochen Grund- und neun Wochen Spezialausbildung umfaßt, kann laut Wegener "nicht hart genug sein, denn wir müssen davon ausgehen, daß es sich beim potentiellen Gegner um militante Gruppen handelt." (9) Die Inhalte des Trainings sind dementsprechend ausgerichtet: Kampfsport (vor allem Karate), Krafttraining, Schießen (unter unterschiedlichen Bedingungen und mit unterschiedlichen Waffen), Häuserkampf, Einsätze in Schiffen und Flugzeugen. Ziel dieser Ausbildung ist es, "motivierte Einzelkämpfer" mit "höchster Kampfmoral" heranzuzüchten. (10) Darüber hinaus werden GSG 9-Mitglieder psychologisch und politisch geschult ("intensive Auseinandersetzung mit den geistigen und politischen Wurzeln des Terrorismus" (11)).

Im Laufe der 23 Jahre ihres Bestehens kam die GSG 9 jedoch nur vereinzelt zum Zuge. In diesen wenigen Fällen stellten die Angehörigen dieser Truppe jedoch ihre von Genscher geforderte Rücksichtslosigkeit und Killermentalität unter Beweis. Weltbekannt wurde die GSG 9 durch die Erstürmung der entführten Lufthansamaschine "Landshut" in Mogadischu (Somalia) am 18.10.1977. Bei dieser Aktion wurden vier der fünf Mitglieder des Kommandos "Martyr Mammud" erschossen. Ein Jahr später im Juli 1978 verübte ein GSG 9-Trupp einen Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis von Celle. Dieser "staatsterroristische" Anschlag war vom niedersächsischen Verfassungsschutz geplant und von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) gebilligt worden, mit dem Ziel, einen V-Mann in die Kommandoebene der RAF einzuschleusen. In den 80er Jahren wurde die Sondereinheit am Rande von Großdemonstrationen eingesetzt oder stand zumindest für Einsätze bereit. So z.B. während des Weltwirtschaftsgipfels (WWG) in Bonn 1985 und am 7.6.1986 bei militanten Auseinandersetzungen am Bauzaun von Wackersdorf. Hier kamen auch sogenannte "Blendschockgranaten" (greller Lichtblitz von 50.000 Watt mit ohrenbetäubendem Knall) gegen DemonstrantInnen zum Einsatz. (12) Ein Ausrüstungsgegenstand, der auch in den Waffenkammern der GSG 9 zu finden ist. Demonstrationseinsätze waren und sind allerdings die Ausnahme. Für solche Fälle stehen andere Sondereinheiten zur Verfügung, von denen an anderer Stelle noch die Rede sein wird.

Ins Rampenlicht rückte die GSG 9 jedoch wieder am 27.6.1993. Auf dem Bahnhof von Bad Kleinen wurde der RAF-Aktivist Wolfgang Grams, bereits wehrlos auf den Gleisen liegend, von einem GSG 9-Kommando - nach ZeugInnenaussagen - regelrecht hingerichtet. (13) Erinnert sei an die schon zitierten Worte Genschers: "Mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten".

Fassen wir zusammen, was wir über das elitäre Selbstverständnis, Ausbildung und Bewaffnung dieser BGS-Einheit gelesen haben, dann war die Aktion von Bad Kleinen keine Panne, die Erschießung von Wolfgang Grams kein Blackout eines "durchgeknallten" GSG 9-Angehörigen, die Tötung des "Gegners" ist im GSG 9- Konzept angelegt. Auf diese Weise wird die in der Bundesrepublik abgeschaffte Todesstrafe durch die Hintertür wieder eingeführt. Die GSG 9 übernimmt somit die Funktion des Richter als auch die des Henkers. Einen "rechtstaatlichen" Prozeß gibt es für die Opfer der GSG 9 oftmals nicht mehr.

"Instinktiv schießen":

Sondereinsatzkommandos

Die GSG 9 ist aber nicht die einzige Sondereinheit in der Bundesrepublik, die die "Lizenz zum Töten" hat. Seit 1973 existieren in allen Bundesländern Sonder/Spezialeinsatzkommandos (SEK), die eine Weiterentwicklung der sogenannten "Zielfahndungskommandos" darstellen, die Anfang 1970 zur Fahndung nach RAF-Mitgliedern aufgestellt wurden. Die Zielfahndungskommandos waren vor allem für ihren schnellen und rücksichtslosen Schußwaffengebrauch bekannt. Erstes Opfer dieser Sondereinheiten war Petra Schelm, die 1971 in Hamburg erschossen wurde. Es folgten Thomas Weissbecker, Georg von Rauch, Werner Sauber, Ian McLeod, Günther Jendrian (...)

Die SEKs sind "vorwiegend repressiv orientiert" und sollen gegen "schwerste Gewaltkriminalität" vorgehen. (14) Die Ausbildung der SEK-Angehörigen ist mit der der GSG 9 vergleichbar. Trainiert werden Nahkampftechniken, Häuserkampf, Abseilen aus Hubschraubern, Hochgeschwindigkeitstraining, etc. Besonderer Wert wird auf die Schießausbildung gelegt. Die Beamten sollen das "instinktive Schießen" erlernen. (15)

Die SEKs sind in der Regel an die Bereitschaftspolizei des jeweiligen Landes bzw. an eine große Polizeidienststelle angegliedert. SEKs werden aber nicht nur gegen organisierte "Schwerstkriminelle" eingesetzt. Seit Ende der 70er Jahre werden Sondereinsatzkommandos anläßlich von Demonstrationen zusammengezogen. Seit 1988 sind SEK-Einheiten mit sogenannten "Tonfa-Schlagstöcken" bewaffnet. Diese potentiell tödliche Waffe wird von PolizeitechnikerInnen euphemistisch "Rettungsmehrzweckstock" (RMS) genannt. Der 61 cm lange und 3,2 cm breite Stock verfügt auf einem Viertel der Länge über einen 14 cm langen Griff, der Dreh- und Schleuderbewegungen möglich macht. Trifft der RMS aus einer Schleuderbewegung heraus einen Kopf, "dann" so ein Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, "knackt er jeden Schädel". (16) Durch Stiche mit dem kurzen bzw. langen Ende des Stockes können für die Fernsehkameras unspektakuläre, für das Opfer aber lebensgefährliche innere Verletzungen hervorgerufen werden. Der Tonfa ist mittlerweile zum Symbol dieser hochgerüsteten Sonderkommandos geworden.

Mobile Einsatzkommandos

Die SEKs werden normalerweise ergänzt von den in räumlicher Nähe stationierten "Mobilen Einsatzkommandos" (MEK) (17). Die MEKs sind Spezialeinheiten der Kriminalpolizei und sind entweder direkt an das jeweilige Landeskriminalamt (LKA) oder eine überregionale Dienststelle (z.B. Landespolizeidirektion) angeschlossen. Das Aufgabenfeld der MEKs liegt in der Erkundung und Observation "schwer krimineller und speziell auch terroristischer Personen" (18). Der Zugriff allerdings bleibt in der Regel den Sondereinsatzkommandos vorbehalten.

Perfektionierung des Tötens:

Präzisionsschützenkommandos

SEK und MEK werden ergänzt von den "Präzisionsschützenkommandos" (PSK). PSK-BeamtInnen, die während ihrer Ausbildung ca. 4.000 Schuß abgeben, sind geschult, Menschen möglichst präzise durch einen Schuß ins Kleinhirn zu töten. Bei einem Treffer nämlich ist das Opfer "nicht mehr in der Lage einen Finger krumm zu machen" (19). Der Tod tritt sofort ein. Die Einsatzphilosophie von SEK, MEK und PSK ist also ähnlich zu charakterisieren wie die der schon beschriebenen GSG 9: kurzer Prozeß.

Beitrag zur "Deeskalation"?

Mitte der 80er Jahre wurden in einigen Bundesländern weitere Spezialeinheiten aufgestellt. Als Begründung wurden die Widerstandsbewegungen gegen verschiedene Großprojekte wie z.B. das Kernkraftwerk Brokdorf (das 1986 ans Netz ging), die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder aber der Bau und die Inbetriebnahme der Startbahn West (Frankfurt/M.) vorgeschoben. Aufgabe dieser neuen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFEs) sollte offiziell sein, bei Demonstrationen "StraftäterInnen" zu überwältigen und "beweissichere Festnahmen" durchzuführen. Durch gezieltes Eingreifen sollten "StörerInnen" isoliert und somit zur Deeskalation beigetragen werden. Der Aufbau der BFE-Einheiten ist dem der Sondereinsatzkommandos ähnlich. Die BFE-Einheiten sind in Trupps von je fünf BeamtInnen aufgeteilt, die mit Schlagschutz, kugelsicheren Westen, Vollvisierhelmen mit eingebautem Funkgerät und Tonfa-Schlagstöcken ausgerüstet sind. Dazu kommt ein Beweissicherungstrupp (Besi), der mit modernster Video- und Fototechnik ausgestattet ist. Wird einE "StraftäterIn" von einem Kommandomitglied erkannt, muß dieseR an die anderen Mitglieder

weitergemeldet werden. Erst wenn alle BeamtInnen die betroffene Person lokalisiert haben und der Besi-Trupp die Beweissicherung vorgenommen hat, erfolgt der Zugriff. (20) In der Realität haben sich die seit 1985 (zunächst in Hessen) existierenden BFE-Einheiten als wenig "deeskalierend" erwiesen. Ganz im Gegenteil: In der Praxis treten diese Trupps (ähnlich wie die SEKs) als brutale Schlägerkommandos in Erscheinung, die sich in den allerwenigsten Fällen darum bemühen, zwischen "StraftäterInnen" (21), Gewaltfreien und Unbeteiligten zu unterscheiden. Genausowenig werden von den Besi-Einheiten nur einzelne "StörerInnen" gefilmt und fotografiert. In der Regel bemühen sich Besi-Angehörige, die gesamte Demonstration lückenlos zu erfassen. Um diese Thesen zu belegen, wollen wir zwei solcher Festnahmeeinheiten einmal genauer betrachten.

"Ohne Ansehen der Person": Die EbLT

Im Mai 1987 wurde nach den massiven Auseinandersetzungen in Berlin-Kreuzberg (1. Mai) ein "Spezialbataillon der Verwaltung" (22) aufgestellt mit dem Auftrag, bei ähnlichen Auseinandersetzungen in Zukunft beweiskräftige Festnahmen vorzunehmen. 62 "hochmotivierte" Männer und zwei Frauen aus den Berliner Einsatzbereitschaften (entsprechen der Bereitschaftspolizei der Bundesländer) wurden zur "Einsatzbereitschaft für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training" (EbLT) zusammengefaßt und speziell ausgestattet. Bei ihrem ersten großen Einsatz am 9./10. Oktober 1987 am Bauzaun von Wackersdorf zeigte die EbLT ihren brutalen, ja schon fast staatsterroristischen Charakter. Immer wieder stürmten EbLT-Trupps aus dem WAA-Gelände, um wahllos friedliche DemonstrantInnen zu verprügeln: "Es war den Ärzten gerade gelungen einen behelfsmäßigen Kopfverband anzulegen, der rumschlapperte, und dann hat die Berliner Polizeieinheit diesen Verletzten ihnen aus den Händen gerissen (...) Etwa einen Meter von mir entfernt stand ein junger Mann. Fünf Berliner stürzten sich auf ihn, knüppelten auf ihn ein, solange bis er bewußtlos da lag. Er hatte eine klaffende Wunde auf der rechten Schädeldecke und (es war) eine rote Lache im Sand. Entsetzt lief ich in Richtung Wald, um einen Sanitäter zu holen. Auch den schubsten sie zur Seite und schleiften den Ohnmächtigen an Händen und Beinen ziehend durch den Sand zum Graben. Neben mir stand ein BGS-Beamter, den habe ich in meiner Verzweiflung am Ärmel gepackt und habe gesagt: ‚Schauen Sie doch hin, die schlagen doch den Mann tot, greifen Sie doch ein!` (...) Der hat mich angeschaut - ich habe so etwas noch nie da drunten gesehen. Der hat geweint." (23) Die blutige Spur der Einsatzbereitschaft zog sich von Wackersdorf, über Berlin-Kreuzberg am 1. Mai 1988 bis hin zu den Einsätzen während des IWF-Treffens in Berlin im September 1988. Am 1. Mai 1988 verprügelte die EbLT sogar im Eifer des Gefechts drei höhere Polizeiführer. Der damalige Innensenator Kewenig (CDU) stellte sich vor seine Elitetruppe. "Der bedauerliche Vorfall" zeige, so Kewenig, "daß die Beamten im Einsatz gegen Rechtsbrecher in einer auch für sie schwierigen Lage ohne Ansehen der Person vorgegangen sind." (24) Doch die Skandale um die EbLT rissen nicht ab. So waren Mitglieder dieser Einheit im Vorfeld des IWF-Treffens als Undercover-AgentInnen der Berliner autonomen Szene tätig, um Erkenntnisse über mögliche Gegenaktionen zu erhalten. (25) Das Trennungsgebot zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit wurde damit aufgehoben. Darüber hinaus pflegte die Sondereinheit einen offenen Gewaltkult. Ihre Angehörigen gestalteten ihre Unterkünfte mit Demonstrationsbeutestücken aus (z.B. Zwillen) und prahlten mit ihren "Heldentaten". Ein ehemaliges EbLT-Mitglied: "Die Beamten haben sich der einzelnen Verletzungen gerühmt, die sie anderen zugefügt haben. Einzelne Beamte haben sich sogar gebrüstet, möglichst viele Schlagstöcke zerschlagen zu haben." (26) Schließlich war die EbLT aufgrund ihrer fortwährenden Skandale nicht mehr tragbar und wurde kurz nach dem IWF-Treffen aufgelöst.

"Blindwütige Kampfmaschinen": Das USK

Die EbLT hinterließ durch ihren Wackersdorf-Einsatz 1987 bei CSU-SicherheitspolitikerInnen einen so positiven Eindruck, daß Bayerns Innenminister Lang angeregt durch das Berliner Vorbild dem bayrischen Innenstaatssekretär Peter Gauweiler (CSU) vorschlug, eine eigene Sondertruppe aufzustellen. Im Februar 1988 präsentierte das bayerische Innenministerium die neue, damals 619 Mann starke Elitetruppe, das Unterstützungssonderkommando (USK). Das USK-Konzept charakterisierte Ministerialdirigent Hermann Häring folgendermaßen: "Vom statischen Modell weg, hin zum offensiven, aggressiven Vorgehen." (27) In der Polizeizeitschrift "Münchner Polizei '88" stand zu lesen: "Die USK gehen grundsätzlich offensiv vor. Angriff ist die beste Verteidigung." (28) Diesem Auftrag entsprechend wurden die USK-Mitglieder ausstaffiert: Trekkingschuhe, Overalls, kugelsichere Westen, olivgrüne Helme und Tonfa-Schlagstöcke. Darüber hinaus verfügen sie über modernste Photo- und Videoausrüstung, die auch extensiv genutzt wird. (29) Die Unterstützungskommandos haben seit ihrer Gründung 1988 keine Gelegenheit ausgelassen, ihren Ruf als

"blindwütige Kampfmaschinen" (so die bayrische Landtagsfraktion der Grünen) zu untermauern. Im September 1988 sorgten sie bei ihrem ersten großen Einsatz während des IWF-Treffens durch ihre Knüppelorgien vor allem am Rande der autonomen Demo am 29.9. bundesweit für Aufsehen. Weltweite Empörung lösten USK-Einsätze während des Weltwirtschaftsgipfels 1992 in München aus. Nachdem die Eliteeinheit schon im Vorfeld des Gipfels Informationsveranstaltungen von WWG-GegnerInnen in München und Nürnberg aus nichtigen Anlässen (z.B. Abspielen der Melodie des Pippi-Langstrumpf-Liedes) gestürmt und somit gewaltsam beendet hatte, wurde auf dem Gipfel zunächst anläßlich der Großdemonstration, schließlich während der Einkesselung von 500 DemonstrantInnen zwei Tage später "nach Bayerischer Art" (Max Streibl) durchgegriffen. USK-Beamte prügelten unaufhörlich auf wehrlos am Boden liegende Personen ein, so daß es zahlreiche Verletzte gab. In der bundesdeutschen Presse war berechtigterweise von "brutaler Gewalt" und "Polizeifestspielen" die Rede. (30) In der US-Presse wurden Vergleiche zu Südafrika und Chile gezogen. Diese Einsätze sind aber nicht als Einzelfälle zu betrachten, sondern haben System. Bei ungezählten anderen linken Kundgebungen oder Demonstrationen ging und geht das USK auf ähnlich brutale Weise vor. (31) Die Unterstützungskommandos, die im übrigen direkt dem bayerischen Innenministerium unterstehen, und somit meistens völlig losgelöst vom jeweiligen Einsatzkonzept agieren, fungieren also als Instrument der CSU-Regierung, um möglichst effektiv politische Opposition zu verunsichern, zu kriminalisieren und gegebenenfalls mundtot zu machen. Der Ermittlungsausschuß München stellt fest: "Das USK ist aufgestellt, ausgebildet und wird eingesetzt mit genau dieser Aufgabe: als Prügelgarde gegen politischen Widerstand und Protest. Die Elite fürs Grobe." (32) Die nähere Betrachtung von EbLT und USK zeigt also, daß die Aufstellung der BFE-Einheiten nicht als Rücknahme der Eskalation auf Demonstrationen zu werten ist; viel mehr ist durch diese Einheiten der Spielraum für politische Opposition noch enger geworden. Die weitere Spezialisierung der Polizei diente also der Perfektionierung und Effektivierung der politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik.

Die alltägliche Repression

Im Laufe der 80er Jahre wurde so nicht nur die Repression anläßlich bestimmter Ereignisse wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Blockaden verschärft. In einzelnen Städten wurden Spezialeinheiten geschaffen, die vor allem die linke Szene durch ständige, alltägliche Präsenz verunsichern sollten. Auf zwei solcher Polizeikonzepte soll hier näher eingegangen werden. Zum einen auf die (mittlerweile aufgelösten) E-Schichten im Hamburger Schanzenviertel, zum anderen auf das Zivile Streifenkommando (ZSK) in Göttingen.

Im Jahresbericht von amnesty: Die E-Schichten

Anfang November 1988 verkündete der Hamburger Senat in einer Presseerklärung: "Seit Beginn des Jahres ist festzustellen, daß sich die Polizei in einigen Wohngebieten Hamburgs Straftaten in neuer Form gegenübergestellt sieht (...) Um diesen Erscheinungsformen besser als bisher entgegenzutreten, soll die Polizei in die Lage gesetzt werden, mit zusätzlichen geschlossenen Einheiten schnell einzuschreiten und Straftaten zu verfolgen. Um in besonders sensiblen Wohngebieten die Art und Weise polizeilichen Eingreifens steuern zu können (...) ist eine Verstärkung der örtlichen Polizeireviere erforderlich. Hier kommt es ganz besonders auf Orts- und Milieukenntnisse an (...)." (33) Die Polizeireviere St. Pauli (Nr. 15), Schanzenviertel (Nr. 16) und Altona (Nr.21) wurden um insgesamt 60 BeamtInnen verstärkt. Hintergrund für die Aufstellung dieser Einheiten (E-Schichten) war der erbitterte Widerstand von AnwohnerInnen gegen die Nutzung des alten Flora-Theaters (Schanzenviertel) für Andrew L. Webbers Musical "Phantom der Oper". Die BewohnerInnen des Stadtteils fürchteten zu Recht steigende Mieten und höhere Lebenshaltungskosten. Der Protest mündete schließlich in der Besetzung des Flora-Theaters. Aufgabe der E-Schichten war es, die "Szene" des Stadtteils zu observieren, sich Orts- und Milieukenntnisse anzueignen, sich Namen und Gesichter zu merken. Die E-Schichten unternahmen also den Versuch einer "polizeilichen Durchdringung ganzer Stadtteile und die versuchte Kontrolle unseres Alltagslebens" (so StadtteilbewohnerInnen in einer Einschätzung). (34) Vor allem aber machte die Sondereinheit, deren Angehörige meist in Lederjacken und Jeans in Erscheinung traten, durch brutale Übergriffe und Mißhandlungen von Festgenommenen von sich reden. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international wurde auf die Praktiken der E-Schichten aufmerksam. In der Zeit vom 1.3.1989 bis zum 28.2.1993 registrierte die Organisation 32 Strafanzeigen wegen Mißhandlungen gegen die ZivilbeamtInnen. Zwei besonders krasse Fälle von Polizeigewalt dokumentierte ai im Januar 1994. Zum einen den des Krankenpflegers Lutz P. vom 20.8.1989: Er wurde nach seiner Festnahme von

E-Schicht-Angehörigen auf der Wache verprügelt und sein Kopf mehrfach auf den Tresen geschlagen, so daß er einen Nasenbeinbruch, Prellungen, einen Riß an der Lippe und eine ausgerenkte Schulter davontrug. Der Schlosser Frank F. wurde am 27.7.1991 so schwer mißhandelt, daß er eine Gehirnerschütterung, eine Nierenquetschung, eine Schwellung des linken Auges, sowie Prellungen und Blutergüsse am ganzen Körper erlitt. (35) Kein Wunder, daß die Angehörigen dieser Einheiten (die natürlich sämtliche Vorwürfe abstreiten und sich durch ihre Aussagen gegenseitig decken) ein äußerst gespanntes Verhältnis zur kritischen Presse haben. Während einer Kundgebung des österreichischen Rechtsextremisten Jörg Haider in Hamburg im Juni 1994 stürzte sich ein ziviler Polizeitrupp auf den polizeikritischen NDR-Journalisten Oliver Ness und traktierte ihn mit Knüppelschlägen und Fußtritten. Außerdem wurde ihm der rechte Fuß gezielt verdreht "bis es knackte". (36) Der Reporter erlitt, neben Prellungen und Schürfwunden, zwei Bänderrisse. Schließlich kam mit den Haushaltsberatungen im April 1994 doch noch die längst überfällige Auflösung der E-Schichten. Allerdings argumentierte der damaligen SPD-Innensenator Werner Hackmann mit sparpolitischen Erwägungen. Die Tatsache, daß eine Polizeieinheit jahrelang schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen hatte, führte ebensowenig zur Auflösung der E-Schichten wie die Tatsache, daß durch diese Observations- und gleichzeitig Festnahmeeinheit das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgelöst und durchlöchert wurde.

Die Plattmacher: AUFKDO und ZSK

Eine andere Polizeieinheit, die mit den Hamburger E-Schichten vergleichbar ist, ist das Zivile Streifenkommando (ZSK) in Göttingen (ähnliche Kommandos existieren in Niedersachsen noch in Hannover und Braunschweig). Bereits in den frühen 80er Jahren existierte eine nach Schätzungen 60 BeamtInnen umfassende Spezialeinheit der Göttinger Schutzpolizei unter dem Namen: Aufklärungs- und Festnahmekommando (AUFKDO), daß im Wesentlichen mit der Aufgabe betraut war, die Göttinger Linke auszuforschen und mit den gewonnenen Erkenntnissen (Namen, Veranstaltungen, Demos, KFZ-Kennzeichen etc.) die Spurendokumentationsdatei (SPUDOK) zu füllen. (37) 1982 wurde das AUFKDO offiziell aufgelöst. Ende 1986 nahm das ZSK, praktisch eine Neugründung des AUFKDO, seine Arbeit in Göttingen auf. Im Zusammenhang mit einer Scherbendemo in der Innenstadt wurde eine neue SPUDOK-Datei eröffnet. Das zunächst 30 Personen umfassende ZSK arbeitete auf der Basis der AUFKDO-Erfahrungen und nach den gleichen Prinzipien. Für die Datei sollten möglichst viele Informationen gesammelt, die "Szene" durch ständige ZSK-Präsenz verunsichert werden. In den darauffolgenden Jahren kam es zu zahlreichen Übergriffen der zivilen Sondereinheit, die schließlich am 17.11.1989 mit dem Tod von Conny W. ihren (vorläufigen) Höhepunkt fanden. Nach einer Auseinandersetzung zwischen Neonazis und AntifaschistInnen verfolgte die Polizei die ca. 30 AntifaschistInnen quer durch die Stadt. Conny W. floh vor knüppelschwingenden Uniformierten auf die, trotz des umfangreichen Polizeieinsatzes nicht gesperrte Weender-Landstrasse, wurde von einem Auto erfaßt und getötet. Der Einsatzbefehl für diese mörderische Aktion war vom Leiter des ZSK über Funk gegeben worden: "Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir sie plattmachen!" (38) Nach diesem Vorfall wurde es ruhig ums ZSK. Auch wenn es seitdem nicht mehr spektakulär in Erscheinung getreten ist, kann man davon ausgehen, daß es noch existiert. Dennoch bleibt festzuhalten: Die Konzeption der hier genannten zivilen Sondereinheiten ist aufgrund der schon beschriebenen geheimdienstlichen Tätigkeiten tendenziell polizeistaatlich.

Fazit

Dem Staat ist es vor allem während der letzten 25 Jahre gelungen, neben immer repressiveren Gesetzen, durch ständige Spezialisierung des Polizeiapparates auf außerparlamentarische, politische Opposition und Widerstandsbewegungen in der Bundesrepublik zu reagieren. Die Interessen der Herrschenden werden handfest mit Hilfe von zum Teil paramilitärischen, hochgerüsteten Sondereinheiten mit klar definiertem Feindbild durchgesetzt. Die - zumindest auf dem Papier stehenden - Grund- und Menschenrechte bleiben dabei weitgehend auf der Strecke. So wird, wie wir gesehen haben, durch die Arbeitsweise von einigen der erwähnten Einheiten das nach den Erfahrungen mit der Gestapo im Nationalsozialismus erlassene Trennungsgebot zwischen geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit faktisch aufgehoben. Andere Einheiten wiederum sind mit dem Ziel ausgebildet, zu kämpfen, "den Gegner zu vernichten". Im allgemeinen ist aufgrund der bestehenden Strukturen im Polizeiapparat eine demokratische Kontrolle von außen (z.B. durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse) nicht möglich. Reformen aus dem Polizeiapparat selbst scheinen illusorisch. Die nahezu perfekte Spezialisierung dient natürlich nicht nur der effektiven Unterdrückung

nach außen. Auch mögliche Opposition innerhalb des Apparates soll somit unterbunden werden. (39) Eine Gefahr, die bei SEKs, USK, GSG 9 oder ZSK offensichtlich ausgeschlossen ist. Ihre Angehörigen pflegen ein demokratiefeindliches, übersteigertes Elitebewußtsein, das in der Regel ergänzt wird durch maßlose Brutalität. Belege für rassistische Tendenzen innerhalb der genannten Einheiten lassen sich zuhauf finden. Die Arbeitsmethoden dieser Sonderkommandos ans Licht zu bringen, zu dokumentieren und zu analysieren, tut also Not. Unser Ziel muß ihre Auflösung sein. Denn auch wenn der Vergleich polizeilicher Sondereinheiten in der Bundesrepublik mit der SS im "Dritten Reich" absolut falsch und unzutreffend ist (dadurch würde die singuläre Qualität nationalsozialistischen Terrors stark verharmlost), bleiben sie dennoch das, was sie sind: Stoßtrupps gegen die Demokratie.

Basisgruppe Geschichte Göttingen

Anmerkungen:

1) Bundesinnenminister Lehr am 25.1.1951, zit. nach: Heiner Busch u.a. (Hg.): Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt/NewYork, 1988, S.59

2) vgl. dazu: Von literarischem Hochverrat, geistiger Sabotage und anschlagsrelevanten Themen. Zur Geschichte und Gegenwart des Gesinnungsparagraphen 129/129a, in: calcül Nr.1/2 (Juli 1995) S.34-47

3) vgl. Enno Brand: Staatsgewalt, Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik, 2. Aufl., Göttingen, 1989, S.167

4) Es muß hinzugefügt werden, daß die ersten BGS- bzw. Bepo-Generationen in der Regel keine militärische Ausbildung mehr brauchten. Diese hatten sie bereits (vor allem die höheren BGS/Polizeioffiziere) schon in Hitlers Wehrmacht oder der Waffen-SS erhalten. So waren 1951 93 Prozent der BGS-Offiziere ehemalige Wehrmachtsmitglieder; 44 Offiziere waren Mitglieder der Waffen-SS. vgl. dazu Reinhard Gelbhaar: Der Bundesgrenzschutz. in: Militärpolitik Aktüll, Ost-Berlin, o.J., S.13

5) So stieg der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz zw. 1966 und 1976 von 22,2 Mio DM auf 80,8 Mio DM. Die Personalstärke stieg im gleichen Zeitraum von 956 MitarbeiterInnen auf 1.628. Noch dramatischer ist die Aufrüstung des BKA im Zeitraum von 1966-1976. Der Etat stieg von 16 Mio DM auf 149 Mio DM. Die personelle Besetzung stieg von 691 MitarbeiterInnen auf 2.499. Zahlen nach Enno Brand a.a.O., S.166

6) zit. nach: Bernd Walter: BGS - Polizei des Bundes. in: Polizei Aktuell, Bd. 34, Stuttgart/München/Hannover, 1983, S.90

7) zit. nach: Enno Brand a.a.O., S. 160

8) zum SAS vgl. Rote Hilfe (Hg.): Experimentierfeld Nordirland. Technologie der politischen Unterdrückung, Kiel, 1989

9) zit. nach: Rolf Tophoven: GSG 9 Kommando gegen Terrorismus, S.30

10) zit. nach: ebenda, S.30, 33

11) ebenda

12) vgl. Hartwig Lohmeyer u.a. (Hg.): Die Chaoten. Bilder aus Wackersdorf, Augsburg, 1988, S.280

13) zu den Ereignissen in Bad Kleinen: ID-Archiv im IISG (Hg.): Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams, Berlin/Amsterdam, 1994

14) vgl. Reinhard Rupprecht (Hg.): Polizeilexikon, Heidelberg, 1986,S. 372f.

15) zit. nach: Barett/ 3/95

16) zit. nach Der Spiegel 43/90

17) in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sind MEK und SEK organisatorischzusammengefaßt

18) zit. nach Reinhard Rupprecht a.a.O. S.271

19) ein Berliner PSK-Mitglied zit. nach Stern 46/94; zum "finalen Rettungsschuß" siehe auch: BürgerInnen kontrollieren die Polizei (Hg): Mit tödlicher Sicherheit. Zum Gladbecker/Bremer Geiseldrama und die Debatte um den gezielten Todesschuß, Bremen 1990

20) vgl. Jürgen Korell: Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten; in: Unbequem Nr. 19, September 1994; ebenso: Der Spiegel 43/86

21) Das Demonstrationsrecht ist seit den 80er Jahren immer mehr verschärft worden. So zählen Vermummung (als Vermummung gilt mittlerweile schon Kapuze und Sonnenbrille) und "passive Bewaffnung" (z.B. Öljacken oder Helme) bereits als Straftaten und rechtfertigen somit den Zugriff der Polizeieinheiten. Auch durch rigide Auflagen für Demonstrationen wird die Eingriffsschwelle der Polizei herabgesetzt. So ist es z.B. in Bayern in der Regel (seit WWG 1992 in München) verboten, seitlich des Demonstrationszuges Transparente mitzuführen, da sie wie folgt verwendet werden könnten: "Sichtschutz zur Begehung von Straftaten gegen Polizeibeamte und Unbeteiligte (...) Sich Einwickeln als ‚passiver Festnahmeschutz`. Umwickeln von Zugriffskräften als ‚aktiver Festnahmeschutz`". (aus der Begründung des Polizeipräsidiums München für das Verbot von Seitentransparenten auf der Anti-WWG-Demo am 4.7.92).

22) so MdA Pätzold (SPD) zitiert nach: Cilip 30 Nr 2/1988

23) zit. nach: Der Spiegel 20/88

24) zit. nach: ebenda

25) vgl. Der Spiegel 42/88

26) zit. nach: Cilip 30 Nr.2/1988

27) zit. nach: taz 5.2.1988

28) zit. nach: Toni Menninger: USK: "In seiner Ehre verletzt", in: Ökolinx März/April 1994

29) Zu Ausbildungs- und Trainingsinhalten des USK siehe: Gerhard Müller: Das USK München, in: Barett 6/90

30) vgl. Abendzeitung (München) 7.7.1992, 8.7.1992; ebenso: taz 7.7.1992; Nürnberger Nachrichten 7.7. 1992; SZ 8.7.1992

31) Bundesweit beachtete USK-Einsätze unter anderem: in Passau (Anti-DVU- Demonstrationen), anläßlich der Demonstrationen gegen die RudolfHess Gedenkmärsche (besonders 1991 in Bayreuth, 1992 in Hof).

32) zit. nach: Der Spiegel 29/92

33) Presseerklärung des Hamburger Senats, November 1988. Vollständig abgedruckt in: Arbeitskreis gegen Staatsgewalt (Hg.): Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel, Hamburg, 1991, S.36.

34) zit. nach: Manfred Mahr: Hamburg: Das Ende der E-Schichten, in: Unbequem Nr. 19 September 1994

35) vgl. ai-Info 1/94

36) vgl. Der Spiegel 24/94

37) Zu AUFKDO und ZSK: Buchladen Rote Straße u.a. (Hg.): ZSK. Zur Arbeit des Zivilen Streifenkommandos in Göttingen, Göttingen, o. J.

39) zit. nach: Enno Brand a.a.O. S.219

38) zit. nach: göttinger nachrichten Nr 158 (Dezember 1989); weitere Dokumente zum 17.11. 1989 in: FSRV der Uni Göttingen (Hg). Dokumentation Antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen 1989, Göttingen 1990

39) Widerstände und Kritik innerhalb der Polizei gab und gibt es durchaus. So existiert zum Beispiel seit 1986 die "Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V." Anlaß für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft war die 14stündige Einkesselung von ca. 800 AKW-GegnerInnen auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg.

Der Artikel ist redaktionell bearbeitet und gekürzt. Die vollständige Version ist erschienen in: "calcül - Zeitschrift für Wissen und Besserwissen" Nr. 3 vom November 1995. Herausgegeben wird die "calcül" von der Basisgruppe Geschichte, Rosa-Luxemburg-Haus, Goßlerstr. 16a, 37073 Göttingen.

24. Abschiebung nach Recht und Gesetz. Kurzer Prozeß mit sudanesischen Flüchtlingen

Kurzer Prozeß mit sudanesischen Flüchtlingen: "Verfahrensmängel" mit System

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:19

Streng, schnell und formal nach "Recht und Gesetz" ließ Bundesinnenminister Kanther in der Nacht zum 13. September 1995 sieben sudanesische Flüchtlinge in den Sudan abschieben. Dem vorausgegangen war ein wochenlanger Streit über das Schicksal der Flüchtlinge, die mit einem dreiwöchigen Hungerstreik gegen ihre Zurückweisung protestiert und auf ihre Lage aufmerksam gemacht hatten.

Am 4. August 1995 traten neun sudanesische Flüchtlinge im Transitbereich des Frankfurter Flughafens in einen Hungerstreik. Auslöser für diese Aktion war das ungeklärte Schicksal eines Sudanesen, der in der Woche zuvor nach einem negativen Verwaltungsgerichtsentscheid aus Frankfurt nach Khartoum zurückgewiesen worden war; bis dahin gab es von ihm kein Lebenszeichen. Nachdem das Verwaltungsgericht zwei der neun Sudanesen die Einreise und somit eine weitere Prüfung im "normalen" Asylverfahren ermöglicht hatte, setzten die restlichen sieben ihren Protest fort. Sie alle, keiner von ihnen über 30 Jahre alt, stammen aus dem Norden des Sudan. Dort engagierten sie sich in der studentischen demokratischen Opposition.

Aus dem Land der Folter

Im Sudan tobt seit 40 Jahren fast ununterbrochen Bürgerkrieg. Hierzulande gilt dieser Krieg als ein typischer "ethnisch-religiöser" Konflikt, ein Krieg zwischen Moslems und Christen bzw. Arabern und Schwarzafrikanern. Doch die Bürgerkriege im Sudan haben vielfältige soziale und politische Ursachen, deren Wurzeln bis tief in die Kolonialzeit zurückreichen. Der Nord-Süd-Widerspruch, der die neuere Geschichte des Landes durchzieht, beruht zwar auf der Tatsache, daß der arabische Norden sich am Sklavenhandel beteiligte, dem der größte Teil der Bevölkerung des Südens zum Opfer fiel. Unter der britischen Kolonialmacht jedoch wurde dieser Nord-Süd-Gegensatz zum Mittel der Herschaftssicherung. Das Land war faktisch in zwei Teile gespalten. Während im Süden Englisch als Amtssprache eingeführt wurde, wurde im Norden Arabisch beibehalten. Bereits vor 1956, dem Jahr der Unabhängigkeit, kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Nach der Staatsgründung brach der Bürgerkrieg offen aus, in dessen Verlauf sich Regierungstruppen und sezessionistische Rebellen aus dem Süden erbittert bekämpften.

Mit dem Putsch des Oberst Jaáfar Muhammad an-Nimeiri im Jahre 1969 wurde eine Entwicklung eingeleitet, die 1972 mit dem Abkommen von Addis Abeba, das dem Süden eine regionale Autonomie zugestand, zur Beendigung des Bürgerkriegs führte. Mit der Verschlechterung der ökonomischen Situation, vor allem der Staatsverschuldung, zu Beginn der achtziger Jahre, wuchsen auch die politischen Spannungen. Forderungen, den Südsudan in drei autonome Regionen aufzuteilen, lösten eine politische Krise der Zentralregierung aus. Als Reaktion stellte sie den Süden unter militärische Verwaltung. 1983 gab Staatspräsident an-Numeiri die Aufteilung des bis dahin autonomen Südens in drei Verwaltungseinheiten bekannt. Gleichzeitig wurde im Sudan die Scharia, das islamische Recht, eingeführt. Der damit vollzogene Bruch des Abkommens von Addis Abeba markierte den Beginn des zweiten sudanesischen Bürgerkriegs. Im Süden gründete sich noch im selben Jahr die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA). Sie vertrat anfangs, anders als die politische Kräfte des Südens während des ersten Bürgerkriegs, keine separatistischen Ziele. Erst ab 1991, als sich der Terror der Zentralregierung in Khartoum steigerte und sie den Krieg als "jihad", als heiligen Krieg gegen Nichtgläubige propagierte, griff die SPLA vermehrt auf ethnisch-religiöse Motive zurück und begriff ihren Kampf als gegen die Islamisierung gerichtet. Die SPLA, die sich in zwei einander bekämpfende Flügel gespalten hat, kontrolliert einige Gebiete im Süden des Landes.

1985 wurde Staatspräsident an-Nimeiri gestürzt. Eine Übergangsverfassung hielt bis 1989, dann übernahmen radikale Islamisten offen die Macht. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Krieg zum Massenterror gegen die Menschen im Süden. Aber auch die Opposition im Nordsudan ist seitdem einer massiven Repression unterworfen. Unmittelbar nach der Machtergreifung begannen die Islamisten mit dem Aufbau sogenannter "Volksverteidigungskräfte" (PDF) nach dem Vorbild der iranischen Pasdaran. Gleichzeitig wurden "Gerichte zur

Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" eingerichtet. Seitdem können Menschen "legal" ausgepeitscht, an den Gliedmaßen amputiert oder zu Tode gesteinigt werden. Auch wurden alle Oppositionsparteien verboten.

Hauptbasis der Islamisten waren über Jahrzehnte die Universitäten. Seit dem Machtantritt der Islamisten haben sich mehr und mehr Studenten von der INF (Islamischen Nationalen Front) losgesagt. Einige davon sind heute bekannte Sprecher der Opposition. Schon 1992 kam es zu ersten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Studenten, es gab Massenverhaftungen und Verbote von Studentenorganisationen. Die Unruhen, die 1995 den Sudan erschütterten, gingen vor allem von den Universitäten aus. In diesem Jahr ist es der Opposition gelungen, sich zu vereinigen. Mit Gründung der "Nationaldemokratischen Allianz" (NDA) kam es zu einer Vereinigung der beiden größten Parteien Norsudans, der Umma-Partei und der DUP (Demokratische Unionspartei). Doch ist die NDA nicht nur eine Sammlungsbewegung der nordsudanesischen Opposition. Indem es sich auf ein säkularisiertes Staatsprinzip verständigte, ist es auch gelungen, die SPLA in das Bündnis mit aufzunehmen.

Amnesty international (ai) wirft dem islamischen Militärregime seit Jahren massive Menschenrechtsverletzungen vor. "Die Unterdrückung richtet sich insbesondere gegen Oppositionspolitiker, Studenten, Journalisten, Gewerkschafter und Frauen", stellt ai fest und berichtet von geheimen Haftzentren, sogenannten "Geisterhäusern", in denen Menschen gefoltert werden. Die Organisation faßt ihre Erkenntnisse in einem einfachen Satz zusammen: "Folter ist im Sudan etwas Alltägliches."

Asyl "offensichtlich unbegründet"

Trotz dieser Zustände erfüllte sich die Hoffnung der Sudanesen nicht, sie würden in der BRD Asyl erhalten. Sie scheiterten schon an der ersten Hürde der "Festung Europa". Da sie über einen Flughafen nach Deutschland einreisten, sahen sie sich mit dem Flughafenverfahren nach §18a Asylverfahrensgesetz für neuankommende Asylsuchende konfrontiert. Dabei handelt es sich um ein Schnellverfahren, bei dem der BGS bzw. das "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" über die Einreise und Einleitung eines regulären Asylverfahrens noch am Flughafen zu entscheiden haben. Gegen die Entscheidung des Bundesamtes im Flughafenverfahren sieht das Asylverfahrensgesetz für die Einlegung von Rechtsmitteln eine Frist von drei Tagen vor. Diese Dreitagesfrist ist im bundesdeutschen Rechtssystem einmalig. PRO ASYL und andere Flüchtlingsorganisationen kritisieren dieses Verfahren seit seiner Einführung im März 1993. Daneben kritisiert PRO ASYL vor allem die schlechte Qualität der Entscheidungen des Bundesamtes und der Gerichte, die unter Zeitdruck arbeiten.

Auch im Falle der Sudanesen hat PRO ASYL eklatante Verfahrensfehler festgestellt. In einer Dokumentation über das Flughafenverfahren eines der Sudanesen wird aufgezeigt, daß die betreffenden Asylverfahren unfair geführt wurden und die Begründungen von Inkompetenz zeugen. Am Ende dieser Untersuchung stellt PRO ASYL fest:

"- Die vorliegende Untersuchung macht deutlich, wie die Institutionen des Rechtstaates mit einem der sieben sudanesischen Flüchtlinge, die am 12. September 1995 vom Frankfurter Flughafen aus in den Sudan abgeschoben wurden, umgegangen sind. Bundesinnenminister Kanther hatte behauptet, daß alle Fälle umfänglich und in rechtstaatlicher Weise geprüft worden seien.

- Anhand der Asylakten, insbesondere des Protokolles der Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Bundesamtsentscheidung und der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes läßt sich belegen: Wesentliche Teile des von dem Flüchtling vorgetragenen Sachverhaltes sind nicht ernsthaft geprüft worden. Die erheblichen Mängel des Bundesamtsverfahrens wurden auch vom Verwaltungsgericht nicht korrigiert.

- Kernstück des Anerkennungsverfahrens ist die persönliche Anhörung vor dem Bundesamt. Entscheidend ist, ob in der Anhörung das Verfolgungsschicksal des Flüchtlings vollständig und richtig aufgeklärt wird. Im vorliegenden Fall wurden weder diejenigen Fragen gestellt, die sich zur Aufklärung des Verfolgungsschicksals geradezu aufdrängen, noch wurden die detaillierten Schilderungen des Flüchtlings, der bereits direkt nach der Einreise beim Bundesgrenzschutz erklärt hatte, er habe Folter erlitten, weiter verfolgt.

- Obwohl sich im vorliegenden Fall die Einholung ärztlicher Gutachten aufgedrängt hätte, weil sichtbare Narben vorlagen, hat das Bundesamt dies nicht veranlaßt. Durch diesen Verstoß gegen die Sachverhaltsermittlungspflicht konnte die Ursächlichkeit der Narben weder bestätigt noch widerlegt werden.

- Aus dem Amtsermittlungsgrundsatz ergibt sich die Pflicht, Widersprüchen im Vorbringen des Asylbewerbers nachzugehen. Dies ist im vorliegenden Fall an wesentlichen Stellen nicht geschehen. Ob der Asylantragsteller die Widersprüche hätte aufklären können, muß insoweit offen bleiben. Festzuhalten ist: Man hat ihm hierzu keine Chance gelassen.

- Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kommt eine Ablehnung als "offensichtlich unbegründet" nur in Betracht, wenn das Bundesamt alle Möglichkeiten der Sachverhaltsaufklärung ausgeschöpft hat und sich danach der Antrag als eindeutig aussichtslos darstellt. Vor diesem Hintergrund hätte der vorliegende Fall niemals als "offensichtlich unbegründet" qualifiziert werden dürfen. Diese Auffassung hat auch das Bonner Büro des UNHCR vertreten.

- Die offensichtlichen Mängel des Bundesamtsverfahrens sind vom Verwaltungsgericht weder zur Kenntnis genommen noch korrigiert worden. Statt dessen wurden aus durch das Bundesamt mangelhaft aufgeklärten Sachverhalten weitreichende Schlüsse auf die angebliche Unglaubwürdigkeit des Flüchtlings gezogen.

- Das Gericht konzentriert sich insbesondere auf Sachverhalte, die in der Befragung beim Bundesamt nicht Gegenstand ausführlicher Erörterung gewesen sind, und unterstellt zum Teil nicht näher bezeichnete Feststellungen des Bundesamtes als wahr.

- Die bereits frühzeitig im Verfahren vom Antragsteller vorgebrachten Foltererfahrungen und sein Hinweis auf noch sichtbare Narben sowie der entsprechende Vortrag der Rechtsanwältin wurden auch vom Verwaltungsgericht außer Acht gelassen.

- Die lediglich formelhafte Überprüfung eventueller Abschiebungshindernisse durch das Bundesamt wurde vom Verwaltungsgericht ohne nähere Begründung bestätigt.

- Auskünfte von Menschenrechtsorganisationen wurden lediglich selektiv zur Kenntnis genommen.

- Im ganzen Verfahren wurde nicht geprüft, ob der Asylantragsteller überhaupt in das sogenannte Flughafenverfahren hineingehört hätte. Durch das Verfahren zieht sich die Behauptung, der Flüchtling habe einen falschen Paß benutzt. Entsprechendes ist dem Flüchtling in den Befragungen nicht vorgehalten worden. Die Behauptung des Bundesgrenzschutzes, bei dem verwendeten Paß handele es sich um eine Blankofälschung, ist im Verfahren nicht geprüft, sondern als wahr unterstellt worden.

- Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Beschluß vom 12. September 1995 auf die Frage der Rückkehrgefährdung konzentriert. Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens beim Bundesamt und der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung spielte keine Rolle mehr. Obwohl im vorliegenden Fall Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Asylantragsteller bereits einmal gefoltert worden ist, wurde seine Abschiebung auch vom Bundesverfassungsgericht für zulässig gehalten, weil eine Zusicherung der sudanesischen Regierung auf dem Tisch lag, daß alle sieben betroffenen Flüchtlinge nicht politisch verfolgt würden.

- Mit seiner Beschlußbegründung, daß die Bewertung einer solchen Zusicherung in die außenpolitische Kompetenz der Bundesregierung falle, deren Einschätzung zunächst zu vertrauen sei, wird der Flüchtlingsschutz letztlich zu einer Frage des Vertrauens in die Bundesregierung und das Auswärtige Amt. Das Verfassungsgericht hat damit seine Kontrollfunktion im Bereich des Asylrechts nahezu aufgegeben."

Zynisch und menschenverachtend

Bundesinnenminister Kanther wollte von Verfahrensmängeln und Fehlleistungen nichts wissen. Er bestand darauf, die von den Flüchtlingen vorgebrachten Sachverhalte seien einer umfänglichen Prüfung unterzogen worden: "Das waren Asylbewerber, zu denen in mehreren Gerichtsentscheidungen und in einem umfänglichen Verwaltungsverfahren festgestellt worden ist, daß sie weder im Sudan politisch tätig waren noch verfolgt worden sind." Und insofern sei eine Abschiebung völlig gerechtfertigt gewesen. Kanzleramtsminister Friedrich Bohl (CDU) sekundierte, die Bundesregierung sehe sich in Übereinstimmung mit der breiten Mehrheit der Bevölkerung.

Da kann die kritische Öffentlichkeit so massiv wie noch nie seit dem "Asylkompromiß" dessen Inhalt und praktische Umsetzung kritisieren und in Frage stellen - die staatlichen Behörden handeln unbeeindruckt "rechtsstaatlich". Da ist es unerheblich, daß die Hessische Evangelische Landeskirche sich erfolgreich darum bemüht hatte, für die Sudanesen ein "sicheres Drittland" zu finden: Eritrea hatte sich bereit erklärt, die Sudanesen aufzunehmen. Aber Kanther kennt keine Gnade. Da kann auch Herta Däubler-Gmelin (SPD) Kanthers Verhalten als "zynisch, unchristlich und menschenverachtend" bezeichnen. Ein deutscher Innenminister läßt sich von so einer "hundsgemeinen Kampagne" nicht beeindrucken, er vollzieht ja nur "Recht und Gesetz".

Trauriges Nachspiel

Die Opposition in Bonn schäumte. Die Bündnisgrünen wollten in einer "Aktuellen Stunde" im Bundestag Kanther und die herrschende Asylpraxis an den Pranger stellen. Doch daraus wurde nichts. Ein einziger Artikel im "Stern" vom 21.9.95 ließ die Opposition in die Knie gehen. Der "Stern" behauptete nach eigenen Recherchen im Sudan, daß mindestens vier der sieben Sudanesen keine politisch verfolgten Studenten gewesen seien; sie seien nur nach Deutschland gekommen, "um Geld zu verdienen".

Daß Kanther vor allem aufgrund seiner Weigerung kritisiert worden war, die Sudanesen nach Eritrea ausreisen zu lassen, und daß das ganze Asylverfahren im Zentrum der Kritik stand, spielte auf einmal keine Rolle mehr. Wer als "Wirtschaftsflüchtling" diffamiert wird, darf nicht mit Gnade rechnen.

Daß der "Stern" im nachhinein enorme "Beweisprobleme" hatte, interessiert drei Monate später nur noch wenige. Für die abgeschobenen Sudanesen ist das so oder so ganz unerheblich. Im Dezember 1995 hat der "Stern" einen juristischen Rückzieher in dieser Sache machen müssen. Stefan Hippler, der im Sozialdienst am Frankfurter Flughafen arbeitet, hatte nach einer Reise in den Sudan die Angaben des Magazins angezweifelt. In mehreren Fällen hätten die Mitarbeiter des "Stern" Personen verwechselt und kritische Äußerungen über die Abgeschobenen Gesprächspartnern zugeschrieben, die zum Zeitpunkt der "Stern"-Recherche nachweislich nicht am angegebenen Ort wohnten.

Diese Äußerungen Hipplers wollte der Stern per einstweiliger Verfügung unterbinden. Vor Gericht zog das Magazin allerdings seinen Antrag auf einstweilige Verfügung zurück. Es sah sich nicht in der Lage, die Vorwürfe Hipplers zu widerlegen.

mb., Berlin

Anmerkungen:

Dieser Artikel basiert neben der Auswertung der Tagespresse vor allem auf einer Broschüre von PRO ASYL: "Vor der Tür des Gesetzes. Der Streit um die Zurückschiebung sudanesischer Flüchtlinge. Dokumentation eines Einzelfalles."

Daneben wurde noch auf folgende Artikel zurückgegriffen:

"Sie peitschten mich aus, während meine Hände gefesselt waren", FR 7.9.95;

"Sudans Islamisten wissen Iran zu nutzen", FAZ 20.10.95;

"Sudan: Die Vergessenen am Horn von Afrika", Le Monde Diplomatique (dt. Aus.) 16.6.95;

"Die ethnischen, sozialen und Klassenwidersprüche im Bürgerkrieg", ak 354

25. Polizei vor die Tür gesetzt. Juristisches Nachspiel - Saarbrücken

Autor: Gertrud Selzer · Rubrik: Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:26

Sie kamen, sahen und mußten wieder gehen. Nur von kurzer Dauer war der Auftritt von zwei stadtbekannten Polizisten auf der Veranstaltung "Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes" am 2. Februar 1996 in Saarbrücken. Nach eigenen Angaben wollten sie sich zwecks Weiterbildung das Referat des Freiburger Rechtsanwaltes Michael Schubert anhören. Nach mehrmaligen öffentlichen Aufforderungen durch die Veranstalterin, die AKTION 3. WELT Saar, den Saal zu verlassen, gingen sie schließlich. Die Veranstalterin war nicht bereit,die Veranstaltung unter Polizeikontrolle durchzuführen.

Als erste Reaktion veranlaßten die betroffenen Polizisten - hier vor allem Kriminalhauptkommissar Werner Michaltzik von der Polizeiinspektion Saarbrücken-Mitte - daß die AKTION 3. WELT Saar den städtischen (!) Raum nicht mehr anmieten kann. Das gleiche Schicksal traf wenige Tage später auch die Kurdistan-AG des Internationalismus Referates vom ASTA der Universität des Saarlandes. Die hatten nämlich der Polizei ebenfalls die kalte Schulter gezeigt und mitgeteilt, daß sie bei ihrer Kurdistan-Veranstaltung unerwünscht sei.

Im zweiten Schritt strebt einer der Polizisten eine Zivilklage gegen einen Mitarbeiter der AKTION 3. WELT Saar und freien Journalisten an. Ihm wirft er durch seinen Anwalt vor, er hätte auf der Veranstaltung photographiert und Portraitaufnahmen von seiner Person gemacht. Außerdem hätte er "Zugang zu legalen und illegalen Publikationsorganen". Er fordert die Herausgabe der angeblich entstandenen Photos und Negative und verlangt bei Zuwiderhandlung 10.000 DM Schadensersatz. Zu guter Letzt kündigt er auch noch Anspruch auf Schmerzensgeld an.

Zufall oder Absicht - der Polizeibeamte läßt sich von der Anwaltskanzlei Walter Teusch & Co. vertreten. Teusch ist Landesvorsitzender der FDP-Saar und enger politischer Weggefährte des FDP-Rechtsaußen Alexander von Stahl. In seinen Tiraden gegen Flüchtlinge und Menschen nicht-deutscher Herkunft ging Teusch so weit, daß ihm sogar die "Saarbrücker Zeitung" rassistische Tendenzen attestieren mußte. Das Ganze läuft offensichtlich auf einen Prozeß hinaus; die IG-Medien gewährt Rechtsbeistand.

Gertrud Selzer

26. VS sieht keinen Handlungsbedarf. "Die Deutsche Freiheitsbewegung" vor der Selbstauflösung

Autor: j., Wolfsburg · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/9.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:9

Löst sich Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) tatsächlich auf, oder ist der niedersächsische Verfassungsschutz auf einen simplen Trick der bundesweit agierenden Neonazi-Organisation mit Zentrale in Wolfsburg hereingefallen? Die Antifa-Szene in der VW-Stadt rätselt noch, was sie von der Auskunft des Innenministeriums in Hannover halten soll.

In einer Kleinen Anfrage im Landtag hatte der Grünen-Abgeordnete Christian Schwarzenholz strafrechtliche Schritte gegen den DDF-Vorsitzenden, den Wolfsburger Rentner Georg Albert Bosse (68), gefordert. Bosse sei verantwortlich für den Inhalt der DDF-Propagandazeitschrift Recht und Wahrheit (RuW). Darin werde die "Auschwitzlüge" verbreitet, zum Rassenhaß angestachelt und Volksverhetzung betrieben.

In seiner Antwort verkündete der Verfassungsschutz jetzt seine neuesten Erkenntnisse über die Neonazi-Gruppe. Bosse betreibe offenbar selbst die Auflösung der DDF, die rund 140 Mitglieder in ihren Reihen haben soll. Aus diesem Grunde wolle man die Aktionen des Rechtsextremisten zunächst einmal abwarten, so die lapidare Stellungnahme.

Dabei gäbe es Ansätze in Hülle und Fülle, um der DDF sofort und ein für alle Mal das Licht auszublasen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz selbst schreibt, das in Recht und Wahrheit "unverblümt nationalsozialistisch und rassistisch, insbesondere antisemitisch" agitiert wird. In beinahe jeder Ausgabe des DDF-Zentralorgans, das in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint, lassen sich eindeutig strafrechtlich relevante Stellen finden.

So wie die folgende: "Niemand in der Welt durchschaute das teuflische Spiel des internationalen, machtbesessenen Zionismus besser als Adolf Hitler ... Deshalb ... riefen die jüdischen Kapitalgeber zur Vernichtung Deutschlands auf ... Der Zweite Weltkrieg war nicht der unsrige! Er wurde vom internationalen Judentum unter Mißbrauch europäischer Hegemonialinteressen gegenüber Deutschland bewußt angezettelt" (RuW 1+2, 1990, S. 24). Oder auch: "Wenn Europa das künftige Jahrtausend bestehen soll, muß es nach den Idealen der Waffen-SS gestaltet werden" (zitiert nach Der Rechte Rand, Nr. 16, 1992)

In Wolfsburg währt der Streit um die DDF bereits seit Mai 1995. Pünktlich zum Tag der Befreiung hatte die Wolfsburger Allgemeine Zeitung (WAZ) enthüllt, was bisher nur einigen Experten aus der Antifa-Szene bekannt war: Seit Jahren schon produziert und vertreibt Neonazi Bosse von seinem Wohnhaus aus (vor 51 Jahren stand an gleicher Stelle ein Lager der Waffen SS) ungestört und weitgehend unbemerkt die DDF-Propaganda-Zeitschrift. Nebenbei betreibt er auch einen florierenden Buchhandel mit einschlägiger Literatur.

Zumindest für ein paar Tage herrschte unter den Politikern im Wolfsburger Stadtrat helle Aufregung. Vor allem der SPD-Landtagsabgeordnete Ingolf Viereck setzte sich vehement dafür ein, die Machenschaften der DDF genauer unter die Lupe zu nehmen. Nach einem Gespräch mit Innenminister Gerhard Glogowski sicherte dieser Viereck zu, daß Dr. Rolf Peter Minnier, Präsident des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, umgehend einen Bericht zur politischen Einschätzung der DDF vorlegen werde. In dem Bericht heißt es, Bosse gehöre "zu den Leugnern des Holocaust". Außerdem unterhalte er "enge Kontakte zu Neonazikreisen in Deutschland". Die DDF-Zeitschrift habe sich "immer mehr zu einem Naziblatt entwickelt" (WAZ, 17.6.95). In Wolfsburg nahmen die Politiker von dem Bericht allerdings kaum Notiz. Niemand forderte ein Verbot der DDF.

Daraufhin meldete sich erstmals auch das Antifaschistische Plenum Wolfsburg zu Wort. Nachdem es zuvor mehrere Infoabende zum Thema DDF veranstaltet hatte und eine Demo in Vorbereitung war, griff das Plenum die etablierten Parteien scharf an. "Nach kurzem Schulterzucken" sei man wieder zur Tagesordnung übergegangen. SPD-Mann Viereck habe sich von seinem Parteifreund Glogowski hinsichtlich der politischen Bedeutung der DDF blenden lassen, und die Grünen seien wieder einmal nur kurz "betroffen" gewesen.

Damit hatte das Plenum zwar ohne Zweifel recht, ein breites Antifa-Bündnis inklusive SPD und Grünen für die Demo war so aber schon von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die SPD zog sich ganz zurück, die Grünen

riefen nur noch pro forma zu der Demo mit auf, zettelten gleichzeitig aber einen Streit um die Demo-Route an. Um keinen Preis wollten sie vor das Haus des Neonazi-Chefs ziehen, sondern lieber im großen Bogen drumherum wandern.

Daß bei einer solchen Konstellation nicht die vom Antifa-Plenum erhofften 500 Demonstranten, sondern lediglich 150 zusammenkamen, war kein Wunder. Dennoch war die Demo ein Erfolg. Der politische Druck auf die DDF war nie so groß. Bosse selbst ließ sich sogar dazu hinreißen, per Flugblatt seine Nachbarn vor den Antifaschisten zu warnen. Sie sollten ihre Autos beiseite schaffen und Türen und Fenster schließen.

Die Demo selbst am 2. Dezember verlief bis auf ein bißchen Gerangel mit der Polizei friedlich. Sie hat in jedem Fall mit dazu beigetragen, die DDF unter Zugzwang zu setzen. Die Neonazi-Organisation hatte bereits im Vorfeld mächtigen Ärger mit ihrer Wolfsburger Hausdruckerei bekommen, weil diese selbst in die Kritik geraten war. Angeblich wird Recht und Wahrheit jetzt im polnischen Gleiwitz gedruckt. Dies ist jedoch nur schwer zu überprüfen.

Deswegen könnte diese Information, von den Neonazis selbst gestreut, ebenso eine Finte sein, wie das Gerücht von der Auflösung der DDF.

j., Wolfsburg

27. Wie kann zukunftsfähiger Antikapitalismus entwickelt werden?

Eine Entgegnung auf Stefan Armborst und Ulrich Brand

Autor: hhH · Rubrik: Umweltpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:11

In ak 386 wandten sich Stephan Armborst und Ulrich Brand gegen "das bruchlose Anknüpfen an einige Aussagen der Studie" Zukunftsfähiges Deutschland (ZD), das ich in meinen Widerreden (siehe ak 384 und 385) gegen den Totalverriß von ZD durch den BUKO ihrer Meinung nach gefordert habe. Das bei mir "durchschimmernde Verständnis dessen, wie radikale Kritik und emanzipatorische Politik mit der sustainability-Debatte produktiv in Verbindung gebracht werden könnten", ginge "am Kern vorbei." Dieser Kern seien nicht die in der Studie enthaltenen Vorschläge, sondern "ihr Stellenwert im Rahmen eines sich herausbildenden nationalen Ökokonsenses."

Leider konnte ich ihrem Text nicht entnehmen, worin dieser Stellenwert besteht und was es zu dem "sich herausbildenden Ökokonsens" an Negativem und Positivem zu sagen gibt. Die Kritiker sprachen sich im folgenden grundsätzlich gegen das kritische Anknüpfen an einzelnen Aussagen der Studie aus: "ZD soll quasi als Steinbruch genutzt werden, aus dem man sich bedient. (...) Dabei verkennt hhH aber, daß ZD kein Sammelsurium ist, sondern relativ konsistent daherkommt. Die acht entworfenen Leitbilder sind ja keine einzelnen Vorschläge, sondern skizzieren ein relativ umfassendes gesellschaftliches Zukunftspanorama."

Die Kritiker verkennen allerdings, daß ein Steinbruch per se kein "Steinesammelsurium" ist und die gewünschte Qualität an "Steinen" immer erst aus einem "konsistenten Fels" herausgearbeitet werden muß. Emanzipatorische Bewegungen und Politik setzen gewöhnlich an einzelnen Punkten ("Steinen") an, die "aus dem herrschenden Block herausgebrochen" werden, und die Linke greift vielleicht aus der zusätzlichen Motivation ein, daß deren Bewegungen gesellschaftlich etwas ins Rollen bringen könnte.

"Nicht nur ZD, sondern das gesamte sich in der BRD formierende Verständnis von Nachhaltigkeit blendet die existierenden Machtverhältnisse aus", behaupten Armborst/Brand weiter, den zentralen BUKO-Vorwurf bekräftigend. Ich weiß nicht, welche Verlautbarungen, Diskussionsbeiträge und Manifeste Gegenstand ihrer Analyse waren. Daß dort überall die Machtverhältnisse ausgeblendet werden, halte ich aber für extrem unwahrscheinlich. Das trifft so nicht einmal für ZD zu, wie die weiter unten wiedergegebenen Auszüge m.E. belegen. (Siehe Kasten zur Ökologischen Steuerreform)

Als Gemeinsamkeit des sich in der BRD formierenden Verständnisses von Nachhaltigkeit kann dagegen eine allgemein empfundene Ohnmacht gegenüber den zukunftvernichtenden Mächten des "Sachzwanges Weltmarkt" vorausgesetzt werden und der Wunsch, sich aus dieser Ohnmacht zu emanzipieren. Ferner, daß ein Mittel dieser Emanzipation die Quantifizierung des Umweltverbrauchs in Bezug auf den realen Wohlstand (Konsum) sein müsse und Sollgrößen für einen gleichen Umweltverbrauch für alle (auch zukünftig lebenden) Menschen (bei Erhalt bzw. Verbesserung der Qualität der Ökosysteme) errechnet werden sollen. Das ist eine gewaltige "Thematisierung der Machtverhältnisse", denn die Verwirklichung des so definierten Projekts Nachhaltige Entwicklung erfordert die Umwälzung nicht nur der Machtverhältnisse, sondern der Produktions- und Aneignungsweise überhaupt.

Linke, die von menschlichen Verhältnissen ohne gegenseitige Übervorteilung und Raubbau an der Natur "träumen", täten m.E. gut daran, auf die Debatten und die (Nicht-) Bemühungen um NH ausgesprochen "aufgeweckt" zu reagieren. Zulange haben wir die Thematik verschlafen. Als Illustrierte und Fernsehmagazine schon lange ausführliche Berichte über Treibhauseffekt, Ozonloch oder Regenwaldvernichtung gebracht hatten, galt es in "linken radikalen" Kreisen immer noch als schick, sich ökologischen Dingen gegenüber ignorant zu verhalten. So wurde der Treibhauseffekt (auch in dieser Zeitung!) als Propaganda der Atomlobby hingestellt. Auch das ist "Ausblendung (und negative Beeinflussung!) von Machtverhältnissen." Nicht zuletzt deswegen trete ich dafür ein, die Empörung über die zahlreichen Splitter im Auge des Wuppertal Instituts ein wenig zurückzuschrauben und zu prüfen, an welchen Punkten zukünftig gemeinsam Druck auf "die (Macht-)Verhältnisse" ausgeübt werden sollte.

Analyse oder Kritik?

In ak 385 gab ich zu bedenken: "Werden Macht- und Aneignungsverhältnisse in jedem Augenblick der Analyse mitbedacht, dann verhindert dies möglicherweise radikale (visionäre) Entwürfe, die über die augenblicklichen Bedingungen hinausgehen." Anhand einiger Aussagen Christoph Spehrs konnte nachgewiesen werden, wie leicht man sich in seiner Kritik argumentativ auf Seiten der zu überwindenden "Macht" wiederfindet, wenn dies nicht reflektiert wird.

Bedauerlicherweise haben sich Armborst/Brand nicht eingehender mit meinen Bedenken auseinandergesetzt, sondern antworteten mit einer Gegenfrage, die die Logik meiner Argumentation völlig außer acht ließ: "Sind Macht- und Aneignungsverhältnisse nicht gerade wesentliche Bestandteile ‚augenblicklicher Bedingungen', die Ausgangspunkt radikaler, visionärer Entwürfe darstellen?" Sie sind es! Aber der Weg zu diesem "Ausgangspunkt" ist mit dem Wunsch seiner Negation gepflastert. Die Abstraktion von den "augenblicklichen Verhältnissen" in der Analyse, kann unter bestimmten Bedingungen, wozu m.E. das beherzte Eingreifen der systemoppositionellen Linken gehört, zur ideellen Vorwegnahme der realen Aufhebung der schlechten Verhältnisse werden.

In der Wechselwirkung vom Dezember 1995 begründete der Projektleiter der Arbeitsgruppe "Neue Wohlstandsmodelle" am Wuppertal Institut, Dr. Wolfgang Sachs, die Methode und reflektierte gleichzeitig die damit verbundenen Schwächen: "Es ist zugleich die Stärke und Schwäche der stofflich-quantitativen Darstellung, daß sie die ganze Komplexität des historischen Moments auf die Differenz zwischen einer Ist- und einer Sollmenge reduziert. Um zu Aussagen dieses Typs zu kommen, ist eine doppelte Reduktionsleistung, eine Art Vereinfachung erforderlich. Zum einen wird vom Gesellschaftlichen, also vom ineinander von Institution, Macht und Bedeutung, in das jeder Umgang mit der Natur eingelassen ist, abstrahiert, mit der Folge, daß die Umweltproblematik als Naturkrise und nicht als Gesellschaftskrise erscheint.

Und zum anderen sieht diese Darstellung von der Mannigfaltigkeit der Naturvorgänge und -erscheinungen ab und hebt statt dessen deren gemeinsame meßbare Substrate - Energie, Stoffe, Fläche - heraus. Genau in dieser konzeptionellen Verkürzung wurzelt indes die Stärke der stofflich quantitativen Repräsentation der Umweltkrise: sie ordnet die unübersichtliche Welt in Zustandsdaten und Zahlenreihen, sie verspricht objektive Aussagen, indem sie meßbare Sachverhalte in den Vordergrund stellt, und sie vermag eindeutige, quantitativ kontrollierbare Handlungsziele zu definieren. Damit wird ein Wissensstand geschaffen, vor dessen Datensätzen keine Ausflüchte möglich sind; jede Strategie und jede wohlmeinende Absicht werden sich an seinen Kriterien messen lassen müssen." Bis auf die der "systemoppositionellen" Linken versteht sich, die sich auf eine Diskussion um "quantitativ kontrollierbare Handlungsziele" lieber nicht einlassen möchte.

Schuldzuweisungen

reichen nicht aus

"Warum?" fragen Armborst/Brand und erläutern: "Daß der ‚deutsche Umweltverbrauch' viel zu hoch ist, war schon vorher bekannt." Die allgemeine Erkenntnis, daß die Welt schlecht ist, und daß die herrschenden Mächte in Staat und Wirtschaft Schuld sind, genügt aber nicht zur Begründung einer politischen Praxis der geforderten Dimension. Diese Perspektive halte ich für entschieden zu eng. Es geht um mehr als allgemeine Schuldzuweisungen, nämlich um die Begründung von ökologisch orientierten Entwicklungsplänen mit einer weltgemeinschaftlichen, also tendenziell kommunistischen Perspektive, deren Aufstellung allein ein wichtiger Schritt in der menschlichen Emanzipation darstellen würde und deren Verwirklichung doch wohl gerade Menschen mit gesellschaftsveränderndem Anspruch als ungeheure Herausforderung begreifen müßten.

Statt dessen lesen wir in den linken Statements zu ZD immer die gleichen kleinlichen Vorwürfe und Schuldzuweisungen, die - so scheint es mir - vor allem der Rechtfertigung der eigenen Verweigerungshaltung dienen. "Die Verursachung dieses zu hohen Verbrauchs", schreiben Armborst/Brand weiter, "wird nicht thematisiert. Das wurde aber nicht vergessen, sondern entspricht dem politischen Selbstverständnis des Wuppertal Instituts und der beiden Auftraggeber BUND und Misereor. Über die Tabuisierung von Machtverhältnissen (...) verfestigt sich ein Verständnis, das zur Legitimierung des ‚Weiter so' dient." Belege für diese Behauptung liefern die beiden nicht. Sie dürften m.E. auch schwierig zu bekommen sein.

Außerdem: Selbst wenn Wuppertal Institut, BUND und Misereor den ganzen Zauber nur "zur Legitimierung des Weiter so" veranstaltet haben sollten, wäre es überhaupt nicht logisch, daß Menschen und Organisationen mit einem ganz anderen politischen Selbstverständnis nicht an dem (wenn auch aus böser Absicht geschaffenem)

Guten anknüpfen, bzw. das zum Guten noch Fehlende ergänzen sollten. Es sei denn, wir haben gar nichts auf der Platte, was sich zum "Ergänzen" eignen würde? Armborst/Brand mögen mir diesen ketzerischen Gedanken verzeihen. Aber was spricht dagegen, zuzugeben, daß sich die Linke gegenüber der Studie argumentativ und konzeptionell in einer außerordentlichen Schwächeposition befindet und die Abgrenzungsbedürfnisse sich eben daraus speisen.

Welches Vorgehen empfehlen Armborst/Brand? Erstens, die Studie rechts liegen lassen. Also Verweigerung der Suche nach gemeinsamen Nennern und Verzicht auf Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorschlägen und Aspekten sowie irgend welchen Versuchen einer spezifischen Überzeugungsarbeit. Zweitens "Selbstverständigungsdebatten in den eigenen Reihen beginnen", die drittens geeignet sind, "die eigenen Reihen" für größere Kreise attraktiv werden zu lassen.

Erforderlich sei, "die Notwendigkeit der Veränderung der herrschenden Institutionen" zu benennen, sich mit der "Demokratisierung des Produktions- und Reproduktionsbereiches als Voraussetzung sozialökologischer Transformationen" zu beschäftigen, die "Erfahrungen der Menschen mit sozialökologischen Krisen wie mit Überwindungsversuchen" zu berücksichtigen und eine "genauere politische Analyse der Gründe für aktuelle Reformblockaden als Ansatzpunkt für emanzipatorische Intervention" durchzuführen. Außerdem müsse der nationalistische Standortkonsens aufgebrochen, die "realexistierende ‚Öko-Aristokratie' metropolitanen Zuschnitts ins Auge gefaßt" und den Menschen das blinde Vertrauen in das technokratische Management als Allheilmittel genommen werden.

Einige dieser Absichten halte ich für sinnvoll und könnte mir vorstellen, mich nach Kräften an entsprechenden Projekten zu beteiligen. Allerdings hinterläßt die ausdrückliche Verweigerung einer Auseinandersetzung mit den einzelnen Aspekten der Wuppertalstudie bei mir doch erhebliche Zweifel an der angestrebten Wissenschaftlichkeit. Aber auch hier ist wohl das Brechtsche Motto angebracht, "in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen."

hhH Berlin

Soziale Lobbyarbeit braucht linke Solidarität

"Die Auftraggeber der Studie (Zukunftsfähiges Deutschland) wollen, zumindest dem Anspruch nach, einen breiten Diskussionsprozeß einleiten und einem ökologisch-sozialen Reformprozeß neuen Atem geben. Die dahinterstehende politische Strategie weist in Richtung Lobbyarbeit." (Armborst/Brand in ak 383) "Die ehemals von der Linken bevorzugten Protestformen wie der Boykott von Konzernen oder Waren sind gesellschaftsfähig geworden (...) Eine nennenswerte soziale Bewegung ist nicht in Sicht. Womit wir bei der Tendenz zum Lobbyismus und der Politikberatung von ehemals bewegten Linken sind. Manchmal kommen wir uns regelrecht altertümlich vor, wenn wir an kollektiven Strukturen und Einheitslohn festhalten, und wenn wir nach wie vor Perspektiven eher in der Formierung einer sozialen Bewegung sehen als in professionellen Nichtregierungsorganisationen, die Politik als Elitenberatung praktizieren und mitverantwortlich für die Modernisierung von Ausbeutung sind." (Infobüro Nicaragua, ebd.)

Alte "Leninisten" könnten beim Lesen solcher Statements versucht sein, sie als Symptom dafür zu nehmen, daß der "linke Radikalismus" sich von einer "Kinderkrankheit" zur midlife-crisis des Kommunismus entwickelt hat. Aber das könnte einem glatt als Altersstarrsinn ausgelegt werden. Spaß beiseite: Es scheint, daß Lobbyarbeit innerhalb der Linken zu einem privilegierten Feindbild avanciert ist. Auch Ralf Berger stellte sie (in seinem in ak 384 wiedergegebenen Vorwort zur BUKO-Kritik an der Studie ZD) als eine Art Klassenverrat dar: "Ganz im Sinne von Lobbypolitik betrachtet die Studie besonders PolitikerInnen und UnternehmerInnen als Hauptverbündete."

Verkannt wird dabei, daß Anhörungs- und Mitwirkungsrechte sozialer Institutionen und Bewegungen meist mühsam erkämpft werden müssen und notwendige Ebenen des Interessenkampfes und der Formierung sozialer Bündnisse gegen den herrschenden Block in Wirtschaft und Politik sind. Dieses Feld des "Klassenkampfes" (wie auch der sozialen Emanzipation aus der Klassenlage) den Lobbyisten der Wirtschaftsverbände etc. zu überlassen, bedeutet für das gesamte Spektrum der sozialemanzipatorischen Bewegung einen Verlust ihrer Möglichkeiten. Die kurz- und mittelfristigen Ergebnisse solcher Lobbyarbeit können zwar zutreffend als "Modernisierung der Ausbeutung" bezeichnet werden, nur kann das der Lobbyarbeit m.E. kaum zum Vorwurf gemacht werden.

Jegliche politische Arbeit bringt zur Zeit sehr viel weniger Erfolg, als linke Sehnsüchte es verlangen. Auch große, militante Straßenaktionen oder die in manchen Kreisen so beliebten "riots" (spontaner Aufruhr) können bestenfalls eine "Modernisierung der Herrschaft" zum Ergebnis haben. So sind nun einmal die Kräfteverhältnisse, zu denen mensch sich verhalten muß. Und eine altmodische Ausbeutung, die derzeit die einzige Alternative wäre, bringt niemandem einen Vorteil. Worauf es ankäme, wäre m.E., sich um die Einheit von sozialemanzipatorischer Lobbyarbeit und Aktion zu bemühen. Alles andere bedeutet Selbstaufgabe, Selbstbetrug, ist schlicht und ergreifend unsolidarisch und beeinflußt daher das Kräfteverhältnis zuungunsten der sozialen Emanzipation.

Der Vorsitzende der BUND-Jugend, Phillip Schepelmann, erläutert in einer in "Forum Wissenschaft" (4/95) veröffentlichten Replik auf die BUKO-Kritik die Bedeutung von ZD für die Lobbyarbeit: "Es ist richtig, wenn behauptet wird, daß der BUND und Misereor die ZD-Studie u.a. für ihre Lobbyarbeit benötigen. Angesichts großer Enquete-Kommissionen und administrativer Apparate sind wir an einem Punkt der Umweltdiskussion angelangt, wo wir uns argumentativ professionell absichern müssen. Wir wollen in der Tat ‚politikfähig' sein und verstehen dieses Attribut nicht wie der BUKO in einem herabsetzenden Sinne."

Daß Lobbyarbeit und Aktion keine Gegensätze bilden, betätigt das folgende Beispiel, das sich der BUKO m.E. ruhig zu Herzen nehmen sollte: Die BUNDjugend hat innerhalb des Aktionsbündnisses "Mobil ohne Auto" (MoA) gemeinsam mit befreundeten Organisationen europaweit Widerstand gegen die wahnwitzigen Planungen der sogenannten Transeuropean Networks geleistet. Zu den Aktivitäten gehören Mahnwachen, Straßenblockaden, Seminare, Lobbying und Information der lokalen Bevölkerung. Signifikante Unterstützung dieser Aktionen durch den BUKO sind mir bisher nicht zu Ohren gekommen.

hhH

Kein kritisches Anknüpfen möglich?

Beispiel Öko-Steuer-Reform

Einer der am häufigsten gegenüber der Wuppertal-Studie angeführten Kritikpunkte ist, daß sie bei hilflosen Appellen an einzelne KonsumentInnen stehen bleibe. Dieses Kritik beruht m.E. auf einem Mißverständnis. Denn die Quantifizierung von Umweltverbrauch schafft gerade die notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Voraussetzung dafür, daß zu kollektiven, politischen Forderungen, Aktionen und Maßnahmen mit dem Ziel einer kollektiven politischen (Selbst-)Kontrolle, bzw. Steuerung des Kaufverhaltens übergegangen werden kann.

Eine der zentralen Instrumente dafür soll (und wird m.E.) eine ökologische Steuerreform sein, deren strategische Bedeutung (auch für sozialistische Perspektiven) nicht hoch genug bewertet werden kann. Daß die Studie dabei "das, was an sperrisch-störrischer Realität dem Ziel einer angestrebten ‚übergreifenden Konsensfindung` entgegen läuft, entweder gar nicht thematisiert oder durch die Art und Weise der Darstellung (...) entschärft", wie Armborst/Brand behaupten, kann ich nicht finden.

Die folgenden Auszüge aus der Passage zur Ökosteuerreform, die der epd-Entwicklungspolitik 11/95 entnommen sind, belegen solche Behauptungen m.E. nicht. Hier wird vielmehr ein objektives Dilemma deutlich. Die Frage, wie das am besten bewältigt werden kann, ist noch offen und eine befriedigende Antwort bedarf gerade Anstrengungen der Linken.

"Die ökologische Steuerreform, eine der wichtigsten Strategien für den erwünschten Strukturwandel im Norden, hat auch eine Nord-Süd-Dimension. Sie stellt sich als Konfliktlage dar. Strittig ist nämlich, wer letztlich diese Steuern zu tragen hat und wer Nutznießer der Einkünfte werden soll. Die Steuer wird ja in den Industrieländern erhoben und soll starke Anreize schaffen, den Energie- und Materialverbrauch zu verringern. Um ihre Akzeptanz zu fördern und sie politisch durchsetzbar zu machen, soll sie aufkommensneutral sein. (...)

Diese Zweckbestimmung stößt auf den Widerspruch von Anwälten des Südens. Schon jetzt, so machen sie geltend, dominiere der Norden mit seiner Marktmacht den Handel, so daß die Erzeugerländer von Rohstoffen und Energie nur einen Preis erhielten, der wenig über den Förderkosten liege. (...) Wenn die Industrieländer nun Energieträger und Rohstoffe mit ökologisch begründeten Steuern belegen, und zwar mit dem erklärten Ziel, die Nachfrage zu verringern, dann dürfen die Mehreinnahmen nicht ihnen allein zugute kommen. Dies um so weniger, als der geringere Verbrauch die Erzeugerpreise (...) sinken lassen werde. (...)

Der Norden kauft weniger Rohstoffe zu billigeren Preisen, die rohstoff- und energieexportierenden Länder im Süden werden in eine noch stärkere Abhängigkeit und Selbstausbeutung getrieben. Sie bezahlen also die Kosten der Ökologisierung des Nordens, und darüber hinaus können dann die Industrieländer jene Spartechnologien entwickeln, mit denen sie dann auf den Weltmärkten ihre führende Position ausbauen. Im Interesse größerer Chancengleichheit müßten darum die Exportländer an den Einnahmen der Öko-Steuer beteiligt werden. Dieser Anspruch könnte sich auch auf die Klima-Konvention von Rio stützen. Dort heißt es in Artikel 3.2: Die Stabilisierung des Klimas sollte erfolgen, ohne daß Ländern ungleiche oder ungewöhnliche Lasten aufgebürdet werden.

Eine noch härtere Kritik, die auch zur Ablehnung der ökologischen Steuerreform führt, hat (...) Mohssen Massarrat vorgetragen. Seine beiden am Erdöl exemplifizierten Hauptthesen lauten: Eine ökologische Steuerreform in einem Land oder in einigen Ländern werde erstens den weltweiten Verbrauch nicht verringern, sondern eher anheizen; sie werde zweitens die Industrieländer reicher, die Süd-Länder aber ärmer machen. Kapitaltransfer vom Süden zum Norden - (...) diesmal unter dem Anschein des Umweltschutzes. (...)" Das Wuppertal-Institut entschied sich, diesen Zielkonflikt nach der Brechtschen "Großen Methode" anzugehen, sprich: "in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen.":

1.) "Es steht außer Frage, daß die armen, auf Energie- und Rohstoffausfuhr angewiesenen Länder des Südens nicht dadurch Einkommensverluste erleiden dürfen, daß der Norden Produktion und Konsum ökologisch ausrichtet (...)." Allerdings könnten die armen Länder nur dann Zukunftsfähigkeit entwickeln, "wenn die Abhängigkeit vom Raubbau an den Naturschätzen und von einer umweltschädigenden Agrarwirtschaft abgebaut wird. Darin müssen die armen Länder unterstützt werden."

2.) "Wenn Aufkommensneutralität dazu beiträgt, daß sie (die Öko-Steuer, Anm. ak) sich gegen Widerstände (die es ja in den Industrieländern durchaus gibt!) durchsetzen kann, ist dies ein entscheidender Gesichtspunkt, auch in globalem Betracht: Denn zur weltweiten Einsparung von Energie und Rohstoffen gibt es keine Alternative." Im Interesse der globalen ökologischen Entwicklung solle die Öko-Steuer deshalb Schritt für Schritt eingeführt werden. Die Entwicklungsländer seien "in einer späteren Phase an den Einkünften der Öko-Steuer zu beteiligen."

hhH

Unser Autor hhH wird sich in einem der nächsten aks ausführlicher mit dem Thema Ökosteuer befassen.

Zukunftsfähigkeit durch Marx?

"Über die Tabuisierung von Machtverhältnissen und die Enthistorisierung der entstandenen ‚Scheiße` (Marx) verfestigt sich ein Verständnis, das zur Legitimierung des ‚Weiter so` dient."

(Stefan Armborst und

Ulrich Brand in ak 386, S. 22)

Ob die Wuppertal-Studie tatsächlich nur der Verfestigung der "Scheiße" dient, sei an dieser Stelle einmal hintangestellt. Fest steht, daß die Menschheit gefährlich (wenn längst auch nicht alle Menschen gleichermaßen) tief drin steckt. Und obwohl es noch vielen gelingt, aus den zum Himmel stinkenden Resultaten unseres unkontrolliert wachsenden Stoffwechsels mit der übrigen Natur "Gold" zu machen, war eine "zukunftsfähige" Antwort auf die Frage nie so dringend: "Wie schaffen wir uns den ‚Dreck` vom Hals?"

Bleiben wir bei Marx und Engels, aus deren Kritik an der "Deutschen Ideologie" Armborst und Brand die drastische Kurzdefinition für unsere Vergesellschaftungsform entnommen hatten. Zukunftsfähiger Antikapitalismus muß aus vielen Quellen gespeist werden - hauptsächlich aus der lebendigen Auseinandersetzung mit den "beschissenen" Verhältnissen selbst. Doch schauen wir mal, ob sich in den blauen Bänden außer Kraftausdrücken noch etwas entdecken läßt, was sich für die Aufweichung einer "sich verfestigenden" Apologie der alten "zukunftsunfähigen" Welt(markt)verhältnisse eignen könnte.

Im kapitalistischen

Dilemma befangen

Marx wußte es schon damals: "Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkauft, durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (K. Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 529 f.)

Auch die im heutigen linken und ökogrünen Diskurs allgegenwärtigen Dämonen "Profitgier und Wachstumswahn" kannte und analysierte schon Marx, allerdings nicht als Charakterschwäche oder Unaufgeklärtheit von "Wohlstandsmenschen", die die Spätfolgen ihres Tuns noch nicht erkennen: Was - nach Marx - beim vorkapitalistischen Schatzbildner "als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten." Und so zwingt er "als Fanatiker der Verwertung des Werts (...) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist." (ebd., S. 618)

Tatsächlich ist die gesamte Gesellschaft heute in dem von Marx konstatierten kapitalistischen Dilemma befangen, den Reichtum und damit die Basis für sozial(istisch) und umweltbewußt bestimmte Produktions- und Aneignungsformen ebenso bewußtlos zwanghaft und zügellos zu entwickeln, wie ihn (und damit die Basis der neuen Gesellschaft) wieder zu "verwüsten".

Und von Beginn an waren Zerstörung und Erwerb des Reichtums global verschieden: "Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnet die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära." (ebd., S. 779)

Und weiter: "Mit den Staatsschulden entstand ein internationales Kreditsystem, das häufig eine der Quellen der ursprünglichen Akkumulation bei diesem oder jedem Volk versteckt. So bilden die Gemeinheiten des venetianischen Raubsystems eine verborgene Grundlage des Kapitalsystems von Holland, dem das verfallende Venedig große Geldsummen lieh.(...) Und manch Kapital, das heute in den vereinigten Staaten ohne Geburtsschein auftritt, ist erst gestern in England kapitalisiertes Kinderblut." (S. 783 f.)

Unter kapitalistischen Bedingungen, sind die Implikationen der Produktion (was sie für die beteiligten Menschen und ihre Umwelt bedeuten) aus den Augen und dem Sinn, sobald die Produktionsergebnisse als Waren zur individuellen Aneignung bereit stehen. Der gesellschaftliche Zusammenhang erscheint als Verhältnis zu und Abhängigkeit von Sachen, von denen meist um so mehr angeeignet werden kann, desto besser Menschen und Naturräume ausgebeutet und mit Schadstoffen belastet wurden. Warum soll der bei der Produktion der Sachen vergossene Schweiß interessieren und nicht der gute Preis der Ware? Die Möglichkeit der Aneignung der Produkte erscheint überhaupt als Ergebnis der eigenen Mühen. Und das genau setzt den Möglichkeiten der Veränderung durch demokratische Willensbildung, die allein auf "Aufklärung" beruht, enge Grenzen. Nicht nur bei Funktionären des Kapitals, sondern auch - und das macht die Sache so vertrackt - bei deren lohnabhängig Beschäftigten.

"Die soziale Macht, d.h. die vervielfältigte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern

als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen, woher und wohin, die sie also nicht beherrschen können."

Und nun?

Marx meint: "Diese ‚Entfremdung`, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine ‚unerträgliche` Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschen als durchaus ‚eigentumslos` erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in weltgeschichtlichen, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist), auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der ‚eigentumslosen` Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat.

Ohne dies könnte 1. der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren, 2. die Mächte des Verkehrs selbst hätten sich als universelle, drum unerträgliche Mächte nicht entwickeln können, sie wären heimisch-abergläubische ‚Umstände` geblieben, und 3. würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben. Der Kommunismus ist empirisch nur als Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal` und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." (MEW Bd. 3, S. 34 f.)

Wobei noch anzumerken bleibt, "daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere Distribution [Verteilung] dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andere Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klassen, Nationalitäten etc.

Innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist, und daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst, eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Hals zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden." (ebd., S. 69 f.)

hhH

28. Frühjahrsputz im Wendland. Dokumentation des Aufrufs zum Tag X

Autor: hoch zwei · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:12

Es ist Frühjahr 1996. Im April wird sich Tschernobyl zum 10. Mal jähren. Für diesen Zeitraum ist der 2. Castor-Transport ins Wendland vorgesehen. Diesmal soll er aus Gundremmingen kommen. Und diesmal soll es den Staat und die Atomindustrie noch mehr kosten, ihn gegen den Willen der Bevölkerung einer Region und gegen die Anti-Atom-Bewegung durchhauen zu wollen. Es soll sie mehr kosten im Hinblick auf ihre politische Glaubwürdigkeit als auch in finanzieller Hinsicht. Das ist der Inhalt der Parole: Alles wird teurer - der nächste Castor auch - Tag X 2

Mit dem Frühjahrsputz krempeln wir die Ärmel schon mal hoch und fangen an:

- auf Straße und Schiene

- Brücken und Wald

- Stadt und Pampa

- alt, jung und alles dazwischen

- von hier und von überall. (...)

Der Frühjahrsputz findet am Ostersamstag, den 6. April, um 12 Uhr in Dannenberg an der Essotankstelle seinen Ausgangspunkt.

Es gibt viel zu erreichen.

Tun wir's ihnen an.

So steht es im Aufruf der "Republik Freies Wendland, Öffentlichkeitsreferat". Die Aktionen im Wendland sind auch als Auftakt für vielfältige Aktivitäten zehn Jahre nach Tschernobyl zu verstehen. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Aufruf des Netzwerk Friedenskooperative:

Tschernobyl ist überall

Am 26. April 1996 jährt sich zum zehnten Mal der Tag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. In der Folge kamen Tausende zu Tode, mußten Hunderttausende ihr Land verlassen, litten und leiden Ungezählte unter Krankheit durch Verstrahlung. Und die Katastrophe ist noch nicht vorbei. Das atomare Feuer im Innern des Beton-Sarkophags brennt weiter! Die ständigen Pannen und Störfälle auch mit westlicher Reaktortechnik, wie kürzlich erst wieder im Schnellen Brüter in Japan, zeigen: Was schiefgehen kann, geht irgendwann auch schief. (...) Aber sowohl die Folgen des sogenannten Normalbetriebs als auch die Risiken eines Super-GAU werden von einem mächtigen Kartell aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wegen Profit- und Machtinteressen in Kauf genommen. Auch ist die zivile Nutzung der Atomenergie mit der militärischen untrennbar verbunden - jedes Land, das über Atomanlagen verfügt, kann Atombomben bauen!

Diese Interessen verhindern (noch!) eine ökologische Energiewende. Wir wollen eine Welt ohne Bomben, eine Gesellschaft ohne Atomkraft, eine Energieversorgung ohne Verschwendung! Deshalb fordern wir die Abrüstung aller Atomwaffen weltweit, die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, ein absolutes Exportverbot für Atomtechnik und die Dezentralisierung und Ökologisierung der Energieversorgung! (...)

Für den 27. April 1996 rufen wir auf zu einer bundesweiten, gemeinsamen Aktion: Aus den fast 30 Atomanlagen der BRD haben wir für unsere Demonstration sechs ausgewählt. Durch ihre Geschichte sind sie zu Symbolen geworden:

Pannenreaktor in Biblis: Anderthalb Jahre nach dem Super-GAU von Tschernobyl hatten wir den Beinahe-GAU vor unserer Haustür. Durch ein klemmendes Ventil drohte im AKW Biblis A der Ausfall der Reaktorkühlung. Das Rhein-Main-Gebiet stand am Rand der Katastrophe. Eine endlose Folge von fast 600 weiteren Störfällen und ständig neu auftretenden Rissen zeigt, daß AKWs technisch nicht beherrschbar sind.

Leukämiereaktor in Krümmel: Im Umkreis des Atomkraftwerks Krümmel sind in den vergangenen Jahren auffallend häufig Erkrankungen an Leukämie bekannt geworden. Die Betreiber sind den Nachweis schuldig geblieben, daß Krankheit und Tod nicht durch Niedrigstrahlung und den sogenannten Normalbetrieb verursacht werden.

Bombenstoff für Garching - Demo in München: Vor den Toren Münchens soll ein Forschungsreaktor gebaut werden, für dessen Betrieb hochangereichertes, waffenfähiges Uran 235 vorgesehen ist - Mitantragsteller und Generalunternehmer bei diesem ersten Reaktorneubau nach Tschernobyl in der BRD ist der deutsche Atommonopolist Siemens.

CASTOR-Halle in Ahaus: Was wird aus dem Atommüll? Diese Frage ist nicht gelöst und sie ist auch nicht lösbar. Um von dieser Tatsache abzulenken, werden Atommüllberge in Scheinlösungen gepackt. Unsichere Leichtbauhallen wie im "Zwischen"lager Ahaus werden zum oberirdischen Dauerlager für heiße CASTOR-Behälter.

Wilde Kippe Osten im Osten - Demo in Magdeburg: Das Atomprogramm löst eine Lawine der atomaren Verseuchung aus, die beim Uranabbau beginnt und im "End"lager nicht endet! Der Einigungs-Vertrag mit der ehemaligen DDR war zur Entledigung hiervon für die Bundesregierung ein Schnäppchen: Vieles, was andernorts schwer durchsetzbar ist, landet nun in den neuen Ländern. Magdeburg ist durch seine Nähe zum Atommüllager Morsleben ein Haupt-Umschlagplatz in diesem Atommüll-Tourismus.

Kein AKW in Wyhl - Demo in Breisach am 28.(!) 4. Was die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen vor über zwanzig Jahren mit ihrem grenzübergreifenden Kampf gegen ein AKW Wyhl geschafft haben, war ein großer Erfolg! Und das macht uns Mut:

Atomare Bedrohung kennt keine Länder und Grenzen.

Der Widerstand dagegen auch nicht!

An jedem dieser Orte demonstrieren wir für unsere gemeinsamen Forderungen:

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Energiewende jetzt!

Mit unserem Protest und Widerstand lassen wir uns nicht in die kriminelle Ecke rücken. Wir lassen nicht zu, daß demokratische Grundrechte immer weiter beschnitten werden! Wir wehren uns gegen die immer wiederkehrenden Versuche, Einzelne stellvertretend für alle zu bestrafen. Auch dafür gehen wir auf die Straße.

Koordinierungsstellen: Bundesinfostelle der Initiativen gegen Atomanlagen, c/o Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel. 0251/521112, Fax: 0251/531559 oder Tel./Fax: 02543/9741 (Sabine Sander); Informationsstelle zum 10. Tschernobyl-Jahrestag, c/o Heinrich.-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5-11, 50667 Köln, Tel. 0221/20711-15, Fax: 0221/20711-51

29. Pyrrhussiege des Pazifismus. Betr.: "Dayton - ein Friedensprozeß in Bosnien?" (ak 387)

Betr.: "Dayton - ein Friedensprozeß in Bosnien?" (ak 387, S. 23)

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Diskussion; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:17

Vorweg gesagt: Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack haben zweifellos Recht mit ihrer Forderung, daß im früheren Jugoslawien jetzt humanitäre und wirtschaftliche Hilfe an erster Stelle stehen müßte. Berechtigt ist daher auch ihre Kritik an der Prioritätensetzung der westlichen Großmächte, die für militärische Aufgaben weitaus mehr Mittel vorsieht als für die Stabilisierung und Wiederingangbringung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in dem vom Krieg verwüsteten Land Bosnien-Hercegovina.

Genau genommen sogar noch zu moderat ist die Kritik der Autoren an der deutschen Absicht, die in der BRD lebenden Kriegsflüchtlinge ab Mitte dieses Jahres zwangsweise abzuschieben. Das ist nicht nur inhuman, sondern provokatorisch und im Sinne eines anzustrebenden Friedensprozesses verbrecherisch: Das Abschiebungsvorhaben nimmt absolut keine Rücksicht auf die Zeitplanung der UNO für eine verantwortungsbewußte Steuerung des Rückkehrprozesses und würde den ethnischen Druck in Bosnien-Hercegovina noch einmal mächtig anheizen.

Damit wird erneut demonstriert, daß die deutsche Politik bei ihrer oft maßlosen Verdammung der serbischen Seite überhaupt nicht von Mitleid und Solidarität mit den Opfern umgetrieben wurde, die jetzt mit einem Schlag wieder in mißliebige Ausländer zurückverwandelt werden. Es ging nie um etwas anderes als chauvinistische Hetze, mit der die Grundlagen für die internationale Einsetzbarkeit der deutschen Bundeswehr verbessert werden sollten.

Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack sehen vermutlich zutreffend voraus, "daß pazifistische Politik es (nach dem Dayton-Abkommen und angesichts des Versuchs seiner militärischen Durchsetzung) noch schwerer haben wird, als dies zuvor schon der Fall gewesen ist". Sollte es sich nämlich in der Praxis herausstellen - was selbstverständlich noch keineswegs sicher ist -, daß im früheren Jugoslawien eine militärisch gestützte Konfliktbeendigung auch nur halbwegs funktioniert, stünden die Gegner einer militärischen Intervention insoweit objektiv blamiert da. (Ich betone: insoweit, da dadurch nicht sämtliche Einwände gegen eine Intervention gegenstandslos würden.)

Andererseits kann sich eigentlich auch ein Pazifist nur wünschen, daß der Versuch der Konfliktbeendigung in Bosnien-Hercegovina, so wie er nun einmal real unternommen wird, zum Besten aller betroffenen Menschen gelingen möge. Das heißt, ein Pazifist (oder auch jemand, der aus anderen Überlegungen gegen die militärische Intervention der NATO ist) muß darauf hoffen, daß seine wohlbegründeten Befürchtungen, Frieden lasse sich nicht militärisch durchsetzen, so weit wie nur irgend möglich durch den tatsächlichen Gang der Entwicklung widerlegt werden. Eine grundsätzlich andere Haltung würde in letzter Konsequenz auf inhumane Rechthaberei hinauslaufen. Ich interpretiere auch Narr und Vack so, daß sie bei aller gebotenen Skepsis darauf hoffen, daß nach Dayton ein wirklicher Friedensprozeß in Gang kommen könnte.

Eine wesentliche Frage aus Sicht der Autoren scheint die nach den Faktoren zu sein, die zum Abkommen von Dayton geführt haben. Sie wenden sich gegen die Sichtweise, daß die Entwicklung wesentlich durch die Bombenangriffe der NATO gegen "serbische Stellungen" Ende August/Anfang September verursacht worden sei. Ihre Intention dabei ist klar: Sie wollen die Behauptung nicht gelten lassen, "daß Frieden ohne kriegerische Gewalt in Situationen wie in Bosnien nicht möglich sei". Ihre Gegenthese ist, daß das Abkommen von Dayton das Ergebnis eines Erschöpfungszustands aller Kriegsparteien gewesen sei. Soll mit anderen Worten bedeuten: Es wäre dazu auch ohne das militärische Eingreifen der NATO gekommen.

Man muß aber in diesem Zusammenhang schon präzise argumentieren. Richtig ist, daß die Bombenangriffe kein entscheidender Faktor für das Friedensabkommen waren. Dazu waren sie in ihren materiellen Auswirkungen bei weitem nicht bedeutend genug. Sie verfolgten auch von Anfang an nicht das Ziel, "die Serben an den Verhandlungstisch zu bomben", sondern waren eine zeitlich begrenzte Aktion, um nach der

Eroberung der UNO-Schutzzonen Zepa und Srebrenica und nach der Gefangennahme mehrerer hundert Blauhelm-Soldaten durch die Serben das ramponierte Prestige der UNO und der NATO wiederherzustellen.

Es gibt aber keine Anzeichen dafür, daß es 1995 zu einem Friedensabkommen gekommen wäre, wenn nicht durch den massiven Kriegseintritt der kroatischen Armee entscheidende Veränderungen in der militärischen Lage und im gesamten Kräfteverhältnis herbeigeführt worden wären. Insofern bestreiten die Autoren nur, was ernsthaft ohnehin nicht behauptet werden kann (die NATO-Luftangriffe seien entscheidend gewesen), und übergehen den tatsächlich wesentlichen Faktor mit völligem Schweigen. Und dieser Faktor war selbstverständlich der der militärischen Gewalt, so sehr man das in jeder Hinsicht bedauern muß.

Der Einwand der Autoren, aufgrund der weitgehenden Erschöpfung der Kriegsparteien wäre es ohnedies zu einem Abflauen der Kämpfe und damit auch zu den grundlegenden Voraussetzungen eines Friedensprozesses gekommen, vermag nicht zu überzeugen. Nachdem die Dinge sich inzwischen anders entwickelt haben, ist selbstverständlich jedwede rückblickende Spekulation möglich, was "gewesen wäre, wenn...". Das ist unergiebig und hat in der Politik nichts zu suchen, sofern es nicht durch sachliche Beweise bzw. Hinweise abgestützt werden kann. Es gibt leider mehrere Kriegsschauplätze, wo man mit weitaus mehr Gründen darauf setzen könnte, daß die Kriegsparteien doch wirklich erschöpft sein sollten und schon längst die Motivation zum Kämpfen verloren haben müßten, und wo man sich mit einem solchen Urteil dennoch irren würde. Siehe Afghanistan. Knapp vier Jahre, wie in Bosnien-Hercegovina, sind leider für einen Krieg kein außergewöhnlich langer Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit ausreicht, daß alle Seiten "zur Vernunft kommen".

Außerdem scheint mir das Setzen auf die Ermüdung der Kriegsparteien durchaus keine pazifistische Strategie zu sein: Die Autoren argumentieren in diesem Fall nur mit den Ergebnissen militärischer Gewaltanwendung.

Alle Kriegsparteien im früheren Jugoslawien standen unter Druck, dem Dayton-Abkommen zuzustimmen, aber in erster Linie und überwiegend sind es die Serben Bosnien-Hercegovinas (und der kroatischen Krajina), denen es aufgezwungen wurde. Entscheidend für ihre Unterwerfung unter das Abkommen waren zwei Faktoren: Erstens die erhebliche Verschlechterung der militärischen Lage zu ihren Ungunsten (siehe oben); zweitens die Tatsache, daß sie von der Republik Jugoslawien unter Milosevic keine materielle und politisch-moralische Unterstützung mehr erwarten konnten. Der zweite Punkt ist in Abhängigkeit vom ersten und vom Druck der westlichen Großmächte zu sehen.

Hätte es sich hingegen nur darum gehandelt, daß - ohne Einmischung von außen - aufgrund einer Erschöpfung aller Kriegsparteien eine Waffenruhe eingetreten wäre, so wäre deren Grundlage der militärisch herbeigeführte Status Quo gewesen. Der aber war - bis zur kroatischen Offensive im Sommer 1995 - von der serbischen Überlegenheit bestimmt gewesen und hätte die Moslems stark benachteiligt. Von seiten der bosnischen Serben hätte man schon 1993 die Zustimmung zu einem sofortigen Waffenstillstand auf Grundlage der bestehenden Frontlinien bekommen können. Karadzic hat das mehrfach angeboten, und an der Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags war kaum zu zweifeln, da die serbische Seite im Wesentlichen schon erreicht hatte, was sie wollte, und mit einer Verbesserung kaum noch rechnen konnte.

Für das von den Autoren angeführte Argument mit der Erschöpfung aller Kriegsparteien bedeutet das: Da tatsächlich alle Kriegsparteien ermüdet waren, am meisten aber die Moslems, bestand auf der bosnisch-serbischen Seite überhaupt keine Notwendigkeit, militärisch erreichte und durch Vertreibung abgesicherte Gebietsgewinne preiszugeben. Die bosnischen Serben hätten sich - denkt man sich die Eingriffe von außen einschließlich Kroatiens einmal weg - ohne weiteres damit abfinden können, auf einem vielleicht sehr niedrigen Kampfniveau den für sie vorteilhaften Status Quo noch jahrelang zu verteidigen. Wenn man der Meinung ist, daß ein Einfrieren des Konflikts auf dieser Basis möglich und zweckmäßiger gewesen wäre als die jetzige Situation, sollte man es auch klar so aussprechen. Das wäre dann eine ganz andere Diskussion, die aber mit pazifistischen Grundsätzen nicht mehr viel zu tun hat.

Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack schreiben, das Abkommen von Dayton sowie "seine Voraussetzungen und seine absehbaren Folgen" hätten die pazifistische Politik ("welche?", möchte ich da fragen) nicht widerlegt, sondern im Gegenteil bestätigt und würden sie künftig sogar noch stärker bestätigen. Wenn ich die Logik der Autoren richtig verstehe, stellt sowieso jeder militärische Konflikt eine Bestätigung des Pazifismus dar. Das ist einerseits ja auch richtig, heißt aber andererseits nur, daß der Pazifismus gerade in diesem zu Ende gehenden

Jahrhundert eine Kette von Pyrrhossiegen wie noch nie errungen hat. Wenn das Ergebnis jedes Mal - abgesehen von den ungeheuren Menschenopfern, Leiden und Zerstörungen - nur ist, "daß pazifistische Politik es noch schwerer haben wird, als dies zuvor schon der Fall gewesen ist" (Narr/Vack), dann läuft offenbar irgendetwas völlig verkehrt.

Ich würde es gern sehen, wenn auf pazifistischer Grundlage konkrete Vorschläge für Konfliktlösungen gemacht werden könnten, und würde auf diesem Gebiet selbst Weniges schon für einen großen Fortschritt halten. Aber was Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack im Schlußteil ihres Textes unter dem Titel "eine nüchterne pazifistische Option" aneinandergereiht haben, ist leider fast nur hohles Wortgeklingel. Es bleibt an Konkretem lediglich die Aufforderung, der deutschen Politik, insbesondere dem Einsatz der Bundeswehr, zu widerstehen. Das ist notwendig, vermag aber zur Lösung von internationalen Konflikten rein gar nichts beizutragen.

Dabei haben die Autoren ja recht, daß der Friedensprozeß im früheren Jugoslawien bei der NATO in schlechten Händen ist. Der im Wesentlichen auf ein Jahr befristete Zeitplan ist höchstwahrscheinlich nicht zu halten, und es ist fraglich, wie die westlichen Großmächte, vor allem die USA, reagieren werden, wenn sich der Einsatz ihrer Truppen in die Länge zieht und Probleme auftauchen.

Es war, beispielsweise, keine gute Idee, das Abkommen von Dayton nicht mit einer unbefristeten Unterbrechung des von der UNO eingesetzten internationalen Tribunals über Verbrechen gegen die Menschlichkeit im früheren Jugoslawien zu verbinden. Dazu hätte auch eine sofortige Aussetzung aller Einzelverfahren gehört, mit der Option einer Amnestie, falls sich der Friedensprozeß stabilisiert. Wenn Karadzic als einwandfrei gewählter Präsident und Sprecher der bosnischen Serben zusammen mit seinem Militärchef Mladic per Steckbrief gesucht wird, braucht man sich über die tiefe Verunsicherung seiner Landsleute nicht zu wundern. Nicht ohne Grund fürchten sie, nun kollektiv, aber auch individuell auf die Anklagebank gesetzt zu werden. Die Massenflucht aus den serbischen Stadtteilen Sarajevos ist eine erste, menschlich und politisch zu bedauernde Reaktion auf diese Lage.

Beim Stand der Dinge kämen die IFOR-Truppen gar nicht umhin, Karadzic und Mladic festzunehmen, sobald sie ihnen über den Weg laufen. Die Folge wäre ein weiteres Anheizen der serbischen Verdrossenheit mit dem Friedensprozeß. Noch schlimmer wäre es, wenn die NATO eine militärisch gestützte Suchaktion starten würde wie 1993 in Somalia nach Aidit. Auch der vielleicht naheliegende Einfall, als Ausdruck unparteilicher Gerechtigkeit einige führende Politiker der moslemischen und der kroatischen Partei (es drängt sich der Gedanke an Tudjman auf) mit auf den Steckbrief zu nehmen, würde nichts verbessern, sondern die Position der IFOR im gesamten früheren Jugoslawien drastisch verschlechtern.

Kt.

30. Die dritte Generation nach Auschwitz. Auf der Suche nach neuen Formen der Begegnung - Norbert Reck im Gespräch mit Björn Krondorfer

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:25

Zum vierten Mal fand im Sommer 1995 in Philadelphia, Berlin und in den Gedenkstätten von Auschwitz ein Begegnungsprogramm für (mehrheitlich nichtjüdische) Deutsche und (mehrheitlich jüdische) Amerikaner statt. Der Titel des vierwöchigen Programms lautete "Leben in einer Welt nach der Shoah" und es ging um die Frage: Wie gehen Angehörige der dritten Generation seit der Shoah mit ihrer Geschichte und miteinander um? Bleiben Sprachlosigkeit und Mißtrauen vorherrschend oder gibt es Chancen für etwas Neues?

Mit dem Initiator des Programms, Björn Krondorfer, Visiting Assistant Professor in Maryland (USA), sprach Norbert Reck.

Wir übernehmen dieses Gespräch (leicht gekürzt) aus Kreuz & Quer und danken für die Nachdruckerlaubnis.

Woher stammt die Idee für diese Begegnungsprogramme?

Am Anfang standen Erfahrungen von mir und anderen Deutschen, die in den USA lebten. In Gesprächen fiel uns immer wieder auf, daß wir alle ähnliche Erfahrungen in der Begegnung mit Juden gemacht hatten. Wir wurden neugierig darauf, die jüdische Kultur kennenzulernen und waren gleichzeitig schockiert, wie wenig wir darüber wußten. Wir merkten, daß das mit unserer Geschichte und Herkunft als Deutsche zusammenhing. Das machte uns darüber hinaus auch neugierig in bezug auf unsere eigene Geschichte; es brachte ein intensives Lernen und Kennenlernen in Gang, mit dem Ergebnis, daß wir auch über uns selber viel begriffen haben. Ausgehend von der Beobachtung, daß junge Deutsche, die für ein Jahr oder zwei nach Amerika kamen, mehr oder weniger zufällig durch ganz ähnliche Prozesse durchgingen, wollte ich schauen, ob man nicht innerhalb eines Seminarprogramms solche Prozesse auch initiieren kann. Als Veranstaltungspartner fanden sich schließlich das Interfaith Council on the Holocaust in Philadelphia und die Evangelische Akademie von Berlin-Brandenburg.

Dann war das Ziel zunächst die Förderung der Begegnung von Deutschen und Juden?

Das war es nicht allein. Von Anfang an ging es auch darum, der dritten Generation bewußt zu machen, wie stark sie vom Holocaust beeinflußt ist; daß das keine Geschichte ist, die vorbei ist. Und erlebbar zu machen, wie unterschiedlich die amerikanische und die deutsche Kultur an das Thema herangehen. Das fängt schon mit dem Begriff Holocaust an, den die meisten amerikanischen Juden in der dritten Generation sehr spezifisch auf die Vernichtung des europäischen Judentums beziehen. Und je nachdem, ob sie z.B. an der Uni einen Kurs dazu gemacht haben, kommen dann noch Zigeuner dazu, manchmal auch Homosexuelle, aber dann hört es auch schon auf. Für die meisten deutschen TeilnehmerInnen, die sich damit schon in irgendeiner Form auseinandergesetzt haben, bevor sie am Programm teilnehmen, ist der Holocaust immer ein viel weiter gefaßter Begriff, der auch andere Opfergruppen während der Nazizeit mit einschließt, aber auch zum Teil für die Gegenwart benutzt wird, als Wort für alle möglichen Leiden. Wenn nun die Gruppen aufeinander treffen und merken, daß sie den Begriff unterschiedlich füllen, beginnt schon der Konflikt. Und wenn man als Deutscher genügend intellektuellen Zorn hat (oder unbearbeiteten Zorn), dann kommt der meistens so zur Sprache, daß man als erstes den jüdischen TeilnehmerInnen vorwirft, sie hätten ein engstirniges Verständnis vom Holocaust, es sei nicht politisch genug usw. Die Juden wiederum werfen den deutschen TeilnehmerInnen vor, daß sie immer noch überhaupt nicht verstanden hätten, worum es bei der Vernichtung des Judentums ging. Und schon ist man mittendrin.

Die Definition des Holocaust ist Euer Einstieg?

Damit fangen wir natürlich die Programme nicht an, aber auf dieser ganz fundamentalen Ebene wird deutlich, daß wir mit einem ganz anderen Verständnis an das Thema herangehen. Zum Beispiel erzählen deutsche TeilnehmerInnen manchmal, wie ihnen die Tante am Flughafen vor dem Abflug noch sagt: Laß dich von den Juden bloß nicht schuldig sprechen. Oder umgekehrt: Manchmal sind unter den jüdischen TeilnehmerInnen

noch Leute, deren Großeltern Überlebende des Holocaust sind. In diesen Fällen sind die Großeltern zumeist völlig dagegen, daß ihre Enkel mit dem Programm nach Deutschland gehen. Eine amerikanische Jüdin sagte mir, daß sie nach ihrer Rückkehr ihren Großeltern vom Programm erzählen wollte, sie aber um keinen Preis etwas davon hören wollten. Den Deutschen passiert es manchmal, wenn sie zurückkommen und versuchen, ihren Freunden zu erzählen, was sie erlebt haben, daß sie oft als Reaktion hören, die Amerikaner sollten ihnen doch nichts einreden, die hätten ihre Sklaverei gehabt und ihren Rassismus ... Offenbar gibt es auf beiden Seiten Leute, die sich dagegen sperren, von solchen Erfahrungen zu hören.

Die TeilnehmerInnen

Warum ist es denn den TeilnehmerInnen hinterher so wichtig, anderen davon zu erzählen?

Weil die TeilnehmerInnen in dem Programm eine Transformation erleben; sie haben die Möglichkeit, den Diskurs ihrer Kultur auseinanderzunehmen und zu verstehen und zu schauen, wo es daran hakt. Weil wir auch die Emotionen thematisieren und bearbeiten, gewinnen sie ein neues Verständnis von sich selber und von ihrem Deutschtum; sie sehen die deutsch-jüdischen Beziehungen neu und anders, den Holocaust ... Wenn sie dann zurückkommen in den Diskurs ihrer jeweiligen Kultur, zu den Leuten, die natürlich nicht vorbereitet sind auf diese Erweiterung ihres Horizonts, fallen einige damit schon ganz schön auf die Nase. Die Gruppe hatte ihnen einen klaren Rahmen gegeben, das zu erproben und sich selber herauszufordern und zu lernen. Und dann kommen sie zurück und müssen feststellen, daß alle anderen durch die Bewußtseinsprozesse, die sie mitgemacht haben, eben nicht hindurchgegangen sind. Da fällt es dann manchmal ganz schön schwer, darüber zu reden, auch in der eigenen Familie.

Warum interessieren sich amerikanische Juden für so ein Programm?

Die Leute, die sich bewerben, sagen meistens, sie hätten so viel über Deutschland gehört - auf dem Wege des Holocaust-Diskurses in ihrer jüdischen Umwelt, in den Hebrew Schools, in ihren Familien oder sonstwo -, daß sie nun wissen wollten, ob die dritte Generation in Deutschland, die jungen Deutschen, anders sind, was Deutsche in ihrem Alter eigentlich denken, was sie fühlen, wer sie sind. Sie wollen wissen, ob eigentlich ihre Bilder von den Deutschen stimmen. Ein zweiter Grund, der sich mehr indirekt zeigt, scheint zu sein, daß sie nach Deutschland wollen, aber nicht alleine hingehen mögen. Und wenn, dann nur im Rahmen eines solchen Programms, das den Austausch darüber, was sie da erleben, mit beinhaltet. Sie wollen das dann auch besprechen können. Manche sagen schon spezifisch, daß sie sich mit Deutschen über das Thema auseinandersetzen wollen. Das steht aber meistens erst an dritter Stelle.

Haben die TeilnehmerInnen keine Befürchtungen, daß sie in ihrer Identität verunsichert werden könnten?

Vorher fragen sie sich kaum, ob da ihre eigene Identität mit auf dem Spiel steht. Das passiert erst, wenn die beiden Gruppen aufeinandertreffen. Da gibt es z.B. ein Phänomen, das relativ häufig vorkommt: daß selbst eher säkulare junge Juden plötzlich sehr religiös werden innerhalb der vier Wochen; daß sie plötzlich an Tischa be Aw fasten. Das ist der Gedenktag der Zerstörung des Tempels, der fällt meistens in die Zeit dieser Sommerwochen. Dabei ist das eigentlich keiner der größeren Feiertage. Zuhause würden die meisten nie daran denken, aber irgend jemand erwähnt es dann, und plötzlich fastet an diesem Tag die Hälfte der jüdischen TeilnehmerInnen. Die religiöse Identität wird in so einem Zusammenhang plötzlich wichtig. Meine Interpretation ist, daß das Zusammensein mit Deutschen auf einer unbewußten Ebene ihre Identität bedroht. Deshalb müssen sie sich und den deutschen TeilnehmerInnen klarmachen, daß sie jüdisch sind. Und bei einigen hält das hinterher auch an. Das ist schon erstaunlich, daß allein durch die Präsenz der anderen TeilnehmerInnen die eigene Identität in Frage gestellt wird. Würde man sie direkt fragen, würden sie es sicher verneinen, aber ich fand es trotzdem deutlich genug, daß genau das passiert. Wie gesagt: es waren nicht alle, aber doch genügend, daß man es als Verhaltensmuster sehen konnte.

Man kommt auch unerwartet in Verteidigungsrollen, wenn z.B. amerikanische Juden die Deutschen fragen, warum sich die Deutschen mit ihrer Geschichte so anstellen. Innerhalb der eigenen Kultur hat man sich die Frage gar nicht gestellt, weil man sich immer sagt: das sind die anderen Deutschen, die sich so benehmen, mit denen hat man ohnehin nichts zu tun. Und plötzlich muß man jemand anderem erklären, warum die Leute sich so verhalten. Dadurch verschiebt sich die Identifikation. Mit den Juden ist es genau das gleiche. Wenn die Deutschen fragen, was ist denn eigentlich Schabbat, dann merken einige, daß sie das eben so gefeiert haben, ohne sich genau zu überlegen, warum. Und das nun auch noch einem Deutschen zu erklären - das ist noch

etwas ganz anderes. Da wird man dann defensiver, man muß seine eigene Kultur mehr vertreten - muß erklären, warum man anders ist, warum man bestimmte Dinge tut, die einem sonst ganz selbstverständlich vorkommen.

In Deutschland

Was bedeutet für die amerikanischen Juden die Begegnung mit Deutschland?

Wenn amerikanische Juden zum erstenmal nach Deutschland kommen, ist nach meinem Eindruck die große Mehrheit ziemlich blockiert. Sie nehmen das Land sehr durch den Blickwinkel des Holocaust wahr. Und schon in einer gewissermaßen irrationalen Art. Was wahrgenommen wird und was nicht wahrgenommen wird, kann nicht einfach rational diskutiert werden. Verwirrend ist für sie vor allem, daß einerseits alles so normal scheint und andererseits überall Anzeichen der Vergangenheit sind. Meistens geschieht es erst beim zweiten Besuch in Deutschland, daß sie mehr in der Lage sind, die Realität des modernen Deutschlands noch einmal anders, ruhiger, wahrzunehmen. Am Anfang wird man nach jedem Graffiti an den Wänden gefragt, man muß ständig übersetzen, was da steht, weil immer vermutet wird, das müsse einfach ein Nazi-Spruch sein. Wenn man aber antifaschistische Sprüche an den Hauswänden übersetzen soll, kommt einem das genauso komisch vor. Denn dann kommt sofort die Frage der amerikanischen Juden: Warum muß denn das auf die Häuserwände gesprüht werden? Das muß doch einen Anlaß haben, gegen den man sich wehrt. Und insofern schämt man sich als Deutscher für den antifaschistischen Spruch genauso wie für ein Hakenkreuz an der Wand. Weil eben beides die Präsenz der Vergangenheit deutlich macht. Durch die Reaktionen der Amerikaner merkt man als Deutscher dann auch, wie stark das eigene Land mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beschäftigt ist.

Ändert sich auch für die deutschen TeilnehmerInnen die Sicht von Deutschland?

Man ist ja relativ blind als Deutscher in Deutschland, was die jüdische Vergangenheit angeht - es sei denn, man hat aus irgendeinem Grund da schon Zugang. Normalerweise fällt einem die eigene Blindheit gar nicht auf, das geschieht erst durch die Anwesenheit der anderen. Eine typische Geschichte hierfür hat zu tun mit dem Raschi-Museum in Worms. Neben der wiederaufgebauten Synagoge gibt es das Raschi-Haus, ein kleines jüdisches Museum, in dem die Geschichte der Wormser Juden dargestellt wird. Es ist gut gemacht, mit Erklärungen, Schaubildern und Gegenständen, die aus der verbrannten Synagoge gerettet werden konnten. Teilweise verbrannte Torarollen, Pessachgeschirr, das einmal einer Wormser Familie gehörte, Leuchter - das alles steht dort nun hinter Glas. Der Anspruch ist, daß man da etwas über das Judentum lernen kann. Als wir das Museum mit der Gruppe besuchten, fingen nach etwa zwanzig Minuten zwei, drei Leute aus der amerikanischen Hälfte der Gruppe an zu heulen. Die deutschen TeilnehmerInnen waren daraufhin ziemlich erstaunt und verstanden nicht, was da passierte. Denn eigentlich war das Museum doch eine positive Einrichtung: Es sollte auch zeigen, daß Deutschland inzwischen versucht, die verlorene jüdische Kultur wieder ins Bewußtsein zurückzuholen, öffentlich zu machen, in den Begriff der eigenen Kultur aufzunehmen, zu sagen: das ist das, was hier war. Für die amerikanischen TeilnehmerInnen aber hat der Besuch dieses Museums erst richtig deutlich gemacht, was Vernichtung bedeutet. Denn die Gegenstände, die sie dort sahen, waren für sie in ihren Familien ganz vertraute, zwar sakrale, aber doch auch alltägliche Dinge, wie z.B. das Pessachgeschirr. Oder die Torarollen, die sie sonst aus der Synagoge kannten, waren dort eben als Museumsstücke ausgestellt, als Objekte hinter Glas, ohne Kontext, ohne Bezug. Einer meinte, er hätte sich dort gefühlt, als stünde er selbst hinter Glas, als der letzte Jude in Deutschland

An solchen Ereignissen fällt es besonders auf: So etwas wäre in einer homogenen Gruppe überhaupt nicht Gegenstand der Wahrnehmung und der Diskussion geworden. Wenn ich da alleine reingegangen wäre, hätte ich gedacht: Das ist ja toll, daß das nun alles ausgestellt wird. In dem heterogenen Kontext ist man statt dessen bald voller Scham, denn was da gezeigt wird, ist ja eigentlich, daß nichts mehr da ist. Wem hat denn das Geschirr gehört? Was ist mit den Leuten passiert? Das alles sind jetzt nur noch tote Gegenstände und die Besitzer leben nicht mehr. (...)

Kommt ihr denn innerhalb des Programms auch mit deutschen Juden zusammen?

Die deutschen Juden haben manchmal schon Schwierigkeiten mit unserem Programm, aber sie laden uns - vor allem in Berlin - auch in ihre Gemeinde ein. Und da kommt grundsätzlich von den amerikanischen Juden die Frage an die deutschen Juden: Wie könnt ihr hier leben? Das wird immer gefragt. Und die Juden, die in

Deutschland leben, wissen auch, daß diese Frage kommt. Und sie reagieren oft ziemlich sauer darauf. Etwa mit der Haltung: Was wollt ihr von uns? Wenn ihr nicht akzeptieren könnt, wo wir leben, dann laßt uns doch wenigstens in Ruhe. Warum wollt ihr uns das Existenzrecht hier abstreiten? Das machen viele Deutsche schon, jetzt kommt ihr und macht das auch noch.

Aber für amerikanische Juden, auch in der dritten Generation, ist das ein echtes Problem. Sie verstehen wirklich nicht, wie man als Jude in Deutschland leben kann. Einige TeilnehmerInnen meinten schon nach dem zweiten oder dritten Tag in Deutschland, daß sie niemals hierher ziehen könnten, das sei viel zu schrecklich hier, das könnten sie sich nicht vorstellen. Die Reaktionen sind aber widersprüchlich, einige aus der Gruppe sind ein Jahr später wieder nach Deutschland gefahren, eine hat für ein halbes Jahr ein Stipendium der Humboldt-Stiftung bekommen und war dann an der Uni in Berlin ...

Ich denke, das ganze Verhältnis zueinander ist widersprüchlich: diese Faszination, die gegenseitige Anziehung, die Neugierde einerseits und andererseits die Distanz, die man wahren will, die Angst voreinander, das Mißtrauen.

In Auschwitz

Wie waren die Grunderfahrungen bei den Besuchen in den Gedenkstätten von Auschwitz?

Wenn Juden und Deutsche Auschwitz zusammen besuchen, verändert sich die Perspektive. Es wird deutlich, wie unterschiedlich beide Kulturen an das Thema herangehen. Zwar sehen sie das gleiche, nehmen es aber anders wahr - sowohl emotional als auch intellektuell. Für Deutsche wird so ein Besuch dadurch schwieriger. In der Präsenz von jüdischen FreundInnen, vor denen sie sich dann nicht verstecken können, kommen mehr und andere Emotionen auf, als wenn sie alleine dort wären. (...)

Das heißt, wenn man als nichtjüdischer Deutscher einen Besuch in Auschwitz zusammen mit amerikanischen Juden macht, wird man stärker mit seiner deutschen Identität konfrontiert?

Ja. Dabei müssen die Amerikaner gar nichts sagen. Es ist nur ihre Gegenwart. Manche deutschen TeilnehmerInnen bekommen dabei den Eindruck, die jüdischen TeilnehmerInnen machten ihnen Schuldvorwürfe, obwohl sie das gar nicht tun. Die jüdischen TeilnehmerInnen verbergen lediglich ihre Gefühle nicht, sie werden traurig und zornig, sie weinen. Und allein das zu beobachten löst bei den Deutschen Schuldgefühle aus. Die meisten versuchen dann, sich diese Gefühle rational auszureden, weil sie ja im legalen oder kriminellen Sinne auch nicht schuldig sind. Aber diese Art von Gefühlen läßt sich nicht einfach wegerklären. So kommt es, daß viele sich in die Intellektualisierung retten, weil zu viele Gefühle auf einmal aufeinanderprallen: einerseits Trauer, wobei man aber nicht genau weiß, worüber man traurig ist in dem Moment; andererseits versucht man, sich mit den Opfern zu identifizieren, was aber nicht ganz gelingen will; man erlebt Schuldgefühle; interessanterweise erlebt man auch als Deutscher ziemlich viel Zorn, obwohl es nicht klar ist, gegen wen sich der Zorn denn richtet. Wenn zu viele solcher Emotionen aufeinanderprallen, kommt keine davon zum Vorschein, man fühlt sich sprachlos.

Woher kommen diese Schuldgefühle?

Um das zu verstehen, unterscheide ich zwischen Diskurs und Ethos. Diskurs nenne ich das, was öffentlich gesagt werden kann, und Ethos das, was man unmittelbar affektiv fühlt - wenn man das einmal ganz knapp definieren will. Zum Bereich des Ethos gehört alles, was über den Holocaust gesagt wird, wenn man nicht vorher lange darüber nachdenkt - was man einfach so aufschnappt in der eigenen Familie, den Medien, auf der Straße ... Wenn man auf diese Dinge angesprochen wird, würde man etwas ganz anderes sagen, dann bedient man sich des offiziellen Diskurses. D.h. man kontrolliert und zensiert sich, und man denkt wahrscheinlich auch tatsächlich etwas anderes.

Der Diskurs der dritten Generation besteht nun vor allem darin, daß man keine Schuldgefühle haben soll und deshalb auch nicht haben kann. Gleichzeitig will man nicht wahrhaben, daß man sie trotzdem hat - vor allem, wenn man auf gleichaltrige Juden trifft. Oft wehrt man sich so sehr dagegen, daß das nicht einmal angesprochen werden kann. Einmal hat sich die Gruppe eines Sommerprogramms dreieinhalb der vier Wochen geweigert, Schuld und Schuldgefühle zu thematisieren. Da gab es zum Beispiel eine Sitzung, wo wir in den vier Ecken des Raums vier verschiedene Sätze anbrachten, unter denen die TeilnehmerInnen ihre Wahl treffen sollten. Einer dieser Sätze war "Ich fühle mich schuldig". Niemand stellte sich unter dieses Schild. Aber

es war offenkundig, daß das nicht stimmte. Wir versuchten dann, das zu besprechen; es war auch allen aufgefallen. Nach der Diskussion sagten wir, wenn sich jetzt für jemanden etwas verändert habe, könne man jetzt noch einmal die Ecken tauschen. Daraufhin stellte sich eine Person in diese Ecke "Ich fühle mich schuldig". Natürlich hat das trotzdem immer noch nicht gestimmt. Der Widerstand, die eigenen Schuldgefühle zu akzeptieren, war unglaublich stark.

Ich glaube, daß solcher Widerstand gegen Schuldgefühle das tiefere Gefühl der Scham zudeckt. Scham würde ich als das Bewußtwerden einer Kluft zwischen dem idealen Ich und dem Ich in der Realität definieren. Bei den deutschen TeilnehmerInnen kommt Scham auf, wenn sie merken, daß es eine Diskrepanz gibt zwischen dem, was sie eigentlich sein wollen, und dem, was sie tatsächlich sind. Sie wollen in Auschwitz nicht mit Deutschland identifiziert werden und würden gerne etwas anderes sein. Sie können das aber in der Präsenz von Juden nicht durchhalten.

Was passiert, wenn das Selbstbild so bedroht ist?

Es gibt ja eine Reihe verschiedener Ausflüchte. Man kann sich international solidarisieren mit allen möglichen Leuten; das wäre eine Ausflucht vor der Identifikation mit Deutschland. Oder man philosophiert über das Böse schlechthin. Oder man intellektualisiert das Ganze, indem man ausschließlich darüber nachdenkt, was wohl die Ideologie der polnischen Gedenkstättenleitung war - womit man dann ebenfalls bestimmte Sachen nicht an sich heranläßt. Dabei kommen durchaus auch gute Punkte auf, aber das hat nichts mit der momentanen Gefühlssituation zu tun. In homogenen Gruppen fällt es nicht so auf, daß ein solcher Zugang problematisch ist; wenn bei heterogenen Gruppen die deutschen TeilnehmerInnen diesen Punkt ziemlich forcieren, hebt dann meist ein Amerikaner die Hand und fragt: Wie fühlt ihr euch eigentlich gerade? Meistens herrscht dann erst einmal großes Schweigen.

Die Deutschen hatten bei allen Programmen große Schwierigkeiten, ihre Empfindungen auszudrücken. Sie zogen sich oft ins Schweigen zurück, wenn es um Gefühle ging. Sicher ist aber jenseits der Plenumsgespräche noch einiges beredet worden, z.B. in Zweiergesprächen auf den Zimmern, wo es mehr Intimität gab.

Erinnerung oder Vergebung?

Du hast über die Erfahrungen mit den Sommerprogrammen ein Buch gemacht mit dem Titel "Remembrance and Reconciliation". Kannst du die Wahl dieser Begriffe und ihre Bedeutung ein bißchen erklären?

In den Sommerprogrammen benutzen wir diese Begriffe nicht. Das ist nur der Buchtitel. Ursprünglich wollte ich das Buch nennen: "Rituale der Versöhnung". Das war die Idee, mit der ich angefangen hatte. Und zwar aus zweierlei Gründen: Zum einen, weil es heutzutage eine ganze Reihe von Versöhnungszeremonien gibt, die Rituale im schlechten Sinne sind. Bitburg, Kohl und Reagan über den SS-Gräbern, ist eines der schlimmsten Beispiele dafür, aber ich meine auch eher gut gemeinte Sachen, wenn z.B. deutsche VertreterInnen und VertreterInnen der jüdischen Gemeinde zur Reichspogromnacht eine Veranstaltung machen. Da weiß man schon von vornherein, daß die deutschen VertreterInnen irgend etwas erzählen werden, was dem Diskurs entspricht, aber mit dem Ethos überhaupt nichts zu tun hat. Nach der Veranstaltung denken sie etwas ganz anderes als das, was sie erzählt haben. Da ist etwas ritualisiert worden; man hat sich auf eine Sprache geeinigt, in der man sich über genau begrenzte Dinge verständigen kann. Das bedeutet noch lange nicht, daß Juden und Deutsche einander wirklich vertrauen.

Dagegen ist das Ritual unserer Programme abzusetzen. Innerhalb der gegenwärtigen Ritualdiskussion gibt es die Position, daß Rituale nicht grundsätzlich schlecht sein müssen, sondern auch eine positive Bedeutung haben können, weil sie die Menschen durch produktive Bewußtseinsprozesse schicken können, was auf andere Weise nicht in so kurzer Zeit geschehen kann. Ich verstehe diese Sommerprogramme als ein experimentelles Ritual, ein ritual field, als rituelle Ausweitung des Grundes, auf dem sich zwei Kulturen begegnen.

Der Anthropologe Victor Turner, der sich viele Gedanken darüber gemacht hat, wie Rituale funktionieren, sagt, Rituale seien dann am produktivsten, wenn sie in Gemeinschaften stattfinden, die im erst Entstehen sind, die sich noch nicht auf strukturelle Normen geeinigt haben. In solchen Gemeinschaften passiert der meiste Umbruch, man kann sich selber, seine eigene Identität, seine nationale und kulturelle Identität und auch

Gemeinschaftsidentitäten in Frage stellen, um am Ende mit etwas Neuem herauszukommen. Diese Art von Gemeinschaftsformen nennt Turner communitas. Er sagt auch, daß solche Gemeinschaftsformen nur in einem zeitlich begrenzten Rahmen stattfinden können. In der Entstehungsphase geschieht da unglaublich viel, weil noch nichts definiert ist. Das ist nichts, woran man sich dauerhaft festhalten könnte. Mit der Zeit bilden sich Strukturen heraus; damit ist es kann keine communitas mehr, sondern etwas anderes. Ich denke, daß wir Räume schaffen müssen, wo diese Art von Gemeinschaftsform erlebt werden kann. Voraussetzung ist ein geschützter Rahmen, wo relativ viel, wenn nicht alles, hinterfragt werden kann, damit gemeinsam etwas Neues entsteht. Das muß also eine Gruppe sein, die sich künstlich formiert für eine begrenzte Zeit, die den gesellschaftlichen Alltag und seinen normalen Rahmen verläßt, damit sie die Zeit haben, sich miteinander auszuprobieren. Deswegen funktioniert das, was wir in den Sommerprogrammen machen und was ich in meinem Buch beschreibe, nicht auf einer Abendveranstaltung oder in der "Woche der Brüderlichkeit". Hinter diesem Konzept steht also ein sehr weitgefaßter Ritualbegriff. Ich hab die Rituale dann aber doch nicht in den Titel des Buchs aufgenommen, weil das allgemeine Verständnis von Ritualen sehr viel enger ist und so zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Remembrance und Reconciliation sind für mich zwei Begriffe, die sowohl problematisch sind, aber auch eine Lösung andeuten. Die Begriffe werden von Juden wie von Deutschen benutzt. Für die jüdische Kultur ist im Holocaust-Diskurs remembrance der zentrale Begriff, mit dem sich ziemlich viel verknüpft; das wäre im Deutschen etwa mit Erinnerung zu übersetzen. Der Grundgedanke dabei ist, daß Erinnerung der wesentliche und einzig sinnvolle Zugang zur Geschichte ist. Man kann nicht über den Holocaust reden, wenn man nicht auch konkrete Erinnerungen miteinbezieht. Wenn das nicht passiert, will ich nichts damit zu tun haben. Das ist für mich sehr wichtig, auch wenn der Diskurs inzwischen anders, vielschichtiger und komplexer läuft. Konkrete Erinnerung heißt, sich vor Augen zu führen, was der Holocaust für einzelne Menschen bedeutet hat, was geschichtliche Fakten bedeuten für die Lebensgeschichte von Überlebenden. Das kann man z.B. tun, indem man nach Auschwitz fährt, um einzelne Lebensgeschichten zu recherchieren, indem man sich mit Personen identifiziert, indem man mit Überlebenden spricht. Das heißt nicht, daß man nur einzelne Ausschnitte sehen soll, man sollte natürlich auch die grundlegenden Fakten kennen.

Man kann natürlich remembrance auch so benutzen, daß es ein leerer Begriff wird. Es gibt einige in der dritten Generation unter amerikanischen Juden, die sagen: Ich verstehe eigentlich gar nicht mehr, was die Leute damit meinen. Wir hören das Wort auf jeder Veranstaltung zum Jom Hashoah (Schoa-Gedenktag; Anm. d. Red.), in unseren Schulen oder sonstwo, jeder benutzt es, aber es wird immer leerer - und wie ich das füllen soll, ist mir eigentlich gar nicht klar. So reden vor allem Leute, bei denen die eigene Familie seit 1933 nicht mehr in Europa war, wo die Erinnerung also viel abstrakter ist.

Für Deutsche ist das Erinnern nicht so zentral, hier steht viel stärker der Wunsch nach reconciliation, also Versöhnung, im Mittelpunkt. Im positiven Sinne ist reconciliation für mich ein Versuch, Mißtrauen abzubauen, einander besser verstehen zu lernen - ohne zu wissen, wo uns der Weg, wo uns die Arbeit hinführt. Das Ziel dieser Arbeit ist nicht, daß wir uns am Ende alle liebhaben müssen, obwohl es natürlich schlecht wäre, wenn man in Feindseligkeit auseinanderginge. Das schlechte Konzept von reconciliation dagegen wäre im Sinne von Vergebung. Der Wunsch nach Vergebung wird ja von Deutschen häufig genug geäußert. Mir scheint, daß der deutsche Diskurs total in diesem Zirkel steckt zwischen Vergebung und den Schuldgefühlen und der Schuldfrage. Wenn man sich sehr schuldig fühlt, möchte man gerne, daß einem vergeben wird, obwohl man eigentlich gar nicht weiß, von wem und woher das kommen soll. Dieser Wunsch nach Vergebung hat auch mit dem Wunsch, die Geschichte zu vergessen, zu tun. Wer sich Vergebung wünscht, will eigentlich vergessen dürfen. Aber wenn man bereit ist, Mißtrauen abzubauen, dann muß man aktiv an der Erinnerung arbeiten, miteinander. So fülle ich die beiden Begriffe.

Warum ist der Wunsch nach Vergebung hier so fehl am Platz?

Im Kontext des Holocaust und der deutsch-jüdischen Beziehungen hat der Begriff Vergebung keinen Platz. Erstens ist Vergebung kein Begriff, den ein amerikanischer oder deutscher Jude benutzen würde, das wird sofort als christliches Konzept gesehen und auch als solches abgetan. Aber was - zweitens - noch schwerwiegender ist, ist, daß der Wunsch nach Vergebung immer von der deutschen Seite formuliert wird. Da muß man sich fragen: Warum sollen die Juden vergeben? Wem sollen sie vergeben? Das löst bei Juden oft völliges Erstaunen aus, wie so ein Ansinnen sein kann. Also wenn nicht Zorn, dann zumindest Erstaunen, wie Deutsche dazu kommen, von Juden Vergebung haben zu wollen. Warum kommt das Wort überhaupt im

Dialog mit Juden oder in Gesprächen über den Holocaust auf? Im Grunde hören jüdische GesprächsteilnehmerInnen sofort heraus, daß Deutsche verdrängen oder vergessen wollen, sich nicht aktiv auseinandersetzen wollen.

In bezug auf Vergebung wird von jüdischer Seite auch gesagt, daß die Toten, die, denen Unrecht geschehen ist, eigentlich die einzigen sind, die vergeben könnten. Warum soll ein amerikanischer Jude in der dritten Generation überhaupt irgend jemandem vergeben? Das ist überhaupt nicht in seiner Macht. Und es löst großes Mißtrauen aus. Dazu kommt das verbreitete Gefühl, daß diese Taten nicht vergeben werden können. Es mag eine Bereitschaft da sein, das Problem gemeinsam durchzuarbeiten, aber nicht in dem Sinne, daß am Ende dann vergeben wird. Auch nicht in dem Sinne, daß man der dritten Generation der Deutschen Schuld zuweisen will. Eine jüdische Freundin sagte mir einmal: "Es geht nicht darum, euch Schuld zuzuweisen; es geht darum, daß ihr lernt, was passiert ist, daß ihr mitkriegt, was los ist, wie wir uns fühlen. Und daß wir Deutschen gegenüber sehr skeptisch sind und im Grunde nicht wissen, wer ihr seid und bei euch erstmal aufpassen müssen. Eure Vorväter und -mütter haben probiert, uns alle umzubringen. Wer sagt uns, daß ihr anders geworden seid?" So empfinden viele Juden der dritten Generation. Wenn man miteinander redet, muß zuerst einmal klarwerden, ob man den Deutschen vertrauen kann. Und solange das noch nicht klar ist, ist Vergebung der völlig falsche Begriff.

Konflikte

Entsteht für die Deutschen in der Gruppe nicht das Problem, wie sie beweisen sollen, daß sie vertrauenswürdig sind?

Wenn man unbedingt beweisen will, daß man ein "anderer Deutscher" ist, kann es passieren, daß man dann gar nichts mehr rausläßt, sich gar nicht mehr öffnet. Das ist einmal in einer Gruppe passiert, daß die deutschen TeilnehmerInnen sich selber stark zensierten bei dem, was sie sagten, weil sie auf gar keinen Fall den Eindruck machen wollten, daß sie antijüdisch sein könnten oder antisemitisch gar oder sonst auf irgendeine Weise falsch verstanden werden könnten. Und das ist hart für beide Teile der Gruppe. Die Amerikaner merken dann ja auch, daß irgend etwas nicht stimmt. Sie sagen dann: Just say what is on your mind! Wenn ihr sauer seid, sagt's, das ist doch besser, als wenn ihr alle dasitzt und schweigt. Dann können wir wenigstens irgendwie weiterkommen.

Andererseits ist die Reaktion zum Teil berechtigt. Das kennt ja jeder, der in Deutschland groß geworden ist, daß er das Gefühl hat, wenn er mit Juden zusammen ist und etwas falsches sagt, dann kommt man in die Ecke: na der hat's auch nicht begriffen oder ist antijüdisch. Aber das hat allgemein mit dem kulturellen Konflikt zwischen den beiden Gruppenhälften zu tun. Da scheint es zunächst einmal einfach, sich auf eine bestimmte Rhetorik zu einigen, weil man dann seine Emotionen nicht hinterfragen muß. Ich kenne das ja auch, daß ich manchmal sauer bin über das, was amerikanische Juden sagen, daß ich aber das Gefühl habe, ich darf das jetzt nicht zeigen. Denn wenn ich jetzt sage, daß ich sauer bin, dann kann das nur als antijüdisch mißverstanden werden. Deswegen zensiere ich mich lieber, sage ich lieber nur nette Sachen. In eine solche Situation eine Ebene von größerer Ehrlichkeit hineinzubringen, ist unglaublich schwierig. Die Frage ist ja berechtigt: Was passiert, wenn ich wirklich sauer bin, ob zu recht oder zu unrecht, soll ich und darf ich das sagen, und in welcher Art und Weise? Kann ich davon ausgehen, daß es nicht gleich mißverstanden wird und daß sie hinterher mit mir noch sprechen? Das ist das Mißtrauen, das wir Deutschen in das Gespräch bringen.

Das gilt es aufzubrechen. Ich denke, erst in dem Moment, wo man sich erlaubt, das herauskommen zu lassen, kann irgend etwas passieren, was ich unter reconciliation verstehe. Es geht darum, die Ebene zu finden, wo ich meinen Zorn zeigen kann und darauf vertrauen kann, daß das tatsächlich so ankommt, wie es gemeint ist, und nicht anders. Daß ich nicht sofort denke, die müssen mich ja mißverstehen, weil sie Juden sind. Und meistens ist es ja das eigene Schuldgefühl, was einen zensiert, und nicht das Gegenüber. Die Amerikaner haben da übrigens weniger Schwierigkeiten, ihren Zorn zu zeigen.

Woran entzündet sich dieser Zorn denn?

Eine amerikanische Studentin sagte zum Beispiel einmal: "Ich kann in Deutschland ziemlich viel akzeptieren und will euch als meine Altersgenossen ohnehin keine Schuld zuweisen, aber was mich wirklich wütend macht, ist, daß Deutschland so reich ist. Ich habe nicht das Gefühl, daß ihr als Nation besonders gelitten habt. Da habt ihr als Nation den Holocaust verbrochen und dann habe ich das Gefühl, ihr leidet darunter gar nicht mehr, oder

vielleicht habt ihr auch nie gelitten." Das war ein sehr ehrlicher Ausbruch, sehr hart auch. Die Deutschen in der Gruppe zeigten zwei Arten von Reaktionen. Die einen dachten wohl: "Das müssen wir uns jetzt anhören, können aber dazu nichts sagen." Das war im Grunde eine emotionale Verweigerung gegenüber dem Vorwurf. Man hält still und läßt ihn nicht an sich herankommen. Die andere Reaktion war zu sagen: "Ich verstehe, daß du das sagst." Aber das hat diejenige, die das gesagt hatte, noch viel saurer gemacht. Sie antwortete: "Es ist mir völlig egal, ob ihr das versteht! Ich will nicht euer Verständnis. Ich will, daß ihr darauf reagiert, was ich sage. Seid ihr deswegen böse? Oder was macht ihr denn, wenn ich das fühle?" Und da kam nichts. Sondern nur: Ja, wir verstehen das ja. Weil der Vorwurf ja auch wirklich ans Eingemachte ging.

Wenn man das ganz ernst nähme und individuell umsetzte, müßte ich sagen, daß ich, Björn Krondorfer, nicht gelitten habe und noch lange nicht genug gelitten habe. Wo sich dann die Frage stellt: Stört mich das denn auch, daß wir so reich sind? Ich kann gut über den Holocaust reden, ich habe Schuldgefühle, aber meine Lebensführung beeinflußt das überhaupt nicht, meine materielle Absicherung etc. So ein Vorwurf trifft genau auf all diesen Ebenen. Da wär's halt interessant gewesen, wenn es dabei ein bißchen stärker zum Konflikt gekommen wäre. Man hätte ja durchaus zurückfragen können: Was genau willst du eigentlich von mir, was ich zu erleiden habe, damit die Ungerechtigkeitswaage wieder ins richtige Lot kommt? Nur dadurch wären wir dann einen Schritt weiter gekommen. Und die Amerikanerin wollte auch die Auseinandersetzung an diesem Punkt. Aber leider ist die Auseinandersetzung da steckengeblieben. Sie kam bis zum Ende des Programms über diesen Punkt nicht hinaus. Das passiert eben, daß man an bestimmten Punkten steckenbleibt, wenn ein Gruppenteil sich weigert, etwas wirklich aufzunehmen.

Wäre in diesem Zusammenhang der Einwurf völlig undenkbar, daß auch die Deutschen unter dem Nationalsozialismus gelitten haben?

Für mich als Begleiter ist es eine schwierige Frage, wie man in diesem Kontext mit den Leiden von Deutschen umgeht. (...) Wenn gleich am Anfang in einem Gespräch gesagt wird: "Wir haben auch gelitten", dann weiß man gleich, das geht nicht, es ist verkehrt, es wird als Schutzmantel benutzt, es wird dazu benutzt, jedes Gespräch abzubrechen. Eine andere Reaktion, die ich auch kenne, lautet: "Ja, wir müssen jetzt alle schweigen und zuhören." Dann hört man eben den Opfern zu. Aber dabei bleibt man dann im Grunde auch draußen, man bringt von sich nichts mit hinein. Wenn man bis zum Ende schweigt und betroffen ist, baut man auch keine wirkliche menschliche Beziehung auf. Und wirkliche menschliche Beziehungen kann man nur aufbauen, wenn man alles, was einem wichtig ist, auch die Gefühle, auch das Leid, tatsächlich mit in die Auseinandersetzungen hineinbringen kann. Wenn das alles nicht auftaucht, dann bleibt es einseitig und wird nicht lebendig.

Es ist sehr schwierig, das zu bewerten. Man kann die unterschiedlichen Leiden auf jeden Fall nicht vergleichen. Die Frage ist, ob man es zulassen kann, daß sie angesprochen werden. Darin besteht meine Frage an die jüdischen Gemeinden, ob sie in diesem Rahmen so etwas zulassen können oder nicht; und in welchem Ausmaß. Auf keinen Fall kann man als Deutscher so etwas einklagen. Es bleibt ein Risiko, das zu thematisieren, und es darf nicht in Selbstmitleid umschlagen. Wenn das geschieht und man am Ende denkt, daß man genauso Opfer ist wie alle anderen auch, dann ist die Sache faul.

Bei diesen Fragen denke ich, daß nicht einmal die dritte Generation eine Antwort finden wird. Mein Gefühl ist, daß solche Programme dafür eine Basis schaffen können, Wegweiser setzen können, anfangen können, das aufzubrechen, aber daß wir keine Antwort finden werden, wie wir mit dem eigenen Leiden umgehen. Da wird es noch mindestens eine weitere oder noch mehr Generationen brauchen, bis das klarer wird und nicht mehr so schnell als Waffe gebraucht wird, als Mittel, um Gespräche abzubrechen statt weiterzuführen.

Björn Krondorfer: Remembrance and Reconciliation. Encounters between Young Jews and Germans. New Haven, London (Yale University Press) 1995. (Die deutschsprachige Ausgabe wird vorbereitet.)

31. Das Kreuz und die Linke. Eine Übersicht über christlich-sozialistische Gruppen

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:20

Innerhalb dieser Gesellschaft ist die Linke eine Minderheit. Ebenso ergeht es den linken Zirkeln innerhalb der christlichen Großkirchen. Und noch eine Minorität sei hier erwähnt: Auch innerhalb der Linken selbst sind christliche Gruppen in einer verschwindenden Minderheit, was viel über die Größe dieser Strömung aussagt. Nun ist der personelle Umfang einer "Bewegung" kein Kriterium für soziale Sinnhaftigkeit der darin vertretenen Ideen oder Menschlichkeit der Praxis; zum Beleg müssen wir nicht unbedingt - können aber - auf den deutschen Faschismus und seine Massenbasis verweisen.

Wenn wir uns aber von der Magie der großen Zahl gelöst haben, so sind auch die kleinen christlich-sozialistischen Gruppen der Beachtung wert, zumal sie bei der verbliebenen Restlinken kaum bekannt sind. Um es vorweg zu sagen: Sie geben ein sehr buntes und vielfältiges Bild ab; zumindest so vielfältig, daß hier nicht alle Vereinigungen Erwähnung finden konnten, was zum einen daran liegt, daß sie mir sicherlich nicht alle bekannt sind, zum anderen daran, daß von einzelnen keine Rückmeldungen gekommen sind.

Ein Problem am Anfang

Es ist überaus schwierig, aus den zahlreichen humanitären, alternativen, internationalistischen, caritativen und ökologischen Grüppchen, die es innerhalb der etablierten Kirchen gibt, die linken herauszufinden. Bereits bei der Definition dessen, was als links zu gelten hat, tauchen - nicht nur hier - große Probleme auf. Oft ist die Selbstbenennung der Gruppe ein deutliches Indiz. Aber nicht jede linke Basisgruppe hat Lust, der/dem Außenstehenden gleich mit der Selbstbezichtigung "links", "sozialistisch" etc. die Einordnung in eine Schublade zu erleichtern. Umgekehrt muß das Etikett nicht unbedingt den tatsächlichen Inhalt wiedergeben - wie wir nicht nur aus der Produktwerbung wissen.

Die Kriterien zu einer Einordnung einer Gruppe als links waren für mich daher:

- Selbstdefinition (im Namen, in Erklärungen),

- erkennbare radikale Kapitalismuskritik und Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Internationalismus und Anti-Rassismus,

- anti-patriarchalisches Verständnis (was gerade im kirchlichen Umfeld ein wichtiges Indiz sein muß).

Aber auch mit diesen Eckpunkten wird die Einordnung in links und nicht-links schwierig und diskussionswürdig bleiben.

Kirche von unten - und andere

Teilaspekte aus dieser Auflistung können zudem auch bei vielen Gruppen etwa im Bereich der katholischen und evangelischen Jugend zu finden sein, ohne daß damit eine links-christliche Gruppierung im Sinne dieser Betrachtung entstanden ist. Und auch unter den rund 50 Mitgliedsgruppen der Initiative Kirche von unten (IKvu) sind - neben einigen "echten" linken Zirkeln (doch dazu später) - mehrere Initiativen zu finden, die in Teilbereichen linke Positionen vertreten. Als Beispiel sei hier die Christliche Initiative Romero (CIR) erwähnt.

Die CIR will "in praktischer Solidarität die Kirche der Armen, die Theologie der Befreiung und alle diejenigen (...) unterstützen, die sich für Gerechtigkeit und wirklichen Frieden in Lateinamerika einsetzen". (Selbstdarstellung der CIR im IKvu-Rundbrief 1/94)

Die Initiative Kirche von unten, jenes innerkirchliche Netzwerk fortschrittlicher christlicher Zirkel, versteht sich ebenfalls selbst - so jedenfalls in verschiedenen Dokumenten - in der Tradition der Theologie der Befreiung; diese stärke "das Selbstbewußtsein der Besitzlosen, sie vermittelt ihnen, daß Ausbeutung nicht gottgewollt ist, daß Macht und Reichtum nicht Zeichen von Gottes Gnade und Zuwendung sind und daß Jesus immer auf der Seite der Unterdrückten war. Daß die Befreiungstheologen von der römischen Amtskirche gemaßregelt werden, ist skandalös und beweist, daß diese Kirche sich nur an den Mächtigen orientiert und an der eigenen

Macht" (aus einer Selbstdarstellung der IKvu von Brigitte Loga, ebd.) - Worte, mit denen die IKvu zumindest links von der SPD landet, wenngleich nicht jede beteiligte Gruppe unbedingt hinter dieser Aussage stehen muß.

Die Forderung, "in einer allgemein nur noch auf Erhalt der Besitzstände ausgerichteten Gesellschaft (und Kirche) überhaupt weiterführende Utopien aufzuzeigen und zu leben" (Christian Weisner, ebd.), klingt zwar etwas nach früh-sozialistischer Sozialromantik (zumal konkrete Bedingungen und Methoden nicht benannt werden), beinhaltet allerdings Anknüpfungspunkte für andere linke Gruppen, da schon das Bestehen auf einer sozialen Utopie hier und heute etwas gänzlich Unerhörtes ist! (1)

Links-christlich mit Tradition

Wenden wir uns den "echten" links-christlichen Gruppen zu, so muß zuerst die traditionsreichste Organisation Erwähnung finden: der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) mit seinem vom Titel her etwas umständlichen Mitteilungsblatt "Christin und Sozialistin - Christ und Sozialist". Der BRSD ist Mitglied in der IKvu und im Internationalen Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, einem Zusammenschluß ähnlich ausgerichteter Gruppen aus aller Welt.

Über das Gründungsdatum des Bundes scheint auch intern Unklarheit zu bestehen, wird doch verschiedentlich 1919, aber auch 1926 angegeben. In jedem Fall aber wird betont, daß während der Weimarer Republik die religiösen SozialistInnen eine "zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende" Organisation bildeten. (Selbstdarstellung des BRSD) 1933 verboten, wurde der Bund 1945 wiedergegründet und im "kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben" (ebd.), was heißen soll: Er schrumpfte bis zur Bedeutungslosigkeit! (2) In den 70er Jahren stießen durch die StudentInnenbewegung politisierte Menschen zum BRSD, der damit zwar nicht an seine frühere Bedeutung anknüpfen, allerdings den Abstieg in die Nichtexistenz vermeiden konnte.

Der BRSD geht davon aus, daß "die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft" noch immer Ziel sein muß. Die religiösen SozialistInnen sind der Meinung, "daß das Ende des ‚realen Sozialismus` nicht das Ende der Geschichte ist". Sie betonen zudem, "daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist" und zitieren die Bibel: "Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde."

Als "die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt" wird "der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren" angesehen. Daß "ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben als ein mehr oder weniger frommes Gemüt", steht für den BRSD fest. (Alle Zitate: ebd.) Denn auch in anderen Bibelzitaten und dem obersten Gebot der Nächstenliebe finden sich Hinweise auf den sozialistischen Wesensgehalt der Heiligen Schrift, so z. B. in 5. Mose 15.4: "Es soll keine Armen unter Euch geben!". (Zitiert nach "Endsieg des Kapitalismus?", Faltblatt des BRSD)

Etwas schwächer werden die Aussagen des BRSD, wenn es konkreter wird: "Chancengleichheit schließt im besonderen ein das Recht auf Arbeit (denn die Schwachen können nur durch Verkauf ihrer Arbeitskraft am Markt teilnehmen) und einen kräftigen Vorstoß in Richtung auf Gleichheit des Einkommens." (ebd.) Dies zielt nun wirklich nicht sehr tief!

"Die soziale Marktwirtschaft versucht nur, innerhalb ihrer staatlichen Grenzen sozial zu sein. Außerhalb dieser Grenzen trägt sie durch ihr aggressives Verhalten zu dem Ungleichgewicht zwischen arm und reich bei." (aus: Soziale Marktwirtschaft - Heil für die Welt?, Faltblatt der BRSD) Auch hier bewegt sich die Kritik in flachem Gewässer: Kein Wort davon, daß der "soziale" Aspekt der Marktwirtschaft in wenigen kapitalistischen Kernländern weder ein freiwilliges Zugeständnis der Kapitaleigner ist noch eines, das auf Dauer und für alle gilt.

In Bezug auf den Anschluß der DDR heißt es, daß "uns im Westen der Preis des Teilens oft bereits zu hoch" sei. (ebd.) Nicht gefragt wird, wer den Anschluß bezahlt, wer davon profitiert; statt dessen ein fast schon volksgemeinschaftliches "uns", das den ganzen Westen pauschal diffamiert.

In der Gesamteinschätzung und unter Berücksichtigung des Festhaltens an einer Überwindung des Kapitalismus, könnte der BRSD als radikal-reformerisch bezeichnet werden; ihn nur als links-sozialdemokratisch zu bezeichnen wäre wohl unzutreffend und vor allem beleidigend!

Für den Sozialismus

Ebenfalls Mitglied in der IKvu ist die Gruppe ChristInnen für den Sozialismus (CfS). Die Idee dazu entstand 1971 in Chile und sprang 1973 nach Europa über. Heute umfassen die CfS in Deutschland rund 20 Regionalgruppen, die "in den sozialen Bewegungen, im gewerkschaftlichen Kontext gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung sowie im Internationalismusbereich" arbeiten. (Selbstdarstellung, in: IKvu-Rundbrief 1/94)

Die CfS nehmen "nach wie vor eine kapitalismuskritische Haltung ein und hinterfragen die angebliche Plausibilität des Bestehenden, die die Krise in den Ländern der Dritten Welt als auch in zunehmendem Maße in der Bundesrepublik ganz offensichtlich in Kauf zu nehmen scheint." Bei der "Suche nach einer gesellschaftlichen Utopie, die den Kapitalismus mit seinen Krisenerscheinungen überwindet" ist für die CfS "die marxistische Theorie ein wichtiges Werkzeug für die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung einer politischen Strategie", und ihre "politische Praxis geht vom Klassencharakter auch unserer Gesellschaft aus." Dabei ist die "theologische Reflexion (...) von der Suche nach einem Ausdruck des Glaubens geprägt, der jenseits bürgerlicher Spiritualität dem Eintreten für die Schwachen und Ausgegrenzten unserer Gesellschaft Rechnung trägt."

Mit diesen Aussagen zeigen sich die ChristInnen für den Sozialismus radikaler und klarer als die GenossInnen aus dem BRSD. Und wenn die CfS feststellen, daß "bei aller Unterschiedlichkeit (...) zunehmendes soziales Elend in den Zentren und die Armut und das Elend in der sog. Dritten Welt die gleichen Ursachen" haben, so ist dem nichts hinzuzufügen. (Alle Zitate: ebd.)

Gegen den sozialen Tod

"Wir leben in einer Kultur des Todes: Jeden Tag aufs neue stirbt die Welt und in ihr der Mensch auf vielfältige Weise: Sexismus, Rassismus, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen, Verfolgung reformerischer und sozialrevolutionärer Kräfte sind Ausdruck dieser Kultur. Jesus Christus verkündet dagegen eine Kultur des Lebens (...) Er entwirft eine ‚Utopie`, in der es sich leben läßt (...) Jesus kündigt diese Welt für hier und heute an, er vertröstet nicht auf eine bessere Welt im Jenseits", sagten sich vor einigen Jahren Menschen aus Mainz und gründeten die Zeitschrift "Wider den Tod!" (WdT!), der sie den Untertitel "Zeitung für Befreiungstheologie und spirituelles Leben" gaben. (Zitat aus WdT! Nr. 6)

An anderer Stelle begründen sie den Zeitungstitel mit den Worten: "Befreiende Theologie schließt für uns eine politische und spirituelle Dimension ein, und somit ist sie eine Theologie der politischen Praxis (...) und befreiter Sinnlichkeit für Gott, Umwelt und sich selbst. Wenn wir unter dem Begriff ‚Tod` nicht nur das physische Gestorben-Sein verstehen, sondern auch soziale Phänomene wie Beziehungslosigkeit, Ausbeutung und Ausgrenzung, (...) dann ist Theologie der Befreiung im umfassenden Sinne eine Theoloegie wider den Tod." (WdT! Nr. 4)

In einem programmatischen Artikel unter dem Titel "Absage an das Goldene Kalb" (Dr. Horst Goldstein, WdT! Nr. 5) werden grundsätzliche antikapitalistische Feststellungen getroffen: "Der Markt wird sakralisiert und vergöttlicht. An die Stelle der christlichen, der biblisch-kirchlichen Religion ist die ökonomisch-bankwirtschaftliche Religion getreten. Die Überschrift über das Ganze ist auf jedem Dollarschein zu lesen: ‚In God we Trust` (...) Der zentrale Satz der neuen Dogmatik lautet: Geld kann alles, Geld ist allmächtig. (...) Was früher Dome und Kirchen waren, sind heute Banken und Versicherungspaläste." Der Gruppe um "Wider den Tod!" jetzt nachzusagen, sie würden sich nach den alten Zeiten der alles beherrschenden Dome sehnen, wäre mehr als unangebracht: Ihre Kritik richtet sich stets auch gegen die Amtskirche.

Deren Jenseitsversprechungen werden von "Wider den Tod!" keinesfalls geteilt. So zitieren sie Ernesto Cardenal: "Das Reich Gottes wird von Matthäus darum Himmelreich genannt, weil nach jüdischem Brauch der Name Gottes - aus Ehrfurcht - nicht ausgesprochen werden durfte, und nicht etwa darum, weil es sich um ein Reich außerhalb der Erde handelte." (WdT! Nr. 4) Cardenal weiter: "Der Kapitalismus war höchstens für zwanzig Prozent der Menschheit erfolgreich, vielleicht nur für zehn Prozent. Für die Dritte Welt, das heißt, für die Mehrheit, zu der alle armen Länder und alle armen Leute der reichen Länder gehören, war (und ist) der Kapitalismus katastrophal. Und der Kapitalismus scheiterte noch früher als der Sozialismus. Nun können wir folgende Unterscheidung machen: Der Sozialismus, der scheiterte, war ein falscher Sozialismus, nicht die

authentische Verwirklichung des Sozialismus. Der Kapitalismus, der scheiterte, war dagegen der authentische Kapitalismus. Der Sozialismus scheiterte, weil der NICHT verwirklicht wurde. Der Kapitalismus, WEIL er verwirklicht wurde." Diese Aussage Ernesto Cardenals entspricht erkennbar der Meinung der Redaktion von WdT!.

In einer Vielzahl von biblischen Stellen finden auch die WdT!-Leute verbindliche Hinweise zu sozialistischem Handeln: "Die Weisung von Deut 15,4 ‚Es soll kein Armer unter Euch sein`, erfüllt sich. Nämlich im Neuen Testament: ‚Und es war kein Armer unter ihnen!` (Apg 4,35)" (WdT! Nr. 4). Denn: ",Sie hatten alles gemeinsam` (Apg 4,32)" (ebd.).

Wenn sich WdT! intensiv mit Gefangenen aus dem linken Widerstand beschäftigt, so ist auch dies für die Redaktionsgruppe Ausdruck einer sehr konsequent zuende gedachten christlichen Grundeinstellung, die anderen Teilen der Christenheit so vollständig fehlt.

Heilung der Schöpfung

Innerhalb der in friedensbewegten Gruppen recht gut bekannten Organisation Pax Christi gibt es so etwas ungewohnt klingendes wie eine "Kommission ‚Heilung der Schöpfung`". Als Beitrag zur "Ökologischen Plattform" von Pax Christi International hat diese ein bemerkenswertes Papier vorgelegt, das in WdT! Nr.6 (Herbst 1995) abgedruckt war.

Auch die Mitglieder der "Kommission" gehen davon aus, daß die Bibel als Grundlage für engagiertes Handeln gegen kapitalistische Logik tauglich ist: "Der Gott der jüdisch-christlichen Überlieferung ist ein parteiischer Gott - parteiisch für die Schwachen und Unterdrückten." (Dieses und alle folgenden Zitate aus WdT! Nr.6.) Dabei lassen sie keinen Zweifel daran aufkommen, wer für Unterdrückung und Niederhaltung verantwortlich zu machen ist: "Eine Wirtschaftsweise unter dem Zwang zur Profitanhäufung und Kapitalverwertung ist von sich aus weder fähig, der Abhängigkeit der Menschen von der Natur Rechnung zu tragen noch, auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Sie kann allein auf zahlende Nachfrage, auf Kaufkraft reagieren, nicht aber auf die Lebens- und Überlebensinteressen von Menschen. Ökologische Zerstörung und materielles Elend sind daher zwei Erscheinungsweisen derselben Realität."

Dabei wird durchgehend internationalistisch gedacht und das kapitalistische Modell als letztendlich weltweit untauglich beschrieben: "Die am meisten verschuldeten Länder der ‚Dritten Welt` sind jene ‚Schwellenländer`, denen unser Industriemodell aufgezwungen wurde. Kurzfristig konnten die Industrieländer dadurch ihre eigenen ökonomischen Krisen auslagern. In der Dritten Welt wurde eine kapitalintensive Industrialisierung unter der Vorherrschaft transnationaler Konzerne vorangetrieben. Der Preis war nicht nur eine Verelendung der Bevölkerungsmehrheit, sondern irreversible ökologische Zerstörungen."

Vor der Gefahr einer "Öko-Diktatur" wird für den Fall gewarnt, daß "demokratische Strukturen mit der Bewältigung und Verwaltung der enormen Umweltschädigungen (...) überfordert sein werden". Eine "möglichst frühzeitige Weichenstellung im ökologischen Bereich" wird daher gefordert, um das Schlimmste zu verhindern. Nach der zuvor aufgezeigten Logik kann dies nur durch eine radikale Veränderung der ökonomischen Machtstruktur geschehen, nicht durch Wahlvorgänge im Rahmen des Bestehenden. Denn "wirtschaftlich abhängige Menschen haben meist nicht die Wahl, wenn sie die ‚Wahl` haben." Und: "Es ist vor der Illusion zu warnen, daß allein durch sogenannte markt- und kapitalkonforme Maßnahmen die notwendige ökologische Wende herbeigeführt werden kann. Sie sind nur unter der Bedingung sinnvoll, daß sie mit einer direkten Kontrolle der Investitionen und Preise einhergehen."

Ob sich die "Kommission ‚Heilung der Schöpfung`" als politisch links definiert, bleibt unklar (eine Selbstdefinition wird in dem zitierten Beitrag nicht abgegeben und eine entsprechende Anfrage blieb unbeantwortet). Aber zu vermuten ist, daß die Kommission (die zudem Verzichtsideologie als asozial ablehnt und deren Papier mit "Wer Ökologie sagt, muß auch Antikapitalismus sagen" betitelt ist) faktisch links steht.

Christlich-marxistischer Dialog

"Die Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs ist ein Kind des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, genauer der damit notwendig einhergehenden tiefen Krise von Menschen, deren Denken und Handeln sich aus der Marxschen Tradition bestimmte und die ihre persönliche Situation auch als Chance zur Selbstüberprüfung annahmen. (...) Inzwischen gehören der Gesellschaft über hundert Mitglieder an. Sie

kommen aus Berlin, dem Raum Leipzig/Dresden, Rostock/Schwerin und als einzelne aus den alten Bundesländern. Ausländische Mitglieder sind in den Niederlanden, der Schweiz, der Tschechischen Republik, Ungarn, Sri Lanka, Indien und Kuba zuhause." Nach außen wirkt die Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs "als Herausgeberin der viermal jährlich erscheinenden ‚Berliner Dialog-Hefte`". (Gabriele Lindner, in: Zeitschrift für europäische Politik und Dialog, 5/93)

Nun muß, wer den Dialog zwischen MarxistInnen und ChristInnen fördern will, nicht zwangsläufig links stehen. Die Vorgabe, daß "Christen und Marxisten (...) das gemeinsame Ziel (vertreten), Gesellschaft und Lebensverhältnisse nach dem Maß des Menschen einzurichten" (Selbstdarstellung der Gesellschaft), beinhaltet allerdings bereits einen eindeutigen Hinweis auf eine Verortung im linken Spektrum. (Wenngleich die rein männliche Schreibweise z. B. bei "Christen und Marxisten" in obigem Text doch auf ein recht traditionelles und dem Feminismus gegenüber zumindest uninteressiertes Verständnis von linker Politik schließen läßt.)

Fast schon erwartet werden darf, daß auch die Dialog-Gesellschaft biblische Hinweise für den christlichen Sozialismus anführt: "In der Nachfolge JESU, der will, daß wir Menschen alle ‚das Leben und volle Genüge haben sollen` (Joh. 10.10), suchen wir Dialogpartner und Weggefährten, die Bundesgenossen des Lebens gegen das Chaos sind". (Faltblatt "Dresdner Thesen" des Vorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Heinz Blauert)

Gemeinsamkeiten werden auch auf anderer Ebene beobachtet: "Wenn in der Vergangenheit der Marxismus dadurch, daß er Legitimationsideologie von Staatsmacht war, seine kritische Schärfe verloren hat, so gilt ähnliches für die christliche Theologie. Durch zu große Staatsnähe hat sie die christliche Freiheit, die es erlaubt und gebietet, Lebensverhältnisse abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen dies erfordert, preisgegeben". (Selbstdarstellung der Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs) Und: "Marxistisches Denken ist als legitimes Ergebnis einer über viele Jahrhunderte christlich geprägten europäischen Geschichte entstanden. Beiden ist eine - gänzlich verschieden motivierte - humanistische Grundposition eigen, die auch die je eigenen historischen Perversionen überdauert hat". (ebd.)

Für eine christliche Linke

Ebenfalls erst nach dem Anschluß der DDR in den neuen Bundesländern entstanden ist die Initiative Christliche Linke (ICL), die - im Gegensatz zur Gesellschaft für christlich-marxistischen Dialog - Mitglied in der IKvu ist. Auch die ICL sieht die Hauptursache der Weltprobleme im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Doch auch "der zentralistisch gelenkte Staatssozialismus war (...) zu großen Teilen der Logik dieser Wirtschaftsweise (= Kapitalismus, d.A.) unterworfen, aber gleichzeitig auch aus sich heraus unfähig, eine wirkliche Alternative zu entwickeln". (Orientierungspapier der ICL, 1995)

Unter der Überschrift "Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem ist Sünde" bezieht sich die ICL positiv auf die frühen christliche Gemeinden: "Bei ihnen gab es keine hierarchischen Strukturen, sondern alle waren gleich: Juden und Griechen, Sklaven und Freie, Frauen und Männer (Gal 3,28)" (ebd.). "Zum Widerstand" sieht sich die ICL daher aufgefordert "gegen das real-existierende kapitalistische Wertesystem, eine Form der strukturellen Sünde, die einige wenige immer reicher macht und immer mehr Menschen zu Armut und Elend verurteilt. Im Licht der Bibel ist das herrschende System eines, das den Menschen dem Götzen Geld verpflichtet, ihn dem puren Materialismus unterwirft. ‚Du kannst aber nur einem Herren dienen, Gott oder dem Mammon` (Mt 6,24)." (ebd.)

Daneben fordert die ICL auch, "in der Nachfolge des gekreuzigten Befreiers, in den Spuren der mittelalterlichen Armutsbewegung, des linken Flügels der Reformation (John Wyclif, Jan Hus, Thomas Müntzer), der sozialistischen Vordenker von Wilhelm Weitling bis Rosa Luxemburg, der religiösen Sozialisten und der Befreiungstheologen der Dritten Welt: grundsätzlicher Machtverzicht der Kirche und befreiender Dienst der Christen an der Bewahrung der Erde vor einer drohenden globalen Katastrophe". (ebd.)

Die ICL, der ca. 150 Personen in drei Regionalgruppen angehören (IKvu-Rundbrief 1/94), gibt "viermal im Jahr 'Dritter Weg', ein Journal für eine solidarische Welt" heraus. (ebd.) Insgesamt drängt sich eine inhaltliche Nähe zum anfangs beschriebenen BRSD auf - und siehe da: Sie "hält Kontakt zu den ihr besonders nahestehenden Gruppen ‚Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands` und den ‚ChristInnen für den Sozialismus`". (Orientierungspapier der ICL)

Und was soll das?

Sicherlich gibt es für sozialistisch orientierte ChristInnen bzw. christlich motivierte SozialistInnen Grund genug, sich in eigenen Gruppen zu organisieren. Die Sozialismus-Phobie der MehrheitschristInnen einerseits und der teils "verbal-militante" Atheismus vieler Linker andererseits lassen dies geradezu als notwendig erscheinen.

Es sei für nichtchristliche Linke jedoch noch einmal kurz erwähnt, daß die beschriebenen Gruppen mit amtskirchlichen Würdenträgern nichts und mit einer jenseitsvertröstenden Perversion christlichen Denkens gar nichts zu tun haben. Sie haben also mit dem in linken Kreisen gepflegten Klischeebild christlicher Menschen keine Gemeinsamkeit.

Zudem: Wer heute noch in der Kirche das Opium fürs Volk sieht, kann sich leicht täuschen. Die sich revolutionär verstehende Gruppe KuK (Kunst und Kampf) brachte es bei einer Agit-Prop-Aktion auf den Punkt: Sie zeigte die Stützen des System und ließ dazu einen bilderbuchhaften Kapitalisten, einen preußisch anmutenden Militär, einen SA-Mann sowie einen Sexisten und einen katholischen Bischof auftreten; letzterer kam als "herrschende Ideologie, die in der Verkleidung als Kirchenfürst auftrat; allerdings waren anstatt christlicher Symbole die Abzeichen der großen Fernsehsender auf dem Talar zu sehen". ("Verbotene Kunst", Broschüre der Gruppe KuK, Göttingen 1994)

Und noch eine abschließende Bemerkung: Im Sinne einer anzustrebenden Hegemonie der Linken kann es nur sinnvoll sein, die Definitionshoheit über das, was als christlich zu gelten hat, nicht kampflos den Konservativen zu überlassen. Ob Christlichkeit als ein Verharren in duldsamer Demut oder als ein Aufbegehren gegen die Ausbeutung von Gottes Kindern und Gottes Schöpfung verstanden wird, - das macht im Sinne der gesellschaftlichen Hegemonie einen Unterschied wie Tag und Nacht. Über die Wirksamheit christlich-linker Gruppen inner- wie außerhalb der Kirchen sollte sich dennoch niemand Illusionen machen. Aber in diesen Zeiten ist das sowieso kein Kriterium, an dem eine linke Gruppe eine andere messen kann.

Martin Bayer

Anmerkungen:

(1) Interessant wäre auch eine nähere Betrachtung der "Schlangenbrut - Streitschrift für feministisch und religiös interessierte Frauen" (A. Blome, Schiffahrter Damm 21, 48145 Münster). Diese ist ebenfalls Mitglied in der IKvu, aber wohl eher unter christlichem Feminismus abzuhandeln; hingewiesen sei hier auf dieses religiös-feministische Blatt, um die Bandbreite der in der IKvu vertretenen Gruppen zu dokumentieren (mit dabei auch die Vereinigung katholischer Priester und ihrer Frauen, die Homosexuellen in der Kirche, studentische Gruppen etc.).

Nicht berücksichtigt wird auch Publik-Forum, das als "Zeitschrift kritischer Christen" eine ganz beachtliche Auflage vorweisen kann. Es wird dem Publik-Forum (Mitglied in der IKvu) wohl nicht Unrecht getan, wenn diese Zeitschrift nicht als links im Sinne dieses Beitrages bezeichnet wird. Wer mit einem Zitat von Rita Süßmuth für das eigene Blatt wirbt, wird es wohl auch nicht auf ein linkes Publikum abgesehen haben. Als amtskirchenkritisch und alternativ kann Publik-Forum dennoch bezeichnet werden.

(2) Das wohl bedeutendste Mitglied des historischen BRSD war der evangelische Pfarrer Erwin Eckert. 1920 war er Mitbegründer des "Bundes evangelischer Proletarier", ab 1926 im BRSD. Konflikte mit der Amtskirsche wegen antifaschistischer Agitation führten 1931 zur Entlassung aus dem Kirchendienst; im gleichen Jahr wurde er aus der SPD ausgeschlossen und trat der KPD bei. 1933 verhaftet und 1936 verurteilt, stand er nach der Haft unter Polizeiaufsicht. 1946 bis 1950 war er Vorsitzender der KPD Baden, 1946 Staatsrat der provisorischen Regierung Badens und Vizepräsident der dortigen verfassungsgebenden Versammlung. Als Landtagsabgeordneter wirkte er für die KPD von 1947 bis zum Verbot 1956. Wegen Aktivitäten im Weltfriedensrat und gegen die Wiederaufrüstung wurde er im "Düsseldorfer Prozeß" 1959/60 verurteilt. (s. Literaturangaben)

Literatur:

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen; Erwin Eckert - Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben; mit Beiträgen von Georg Fülberth, Frank Deppe und vielen anderen sowie Reden etc. von Eckert selbst; Pahl-Rugenstein Nachfolger, 392 Seiten, DM 38,-.

Ders.: Klassengegensätze in der Kirche; Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten; mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth; Pahl-Rugenstein Nachf., 304 Seiten, DM 28,-.

Ders. und Karl Ulrich Schnell: Der Fall Erwin Eckert; Zum Verhältnis Ion Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik; Pahl Rugenstein Nachf., 224 Seiten, DM 28,-.

Adressen:

IKvu, Heerstr. 205, 53111 Bonn

CIR, Kardinal-von-Gahlen-Ring 45, 48149 Münster

BRSD, C. u. R. Wollborn, Untere Klinge 16, 96450 Coburg

ChristInnen für den Sozialismus, R. Gertis, Rennweg 30, 79106 Freiburg

Wider den Tod! c/o Café Nixda, Raimundistr. 13, 55118 Mainz

Gesellschaft zur Förderung der christlich-marxistischen Dialogs e.V., Limonenstr. 26, 12203 Berlin

ICL, E. Richter, Mellenseestr. 45, 10319 Berlin

32. "Crossover" - Zeitschriftenkonferenz der parteigebundenen Linken sucht nach Alternativen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:16

"Crossover - Konferenz für einen radikalreformerischen Neuanfang" - unter diesem Motto hatten drei Zeitschriften aus dem Spektrum von PDS, Bündnisgrünen und SPD für das Wochenende 3./4. Februar nach Berlin eingeladen. Die Zeit sei reif, "die getrennt verlaufenen Diskurse der Linken in einem Prozeß des Crossover (1) gemeinsam zu verarbeiten und eine neue Vorstellung von radikalreformerischer Politik zu entwickeln."

Organisiert wurde die Konferenz von den Zeitschriften Andere Zeiten, spw und Utopie kreativ. Erklärtes Ziel war es, altlinke Denkblockaden und rechthaberisches Lagerdenken aufzubrechen. Christoph Seils fiel dazu in der taz nicht mehr ein als das alte, oft vorgetragene Bonmot, daß die Linke, wenn sie nicht mehr weiter wisse, eine Konferenz einberufe, Arbeitsgruppen bilde und abschließend eine Erklärung verabschiede. (taz, 5.2.96) Dabei verliert er offenbar aus den Augen, daß ein solches "Arbeitstreffen" der gesamten parteigebundenen Linken (also unter Einschluß der PDS) heutzutage wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. (2)

Die Einladung zu "crossover" weckte Erwartungen: "Es gibt immer weniger Grund, unser Gesellschaftssystem für das bestmögliche zu halten. Dennoch ist ein grundlegender politischer Richtungswechsel nicht in Sicht. Weil es keine Alternativen zu geben scheint, wird die Politik so langweilig, daß sich nur noch diejenigen mit ihr beschäftigen, die dafür bezahlt werden. Mit dem Ende des Streits über gesamtgesellschaftliche Alternativen verliert die Politik ihr Lebenselixier. Politik wird entpolitisiert. (...) Wir sind davon überzeugt, daß dieses ‚Verschwinden von Politik` nicht nur Folge übermächtig gewordener Sachzwänge ist. Eigene Denk- und Verständigungsblockaden sind ebenso Ursache dafür, daß die Linke nicht aus der Defensive herausfindet."

Wessis treffen Ossis

Mehr als 200 Menschen fanden sich am Sonnabend und Sonntag in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz ein, um im Plenum, in drei verschiedenen Foren und einer Podiumsdiskussion entlang der von den Veranstaltern aufgeworfenen Fragen zu diskutieren.

Das Publikum kam größtenteils aus den einladenden Spektren. Susi Möbbeck, ehemalige Juso-Vorsitzende und Mitveranstalterin, charakterisierte die Teilnehmer treffsicher als eine Mischung aus Ostlern über 50 Jahre mit mindestens einem Doktortitel und Wessis zwischen 30 und 50 Jahren, die seit zehn Jahren an ihrer Doktorarbeit schreiben würden. Daneben tummelte sich noch - mehr oder minder gleichgewichtig - die Prominenz der durch die Zeitschriften repräsentierten Parteien(-flügel). Am zahlreichsten waren prominente VertreterInnen der PDS, darunter Lothar Bisky, Wolfgang Gehrcke, Joachim Bischoff, Harald Wolf, André Brie und Sylvia-Yvonne Kaufmann. Von der SPD-Linken waren u.a. verschiedene Bundestagsabgeordnete wie Horst Peter und Detlef von Larcher oder auch Thomas Westphal, der geschaßte Juso-Vorsitzende, anwesend. Komplettiert wurde diese Prominentenliste von Grünen wie Frieder O. Wolf (MdEP), Elisabeth Schroedter (MdEP) oder Christian Ströbele.

Die PDS maß augenscheinlich diesem Treffen die größte Bedeutung bei. Nur so ist die massive Präsens ihres Führungspersonals zu verstehen. Bei den beiden anderen Parteien - SPD und Bündnisgrüne - beschränkte sich das Interesse auf die linken Parteiflügel. Von den Linksgrünen unterstützt anscheinend nur ein Teil den "crossover"-Prozeß uneingeschränkt. Indiz: Bundesvorstands-Sprecher Jürgen Trittin, der als Teilnehmer der Podiumsdiskussion am Sonntag lange vorher angekündigt war, hatte sich kurz vor Beginn der Konferenz entschuldigen lassen. Nur durch die direkte Intervention der SPD-Linken, die auf eine Gleichwertigkeit der Podiumsbesetzung bestanden, ließ sich Trittin dazu bewegen, nach Berlin zu kommen. (3)

Vertrauensbildende Maßnahmen

In seinen einleitenden Worten gab Friedrich Heilmann (Andere Zeiten) seiner Erwartung Ausdruck, daß dieses Treffen neben der Erörterung inhaltlicher Fragen auch dazu dienen solle, durch "vertrauensbildende Worte" das Verhältnis zwischen den verschiedenen Spektren zu verbessern. Auch Thomas Westphal, der für die spw sprach, plädierte für ein "Aufeinander-Zugehen". Er konstatierte eine strategische Entwicklungsblockade der

Linken und machte diese an zwei Punkten fest: Zum einen sei sie als Parteilinke in drei unterschiedlichen Parteien organisiert. Zum anderen hätte sie in den vergangenen Jahren mehr und mehr die soziale Frage vernachlässigt. Er forderte eine verstärkte Diskussion, die die Frage des "anders leben" mit der Frage des "anders arbeiten" verbinde. Als wichtigsten Beitrag der von Utopie kreativ vertretenen Kräfte bezeichnete Jörn Schütrumpf das Einbringen der Demokratieproblematik in die Diskussion um neue Reformpolitik. Gerade wegen den Erfahrungen der ostdeutschen Intellektuellen mit dem "realen Sozialismus" sei dies für sie ein zentraler Punkt.

Schon diese ersten Beiträge auf der Konferenz deuteten an, was Andreas Wehr (spw) im Vorfeld als Versuch beschrieb, "die theoretisch Nachdenkenden, die intellektuellen Potentiale aus den drei Parteien mal an einen Tisch zu bringen. Es geht darum, die Sprachlosigkeit zu überwinden." (Neues Deutschland, 1.2.96)

Umbau der Arbeit

Dazu sollten auch die Diskussionen in drei themenbezogenen Foren dienen. Im ersten Forum wurde über Konzepte zum Umbau der Arbeit diskutiert. Ein Hauptdiskussionspunkt war der "neue gemeinwirtschaftliche Wirtschaftssektor", der in der Konferenzeinladung so umrissen wurde: "Durch kommunale politische Institutionen kontrollierte öffentliche Trägergesellschaften könnten neue sozio-kulturelle und ökologische Projekte ausschreiben, die teils durch öffentliche Zuschüsse, teils durch Gebühren oder Preise finanziert werden. Die bei diesen Ausschreibungen berücksichtigten Unternehmen müssen bestimmten arbeitsmarktpolitischen, sozialen und ökologischen Kriterien genügen und durch Struktur- und Unternehmenspolitik zur Entstehung relativ stabiler regionaler ökonomischer Netzwerke beitragen." Die Abgrenzung eines solchen Sektors zum Zweiten Arbeitsmarkt, ebenso wie dessen Verhältnis zum traditionellen Erwerbssektor, wurden heftig diskutiert. Nicht nur an dieser Stelle wurde deutlich, daß die unterschiedlichen Ansätze einer eher produktivistischen oder einer ökologischen Orientierung zwischen den verschiedenen Spektren noch nicht ausdiskutiert sind.

In der Frage radikaler Arbeitszeitverkürzung gab es dagegen kaum Differenzen. Vielmehr wurde eine solche als wesentlicher Ausgangspunkt für jedwede Reformperspektive benannt. Ergänzt werden müsse dies durch Umverteilung von oben nach unten und von Männern zu Frauen.

Politisierung der Ökonomie

Voraussetzung einer wie auch immer gearteten Reformpolitik sei der Bruch mit vorherrschenden Politikformen. Gegen eine sich mehr und mehr abzeichnende "Ökonomisierung der Politik" wurde im zweiten Forum über "Politisierung der Ökonomie" diskutiert. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk illustrierte anhand eines Artikels von Bundesbankpräsident Tietmeyer aus der FAZ vom gleichen Tag, worum es gehe: "Ich habe aber bisweilen den Eindruck", so Tietmeyer, "daß sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden."

Was dagegen setzen? Die Diskussion um radikalreformerische Ansätze in dieser Frage drehte sich vor allem um die Regulierung der Finanzmärkte, Investitionskontrollen und die Demokratisierung von Unternehmen, sowie die Einführung einer Währungsspekulationssteuer. Gleichzeitig sei es notwendig, sich deutlich gegen den "neuen Standortkorporatismus" zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde, wie in allen Foren und auf der Podiumsdiskussion am Sonntag auch, das "Bündnis für Arbeit" kritisch bewertet. Überwiegend waren die Teilnehmer der Meinung, daß das "Bündnis für Arbeit" genau diesem neuen Standortkorporatismus zuarbeite, der auf eine verstärkte Kooperation zwischen Politik und Unternehmen unter zustimmender Begleitung der betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen hinauslaufe.

Neue Weltordnung

Zentrales Moment des Standortdiskurses ist die zunehmende Globalisierung der Märkte und der damit einhergehende Wettbewerbsdruck auf die nationalen Standorte - so die herrschende Meinung. In einer dritten Arbeitsgruppe sollte über die daraus für die Linke resultierenden Fragen diskutiert werden. Die Diskussion kreiste vor allem um die Rolle der Nationalstaaten in dem Prozeß der Globalisierung, Probleme der regionalen Blockbildung mit Hauptaugenmerk auf die europäische Einigung und neue Regulierungsformen für Geld- und

Warenströme, sowie transnationale Konzerne. Daneben ging es in erster Linie um die Frage, ob der Nationalstaat noch der Ort politischer Prozesse, insbesondere von Reformpolitik sein könne.

André Brie zeichnete in diesem Zusammenhang ein äußerst düsteres Bild. Zwar entdeckte auch er nationalstaatliche Handlungsspielräume, die allerdings immer enger würden; doch im Endeffekt verwalte und organisiere Politik heute nur kurzfristige Sachzwänge. Letztendlich, prognostizierte Brie, gebe die Politik sich so selbst auf. Dies blieb nicht unwidersprochen. Frithjof Schmidt (Bündnisgrüne) sah allein schon in einer rot-grünen Bundesregierung ein wichtiges Signal und die Chance, Einfluß auf den Verlauf der Globalisierungsprozesse zu nehmen.

Mit Gramsci

zu neuen Alternativen?

Die Konferenz hatte das Ziel, "bestehende Alternativvorschläge (zu) sammeln, (zu) fundieren und zu Reformprojekten (zu) bündeln, um so zu einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen Gesamtalternative zu gelangen". Dieser Zielsetzung ist sie nicht gerecht geworden. Aber das war auch eine zu hohe Erwartung an ein erstes "crossover". Statt politisch-strategischer Zuspitzung überwog der Meinungsaustausch.

Dies änderte sich auch nicht auf der Podiumsdiskussion am Sonntag, auf der die Parteienprominenz der Frage nachgehen sollte, wie eine reformpolitische Wende durchsetzbar sei. Willi Brüggen (Andere Zeiten) leitete die Diskussion ein, indem er die Eckpunkte eines "radikalreformerischen Neuanfangs" benannte, wie sie in einer "Politischen Erklärung" der Veranstalter vorgelegt wurden. Gegen die "Selbstentmachtung der Politik", das "Verschwinden der Politik" sei eine "Repolitisierung der Ökonomie" durchzusetzen, die "den totalitären Schein der Sachzwanglogik" durchbreche. Regulierung der Weltökonomie und Rückkehr zur Vollbeschäftigung - nicht zuletzt auch als politische Projekte verstanden - müßten dafür auf die Agenda der Linken gesetzt werden.

Nicht mit allen Teilen dieser Erklärung einverstanden zeigte sich Jürgen Trittin. Die These des Verschwindens der Politik teile er so nicht: "Verschwunden ist in der Tat emanzipatorische Politik. Auf der anderen Seite erleben wir eine Repolitisierung, ja Re-Ideologieiserung der Politik." Was fehle, sei Polarisierung von links. Die politisch Herrschenden betrieben seit Jahren eine Politik der Polarisierung. Ihre Politik basiere auf Ausgrenzung von Minderheiten. So organisiere sie Mehrheiten. Mit der Renaissance klassischer linker Themen - Arbeitslosigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, "soziale Frage" - biete sich für die Linke die Chance, neue gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Sie müsse ein neues gesellschaftliches Bündnis zwischen Mittelklassen und Unterschichten organisieren.

Hermann Scheer stellte im Gegensatz zu Trittin eine hohe "Alternativenarmut" der Linken fest. Dies sei Ausdruck des enormen Theoriedefizits. Notwendig sei es, "Gegenbewußtsein" zur neoliberalen Hegemonie zu entwickeln. Dies sei die Voraussetzung für politische Mobilisierungsfähigkeit. Abschließend zitierte Scheer Antonio Gramsci: "An einem bestimmten Punkt der historischen Entwicklung lösen sich die Klassen von ihren traditionellen Parteien (...) Es ist dies die heikelste und gefährlichste Krise (...) Die Krise ist gefährlich, wenn sie sich in allen Parteien, allen Klassen ausbreitet, wenn sich also nicht schnellstens der Übergang der Truppe einer oder mehrerer Parteien zu einer Partei vollzieht, welche die allgemeinen Interessen besser zusammenfaßt." (A. Gramsci: Gefängnishefte Bd. 3, Heft 4, § 69)

Inwieweit hier Hermann Scheer Parallelen zur aktuellen Entwicklung sieht, wurde leider auch in der weiteren Diskussion nicht geklärt. Keiner der Anwesenden nahm den Faden wieder auf. Lothar Bisky verwies lediglich auf die programmatischen Vorleistungen der PDS hinsichtlich der auf der Konferenz diskutierten Alternativvorschläge. Für die Fortführung dieser Debatte mahnte er an, "gewisse Erfahrungen, die im Osten gemacht wurden, zu nutzen", wie z.B. genossenschaftliches Eigentum.

Christina Schenk blieb es vorbehalten, auf die feministischen Lücken in der Diskussion hinzuweisen. So sei in der Politischen Erklärung der Veranstalter Arbeit wieder nur auf Erwerbsarbeit reduziert worden. Den versammelten TeilnehmerInnen schrieb sie ins Stammbuch: "Ich behaupte, man kann nicht links sein, ohne auch feministisch zu sein."

Auch der Große Vorsitzende kam zu Wort

"Beabsichtigt ist ein langfristiges Projekt, konzipiert als Schaffen von neuen Räumen. Es geht nicht um Organisationen oder Koalitionen, sondern um kontinuierlich aufbauende Diskurse." Mit diesen Worten kommentierte Willi Brüggen die Frage, ob diese Konferenz eine Eintagsfliege sei oder fortgesetzt werden solle. (ND, 1.2.96) Das Treffen in Berlin war sicherlich nicht mehr als ein Beginn der Diskussion. Statt zielgerichteter Diskussion entlang der "Politischen Erklärung" der Veranstalter wurde eher breit über Situationsbeschreibungen und Reformmöglichkeiten diskutiert. So diente diese Crossover-Konferenz wohl eher dem Abbau von Vorurteilen und dem Zusammenkommen. Dieser atmosphärische Gewinn könnte Grundlage werden für einen länger dauernden gemeinsamen Diskussionsprozeß der parteigebunden Linken. Und erst dann wird sich zeigen, ob sich dieser Prozeß zu einem radikalreformerischen, linken Neuanfang ausweitet.

Frieder O. Wolf lag jedenfalls nicht falsch, als er mit Mao Tsetung resümierte: "Auch eine Reise von zehntausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt."

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Das Lexikon übersetzt "cross over" mit "die Straße überqueren", auch: "Gleiskreuzung". Der Name des Projekts ist klug gewählt: Schließlich verkauft sich auch ein "Airbag" besser als ein "Luftsack".

2) Hermann Scheer reagierte mit einem bemerkenswerten Leserbrief auf diesen taz-Artikel. Seils handelte die Konferenz lakonisch unter dem Titel "Unter Linken - Ratlosigkeit verbindet" ab. Scheer kommentiert dies so: "Erörterungen über die Gründe der politischen Schwäche der Linken und über alternative gesellschaftliche Perspektiven zum gegenwärtigen Neokapitalismus (...) als ‚Ratlosigkeit` abzutun, läßt die Vermutung aufkommen, der Berichterstatter sei auf einer anderen Veranstaltung gewesen als diejenige, über die er berichtet hat. (...) Vielleicht verwechselt der Berichterstatter das Wort ratlos mit seinen eigenen Selbstzweifeln?" (vgl. taz, 12.2.96)

3.) vgl. hierzu Jürgen Trittin in der taz vom 27.1.96. Dort warnt er vor einer neuen "neofundamentalistischen" Gefahr in den Grünen. Ob hiermit der "Babelsberger Kreis" gemeint ist, kann nur vermutet werden.

Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation: Zeitschrift aus dem Umfeld des "Babelsberger Kreises", eines lockeren Verbundes der Linken in den Grünen. Als Nachfolgeprojekt der Zeitschrift "LiFo-Info" entstanden, erschien sie zuerst ab 1993 unter dem Namen "LiFo-Info. Neue Folge", seit Februar 1994 dann unter dem neuen Namen. Zunächst als Plattform "radikalreformerischer, eher linker Positionen" der Grünen konzipiert, will sie nun ein Scharnier zwischen Parteidebatten und parteinahem Umfeld sein. Andere Zeiten wird überwiegend von Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen gelesen. Sie hat etwa 500 AbonnentInnen und eine schwankende Auflage. Sitz der Redaktion ist Berlin.

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw): Zeitschrift der Linken in der SPD. Stammt aus dem Spektrum der Juso-Linken. Hatte ihren Sitz von 1978 bis 1989 in Westberlin, wird seitdem in Dortmund herausgegeben. Mit ihrem Titel bezieht sie sich auf eine Zeitschrift, die von Paul Levi unter diesem Titel herausgegeben wurde. spw zielt auf die Mitgestaltung der Diskussion in der SPD, den Gewerkschaften und den Sozialisten Europas. Erscheint mit einer Auflage von 1.800 Exemplaren (1.200 Abonnements).

Utopie kreativ: 1990 gegründet, widmet sich die Zeitschrift vor allem der Geschichte des "realen Sozialismus" und der kommunistischen Bewegung. Sie versteht sich als Forum für Gesellschaftswissenschaftler aus den ehemaligen RGW-Ländern und aus Westeuropa für die Diskussion über die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaften. Vorwiegend ostdeutsche AutorInnen prägen die Zeitschrift, die überwiegend von Mitgliedern der PDS gelesen wird. Sie erscheint mit einer Auflage von 1.000 Stück (700 Abonnements) in Berlin.

33. "crossover" konkret. Neue Weltordnung - europäische Linke

Autor: Werner Ruhoff, Köln · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:14

Der Versuch, sich die vielfältigen Trennlinien bewußt zu machen, um sie im Hinblick auf Projekte "rot-grüner" Reformansätze in ein "produktives Spannungsverhältnis" zu bringen, grüne Positionen mit sozialen Inhalten zu verknüpfen und einer "rot-grünen" Regierungsmehrheit nicht nur den Weg zu ebnen, sondern ihr auch radikalere Inhalte abzuverlangen, kann selbstverständlich nach dieser "crossover"-Konferenz noch nicht vom Ergebnis her beurteilt werden. Erst wenn im Zuge weiterer Diskussionen konkrete Politik entwickelt werden kann, die dann auch in die Praxis umgesetzt wird - und dies soll die Debatte im Endeffekt bezwecken - kann Bilanz gezogen werden.

Die erste Debatte ließ durchaus Rückschlüsse zu, ob ein solches Projekt überhaupt die Chance hat, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden und welche inhaltlichen Schwerpunkte dabei eine Rolle spielen könnten. Das gemeinsame Terrain, auf dem sich dieser Versuch bewegt, umfaßt die Gesellschaftskritik am Kapitalismus in ihrer reformerischen Variante, aber durchaus mit Gegensätzen und unterschiedlichen Reichweiten und verschiedenen Akzentuierungen des systemübergreifenden Stellenwertes.

Ein Grenzbereich, der es durchaus in sich hat, besteht aus der Differenz zweier Grundlinien, die sich an gegensätzlichen Orientierungen reiben. Soll die Reformstrategie dem alten Muster von selektiver Wachstums- und Industriepolitik mit sozial- (und) demokratisch und umweltpolitisch unterfütterten Vorgaben folgen, oder muß der Schwerpunkt der Reformpolitik nicht viel stärker auf die Freiräume lebensweltlicher Bezüge gerichtet werden? Ist die Orientierung linker Politik an der Teilhabe der ProduzentInnen an richtungsbestimmenden Entscheidungen und einem durch staatliche Wirtschaftspolitik flankierten wachsenden materiellem Wohlstand auszurichten (den Kampf um industrielle Vollbeschäftigung eingeschlossen), oder diktieren ökologische Wachstumsgrenzen und die ökonomische Wachstumserschöpfung nicht das schrittweise Umsteigen vom korporatistisch organisierten Industriesystem auf einen gemeinwirtschaftlichen Sektor mit dem Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Umorganisation menschlicher Arbeit über den eng gefaßten Sinn von Erwerbsarbeit hinaus? Geht es um die Befreiung in der Arbeit oder um die Befreiung von der Arbeit? Sind der Dualismus von staatlicher Reformpolitik nach linken reformorientierten Vorstellungen und gesellschaftlicher Selbstorganisation, von Etatismus und Anti-Etatismus zu versöhnen? Können solch unterschiedliche Positionen miteinander verbunden werden oder schließen sie sich grundsätzlich aus?

Gestaltungsmöglichkeiten

der Neuen Weltordnung?

Im Forum "Neue Weltordnung" ging es in erster Linie um die konservativ-reaktionäre Politik als einem organisierten Prozeß auf internationaler Ebene, welcher die ökonomische wie sozial-ökologische Gestaltung auf staatlicher Ebene verdrängt. Die dadurch verschärften Krisen werden durch ein Krisenmanagement mit rigiden (national-)staatlichen sowie international abgestimmten militärischen Sanktionen im Zaum gehalten. So, wie sich der Staat aus der ökonomischen wie sozialen Verantwortung herausziehe, so baue er seinen Gewaltapparat aus.

Einig waren sich die Vertreter der drei radikalreformerischen Strömungen, daß die Deregulierung durch die konservativen Blöcke mit der Gewinnung linker politischer Mehrheiten in den Industrienationen der nördlichen Halbkugel beendet und rückgängig gemacht werden muß. Die Linke dürfe sich nicht gegen die Internationalisierung sperren - im Gegenteil - aber ihre aktuelle Aufgabe bestehe darin, wichtige Instrumente für die Regulierung der sozial-ökologischen Erfordernisse und der internationalen Kapitalströme durchzusetzen.

Hierzu zählen Kapitalverkehrs- und Zinsdifferenzsteuern, die Einführung international abgestimmter und gültiger Sozial- und Ökostandards, die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen sowie grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Elemente einer globalen politischen Öffentlichkeit

sind die NGOs. Hier eröffneten sich Interventionsmöglichkeiten. Internationale Regelungen blieben aber nach wie vor durch nationalstaatliche Institutionen vermittelt, u.a. mit Hilfe rot-grüner Regierungen.

Gestaltung oder Gegenmacht

Fritjof Schmidt von den Grünen lenkte das Augenmerk auf die bestehenden internationalen Institutionen, die durchaus für eine internationale Struktur- und Interventionspolitik nutzbar gemacht werden könnten. Trotz der grundlegenden Kritik an der Verfaßtheit wie der Unterordnung dieser Institutionen unter kapitalbestimmte Interessen, sah er die Notwendigkeit und die Chance, durch eine fortschrittliche Politik auf nationaler Ebene, diese Institutionen zu beeinflussen.

Die zwei Entwicklungshilfephasen nach dem Zweiten Weltkrieg hätten gezeigt, daß internationales Handeln im Interesse der Entwicklung transnationaler Konzerne, etwa bei dem Ausbau globaler Infrastrukturen wie Flughäfen oder Kommunikationsnetze, möglich war. Und auch in Zukunft sei der Ausbau eines Netzwerkes der transnationalen Konzerne ohne politische Gestaltung auf internationaler Ebene nicht möglich. Hieraus ergebe sich zusätzlicher politischer Handlungsspielraum, der zur Herausarbeitung einer internationalen Strukturpolitik mit den erforderlichen Eingriffsmöglichkeiten genutzt werden müsse.

André Brie sah das Problem, daß die international durchgesetzte Deregulierung des Kapitalverkehrs zu einem internationalen Manchester-Kapitalismus führe, dem aber keine sich formierende Arbeiterklasse gegenüberstehe, die einen weltpolitischen Überbau für die Regulierung der Weltwirtschaft auf absehbare Zeit mit durchsetzen könne. Die Frage, inwieweit mit der Implosion des Staatssozialismus auch die Möglichkeit eingeschränkt werde, dem Kapital eine "sozialere" Politikvariante aufzuzwingen, wurde angesprochen, aber nicht weiter vertieft.

Auch der Maastrichter Vertrag wurde kritisiert, aber die mehrheitliche Meinung war offensichtlich nicht gegen eine gemeinsame Währung eingestellt, sofern der Währungsunion eine sozial-ökologische Union hinzugefügt werde und der Integrationsprozeß mit Mittel- und Osteuropa auf gleichberechtigter Ebene vorangebracht werde. Betont wurde, daß der europäische Integrationsprozeß - gefördert durch "rot-grüne" Mehrheiten - ein Durchbruch sein könne, das Verhältnis von regionaler und globaler Politik neu zu definieren und auch umzusetzen.

Die knapp bemessene Zeit und die begrenzte Aufnahmefähigkeit ließen in Anbetracht der Komplexität weder in die Tiefe gehende noch sehr streitbare Debatten zu. Allenthalben entstand Ratlosigkeit ob der Vermittelbarkeit dieser Komplexität in der Öffentlichkeit. So blieben lediglich die unterschiedlichen Akzentuierungen und die Stimmungen der Beteiligten.

Die Lösungsansätze blieben in der Projektion auf die institutionalisierten Ebenen von "rot-grünen" Regierungen, internationalen Betriebsräten und international agierenden Organisationen stecken. Die Unkenntlichkeit der handelnden Betroffenen manifestierte sich in aufflackernder Ratlosigkeit. Die Orientierung zentrierte sich immer wieder auf die Notwendigkeit einer "rot-grünen" Ablösung der konservativ-liberalen Vorherrschaft, um der Dominanz der Ökonomie Einhalt zu gebieten und die politische Handlungsinitiative zurückzugewinnen.

Die radikal-reformerische Linke habe ihre Aufgabe darin, die schlimmen Auswüchse abzumildern und eine Repolitisierung der Gesellschaft zu fördern, in deren Klima sich Gegenbewegungen bilden, auf deren Basis auch radikale Reformen möglich seien. Dabei sei die Mobilisierung im nationalen Kontext für die Realisierung globaler oder großregionaler Projekte ebenso notwendig wie deren internationale Vernetzung.

Europäische Linke:

Anspruch und Wirklichkeit

Die Schere zwischen Ansprüchen, Hoffnungen und Wirklichkeit eines "radikalreformerischen Neuanfangs" wurde erst am Abend deutlich thematisiert, als Hilary Wainwright aus Großbritannien und Jean-Marc Brulé aus Frankreich über ihre Erfahrungen berichteten. Die Tatsache einer sich längst im konservativ-liberalen Fahrwasser befindlichen Sozialdemokratie wurde von beiden Gästen anhand konkreter Entwicklungen in ihren Ländern verdeutlicht.

In Großbritannien fördere das reine Mehrheitswahlrecht die dramatische Verschiebung der politischen Achse der Labour-Party nach rechts, während sich die Linke innerhalb der Labour-Party gelähmt passiv verhalte. Die Linke außerhalb der Labour-Party sei zersplittert, und darüber helfe auch der - nach Ansicht Wainwrights - undemokratische Ansatz des in Teilen der ArbeiterInnenschaft populären Arthur Scargill nicht hinweg, eine sozialistische Labour-Party zu gründen. Demgegenüber beständen bescheidene Versuche, möglichst viele AktivistInnen der undogmatischen und demokratischen Linken aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Bewegungen zusammenzuführen, um neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Die Linke innerhalb der Parti Socialiste sei durch die Politik Mitterrands weitgehend korrumpiert, und die KP habe wegen ihrer stalinistischen Tradition an Ansehen verloren - so Jean-Marc Brulé. Die KP sei inzwischen populistisch und nach wie vor kopflastig auf die traditionelle ArbeiterInnenschaft orientiert. Dies treffe auch auf einen Teil der TrotzkistInnen zu, die dogmatisch und apodiktisch in ihren alten Traditionen verharrten.

Eine neue Bewegung von demokratischen, undogmatischen Linken versuche nun in der "CAP", - Komitee für einen alternativen Fortschritt - die verschiedenen Strömungen aus traditioneller ArbeiterInnenbewegung, der Grünen, der Friedens- und Frauenbewegung, in einem "crossover"-Projekt zusammenzubringen und grüne Ideen mit den Inhalten der sozialen Emanzipation zu verbinden. Diese Bewegung verstehe sich im Unterschied zum Mainstream innerhalb von SP und KP auch als konsequent antinationalistisch. Keine Regierung habe sich wie die jetzige innerhalb von wenigen Monaten nach ihrem Machtantritt so diskreditiert, was sehr gute Chancen für einen Machtwechsel nach den Parlamentswahlen 1998 böte.

Die große Gefahr bestehe allerdings darin, daß ein weiteres Scheitern der Sozialisten in Frankreich die ganz Rechten an die Macht bringe, was für ganz Europa verheerende Auswirkungen habe. Folglich gehe es jetzt darum, Möglichkeiten zu finden, um die alternative Linke zu stärken, so daß sie auf die künftige Regierungspolitik Einfluß ausüben könne, um einen tatsächlichen sozial-ökologischen Umbau und eine Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen einzuleiten.

Werner Ruhoff, Köln, 24.2.96

34. Franz Josef Strauß immer noch aktuell? - Rezension

Soziale Lobbyarbeit braucht linke Solidarität

Autor: mx., Nürnberg · Rubrik: CDU/CSU; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak388/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:10

Wer hat im Herbst des Jahres 1988 - genau zwei Jahre vor dem Anschluß der DDR - kein Gläschen getrunken, als der Große Reaktionäre Zampano in die Ewigen Jagdgründe einging: Ein zumindest in Bayern durchaus übliches Verfahren bei Todesfällen. Doch das war vor mehr als sieben Jahren, und seither hat sich auf der weltpolitischen Bühne einiges geändert.

Sehr gewagt erscheint deshalb das Unternehmen des ISP-Verlags, heutzutage eine "politische Biographie" des 1988 verstorbenen CSU-Politikers Franz Josef Strauß herauszugeben. Sind doch die Zeiten der Anti-Strauß-Kampagnen (z.B. anläßlich seiner Kanzlerkandidatur 1979/80) schon längst Vergangenheit, und selbst der "Geist von Kreuth" ist 1996 nur noch schwach zu vernehmen (1). Was also macht das Buch interessant?

Strauß als

persona gratissima in der DDR

Zunächst die Entstehungsgeschichte. Der Autor Manfred Behrend, Marxist, Historiker und Journalist, Jahrgang 1930, verfaßte bereits Anfang der 70er Jahre Teile des Werks als Dissertation an der Ostberliner Humboldt-Universität. Ein erster Versuch der Publikation in der BRD im Pahl-Rugenstein-Verlag scheiterte u.a. am Einspruch seines Vorgesetzten am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Ostberlin. Nach der berühmt-berüchtigten "Sonthofen-Rede" von Strauß (November 1974) versuchte der Autor erneut eine Veröffentlichung - diesmal unter Pseudonym - in den Blättern für deutsche und internationale Politik. Nach dem Erscheinen der ersten zwei Kapitel intervenierten seine Vorgesetzten und unterbanden die weitere Veröffentlichung. Der Autor wurde gerügt und innerhalb des IPW versetzt. Nachdem er im Vorwort seinen "damaligen Zuchtmeistern" für die Verzögerung der Publikation unter Verweis auf damalige Mängel seines Werkes dankt, stellt er fest: "Über den CSU-Vorsitzenden in der DDR zu publizieren, ist mit Ausnahme gelegentlicher Artikel in winzig kleinen Blättern unmöglich gewesen. Während vorher mit dem Scheinargument operiert wurde, man wolle doch ‚keine Reklame für den machen`, rückte Strauß durch seine Kanzlerkandidatur von 1979/80 zur persona gratissima (etwa: äußerst gern gesehener Mensch, Anm. ak) auf und durfte fortan, einem geheimen Ukas (Befehl oder Anweisung, Anm. ak) aus der Politbürokratie zufolge, nicht mehr offen kritisiert werden." (2) Somit habe paradoxerweise erst die Liquidierung der ehemaligen Arbeitsstelle des Autors, des IPW, im Zuge des DDR-Anschlusses die Fertigstellung des Buches ermöglicht.

Diese laut Behrend erste umfassende politische - und gleichzeitig erste linke - Biographie Strauß' handelt in sechs Kapiteln das politische Leben dieses führenden konservativen Politikers ab und streift dabei die gesamte BRD-Geschichte. Die politischen Aktionen und Aussagen von Strauß werden konsequent in den jeweiligen - kurz skizzierten - Zeitkontext eingeordnet und in diesem Rahmen auch bewertet. Erfreulich, daß auch die Sozialdemokraten fast durchgehend ihr verdientes Fett abbekommen, wenn es um Parallelen und Unterschiede der Politikvorstellungen geht. (3)

Für Behrend war Strauß einer jener bedeutsamen konservativen Politiker, "für die Zähigkeit beim Festhalten an Grundsatzpositionen und Zielen, Flexibilität in der Taktik bis zur Bereitschaft politischer Korrektur und strategisches Denken charakteristisch sind. Zu seiner - auch selbstgewählten - Funktion gehörte es vor allem, die Herrschaft der im Zweiten Weltkrieg geschlagenen deutschen Bourgeoisie, besonders der Monopolbourgeoisie - erhalten und ausbauen zu helfen" (4). Daß letzteres bei Strauß keine abstrakte Phrase ist, wird durch die Schilderung seiner zahlreichen persönlichen Kontakte zu führenden Wirtschaftskapitänen und Bankern deutlich. Strauß habe dabei, so sein Resümee, Politik im oben genannten Sinne "mit bürgerlich-parlamentarischen Methoden und an der Seite starker westlicher Bündnispartner" betrieben und sei von der Erfolglosigkeit "faschistisch-barbarischer" Methoden für die BRD überzeugt gewesen (5). Strauß' Spezialaufgabe als Kontaktmann zu faschistischen und autoritären Regimes (z.B. Chile unter Pinochet) sowie

seine maßlose Hetze gegen politische Gegner machen es jedoch schwer, diese Einschätzung bruchlos zu teilen.

Strauß als "moderner Rechter"

Als Wirtschaftspolitiker sei Strauß ein vehementer Kritiker der Freien Marktwirtschaft gewesen. "Er kämpfte gegen eine Staatseinmischung im Wirtschaftsleben stets nur dann, wenn sie den Großkonzernen nicht paßte." (6) Daß Strauß keynesianische und staatsinterventionistische Methoden in der Wirtschaft propagierte, sei den jeweiligen wirtschaftspolitischen Problemen und Vorstellungen führender Wirtschaftsleute durchaus angemessen gewesen. Mitte der 60er entstand in dieser Frage ein zeitweiliger Konsens von unter anderem Strauß mit den Sozialdemokraten, in Abgrenzung zur FDP und Teilen der Unionsparteien. Solche Gemeinsamkeiten mündeten schließlich in die Große Koalition 1966.

Spannend ist die Beschreibung der Politikvorstellungen von Strauß im Spannungsfeld der Politik der Großmächte USA und UdSSR einerseits, der BRD und wichtiger europäischer Staaten andererseits. Das "Europa-Konzept", das von Strauß strategisch über Jahrzehnte hinweg verfolgte wurde, orientierte auf das Nahziel eines engen Bündnisses mit Frankreich und auf das Fernziel eines westeuropäischen Bundesstaates, das der BRD u.a. die Mitverfügung über Atomwaffen sowie die politische und wirtschaftliche Hegemonie in einem "vereinten Europa" bringen sollte - ein Ziel, das die BRD immer noch nicht erreicht hat. Strauß war jedoch nicht dogmatisch auf dieses Konzept fixiert, sondern verfolgte zeitweise alternativ die Strategie einer engen Anbindung an die USA bzw. drohte gelegentlich auch mit einem Alleingang der BRD - zum gleichen Zweck. So war mit dem Namen Strauß über Jahrzehnte hinweg engstens das bundesdeutsche Streben nach Atomwaffen verbunden.

Das Buch wird abgerundet durch die Schilderung der Niederlagen, die Strauß (vornehmlich gegen Kohl) im Kampf um die Vormacht in der Union einstecken mußte und die Chronologie seiner äußerst agilen Geschäfts-Politik mit der DDR-Führungsschicht.

Als einer der ersten bedeutenden konservativen BRD-Politiker erfaßte er offensichtlich den schleichenden Systemwandel in der UdSSR und im gesamten Ostblock bereits Anfang der 80er Jahre und betrieb daraufhin eine Re-Orientierung seiner Ostpolitik, ohne an einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des SU-Imperiums auch nur im mindesten zu glauben. Neben einer offiziellen Kalten-Kriegs-Propaganda betrieb er - wie man zum Teil erst heute genauer weiß - eine heftige ökonomisch und politisch motivierte Reisediplomatie, z.B. in die DDR und die UdSSR, kritisierte Kohl wegen dessen Gorbatschow-Goebbels-Vergleich usw. Strauß wurde dabei seinerzeit von der DDR-Führungsschicht geradezu hofiert. Wenn man Behrend folgen will, nicht nur aus ökonomischen Zwängen heraus...

Aktuell wird das Buch, wenn man bedenkt, daß Strauß Zeit seines Politiker-Lebens an einem modernen und durchsetzungsfähigen rechten Konzept unter teilweiser Einbeziehung rechtsradikaler Kräfte feilte.

Nach Strauß' erster politischer Niederlage im Zusammenhang mit der Spiegel-Affäre gewann die CSU die Landtags-Wahlen in Bayern 1962 haushoch, nach einer Wahlkampagne, die laut Behrend "erstmals Töne neonationalistischer Propaganda" (7) anschlug, die der Sammlung der Kräfte rechtsaußen dienen sollte. Die Funktion der Bindung und teilweisen Integration der Rechtsextremen - eine zentrale Funktion der CSU, deren Funktionäre zu diesem Zweck regelmäßig selbst rechtsradikale Positionen vertraten - habe einerseits zur Rechtsentwicklung in der BRD beigetragen, andererseits die bürgerlich-parlamentarische Position der Unionsparteien eher gestärkt. Laut Behrend hat dabei eher der Hund (Strauß) mit dem Schwanz (Nazis) gewedelt als umgekehrt.

Nur leicht getrübt wird der insgesamt positive Eindruck des Buches durch den Umstand, daß sich der Autor bei der Einschätzung der westdeutschen Linken nach 1968 schwer tut. Während die Widersprüche im Unionslager, bei FDP und SPD genauestens skizziert werden und auch ein differenzierter Blick auf die rechte Szene geworfen wird, erscheint das Bild der APO, der Neuen Linken, der Grünen, der Autonomen sowie generell der Neuen Sozialen Bewegungen merkwürdig blaß und schematisch. Zeitweise scheint es nur die DKP oder die SPD-Linke gegeben zu haben, was die realen Verhältnisse natürlich nicht trifft.

mx., Nürnberg

Manfred Behrend: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie. 368 S., mit Personenregister. Köln: Neuer ISP-Verlag, 1995.

Anmerkungen:

(1) Nach der Bundestagswahl 1976 beschloß die Landesgruppe der CSU in Wildbad Kreuth die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU. Nach Verhandlungen, in denen die CSU einen Teil ihrer Forderungen durchsetzte, wurde die Trennung kurz danach wieder aufgehoben.

(2) Behrend, S. 14

(3) Die Behauptung des Autors, die BRD habe in der "Ära Brandt" "vertraglich auf Verfügung oder Mitverfügung über Kernwaffen" (S. 141) verzichtet, ist in dieser Form jedoch nicht zu halten (vgl. u.a. verschiedene Arbeiten von Matthias Küntzel zu diesem Thema).

(4) Behrend, S. 10

(5) Behrend, S. 10

(6) Behrend, S. 300

(7) Behrend, S. 51

Soziale Lobbyarbeit braucht linke Solidarität

"Die Auftraggeber der Studie [Zukunftsfähiges Deutschland] wollen, zumindest dem Anspruch nach, einen breiten Diskussionsprozeß einleiten und einem ökologisch-sozialen Reformprozeß neuen Atem geben. Die dahinterstehende politische Strategie weist in Richtung Lobbyarbeit." (Armborst/Brand in ak 383) "Die ehemals von der Linken bevorzugten Protestformen wie der Boykott von Konzernen oder Waren sind gesellschaftsfähig geworden (...) Eine nennenswerte soziale Bewegung ist nicht in Sicht. Womit wir bei der Tendenz zum Lobbyismus und der Politikberatung von ehemals bewegten Linken sind. Manchmal kommen wir uns regelrecht altertümlich vor, wenn wir an kollektiven Strukturen und Einheitslohn festhalten, und wenn wir nach wie vor Perspektiven eher in der Formierung einer sozialen Bewegung sehen als in professionellen Nichtregierungsorganisationen, die Politik als Elitenberatung praktizieren und mitverantwortlich für die Modernisierung von Ausbeutung sind." (Infobüro Nicaragua, ebd.)

Alte "Leninisten" könnten beim Lesen solcher Statements versucht sein, sie als Symptom dafür zu nehmen, daß der "linke Radikalismus" sich von einer "Kinderkrankheit" zur midlife-crisis des Kommunismus entwickelt hat. Aber das könnte einem glatt als Altersstarrsinn ausgelegt werden. Spaß beiseite: Es scheint, daß Lobbyarbeit innerhalb der Linken zu einem privilegierten Feindbild avanciert ist. Auch Ralf Berger stellte sie (in seinem in ak 384 wiedergegebenen Vorwort zur BUKO-Kritik an der Studie ZD) als eine Art Klassenverrat dar: "Ganz im Sinne von Lobbypolitik betrachtet die Studie besonders PolitikerInnen und UnternehmerInnen als Hauptverbündete."

Verkannt wird dabei, daß Anhörungs- und Mitwirkungsrechte sozialer Institutionen und Bewegungen meist mühsam erkämpft werden müssen und notwendige Ebenen des Interessenkampfes und der Formierung sozialer Bündnisse gegen den herrschenden Block in Wirtschaft und Politik sind. Dieses Feld des "Klassenkampfes" (wie auch der sozialen Emanzipation aus der Klassenlage) den Lobbyisten der Wirtschaftsverbände etc. zu überlassen, bedeutet für das gesamte Spektrum der sozialemanzipatorischen Bewegung einen Verlust ihrer Möglichkeiten. Die kurz- und mittelfristigen Ergebnisse solcher Lobbyarbeit können zwar zutreffend als "Modernisierung der Ausbeutung" bezeichnet werden, nur kann das der Lobbyarbeit m.E. kaum zum Vorwurf gemacht werden.

Jegliche politische Arbeit bringt zur Zeit sehr viel weniger Erfolg, als linke Sehnsüchte es verlangen. Auch große, militante Straßenaktionen oder die in manchen Kreisen so beliebten "riots" (spontaner Aufruhr) können bestenfalls eine "Modernisierung der Herrschaft" zum Ergebnis haben. So sind nun einmal die Kräfteverhältnisse, zu denen mensch sich verhalten muß. Und eine altmodische Ausbeutung, die derzeit die einzige Alternative wäre, bringt niemandem einen Vorteil. Worauf es ankäme, wäre m.E., sich um die Einheit von sozialemanzipatorischer Lobbyarbeit und Aktion zu bemühen. Alles andere bedeutet Selbstaufgabe,

Selbstbetrug, ist schlicht und ergreifend unsolidarisch und beeinflußt daher das Kräfteverhältnis zuungunsten der sozialen Emanzipation.

Der Vorsitzende der BUND-Jugend, Phillip Schepelmann, erläutert in einer in "Forum Wissenschaft" (4/95) veröffentlichten Replik auf die BUKO-Kritik die Bedeutung von ZD für die Lobbyarbeit: "Es ist richtig, wenn behauptet wird, daß der BUND und Misereor die ZD-Studie u.a. für ihre Lobbyarbeit benötigen. Angesichts großer Enquete-Kommissionen und administrativer Apparate sind wir an einem Punkt der Umweltdiskussion angelangt, wo wir uns argumentativ professionell absichern müssen. Wir wollen in der Tat ‚politikfähig' sein und verstehen dieses Attribut nicht wie der BUKO in einem herabsetzenden Sinne."

Daß Lobbyarbeit und Aktion keine Gegensätze bilden, betätigt das folgende Beispiel, das sich der BUKO m.E. ruhig zu Herzen nehmen sollte: Die BUNDjugend hat innerhalb des Aktionsbündnisses "Mobil ohne Auto" (MoA) gemeinsam mit befreundeten Organisationen europaweit Widerstand gegen die wahnwitzigen Planungen der sogenannten Transeuropean Networks geleistet. Zu den Aktivitäten gehören Mahnwachen, Straßenblockaden, Seminare, Lobbying und Information der lokalen Bevölkerung. Signifikante Unterstützung dieser Aktionen durch den BUKO sind mir bisher nicht zu Ohren gekommen.

HhH.

Durch alte Leitbilder neu durchwursteln!

Zukunftsfähigkeit leicht gemacht durch Marx

"Über die Tabuisierung von Machtverhältnissen und die Enthistorisierung der entstandenen ‚Scheiße` Marx) verfestigt sich ein Verständnis, das zur Legitimierung des ‚Weiter so` dient."

(Stefan Armbort und Ulrich Brand in ak 386 S. 22)

Ob die Wuppertal-Studie tatsächlich nur der Verfestigung der "Scheiße" dient, sei an dieser Stelle einmal hintangestellt. Fest steht, daß die Menschheit heute mit fast allen ihren Beinen mitten drin steht. Einige stecken noch weniger tief, andere schon sehr tief in unserer unkontrolliert wachsenden Stoffwechselproduktion und immer noch gibt es genug, denen es gelingt, daraus Gold zu machen; dennoch war die Antwort auf eine Frage nie so dringend: "Wie schaffen wir uns den Dreck vom Hals?"

Bleiben wir bei Marx, über dessen Ausdrücke nachzudenken, immer noch eine gute Methode ist, klug vorzudenken: Das Hauptproblem, das der Verwirklichung von Appellen und der Überzeugungskraft guter Argumente im Wege steht, ist ja, daß wir bürgerlichen Subjekte unsere wesentlichen Beziehungen "hinter dem eigenen Rücken" herstellen. Sprich: Bei unserer wesentlichen Tätigkeit, dem Kaufen und Verkaufen, bleibt die Produktion der Waren im Dunkeln. Es interessiert uns überhaupt nicht, wie es zu dem guten Preis gekommen ist. Es braucht uns nicht zu interessieren. Das auf dem Markt Erstandene erscheint uns als das Produkt der eigenen Anstrengungen.

Für mein gutes Geld darf ich alles kaufen, was es auf dem Markt gibt. Und ich will es, nein, ich muß es haben, koste es (den anderen), was es wolle. So sind die heutigen Verhältnisse und weil sie so sind, ist es so unendlich schwer, wahrzunehmen, daß bei der Herstellung all dessen die Natur im Dreck versinkt. Und was sagt uns Karl Marx, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können?

"Diese ‚Entfremdung`, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine ‚unerträgliche` Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschen als durchaus ‚Eigentumslos` erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in weltgeschichtlichen, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist), auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der ‚Eigentumslosen` Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von

den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat.

Ohne dies könnte 1. der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren, 2. die Mächte des Verkehrs selbst hätten sich als universelle, drum unerträgliche Mächte nicht entwickeln können, sie wären heimisch-abergläubische ‚Umstände` geblieben, und 3. würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben. Der Kommunismus ist empirisch nur als Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal` und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." (MEW Bd. 3, S. 34 f.)

Wobei noch anzumerken bleibt, "daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere Distribution [Verteilung] dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andere Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klassen, Nationalitäten etc.

Innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist, und daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst, eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Hals zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden." (ebd., S. 69 f.)

35. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:31

Da haben sich die Redakteure der "Hamburger Morgenpost" einen bösen Streich ausgedacht. Unsere Polizei beleidigen und verunglimpfen sie in niederträchtigster Weise als hinterhältige Mörder. Pfui! Und das, wo diese Polizei gerade einen schweren Kampf zu bestehen hat. Gegen die heimtückischen Feierabendterroristen von den "AIZ". In der Schlagzeile des Blattes werden diese Banditen als "die Enkel der RAF" verharmlost. "Enkel" - das klingt nach unschuldigen Kleinkindern, die auf Opas Schoß sitzen und dessen selbsterlebte Abenteuergeschichten anhören. Vermutlich kommen die Schmierfinken aus dem Gruner+Jahr-Verlag auch noch straflos davon. Die löbliche Initiative der CDU/CSU kommt zu spät: Wer "das Ansehen der Bundeswehr und der Polizei" beeinträchtigt, soll für zwei Jahre ins Gefängnis. Recht so! Das jedenfalls meint

Peter Hoenisch

36. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:38

Kurdistan - Türkei

Der Krieg in den kurdischen Gebieten der Südosttürkei und dem nördlichen Irak hat bereits fast 20.000 Menschenleben gekostet, 2500 kurdische Dörfer wurden zerstört und drei Millionen Menschen vertrieben. Die gesundheitliche Lage der kurdischen Bevölkerung hat sich unter den Bedingungen der seit 1984 anhaltenden Kämpfe dramatisch verschlechtert. In dem gemeinsam von der Ärztekammer Berlin, der deutschen Sektion der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) und dem Projekt Genocid Watch herausgegebenen Buch werden Zahlen, Fakten und Berichte über die Gesundheitsversorgung in Kurdistan vorgelegt.

IPPNW, Ärztekammer Berlin, Genocid Watch (Hg.): Kurdistan-Türkei. Medizin unter Kriegsbedingungen. Berlin, Göttingen (Schwarze Risse, Rote Straße) 1996. 176 S., 12 DM, ISBN 3-924737-29-0.

Kriegsdienstverweigerung

Die Initiative Connection hat sich zur Aufgabe gestellt, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten und aus Ländern, in denen Kriegsdienstverweigerung nicht akzeptiert wird, zu unterstützen. Zu dieser Problematik wurde von Pro Asyl, Connection und der DFG-VK eine Fachtagung durchgeführt, in der die Lage der Verweigerer und Deserteure aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erörtert wurde. Die Vorträge dieser Tagung liegen nun in einer Dokumentation vor.

Kriegsdienstverweigerung - Desertion - Asyl in Deutschland. Rußland, Tschetschenien, Armenien ... Dokumentation der Bonner Fachtagung, 1.-3.12.95. A4, 44 S., Einzelpreis 6 DM + 1,50 Porto. Bezug über: Connection e.V., Brüder-Grimm-Str. 63, 63069 Offenbach.

Genossenschaften

Genossenschaftliches oder kooperatives Arbeiten und Wirtschaften in selbstverwalteten Kollektiven wird von vielen als glückselige Alternative zur Jagd nach hohem Einkommen und Positionen aufgefaßt. Für andere sind kollektive Produktionsformen ein revolutionäres Unterfangen, ein Nagel zum Sarg des Kapitalismus. So oder so: Genossenschaftliche Ansätze gelten als Beitrag zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Mit dieser Idee sind Genossenschaften, Kooperativen und Gemeinschaftsprojekte in der Dritte-Welt- und Solidaritätsarbeit zu verheißungsvollen Perspektiven geworden. Sie bewegen VerbraucherInnen zum Zahlen von ein paar Mark mehr für Kaffee und Tee, sie motivieren zum Zinsverzicht, Spenden und ehrenamtlicher Arbeit. In den blättern des iz3w werden vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisation in den von einem weltweiten Kapitalismus gezogenen Grenzen dargestellt und diskutiert.

blätter des iz3w, Nr. 211, Februar 1996. A4, 52 S., 8 DM. ISSN 0933-7733.

Karneval in Lateinamerika

Da sich - lt. Darstellung der ila-Redaktion - die "Ikonen des rheinländischen Karnevals in den letzten Jahren in überzeugender Weise dem zunehmenden Rassismus und den Rechtstendenzen entgegenstellt haben", bietet die aktuelle ila auf rund vierzig Seiten Berichte vom lateinamerikanischen Karneval mit angehängten fünfzehn Seiten zu eben diesem Ereignis hierzulande, wobei auch ein "kölscher Peruaner in der fünften Jahreszeit" aufgeboten wird. Köln, Ayacucho, Buenos Aires - eine Front?

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 192, Februar 1996. A4, 72 S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

Politische Gefangene

Hans-Michael Empell hat in den letzten rund zehn Jahren eine Anzahl von Aufsätzen zur Lage politischer Gefangener in der BRD - insbesondere unter den Bedingungen der Isolationshaft - im/in ak veröffentlicht. Diese und weitere Arbeiten zum Thema hat der Autor nun (überarbeitet und teilweise aktualisiert) in Buchform vorgelegt. LeserInnen, die sich einen Überblick auf die Diskussion um Isolationshaft und Folter verschaffen wollen, werden mit dieser Veröffentlichung ebenso gut bedient wie jene, die spezieller an den rechtlichen Aspekten interessiert sind.

Hans-Michael Empell: Die Menschenrechte der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland. Völkerrechtliche Beiträge zum Kampf gegen die Isolationshaft. Köln (GNN) 1995. 106 S., 12 DM. ISBN 3-926922-30-3.

Arbeit und Menschenwürde

Seit 1983 gibt das Komitee für Grundrechte und Demokratie ein Jahrbuch heraus. Es will, heißt es im Editorial zur vorliegenden 13. Folge, "Gedächtnisstütze in einer Zeit sein, die auf Zerstreuung und Erinnerungsschwund programmiert ist, Seismograph und Merkblatt für menschenrechtliche Gefährdungen". Im ersten Teil des Jahrbuchs, dem "Monatskalender Juli 1994 - Juni 1995" werden einzelne Ereignisse des jeweils behandelten Monats herausgegriffen und exemplarisch unter menschenrechtlich-demokratischer Perspektive behandelt. Die Themen im Monatskalender sind u.a. der Beschluß des BVerfG über Auslandseinsätze der Bundeswehr, Fremdenfeindlichkeit der Polizei, Krieg in der Türkei, Weltsozialgipfel 1995. Im Schwerpunktthema, dem zweiten Teil des Jahrbuchs, geht es um das Verhältnis von Arbeit und Menschenwürde. "Die Bürde des Menschen ist unantastbar" ist der einleitende Beitrag überschrieben. Behandelt werden u.a. Arbeitslager, Menschenrecht auf Arbeit, Arbeitsmigration, Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung, Lean production. Im dritten Teil, der Dokumentation, werden Erklärungen, Aufrufe, Arbeitsberichte u.a. des Komitees, in einem Extrateil die Dokumente des friedenspolitischen, menschrechtlichen und humanitären Engagements des Komitees in Ex-Jugoslawien wiedergegeben. Beschlossen wird das Jahrbuch mit dem Ereigniskalender Juli 1994 bis Juni 1995.

Komitee für Grundrechte und Demokratie. Jahrbuch 94/95. Köln, Sensbachtal, 1995. 510 S., Einzelpreis 30 DM. ISBN 3-88906-058-7. (Bei Abnahme von mind. 10 Ex. 20% Rabatt, Buchhandel 40% Rabatt, jeweils zuzügl. Versandkosten. Bezug über: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.)

37. Terror - Gegenterror - Terror

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:39

Dateiname: 39.txt

Terror - Gegenterror - Terror

Am 25. Februar 1994 erschoß der Siedlerextremist Baruch Goldstein 29 Muslime beim Gebet in der Moschee in Hebron. Am 25. Februar 1996 zündete ein Palästinenser im Zentrum Westjerusalems während des morgendlichen Berufsverkehrs in einem vollbesetzten Bus einen Sprengsatz am eigenen Körper. 27 IsraelInnen wurden getötet, mindestens weitere 80 verletzt. Kurz darauf mischte sich ein Palästinenser in israelischer Armeeuniform unter eine Soldatengruppe im südisraelischen Aschkelon und sprengte sich mit einer ebenfalls am Körper verborgenen Bombe in die Luft. Drei Soldaten wurden getötet, 20 weitere verletzt.

Seit dem Massaker in Hebron sind bei acht Anschlägen 105 Menschen ermordet worden. Zu den Attentaten bekannten sich durchweg die islamistische Hamas bzw. ihr militärischer Arm, die Izzedin al-Kassem-Brigade oder die Gruppe Dschihad. Nachdem israelische Agenten im vergangenen Oktober den Dschihad-Chef auf Malta ermordeten und im Januar in Gaza den "Ingenieur" Jehija Ajasch, der für die Attentate der letzten beiden Jahre verantwortlich gewesen sein soll, war es nurmehr eine Frage der Zeit, wann eine der islamistischen Terrorgruppen in den Kreislauf von Terror-Gegenterror erneut einsteigen würde.

Wenn auch eine konsequentere Friedenspolitik der israelischen Regierung der Bevölkerung sowohl Israels wie Palästinas viele Leiden ersparen würde; wenn auch eine mutigere Demokratisierung in den Autonomiegebieten durch die PLO den Terrorgruppen einen Teil ihres Einflusses entziehen könnte - Organisationen wie Hamas und Geistesverwandte, deren Strategie auf die Erklärung "Palästina ist islamischer Boden" und brutale Anschlägen beschränkt ist, sind derzeit gefährlichere Hindernisse auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat als die zwiespältige Politik und die Repressionen Israels.

Allerdings zeichnet sich in den letzten Tagen eine möglicherweise folgenreiche Differenzierung unter den terroristischen Islamisten ab: Syrien, Basis fast aller Gegner des Friedensprozesses, hat - erstmals - die Attentate verurteilt. Und während sich Hamas in Syrien noch zu einem weiteren Anschlag bekannte (am 26.2. war ein Palästinenser in Jerusalem mit seinem Wagen in eine Menschengruppe gerast, hatte zwei Menschen getötet und 20 verletzt), distanzierte sich die Hamas-Gruppe in Gaza von den Attentaten. KM

38. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:40

Hier gibt's ak:

Aachen

* Buchladen 39, Pontstr. 39

Berlin

* Antiquariatsbuchhandlung, Oranienstr. 45

* Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

* Buchhandlung am Savignyplatz,

Carmerstr. 12, B 12

* Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

* Buchhandlung Schwarze Risse,

Gneisenaustr. 2, B 61

* Buchladen N.N., Raumer Str. 38

* Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

* Infoladen, Sparrstr. 21

* Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

* Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96

* O-Buchhladen, Oranienstr. 21, B 36

* Zeitungsladen, Adalbertstr. 97

* Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

* Zeitungsladen, Karl-Marx-Platz 1

* Zeitungsladen, Leonhardtstr. 13

* Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

* Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

* Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

* Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

* Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

* Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 9

Bochum

* Notstand, Universitätsstr. 150

* Buchladen Ubu, Universitätsstr. 16

Bonn

* Buchladen 46, Kaiserstr. 46

* Le sabot, Breitestr. 76

* Che & Chandler, Breitestr. 47

Braunschweig

* Magni Buchladen, Langdammstr.

* Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen

* Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

* Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

* BBA Laden/Umschlagplatz St. Pauli Str. 10-12

Bremerhaven

* Der andere Buchladen,

Bürgermeister-Smidt-Str. 198

Darmstadt

* Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dessau

* Infoladen, Schlachthofstr. 25

Dortmund

* Antiquariat Lesbar, Schillerstr. 58

* Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

* Infoladen Osterholzstraße 88

Dresden

* Der kleine Buchladen, Naumannstr. 8

* Infoladen "Schlagloch", Kamenzer Str. 17

Düsseldorf

* Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

* AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Duisburg

* Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226

* Antiquariat, Pulverweg 33

Essen

* Karl Liebknecht Buchhandlung,

Viehofer Platz 15

* H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg

* Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.

* Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4

* Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

* Uni Buch, Jügelstr. 1

* Land in Sicht, Rotteckstr. 13

* Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Freiburg i.Br.

* Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Gelsenkirchen

* Buch im Revier, Klosterstr. 21

Giessen

* Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9

Göttingen

* Buchladen Rote Strasse, Rote Str. 10

Hagen

* Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Halle

* Infoladen Glimpflich, Kellnerstr. 10a

Hamburg

* Cafe und Buch, Marktstr. 114

* Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

* Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156

* Buchhandlung Nautilus, In den Zeisehallen

* Heinrich-Heine-Buchhandlung,

Schlüterstr. 1

* PDS/Linke Liste, Palmaille 24

* Tabakladen, Spritzenplatz

* Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Hanau

* Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

* Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

* Buchladen Annabee, Hartwigstr. 7

Heidelberg

* Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 46a

Herford

* Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Hildesheim

* Ameis Buchladen, Goschenstr. 31

Karlsruhe

* Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

* Der Rabe, Zunftstr. 8

* Kassiopeia, Augartenstr. 49

Kassel

* Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

* Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln

* Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

* Der Andere, Wahlenstr. 1

* Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36

Konstanz

* Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg

* Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

* Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Lübeck

* Pressezentrum, Breite Str. 79

Mainz

* Cardabela, Frauenlobstr. 40

Mannheim

* Buchladen M2, M 2,6

Marburg

* Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

Moers

* Buchladen Aragon, Hombergerstr. 30

Mönchengladbach

* Prolibri, Regentstr. 120

München

* Buchhandlung, Amalienstr. 67

* Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster

* Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

* Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg

* Bücherkiste, Schlehengasse 6

* Libresso, Peter-Vischer-Str. 25

Offenbach

* Tucholsky Buchhandlung, Mittelseestr. 14

Oldenburg

* Buchhandlung Carl von Ossietzky, Bergstr. 1

* Alhambra, Hermannstr. 83

Osnabrück

* Infoladen Zett, Alte Münze 12

Potsdam

* Der kleine Buchladen, Alleestr. 3

Recklinghausen

* Attatroll, Paulusstr. 2

Regensburg

* Buchhandlung U. Dombrowsky,

Wollwirkergasse 4

Reutlingen

* Café Nepomuk, Foyer Unter den Linden 3

* Buchhandlung Fetzer, Weingärtnerstr. 7

Saarbrücken

* Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

* Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Speyer

* Lese-Laube, Ludwigstr. 15

Stuttgart

* Buchhandlung Niedlich, Schmale Str. 8

* Infoladen Heslach, Mörikestr. 69

Trier

* Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

* Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15

* Buchladen Die Gruppe, Marktgasse 13

Wiesbaden

* Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

* Otto Harrassowitz, Taunusstr. 5

Würzburg

* Buchladen Neuer Weg, Sandenstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

* Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,

Postfach 173, Wielandgasse 2-4

* Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

Basel

* Theaterpassage, Theaterstr. 7

St. Gallen

* Comedia, Katharinengasse 20

Zürich

* Pinkusgenossenschaft, Froschaugasse 7

BELGIEN, Antwerpen

De Groene Watermann, Woolstraat 7

NIEDERLANDE

Den Haag

* De Rode Hond, Prins Hendrikstraat 138

Groningen

* Buchladen Rosa, Folkingdwarstraat 16

Utrecht

* De Rooie Rat, Oudegracht 65

SCHWEDEN, Lund

* Aufrechter Gang, Box 10008

39. Quelldatei 9k.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/9k.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:9k

Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) wurde am 1. April 1983 in Ebersbach am Neckar von Otto Ernst Remer gegründet. Remer war am 20. Juli 1944 maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler beteiligt. Aus Dank beförderte ihn Hitler persönlich zum Generalmajor.

Seit 1989 ist der Wolfsburger Rentner Georg Albert Bosse Vorsitzender der DDF. Remer bekleidete das Amt des Ehrenvorsitzenden. 1992 trat er wegen Meinungsverschiedenheiten aus der DDF aus. Die DDF ist beim Amtsgericht Kaufbeuren im Vereinsregister eingetragen. Ihr gehören rund 140 Mitglieder an.

Bosse ist verantwortlich für das Zentral-Organ der DDF, die Zweimonatszeitschrift Recht und Wahrheit (vormals: Der Bismarck-Deutsche). Sie erscheint in einer Auflage von 2.500 Exemplaren. Im Anzeigenteil inserieren bekannte Neonazis wie Thies Christophersen oder der Hildesheimer Oliver Bode mit seinem Buchversand.

Bosse gehört zu den Leugnern des Holocaust. So schreibt er in Recht und Wahrheit 7+8/91: "Ich vertrete die Ansicht, daß der uns Deutschen angedichtete Holocaust am jüdischen Volk nicht stattgefunden hat, und deshalb eine Propagandalüge ist ...". Für seine Äußerungen ist er bereits mehrmals wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu Geldstrafen verurteilt worden.

Der DDF-Chef unterhält enge Kontakte zu Neonazikreisen in ganz Deutschland. So wurde zum Beispiel die DDF-Jahreshauptversammlung 1993 von einer Gruppe rechtsradikaler Schläger um Christian Worch geschützt. Worch, Ex-Vorsitzender der verbotenen Nationalistischen Front, nahm ebenso wie Meinolf Schönborn immer wieder an den konspirativen Lesertreffen der DDF teil, die meistens in Süddeutschland stattfinden. In Ilsenburg im Harz trat 1991 auch Wolfgang Juchem als Referent auf.

Die DDF hat sich zum Ziel gesetzt, die "nationalen Kräfte" außerhalb der NPD zu einer Sammlung zu bewegen. Den "heimatlosen Rechten" soll so ein außerparlamentarisches Wirkungsfeld eröffnet werden.

40. Quelldatei terr-ff.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/terr-ff.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:terr-ff

Fortsezung von Seite 1

Israel und Hamas liefen und als Arafat sich um eine Einbeziehung der Islamisten in die Friedensregelung bemühte. In "Bekenneranrufen" wurden die ersten drei Anschläge mit eben der Ermordung von Jehija Ajasch (und dem Massaker in Hebron) begründet.

Der politische Arm von Hamas in Gaza und die Kassem-Brigade in Gaza haben sich von den Anschlägen distanziert und der israelischen Regierung ein, wenn auch obskures, "Waffenstillstandsangebot" unterbreitet, während die Hamas-Dependance in Syrien mit den Anschlägen prahlte. Es hat somit den Anschein, daß es sich bei diesen "Schülern" um eine Gruppierung handelt, die von Hamas nicht mehr zu kontrollieren ist. (Die Palästinenser, die die letzten vier Anschläge verübt haben, stammen im übrigen alle aus Hebron, das nicht von der Autonomiebehörde, sondern von Israel kontrolliert wird.) Zudem weist manches darauf hin, daß Hamas faktisch gespalten ist: Im Gazastreifen stehen militante und moderate Kräfte von Hamas im scharfen Gegensatz. An den Wahlen zur palästinensischen (faktischen) Regierung beteiligten sich - wenn auch nicht unter dem Organisationsnamen - mehrere Hamasmitglieder und wurden auch gewählt. Schließlich hat es den Anschein, als ob auch die Zeit, in der Syrien neben dem Iran und Irak einer der wesentlichsten Stützpunkte insbesondere der militanten Gegner des Friedensprozesses war, ihrem Ende entgegengeht. Nach den ersten beiden Anschlägen wurde von einem syrischen Offiziellen erstmals eine Verurteilung ausgesprochen.

Nach dem dritten Anschlag hatten die "Schüler" bekanntgegeben, hiermit seien die Racheaktionen für den Tod von Ajasch (vorläufig) beendet. Als nun Premier Peres nach eben diesem Anschlag Hamas, Dschihad Islami und allen sonstigen islamistischen Terrorgruppen den "totalen Krieg" ansagte, nahmen die "Schüler" dies zur Begründung für die Mordtat in Tel Aviv. Offen bleibt bei diesem wie bei anderen Anschlägen, ob nun tatsächlich die Organisation, die sich zu den Morden "bekennt", den Anschlag auch verübt hat oder ob sie bedenkenlos Punkte im "Kampf gegen den zionistischen Feind" sammeln will.

Arafat hat, erstmals in dieser Eindeutigkeit, die Anschläge mit aller Schärfe verurteilt. Mehrere hundert Aktivisten von Hamas und verwandten Gruppen wurden von den Sicherheitskräften der Autonomiebehörde festgenommen. Überdies kündigte Arafat das Verbot aller bewaffneten Gruppen, einschließlich der von ihm geführten Fatah, an. Am Tag nach dem zweiten Anschlag in Jerusalem versammelten sich, aufgerufen von der Autonomiebehörde, 10.000 PalästinenserInnen in Gaza zu einer Kundgebung unter dem Motto, unter dem auch die Trauermanifestation nach der Ermordung Rabins stand: "Ja zum Frieden - Nein zur Gewalt". (An der Grablegung von Ajasch hatten allerdings mehrere zehntausend EinwohnerInnen des Gazastreifens teilgenommen.) Arafat erklärte, die Anschläge seien "nicht nur gegen die Israelis, sondern auch gegen die Palästinenser und den Friedensprozeß" gerichtet. Man kann dem alten Winkelzügler abnehmen, daß dies nicht nur eine taktische Aussage war.

Die israelischen Rechtsextremisten schienen nach dem Mord an Rabin verstummt. Und nach dem ersten Anschlag in Jerusalem waren sie noch unter sich geblieben. Nach den weiteren Anschlägen ist die Stimmung jedoch grundlegend umgeschlagen. Schien der Sieg der Arbeitspartei bei den auf Ende Mai vorgezogenen Wahlen seit der Ermordung Rabins festzustehen, kam es jetzt zu Massenkundgebungen gegen die Regierung. Wüste Morddrohungen - "Peres, Rabin wartet auf dich" - wurden nicht mehr nur von einzelnen Hetzern ausgestoßen.

Die israelische Regierung hat Maßnahmen verabschiedet, die die Lage in den besetzten und den Autonomiegebieten erheblich verschärfen und den Friedensprozeß zurückwerfen werden. Die Westbank soll mit einer Sicherheitszone von zwei Kilometern Breite umgeben werden, es soll nur einige wenige und scharf bewachte Übergänge für Palästinenser nach Israel geben. Die dicht an der Grenze zu Israel liegenden Ortschaften Kalkilja und Tulkarem sollen mit einem elektronisch gesicherten Zaun gegen Israel abgegrenzt werden. Mit dem Bau des Zauns bei Tulkarem ist schon begonnen worden. Die PalästinenserInnen verlieren mit jedem Tag der Abriegelung der Gebiete, an dem palästinensische Arbeiter aus Israel ausgesperrt sind, vier Millionen US-Dollar. Ihre wirtschaftliche Lage wird sich mit der nun zu erwartenden, wenn nicht endgültigen, so doch auf jeden Fall sehr langfristigen Abriegelung gegen Israel weiter verschlechtern. Am einschneidendsten

aber ist die Bildung eines "Sonderstabs" mit allen Befugnissen. Diesem Stab unterstehen Militär, Polizei und Geheimdienste, und er soll "grenzübergreifend" tätig werden. D.h. daß israelisches Militär auch in den Autonomiegebieten Terroristen und solche, die dafür gehalten werden, verhaften oder erschießen wird. Die unvermeidlichen Zusammenstöße mit israelischen Kräften auch in den Autonomiegebieten werden die Stimmung weiter aufheizen. Alle diese Maßnahmen, die der israelischen Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit geben sollen, haben indes nur psychologische Bedeutung. Tatsächlichen Schutz vor Terroranschlägen wie denen der letzten Tage bieten weder diese noch andere Eingriffe. Ihr wesentliches Ergebnis wird sein, den Anhang der terroristischen Kreise unter den Islamisten zu vergrößern und Arafats Autorität unter den Palästinensern, die eine wesentliche Integrationskraft ist, zu schwächen.

Kann die Regierung Israels deshalb ernstlich kritisiert werden? Zwar hat Israel mit der Besetzung 1967 selbst die Grundlagen des jetzigen Zustands geschaffen; zwar haben israelische Regierungen - um nur dies zu nennen - Islamisten lange Zeit geduldet und gefördert, um durch sie den Einfluß der nationalen Kräfte der Palästinenser zu schwächen; zwar sind während der Intifada wohl eintausend PalästinenserInnen unter israelischen Kugeln gefallen, bei Gasangriffen erstickt, erschlagen worden. Und es muß als Tatsache angesehen werden, daß eine konsequentere Friedenspolitik der israelischen Regierung den Einfluß islamistischer Hetzer und Terroristen erheblich eingeschränkt hätte.

Dies aber hat sehr wenig mit dem jetzigen Krieg islamistischer Terroristen gegen die israelische Bevölkerung zu tun, ist es doch gerade deren Ziel, den Friedensprozeß zu zerschlagen, einen Staat Palästina an der Seite des Staates Israel mit allen Mitteln zu verhindern. Ihr "Programm" besteht allein in der Parole "Palästina ist islamischer Boden", und ihre Praxis ist der Mord. Wir sagten es schon nach den Anschlägen in Tel Aviv und Netanja 1994/95, und wir können es nur wiederholen: Die Mordtaten dieser Leute gründen in einem Wahn, der sein Heil nicht mehr in dieser Welt sucht.

Klaus Mellenthin, 5.3.96

41. Quelldatei win.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak388/win.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:388:win

Rassismus: PDS-MdB stürzt deutschen Botschafter wg. Rassismus in Haiti - Kinkel noch im Amt - PDS arbeitet weiter.

Zur Absetzung des deutschen Botschafters in Haiti, Günther Dahlhoff, erklärt der Abgeornete der PDS-Bundestagsgruppe Winfried Wolf als Mitglied der Bundestagsdelegationsreise nach Haiti:

Es ist zu begrüßen, daß zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Diplomatie ein Botschafter wegen Rassismus und Sexismus gefeuert wurde. Daß dies erst auf Initiative des PDS-Delegationsmitglieds erfolgte, unterstreicht, daß die PDS in Sachen Rassismus und Sexismus eine konsequente Politik verfolgt. Es ist zu hoffen, daß der Vorgang Schule macht und im Auswärtigen Amt und im Diplomatischen Dienst damit neue Standards gesetzt werden. Der vielfach offene und meist verdeckte Rassismus deutscher diplomatischer und anderer Vertretungen - siehe den Skandal mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) in New York im September 1995 - muß in die Schranken gewiesen werden. Es wäre zu begrüßen, wenn antirassistische MdB-Kolleginnen und Kollegen in dieser Richtung aktiv würden und das vielfach auf diesen Delegationsreisen praktizierte gentleman agreement, derartige Vorfälle mit dem Mantel des Schweigens zu überdecken, gebrochen wird.

Im übrigen begünstigt bereits eine Grundregel im Deutschen Diplomatischen Dienst - die es in vergleichbarer Form auch in der ehemaligen DDR gab - ein Verhalten nach deutscher Herrenmenschen-Art: In der Regel sollen deutsche Diplomaten in dem jeweiligen Land nur zwei bis drei Jahre bleiben, damit diese sich nicht mit dem Land und mit der Bevölkerung identifizieren.

Zwei Legenden im Zusammenhang mit der Abberufung des Deutschen Botschafters in Haiti ist zu widersprechen:

- Nicht "die Delegation des deutschen Bundestags" hat auf einen Rücktritt des deutschen Botschafters in Haiti hingewirkt. Aktivitäten außer der meinigen sind mir aus diesem Kreis nicht bekannt. meine Aussagen und Berichte wurden dann von dem SPD-Delegationsmitglied, Frau Fograscher, im wesentlichen bestätigt, und von den Delegationsmitgliedern der CDU, den Herren Laschet und Krautscheidt, nicht dementiert bzw. in teilen bestätigt. Inzwischen liegt sogar ein Schreiben des Delegationsleiters Armin Laschet vor, das dieser nach der Reise an Herrn Dahlhoff richtete und in welchem dieser sich für die "persönliche Betreuung und die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben" bedankt. Damit, so daß Dankschreiben, sei es "ermöglicht (worden), viele Hintergründe über das Land zu erfahren." Die "Wir"-Form des Schreibens suggeriert, alle vier Delegationsmitglieder bedankten sich auf diese Weise. Dies wird hiermit dementiert.

- Nicht Herr Kinkel und das Auswärtige Amt haben agiert. Herr Kinkel hat bestenfalls reagiert. Und er hat verspätet reagiert. Er hätte Anfang Januar 1996 nach Erscheinen des Monatsblatts der PDS-Bundestagsgruppe "R(h)einblick", in der ein erster Bericht mit der inkriminierten Dahlhoff-Aussage zu finden war, reagieren können. Er hätte nach einem entsprechenden Artikel in der "Badischen Zeitung" vom 12.1.1996 oder nach meinem umfassenden Bericht in "Konkret" am 19.1. reagieren können. Herr Kinkel war zu diesen Zeitpunkten immer auf Tauchstation. Er reagierte erst, als der "Stern" sich des Themas annahm und auf Grund meiner und eigener recherchen gezielte Fragen an Herrn Dahlhoff stellte. Pünktlich zwei Tage vor Erscheinen des "Stern" reagierte das Außenministerium und griff zur Notlüge der eigenen Aktion.